

Thomas



Philosophie-  
verhältnisse  
im deutschen  
Faschismus

Argumente

## Das Argument-Konzept

Das Verlagsprogramm soll zur Entwicklung der theoretischen Kultur einer Linken beitragen, die sich in der Arbeiterbewegung und der kritischen Universität, den Kräften der Frauenbefreiung, der ökologischen Umgestaltung, der Kultur-von-unten und der Friedensbewegung verankert. Dabei orientieren wir uns am Ziel eines erneuerten sozialistischen Projekts, in dem diese Bewegungen sich aneinanderlagern.

Die Veröffentlichungen beziehen sich v.a. auf folgende Bereiche:

- \* Übergang zur elektronisch-automatischen Produktionsweise und entsprechender Lebensweisen; Entwicklung der Arbeit
- \* Bedingungen eines rot-grünen Projekts; Alternative Wirtschafts- und Umweltpolitik; Friedensforschung und -politik
- \* Feminismus; Frauengrundstudium
- \* Kritische Medizin; Kritische Psychologie
- \* Internationale Sozialismus-Diskussion; Weiterentwicklung des Marxismus
- \* Kultur(en); Ideologieforschung; Migration und neuer Rassismus
- \* Literatur im historischen Prozeß (LHP);  
Kritische Anglistik & Amerikanistik (Gulliver)

Der Verlag fördert die Volksuniversität und das alternative Radio. Er kooperiert mit Studentengruppen an vielen Orten. Er ist als alternatives Non-profit-Unternehmen organisiert und bildet zusammen mit Argument-Diskussions- und Rezensentengruppen ein Element der theoretischen Kultur.

Die wissenschaftliche Taschenbuchreihe *Argument-Sonderbände* mit ihren Unter-Reihen ist ein überregionaler Projektverbund, dessen Redaktionen sich auf verschiedene Universitätsstädte verteilen. Wie bei einem Buchklub kann man AS-Bände auch billiger beziehen (z.B. im *Auswahl-Abo*: drei Bände nach Wahl aus der Jahresproduktion).

Die einzelnen Projekte werden verbunden über die Zeitschrift *Das Argument*. Sie ist die erste in der BRD, die neben der allgemeinen Redaktion eine autonome Frauenredaktion hat. Im *Argument* werden

- \* politische und methodische Diskussionen ausgetragen;
- \* Entwürfe und Ergebnisse aus den einzelnen Gebieten einer weiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht;
- \* mit Hilfe von Literaturberichten und einem beispiellosen Rezensionsteil Überblicke und Anschluß an die Forschung vermittelt;
- \* theoretische Entwicklungen auch aus andern Ländern kritisch und gemeinsam (=diskutierend) angeeignet, um die Erneuerung marxistischer Theorie zu fördern;
- \* Frauenforschungen entwickelt und aus andern Ländern zugänglich gemacht, die feministische Fragen und sozialistische Perspektive verbinden.

In der Reihe *Argument-Studienhefte* werden Materialien von und für Arbeitsgruppen veröffentlicht und Studientexte verfügbar gehalten.

Die *Edition Philosophie & Sozialwissenschaften* bringt Dissertationen und andere Forschungsarbeiten.

Die *Marxismus-Werkstatt* arbeitet an einem Wörterbuchprojekt, das der Erneuerung, Selbstkritik und Internationalisierung marxistischer Theorie dient und den Zugriff auf die Quellen verallgemeinern soll.

**Argument-Verlag Berlin/Hamburg**

Ideologische Mächte im deutschen Faschismus  
Band 4

Thomas Laugstien

Philosophieverhältnisse  
im deutschen Faschismus

ARGUMENT-SONDERBAND AS 169

CIP-Titelaufnahme der Deutschen Bibliothek  
Laugstien, Thomas  
*Philosophieverhältnisse im deutschen Faschismus*  
Thomas Laugstien. — Hamburg : Argument, 1990  
(Das Argument : Argument-Sonderband ; AS 169)  
(Ideologische Mächte im deutschen Faschismus ; Bd.4)  
ISBN 3-88619-169-9)  
NE: Das Argument / Argument-Sonderband; 2. GT

Alle Rechte vorbehalten

© Argument Verlag 1990

Verlag: Rentzelstraße 1, 2000 Hamburg 13, 040/45 60 18

Redaktion: Onkel Tom-Straße 64a, 1000 Berlin 37, 030/813 50 24

Umschlag: Johannes Nawrath

PC Texterfassung durch den Autor

Konvertierung: Fotosatz Barbara Steinhardt, Berlin

Druck: alfa-Druck, Göttingen

93.8.17222 001

# Inhalt

Vorwort .....	6
1. Besichtigung einer Unsichtbarkeit .....	10
1.1 Restauration und Neubeginn nach 1945 .....	12
1.2 Vergangenheitsbewältigung in der Institution .....	14
1.3 Gegenstand und Fragestellung .....	18
2. Dialektik des Un/Politischen .....	23
2.1 Die politischen Bekenntnisse der »Unpolitischen« ...	25
2.11 Philosophen für die NSDAP .....	25
2.12 Dekonstruktion eines philosophischen Wahlaufrufs ..	32
2.2 Die »Politisierung« der Philosophie als Form gesellschaftlicher Entpolitisierung .....	38
2.21 Zwei Pole der Staats-Philosophie im NS .....	39
2.22 Konstitutionsversuche der philosophisch-staatlichen Funktion .....	44
2.3 Die sekundäre Politisierung unpolitischer Philosophie	52
2.31 Zur Frage des Widerstands .....	52
2.32 »Innere Emigration« oder Arbeit am faschistischen Subjekt? .....	60
3. »Säuberung« und Rekonstruktion der Universitätsphilosophie	67
3.1 Instanz der »Gleichschaltung« und »weltanschaulichen« Überwachung .....	67
3.11 Philosophische Kämpfe um die Selbstgleichschaltung der Hochschulen .....	67
3.12 Der Diskurs über »Weltanschauung« und »Ende der Philosophie« .....	72
3.13 Auslegungstreit und Umwertungen des Philosophiebegriffs .....	74
3.14 Die funktionale Leerstelle »Philosoph(ie) des NS« ..	77

	<i>Inhalt</i>
3.2 Die »Säuberung« .....	80
3.21 Entfernung der politischen Gegner und »Unzuverlässigen« .....	84
3.22 Entlassungen aufgrund der Rassengesetzgebung .....	90
3.23 Nicht-Fachvertreter .....	94
3.3 Die Reorganisation des normalen Betriebs .....	95
3.31 Besetzung des Fachs und Personalpolitik .....	96
3.32 Statusverlust und Abbau des Fachs .....	104
3.33 Funktionswandel und veränderte Disposition .....	107
3.34 Die informelle Ordnung .....	114
3.4 Österreich .....	118
3.41 »Säuberung« .....	118
3.42 »Geistiger Anschluß« .....	122
4. Zum Strukturwandel philosophischer Öffentlichkeiten .....	124
4.1 Die philosophischen Gesellschaften .....	124
4.11 Die beiden Dachgesellschaften und ihre Kongresse ..	124
4.12 Das Projekt der NS-Philosophenorganisation .....	130
4.13 Auflösungen und Verbote .....	133
4.14 Kompetenzeinbußen und veränderte Disposition .....	138
4.15 »Freier« Staatsdienst — »stille« Opposition .....	144
4.2 Fachzeitschriften .....	156
4.3 »Deutsche Philosophie« im Ausland .....	162
4.31 Der Internationale Hegelbund und seine Kongresse ..	164
4.32 Die Internationalen Philosophiekongresse .....	167
5. Kräfteverschiebungen .....	171
5.1 Verbrennung und Indizierung des »Schrifttums« .....	171
5.2 Auswirkung der »Säuberungen« auf Haupttendenzen und Schulen .....	172
5.21 Die neuidealistische Strömung .....	173
5.22 Die Hyper-Idealismen .....	176

<i>Inhalt</i>	5
5.23 Die Phänomenologie .....	176
5.24 Die katholische Philosophie .....	178
5.25 Die jüdische Philosophie .....	181
5.26 Die Schulen des Neopositivismus .....	181
5.27 Marxismus und kritische Sozialphilosophie .....	184
5.3 Zur Frage des Einschnitts .....	185
Anmerkungen .....	187
<b>Anhang</b>	
Tabelle 1: Unterzeichner von Aufrufen für die NSDAP .....	202
Tabelle 2: Parteimitglieder .....	203
Tabelle 3: Emigranten .....	204
Tabelle 4: Universitätslehrer 1933-45 .....	205
Tabelle 5: Philosophische Gesellschaften 1933-45 .....	208
Tabelle 6: Kongreßkalender 1933/34 .....	209
Tabelle 7: Fachzeitschriften 1933-45 .....	210
Abkürzungen .....	211
Literaturverzeichnis .....	212
Personenregister .....	221

## Vorwort

### I.

Der Zeitraum 1933-1945 wurde, wie die Buchtitel »Philosophie in Deutschland 1831-1933« (Schnädelbach 1983) und »Philosophie in Deutschland 1945-1933« (Baumgartner/Sass 1978) zeigen, von der Philosophiegeschichtsschreibung bewußt ausgespart. Diese Arbeit versucht eine Bestandsaufnahme von Veränderungen, die der Nazismus in der Universitätsphilosophie zur Folge hatte. Sie entstand im Zusammenhang des 1984 gegründeten *Projekts Philosophie im Deutschen Faschismus*,<sup>1</sup> parallel zu einer Untersuchung der Interventionen einiger namhafter Philosophieprofessoren in der Aufbauphase des NS (veröffentlicht im Band *Deutsche Philosophen 1933*). Der Schwerpunkt liegt auf den Institutionen: dem akademischen Lehrbetrieb, den philosophischen Gesellschaften, dem Kongreß- und Zeitschriftenwesen.

Die Forschungslage hat sich in kürzester Zeit gewandelt, und der 50. Jahrestag von Hitlers Machteinsetzung Anfang 1983 war offenbar ein Wendepunkt. Im Zuge allgemeiner Aufarbeitung der NS-Geschichte an den Universitäten konnte sich auch die Philosophie nicht länger entziehen. Die anderen Fächer, Medizin, Pädagogik, Psychologie, Soziologie, Physik, Sportwissenschaft, Zahnmedizin, selbst Rechtswissenschaft, hatten mit der Aufhellung ihrer »dunklen« Vergangenheit bereits begonnen. Inzwischen liegen institutionsgeschichtliche Darstellungen für einzelne Hochschulorte vor: Göttingen (Dahms 1987), Hamburg (Meran 1990), München, Erlangen, Würzburg (Henckmann 1987, Schorcht 1990). Die Emigrationsgeschichte der nach 1933 vertriebenen Schulen scheint recht gut erforscht.<sup>2</sup> Das Schweigen in den philosophischen Selbstdarstellungen (vgl. die Sammlung Pongratz 1975) ist auch nicht mehr so drückend, da biographische Darstellungen zu wichtigen Fachvertretern vorliegen oder in Arbeit sind: Arnold Gehlen (Rügemer 1979), Hans Freyer (Muller 1987), Helmut Schelsky (Schäfer 1990), Hans-Georg Gadamer (Orozco 1991), und natürlich Martin Heidegger (Ott 1988, Farias 1989).

Die von den Medien inszenierte Heidegger-Kontroverse zog allerdings die Aufmerksamkeit vom tatsächlichen Philosophiebetrieb des NS wieder ab. Auch hier gab das Jahr 1983 den Anstoß, und zwar zunächst für eine Neuauflage der Rektoratsrede. Mit ihr zusammen wurde eine nach Kriegsende verfaßte Rechtfertigungsschrift Heideggers (*Tatsachen und Gedanken*) erstmals publiziert. Was den »Schlußstrich«



unter einen ungeklärten Fall ziehen sollte, provozierte einen Schub neuer Forschungen und mündete in den »Philosophenstreit« (*Die Zeit*, 29.1.88), der sich als Nebenschauplatz des sogenannten Historikerstreits etablierte. Die fachphilosophische Debatte sprengte aber schließlich doch die Schadensbegrenzung auf Heidegger (Forum 1988). Und der Druck einer neuen Studentenbewegung<sup>3</sup> trug dazu bei, daß die Thematik heute dissertations- und vorlesungsfähig ist, sogar über Mittel und Stellen verfügt (die nun auch mit über die Frage verfügen).

Es geht im folgenden nicht um eine besondere Philosophie des NS. Monika Leske (1990) hat die einflußreiche Deutung von Georg Lukács (1953), der Nazismus bedeute als »Zerstörung der Vernunft« auch das Ende wirklicher Philosophie, dahingehend korrigiert, daß es »nicht nur Nazis (gab), die Philosophie betrieben, sondern auch eine Naziphilosophie im Sinne einer mehr oder minder einheitlichen Grundkonzeption« (117). Das Amt Rosenberg versuchte in der Tat einen mit ihrer Herstellung befaßten Philosophiebetrieb zu organisieren, den George Leaman (1991) untersucht. Die an den Hochschulen gelehrte Philosophie wird der Formation »nationalsozialistische Philosophie« jedoch nicht oder nur partiell zugerechnet, sie bildet jedenfalls nicht den Gegenstand dieser Arbeiten. Uns interessiert dagegen die »normale« Philosophie. Es geht nicht um faschistische Philosophie, sondern um die Institution Philosophie *im Faschismus*.

Allerdings nicht unter der Voraussetzung, sie dürfe mit dem Nazismus nichts zu tun gehabt haben. Der herrschenden Auffassung von Philosophiegeschichte gilt das NS-Engagement von Philosophieprofessoren als bloß »politische« Verirrung, von der die fachliche Arbeit unberührt blieb. Die »von den Apologeten getroffene Unterscheidung zwischen einer 'kritischen Aufbereitung der Fakten' und der 'Hermeneutik von Texten'« (Bourdieu 1975, 76), die alte Trennung von »Werk« und »Leben«, »sachlichen« und zeitbedingt-politischen Motiven, »Wissenschaft« und »Weltanschauung« ist in der Heidegger-Kontroverse neu bekräftigt worden.<sup>4</sup> Die Sekundärliteratur zeigt sich in der Regel beherrscht von einem klinischen Blick auf die »Anfälligkeit«, die »Immunität« oder die mögliche Infektion reiner Philosophie durch nazistisches Gedankengut. Mit der dualistischen Betrachtung wird ein möglicher Zusammenhang zwischen fachlich betriebener Philosophie und dem NS ausgeschlossen.<sup>5</sup> Die Frage ist aber, wie die Institution in die Herrschaftsverhältnisse tatsächlich eingebaut war, wie sie mit anderen Instanzen des NS-Staats harmonierte oder kollidierte.

Das zielt nicht auf Entlarvung. Die Philosophie stellt sich als eigentümliche Form dar,<sup>6</sup> in der die Faschisierung ausgefochten wurde, in

der aber auch in bestimmter Form Einspruch erhoben werden konnte. Die Frage ist zugleich, wie die NS-Verhältnisse die institutionell verfügte »Logik« dieser Kämpfe modifizierten, indem z.B. anrufbare Instanzen im philosophischen Diskurs ausgeschaltet wurden. Typologische und essentialistische Betrachtungen werden den Vorgängen nicht gerecht, da sich Herrschaftsreproduktion und Resistenz in den zu analysierenden Äußerungen und Aktivitäten verschränken. Wir haben auch nicht vor, die nazistischen Böcke von den (»humanistischen« etc.) Schafen zu trennen. Interessanter ist, warum die NS-Herrschaft so stabil war. Einer nicht-manichäisch angelegten Institutionsgeschichte stellt sich der Nazismus durchaus nicht als Einbruch des Abnormen dar. Gerade die Extremsituation nach 1933, die den Philosophiebetrieb in ein erhöhtes Spannungsfeld konfligierender Kräfte versetzte, könnte Einblicke in die *Normalität* seines Wirkens im staatlichen Gefüge ermöglichen.

Es geht schließlich auch nicht darum, besondere antifaschistische Qualitäten von Philosophie ausfindig zu machen. Die Zeitschrift *Dialektik* hat ihr Themenheft 1983 einer »antifaschistischen Geschichte der Philosophie« gewidmet (7), die aber gleichgesetzt wird mit einer »Geschichte der antifaschistischen Philosophie« (Klappentext) — eine vielleicht doch zu fromme Selbstbeschränkung auf die Pflege eigener (bewährter?) Traditionen.<sup>7</sup> Im folgenden geht es um philosophietheoretische Versuche, die Institution als umkämpftes Kampfterrain erkennbar zu machen. Die Frage, wie hier in einer gesellschaftlichen Umbruchsituation die Klassenkämpfe ausgetragen und autoritär-staatliche Verhältnisse sich festigen konnten, wühlt jedenfalls nicht im Schmutz der Vergangenheit, sondern könnte auch noch etwas aktueller werden.

## II.

Die Arbeit stützt sich nicht auf die (größtenteils noch bevorstehende) Auswertung der Archive, sondern auf die verstreut publizierten Forschungsergebnisse. Der Überblick entstand durch Daten und Materialien aus: Primärliteratur (v.a. Zeitschriften); Erinnerungen und Selbstdarstellungen; Verzeichnissen, Kalendarien und Handbüchern; der Literatur zur Exilforschung sowie zur Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte des NS. Vollständigkeit kann nicht beansprucht werden, eher schon die unfreiwillige Widerspiegelung von Schwerpunkten und Lücken der Forschungslage.

Ihre Hauptlücken hat die Darstellung hinsichtlich des Lehrangebots und der Buchpublikationen; auch die Fachzeitschriften wurden nicht

systematisch ausgewertet. Der Gegenstand beschränkt sich, allerdings nicht konsequent, auf die Universitätsphilosophie, wobei eine Tücke des Objekts zu berücksichtigen ist: Die Fachphilosophie von 1933 ist eine andere Formation als die heutige. Wir treffen auf philosophischen Lehrstühlen die z.T. noch heute namhaften Vertreter der Psychologie (wie Bühler, Wertheimer, Köhler, Jaensch), Pädagogik (Spranger, Litt, Nohl) und Soziologie (Freyer, Vierkandt etc.): als Ordinarien für »Philosophie und Pädagogik«, für »Philosophie, Psychologie und Pädagogik« etc., als Direktoren der psychologisch-pädagogischen oder soziologischen Institute. Die Ablösungsprozesse sind im Gang, aber eben nicht vollzogen.<sup>8</sup> Es wäre unpraktikabel, diese Disziplinen auszuklammern — nicht nur, weil z. B. der Präsident der *Deutschen Psychologischen Gesellschaft*, Felix Krueger, 1933 zugleich den Vorsitz in der *Deutschen Philosophischen Gesellschaft* führt. Einiges deutet darauf, daß für die Ablösung der (späteren) Sozialwissenschaften von der Philosophie und für das heutige Selbstverständnis der letzteren als »reine Geisteswissenschaft« in der NS-Zeit Weichen gestellt wurden. Weitgehend ausgeklammert bleiben andererseits philosophische Aktivitäten, die institutionell anderen Fächern oder Fakultäten zugeordnet sind. Zu nennen wären vor allem die Rechtsphilosophie, die Theologie und die klassische Philologie (als ein Feld der im NS so wichtigen Platon-Interpretation).

Ich danke W.F.Haug und den Mitgliedern der neuen *Forschungsgruppe Philosophie im NS-Staat* (v.a. Rainer Alisch, Thomas Friedrich, Gerwin Klinger, Monika Leske, Teresa Orozco und Thomas Weber) für Diskussion, Lektorat, Material und hilfreiche Vorarbeiten.<sup>9</sup> Ebenso Michael Haupt und Peter Jehle, die eine der Endfassungen gegengelesen haben. Last not least George Leaman, der mir seine Arbeit *German Philosophy and the »Amt Rosenberg«* vorab zugänglich machte.

## 1. Besichtigung einer Unsichtbarkeit

Auf der Suche nach intakten, vom Nazismus unberührt scheinenden Organisationen wenden sich die Besatzungsmächte 1945 an die beiden Kirchen. Auch die Philosophie wird als Instanz zur Wahrung des gesellschaftlichen Zusammenhangs wichtig, aber zunächst nicht als Institution oder integrale Korporation. Moralische Autorität wächst einzelnen zu, die wie Karl Jaspers und Romano Guardini durch das Regime geschädigt waren oder wie Eduard Spranger und Theodor Litt Konflikte nicht gescheut hatten.

Jaspers und Spranger suchen in ihren Vorträgen zur »Schuldfrage« (1946) sicherzustellen, daß die zutagegetretenen Konflikte die Gesellschaft nicht zerreißen, und entwickeln eine fast gleichlautende Stufenlehre: Die Schuld soll als juristische in die Zuständigkeit der Gerichte fallen; sie soll als politische von neuzuschaffenden Repräsentativorganen übernommen werden, die sie völkerrechtlich regeln; sie soll als ethische und metaphysische Schuld den Instanzen von Moral und Religion überantwortet und von den Einzelnen mit sich selbst abgemacht werden. Mit der Forderung nach Aburteilung der Täter, Beibehaltung der »nationalen Würde« (Spranger) und Vermeidung von verantwortungslosem »Schuldgerede« (Jaspers) arbeiten die Philosophen an der Wiederherstellung eines souveränen Staatswesens, ohne daß aber der Weg eindeutig vorgezeichnet wäre. Jaspers geht, enttäuscht über die Kontinuität des Alten, schon 1947 ins nahe Ausland und wird zum unbequemen, bald auch angefeindeten Mahner. Spranger engagiert sich in der Reorganisation des Bildungswesens, spricht 1951 zum zweiten Jahrestag der Staatsgründung im neuen Bundestag und übernimmt, wie schon in der Weimarer Republik, wieder Funktionen in Politik und Verwaltung.

Anders als die Kirchen verfügt die Philosophie im Augenblick der Zerschlagung des NS-Staats über keine intakte Organisation. Die Universitäten sind geschlossen, die philosophischen Gesellschaften hatten einen Tagungsbetrieb schon bei Kriegsbeginn eingestellt. »Von den bekannten philosophischen Zeitschriften der Vorkriegszeit erscheint so gut wie keine mehr, und alle Versuche zu ihrer Wiederbelebung sind als gescheitert anzusehen«, resümiert 1951 die neue *Zeitschrift für philosophische Forschung* (VI, 609). Ihr Herausgeber Georgi Schischkoff hatte als Ausländer eine US-Lizenz erhalten; vor allem er bemüht sich nun, das »philosophische Leben« aus der Zerstreuung zurückzuholen. Das Geleitwort zum ersten Heft (I/1946, 4) bedauert, daß »viele bekannte

philosophische Denker durch die heutigen Verhältnisse verhindert sind, uns gleich zu unterstützen« — ein diskreter Hinweis auf die laufenden Entnazifizierungsverfahren.<sup>1</sup> 1947 veranstaltet die Zeitschrift im Ski-Ort Garmisch, noch außerhalb der zerbombten Städte, den ersten der Nachkriegs-Philosophenkongresse (ZphF II, 382-394), aus denen 1950 die »Allgemeine Gesellschaft für Philosophie in Deutschland« hervorgeht. Theodor Litt übernimmt den Vorsitz. 1953 wird auf Initiative des ehemaligen preußischen, nun niedersächsischen Kultusministers Adolf Grimme auch die Kant-Gesellschaft wiederbegründet — ehemals die größte Philosophenorganisation der Welt, 1937 aufgelöst und während des Krieges zum Zweck der Auslandspropaganda kurzzeitig wiederbelebt.

Mit der Gründung der AGPD im März 1950 (ZphF IV, 438) hatten sich die philosophischen Aktivitäten wieder institutionalisiert. Voraussetzung war die staatliche Souveränität der Bundesrepublik, da die Alliierten keine zonenübergreifenden Gesellschaften erlaubten. Mit einer Satzungsänderung wird nach längerem Tauziehen im Oktober 1951 ein »Engerer Kreis« nur für die Hochschullehrer eingerichtet (ZphF VI, 136ff). Die neue Gliederung spiegelt den Kompromiß zwischen der Forderung nach einer Fach- und Standesvertretung und der ursprünglichen Tendenz zur Bildung einer allgemein zugänglichen Assoziation von philosophisch Interessierten. »Philosophie hatte nun die festumrissene Form eines akademischen Wissens, das durch Lizenzen in seiner Autorität geschützt und gegen Irrlehren, nichtprofessionelle Philosophien und Zeitgeistströmungen verteidigt werden konnte. Die rückwirkende Reetablierung der Philosophie als Disziplin durch die Bildung einer Fachvertretungskörperschaft schuf aber auch eine klar geregelte institutionelle Verbindung zu übergeordneten staatlichen Stellen, die über Forschungsmittel und Berufungen entschieden, wie auch zu den untergeordneten Instanzen schulischer Vermittlung.« (Demirovic 1990, 37).

Kurz, die Zerschlagung des NS-Staats machte für einen Moment sichtbar, daß die Einheit »der Philosophie« keine ursprüngliche Gegebenheit ist. Sie konstituiert sich in einem staatlichen Ganzen durch eine Instanzengliederung, die sich neu zusammenfügen mußte. »Philosophie bezeichnete nun einen umfassenden Komplex von miteinander verketteten gesellschaftlichen Institutionen der schulischen und universitären Ausbildung, der Doktor- und Staatsexamina, der Förderung von Nachwuchs und Berufungsentscheidungen, der Forschungsprogramme und der Lehre« (ebd.). Diese Konfiguration verfügt über »die fachöffentliche Relevanz von Themen, die Kriterien des legitimen und guten

philosophischen Wissens, die gesellschaftliche Bedeutung philosophischer Fragestellungen, die Mechanismen zur Kooptation neuer Kollegen und zur Förderung des Nachwuchses« (ebd., 27). Unsere Frage zeichnet sich ab: wie stellte sich diese Institution vor 1945 dar, welche Modifikationen hatte die historische Zäsur 1933 bewirkt; welche Bedeutung hatte sie im staatlichen Gefüge des deutschen Faschismus?

Der Untersuchungsgegenstand versteht sich nicht von selbst, denn die von der Institution verfügte Wahrnehmung hält das Thema besetzt. Dabei müssen Kontinuitäten und Brüche berücksichtigt werden, die wir uns vorab ansehen.

### 1.1. *Restauration und Neubeginn nach 1945*

Nur unter der sowjetischen Militärverwaltung wird die »Entnazifizierung« der Universitätsphilosophie konsequent durchgeführt. Im westlichen Nachkriegsdeutschland werden die zunächst entlassenen NSDAP-Mitglieder aufgrund des Mangels an »unbelastetem Lehrpersonal« bald wiedereingestellt. Die Renazifizierung wird schnell irreversibel: wer es geschafft hat, zieht andere nach. Zum Beispiel Erich Rothacker, der seinen Bonner Lehrstuhl von 1928 bis 1954 bekleidete und mit Schülern wie Apel, Ilting, Habermas für philosophiegeschichtliche Kontinuität steht. Er war 1933 als Abteilungsleiter im Propagandaministerium Goebbels' Verbindungsmann zur studentischen »Aktion wider den undeutschen Geist« (Sauder 1983, 80f) und brüstete sich, »daß es nun Jahre her ist, daß ich öffentlich für Adolf Hitler eingetreten bin« (zit.n. Weber 1989a, 127). Noch 1944 schrieb er über *Die Kriegswichtigkeit der Philosophie* und hielt Vorträge im besetzten Paris. Im Februar 1946 gab er sich »u.a. als Philosemit aus und versuchte, den Charakter seiner Parteimitgliedschaft als rein formale dadurch zu belegen, daß er ständig Ärger mit dem NS-Dozentenbund gehabt hätte« (Klingemann 1990, 242). Mit Verweis auf die Personalakte, die bis heute nicht eingesehen werden darf, und durch zahlreiche »Persilscheine« stellte er sich »als öffentlich aufgetretener Nazi-Gegner und NS-Geschädigter« dar (ebd.).

Professoren der Philosophie gehörten in der Regel zu den alten, nationalkonservativen Eliten. Sie hatten mit ihren Kompetenzen dazu beigetragen, daß das Bündnis mit der Nazi-Bewegung stabil wurde, indem sie deren Ziele in die Sprache der »Gebildeten« übersetzten (vgl. 2.1).<sup>2</sup> Nach 1945 bleibt der konservative »Pfeiler« des Herrschaftssystems stehen (Haug 1987, 175-181). Die eigene Mitwirkung kann unsichtbar werden, weil die Zusammenarbeit immer einen Konfliktcharakter

behalten hatte. R., der sich 1933 erfolglos als Rektor einer »Reichsuniversität« empfohlen hatte (Weber 1989, 130), erboste sich nach dem Scheitern seiner Projekte<sup>3</sup> besonders über Alte Kämpfer, die in Universität und Kultusverwaltung eine schlechte Figur machten. Er soll »wegen seiner bekannten Überheblichkeit einige Reibereien mit braunen Lokalgrößen provoziert haben und sich bei Gelegenheit über deren geistige Inferiorität mokiert haben« (Klingemann, 243), was er nach 1945 fortsetzte (Rothacker 1963). Umgekehrt bescheinigte das Reichssicherheitshauptamt 1937,<sup>4</sup> daß seine *Geschichtsphilosophie* (1934) »den biologischen Gehalt der Rasse leugnet«. Wie alle am deutschen Idealismus geschulten Fachkollegen, notorische Nazis wie Kriek und Bäumler eingeschlossen, legte er »den Akzent auf den Begriff der Zucht und behauptet(e), daß Rasse letzten Endes ein Ergebnis des Willens und der geistigen Zielsetzung sei«. So die Geheimpolizei. Nach 1945 war der Fall klar: R. verstand sich als Gegner »der Nazis« und ihrer Ideologie, die bis heute mit den biologischen Varianten des Rassismus gleichgesetzt wird. Das weiter maßgebliche konservative Milieu sah es auch so. Nach seiner schnellen Entnazifizierung verhalf er Fachkollegen mit Persilscheinen zur »Entlastung« vor der Spruchkammer.<sup>5</sup>

Von der Universität entfernt wurde eine Handvoll Philosophieprofessoren, die sich als Sündenböcke eigneten. Der Geeignetste war Ernst Kriek, »völkischer« Gegner der konservativen Zunft, nicht-habilitierter Autodidakt und 1946 im Internierungslager verstorben. Die anderen waren hohe Funktionsträger (Alfred Bäumler, Hans Heyse) oder Günstlinge der Partei, die von der Zunft nicht assimiliert wurden (z.B. H.A.Grunsky). Ein 1951 von der SPD mitverabschiedetes Gesetz zu Art.131 GG, das die Versorgungsansprüche »belasteter« Personen anerkennt und die Rückkehr ins Beamtenverhältnis und in den öffentlichen Dienst ermöglicht, sichert ihnen fette Pensionen (Lotter 1990, 19). Martin Heidegger erhält befristetes Lehrverbot bis 1951 (Ott 1988, 291-327). Weitere NS-Funktionäre unter den Philosophieprofessoren befinden sich bereits im entnazifizierungsfreien Österreich (Ferdinand Weinhandl), oder sie begründen die westdeutsche Soziologie. So Arnold Gehlen, Hans Freyer, Gunther Ipsen, Helmut Schelsky; auch C.A.Emge, der als Führer der Internationalen Vereinigung für Rechts- und Sozialphilosophie im philosophischen Sektor »noch abwarten« zu müssen glaubte (12.5.47 an Joh.Plenge; zit.n.Rammstedt 1986, 168). Wie sehr in diesem Bereich vor allem Helmut Schelsky die Fäden zog, hat René König angedeutet (1980, 189f).

König ist einer der wenigen Rückkehrer, die Fuß fassen konnten. Um

die 100 Berufsphilosophen hatten nach vorsichtiger Schätzung Nazi-deutschland verlassen, ca. 20 kehren in die drei Nachfolgestaaten zurück (Lotter 1990, 11). Eine Rückberufung wird nur im Osten betrieben; hier machen Ernst Bloch, Leo Kofler, Bertolt Brecht u.a. den Marxismus zunächst zur dominanten kulturellen Kraft, bis der »kurze Frühling der Philosophie« (Burrichter 1984) in der spätstalinistischen Eiszeit endet. Im Westen bleiben die Remigranten »zumeist vereinzelt und ordnen sich unauffällig in den bestehenden Universitätsbetrieb ein« (ebd., 20). Der Rückkopplungs- und Verstärkereffekt bewirkt, daß, wer draußen war, auch draußen blieb. In Köln bekommt es der katholische Philosoph Johannes Hessen, 1939 als »politisch unzuverlässig« von der Universität entfernt, mit dem gleichen Dekan Heinz Heimsoeth zu tun, der 1933 deren »Gleichschaltung« betrieb und als Dekan zur neuen Führung gehörte (Golzcewski 1988, 417). Die mit dem »Treuepflichtgesetz« (1952) einsetzenden Berufsverbote schreiben dann eine weitgehende »personelle Kontinuität nicht nur der Täter, sondern auch der Opfer« fest (Lotter, 19).

Existentialismus und Neuscholastik dominieren. Erst gegen Ende der Adenauer-Ära setzen Rezeptionsschübe der ins Exil gedrängten Traditionen ein: Anfang der 60er Import einer amerikanisierten Version des Logischen Empirismus und des Kritischen Rationalismus, Wiederentdeckung zunächst der frühen Kritischen Theorie, nach 1968 von Marxismus und Psychoanalyse, erst Ende der 70er des tatsächlichen Wiener Kreises. Das in kritischen Darstellungen (Holz 1986, Lotter 1990) gezeichnete Bild bloßer Restauration ist allerdings auch trügerisch. Neue Themen treten nach vorn, der gültige Textkanon wird umgewichtet. Hatte im NS Platons *Staat* Konjunktur, so legt Joachim Ritter nun Aristoteles' *koinonía politiké* auf die »bürgerliche Gesellschaft« der Bundesrepublik hin aus, die dadurch einen Legitimationshorizont erhält. Otto Friedrich Bollnow überwindet den Existentialismus des sicherungslosen Daseins, in dem sich die Forderung bedingungsloser Leistungsbereitschaft artikuliert hatte, zur »Neuen Geborgenheit« und rehabilitiert die »bürgerlichen« Tugenden von Fleiß, Ordnung, Sparsamkeit. Die von den faschistischen Staatsapparaten besetzte Zivilgesellschaft gewinnt wieder mehr Autonomie, und die Institution zeigt Wirkung. Das wäre allerdings ein anderes Thema.

## 1.2 *Vergangenheitsbewältigung innerhalb der Institution*

Ihre erste Zusammenkunft nach Hitlers Machteinsetzung, die Tagung in Magdeburg vom 5. bis 7. Oktober 1933, gestaltete die »Deutsche Philo-



sophische Gesellschaft« als korporatives Bekenntnis zum »neuen Staate« (Haug 1989b, 159f, 167f). Auf ihrem Gründungskongreß in der neuen Bundesrepublik, der am 2.-6. Oktober 1950 in Bremen stattfand, schwieg die wiederhergestellte Zunft. Sie legte nicht, wie es die evangelische Kirche 1945 auf Druck der Auslandskirchen tat, ein wenigstens halbherziges Bekenntnis zu Schuld oder Mitverantwortung ab; sie verpflichtete sich auch nicht zu Bewußtmachung oder selbstkritischer Reflexion. In der Gründungsnotiz (ZphF VI, 438) und der Satzung der AGPD (ZphF VI, 136ff) findet sich nicht einmal ein Hinweis auf die DPhG oder eine Klärung des Nachfolgeverhältnisses.<sup>6</sup> Das »Allgemeine« der Gesellschaft löscht den eigenen Gründungsakt ebenso aus wie dessen Vorgeschichte. »Daß in Bremen von den gestaltenden Kräften der jüngst vergangenen Geschichte der NS-Diktatur, des Völkermordes und der Vernichtung der europäischen Juden wenig die Rede war, ist nicht verwunderlich, denn dies geschah auch auf den vorangegangenen Kongressen nicht. Es war aber um so weniger zu erwarten, als zahlreiche Redner dann auch über ihre eigene, spezifisch wissenschaftspolitische Beteiligung an diesen Geschehnissen hätten sprechen müssen.« (Demirovic 1990, 33) Ein interner Bericht des Instituts für Sozialforschung erwähnt den hohen Anteil »prominenter Pgs und geistiger Schildträger des Nazismus« (zit.n.ebd., 34). Genannt werden der »wie ein Chamäleon anmutende verwandlungsreiche Rothacker-Bonn« (»dessen höchste Ambition war, unter den Nazis Kultusminister zu werden«), der Cassirer-Nachfolger Hermann Noack, Arnold Gehlen, C.A.Emge. Mit ihnen diskutierten von den Nazis ins Exil Getriebene wie Paul Tillich und Helmuth Plessner.

Im Parkett hat es also geknistert. Auf der Bühne und in den Berichten der Medien gab es das zeitlose Stück »Christlich-Abendländische Philosophiegeschichte«. Die Frage, wie sich durch Rückbesinnung auf Antike und Christentum Wertmaßstäbe zurückgewinnen lassen, stand im Zentrum der drei Nachkriegskongresse von Garmisch (2.-9.9.47), Mainz (1.-8.8.48) und Bremen. Gesucht waren verpflichtende Traditionen, denen gegenüber, wie Erich Rothacker präziserte, »das Geschehen der Jahrzehnte und der Generationen unbedeutend ist« (zit.n.ebd., 31). Eine Flucht aus den Problemen der Zeit darf man darin keineswegs sehen, gekämpft wurde in dieser Form um die Gestaltungsprinzipien der neuen Bundesrepublik. So schien sich in der Humanismus-Renaissance und einer die Kongresse durchziehenden Aversion gegen den Existentialismus (von Tillich verteidigt; Heidegger und Jaspers nicht anwesend) nicht nur die Wendung gegen das Vergangene artikuliert zu haben, sondern auch die Restauration. »Wer das humanistische

Gymnasium und die christlichen Kirchen verrät, verrät die Zukunft«. So Erich Rothacker (zit.n.ebd., 34), die Farbe von braun nach schwarz wechselnd. Sieht man näher hin, fehlen auch nicht die Bezüge auf den eben untergegangenen faschistischen Staat. Sie erfolgten nicht explizit, sondern blieben in der (moral-)philosophischen Form unthematisch: »das Vergangene«, »das Geschehen der letzten Jahre«, »das schreckliche Geschehen«; etc.

Kehrseite der ideologischen Funktion ist die Abwehrhaltung gegen eine sozioanalytischen Betrachtung des Herrschaftssystems, in der die eigene Rolle mitgesehen werden kann. Vernunft, Verantwortung, Humanität, Moral, all diese traditionellen Instanzen der Philosophie wurden nach 1945 auf neue Notwendigkeiten hin ausgelegt. Im gleichen Maße verschob sich die Wahrnehmung der NS-Zeit ins Ideologische. Sie war nur noch finsternes Symbol dessen, was der Abfall von den propagierten Leitwerten zur Folge hat. Dies fiel um so leichter, als viele Philosophieprofessoren schon vor 1945 »die Zeit« zunehmend kritisch vom Standpunkt dieser Werte gesehen hatten — im Gegensatz zum historischen Moment 1933, den sie nahezu einmütig als deren Verwirklichung feierten. Gerade für Gründungsheilige der Bundesrepublik wie Spranger, Jaspers oder Litt hatte sich die Epoche, die für sie mit großen Hoffnungen, aber auch ebenso großen Enttäuschungen und Kränkungen verbunden war, extrem verdüstert. Von einem Begreifen oder einer kritischen Distanz zur eigenen Rolle konnte im Manichäismus der sich nun verfestigenden Betrachtung keine Rede mehr sein. Schnell verschmolz der Faschismus mit dem neuen Gegner, dem Kommunismus, zur Gegenwelt des »Totalitarismus«.

Der Kalte Krieg tabuisierte auf diese Weise Leben und Werk bundesrepublikanischer Ordinarien wie Heimsoeth, Glockner, Freyer, Heidegger, Gehlen oder Spranger in Bezug auf den betreffenden Zeitabschnitt. Lukács' einflußreiche Deutung des Nazismus als *Zerstörung der Vernunft* (1953) stellte sicher, daß dieses Tabu auch von links kaum zu durchbrechen war. Vom Standpunkt einer normativ gewendeten Rationalität wurde der NS als eine Art Gegen-Philosophie gedeutet. Das »Irrationalismus«-Paradigma fixierte die Betrachtung auf die wenigen Nazi-Intellektuellen, die wie Krieck oder Rosenberg auch in der westdeutschen Zunft nicht als »Philosophen« angesehen wurden. Es fand deshalb auch auf bürgerlicher Seite Anklang (Sontheimer 1963).

Erst als die Studentenbewegung die NS-Vergangenheit der Universität zum Thema macht, fällt etwas Licht auf einige Biographien. Schelsky ist 1965 als Universitätsreformer nicht mehr durchsetzbar. Jürgen Habermas, der als Student die erste Mediendebatte um Heidegger

ausgelöst hatte,<sup>7</sup> sieht nun auch innerhalb der akademischen Philosophie Voraussetzungen für eine mögliche Enttabuisierung. Im Vorwort seiner Sammlung *Politisch-philosophischer Profile* — Porträts der nach 1933 aus dem Philosophiebetrieb Verdrängten (Bloch, Plessner, Horkheimer, Adorno, Löwith, Arendt, Abendroth, Benjamin, Schütz, Marcuse, Jaspers) ebenso wie seiner Betreiber nach 1933 (Heidegger, Gadamer, Gehlen) — benennt er die »Fixierung an das zeitgeschichtliche Phänomen des Faschismus« als Charakteristikum der philosophischen Gegenwart. »Die Gewalt dieses objektiven Vorgangs hat alle Lager polarisiert.« (1971, 18) Die geistige Zerrissenheit scheint aber überwindbar, und zwar nicht nur, weil die in den NS verwickelte Generation abzutreten beginnt. Mit ihr sah Habermas einen Denktypus verschwinden, der sich in Großen Geistern inkarnierte und zur Selbstreflexion seiner Vernunft unfähig war. »Bisher scheint Identitätsverlust die Strafe bereits für das Eingeständnis von Irrtümern zu sein — diese Erklärung jedenfalls legt das eigentümlich resistente Verhalten all derer nahe, welche einer Sache, die sie nicht gewollt haben, Sukkurs gegeben haben.« (Ebd., 19f) Mit der sprachanalytischen Wende beginne das philosophische Denken in ein »neues Medium« einzutreten. Vom Übergang zum normativ geregelten Verständigungs-Handeln verspricht sich Habermas eine Deblockierung der Vernunft, die sich vom »Fleisch« (ebd., 14) des Einzeldenkers löst und die individuelle Verstockung im »Diskurs« auflösen kann.

Tatsächlich scheint in der heutigen Berufsphilosophie — nach dem Abreißen personeller Kontinuität zum NS und dem Nachlassen individueller Widerstände — die Notwendigkeit anerkannt, die NS-Zeit als unreflektiert in gegenwärtiges Denken hineinragende Voraussetzung ins Bewußtsein zu heben. Die dominierenden Schulen verständigten sich 1987 bei einer Tagung auf die neue Formel einer »Zerstörung des moralischen Selbstbewußtseins«, die für das »schreckliche Geschehen« verantwortlich sei (Forum 1988, 16). Die Vergangenheitsbewältigung erhielt ihre philosophische Form, indem die gegensätzlichen Standpunkte ein unbezweifelbares Fundament beanspruchten, dessen Zerstörung den NS möglich machte. An die Stelle der Stelle der »Vernunft« in der Tradition von Lukács trat eine Moral, deren inhaltliche Auslegung aber umstritten war.

Die Moralform als solche wurde nur vom Vertreter Heideggers nicht akzeptiert. Otto Pöggeler (1988, 238) stellte die Frage, »aus welchen Perspektiven heraus der Nationalsozialismus überhaupt angemessen in den Blick zu bringen sei« — wenn nicht aus denen Heideggers. Daß dessen »Werk« als solches über jeden Zweifel erhaben sein muß, hatte

auch Habermas (1989, 34) im Vorwort zu den Enthüllungen von Farias verlangt. Für Pöggeler soll es den Maßstab zur Beurteilung des 'empirischen' Heidegger und seiner »Irrtümer« liefern. Damit verdoppelt sich Heideggers Philosophie in das historisch verstrickte Ursprungsdenken und in »Heideggers ursprünglicheres Denken« — Titel von Pöggelers Beitrag. Dieses letztere darf nicht objektiviert, sondern nur verstanden werden. Im Blick auf die neue Heidegger-Forschung (Farias, Ott) wird die Grenzziehung zwischen der Befassung mit bloßen Tatsachen und ihrer legitimen, »philosophisch« genannten Bewertung bekräftigt.<sup>8</sup>

Die von Habermas konstatierte »Polarisierung« wurde in dieser Verständigung nicht überwunden; vielmehr verschoben sich die politischen Fronten, die auch der sogenannte Historikerstreit zutagetreten ließ, ins Moralphilosophische. Der Vertreter der neokonservativen Ritter-Schule sah das antifaschistische Prinzip in einem nicht rechtfertigungsbedürftigen, weil staatsnotwendigen »Gemeinsinn«, der eine Nicht-Thematisierung der NS-Vergangenheit zur ersten Bürgerpflicht macht. Um Zweifel am antifaschistischen Sinn dieses Standpunkts nicht aufkommen zu lassen, wird die Faschismusgefahr auf Seiten derer geortet, die von »Verdrängung« reden. »Das Verdrängungstheorem schwächt, je wichtiger es sich nimmt, den Sinn für die institutionellen Bedingungen unserer Sicherheit gegen die Wiederkehr dessen, was angeblich verdrängt sein soll.« (Lübbe 1988a, 224) In der offenbar scharfen Kontroverse insistierten die Vertreter der Transzendentalpragmatik (Apel, Böhler) auf der rational begründeten Verständigung über die NS-Vergangenheit. Das ist zweifellos notwendig, sofern man nicht Lübbes Standpunkt des Verfassungsschutzes in der Philosophie teilt. Ob die Begründungsnormen einer solchen Rationalität Sicherheit gegen die Gefahren neuer Staatsomnipotenz gewährleisten, ist eine andere Frage (vgl. zur Kritik Haug 1989a, 14-17). Bei allem politischen Streit bleiben die beherrschenden Schulen der westdeutschen Philosophie aber darin einig, die NS-Herrschaft moralförmig als Abfall von den jeweils propagierten Leitwerten zu betrachten, statt sie sozioanalytisch zu begreifen. Die Konsequenz ist, wie schon bei den Kongressen der unmittelbaren Nachkriegszeit, die strukturelle Unsichtbarkeit der wirklichen Institution und ihrer Geschichte. Von ihr war nicht die Rede.

### 1.3 *Gegenstand und Fragestellung*

Als »Philosophieverhältnisse« bezeichnen wir das Ensemble der im Bereich Philosophie wirkenden Instanzen und die im Kräfteverhältnis dieser Instanzen sich entwickelnden Praxen der Produktion, Verbreitung

und Rezeption von Philosophie. Wir greifen den analogen, aus der DDR-Literaturtheorie stammenden Begriff der »Literaturverhältnisse« auf (Naumann 1975, 25), folgen aber der Verwendungsweise des »Projekts Ideologie-Theorie« (PIT 1979, 195 und 1980, 280).<sup>9</sup> Im Unterschied zur Institutionenkunde fassen wir diese Bedingungen nicht als die materielle oder auch historisch-soziale Hülle einer unveränderlichen Entität Philosophie auf. Vielmehr erklärt erst das Zusammenwirken dieser Instanzen, die im Ensemble gesellschaftlicher Verhältnisse zu begreifen sind, die Eigenständigkeit von Philosophie — als Praxis einer besonderen Institution —, ebenso wie die Relativität dieser Autonomie. Im Staatsförmigen ihrer Produktions-, Rezeptions- und Vermittlungsbedingungen läßt sich das Ideologische der Philosophie fassen. Über die öffentlichen Bildungseinrichtungen und den Wissenschaftsbetrieb, über den literarischen Markt und über jene vereinsförmigen Spezialöffentlichkeiten, die sich zu Lektüreabenden, Vortragsveranstaltungen oder Kongressen zusammenfinden, organisieren philosophische Prozesse ein bestimmtes Erleben/Verstehen der gesellschaftlichen Verhältnisse. Private Einzelne finden sich darin wieder in höheren Allgemeinheiten, kommunizieren nach »vernünftigen« Prinzipien des Zusammenlebens, ordnen sich wirkmächtigen Traditionen zu, etc. Kurz, sie machen sich zu Staatsbürgern, die über die Mächte einer spiritualisierten Gemeinschaftlichkeit in Beziehung treten — bzw. sich von ihrer eigenen Gesellschaftsmacht derart in Beziehung setzen lassen, daß ihnen diese in entfremdeter Form (von berufsmäßigen Ideologen) vorgestellt wird. Wenn diese staatsbildende Funktion des Philosophischen volens oder nolens stets den repressiven Gewaltrahmen voraussetzt, der die Klassengesellschaft zusammenhält, so kann sie doch nur nur wirksam werden, soweit der Staatsapparat sich aus diesen Räumen heraushält (sonst kann die darin gebildete ideologische Macht sich auch gegen ihn wenden). Unter diesem Gesichtspunkt stellt sich die Frage nach den faschistischen Modifikationen der Philosophieverhältnisse.

Die Universitätsphilosophie erlebt die Umwälzungen von 1933 als massiven Zugriff staatlicher Instanzen auf die Fachautonomie: »Säuberung« der Lehrstühle und Einsetzung neuer Fachvertreter nach den Kriterien von »Rasse« und politischer Einstellung; Gesinnungsdruck, Zwang zu (Lippen-)Bekanntnissen und zur »politischen« Ausrichtung des Lehrangebots; in der Folge gesetzliche Rahmenbedingungen, die Forschung und Lehre, Ausbildung und Berufung von Lehrkräften einer Kontrolle staatlicher Instanzen unterwerfen, die auf »politisch-weltanschauliche« Ausrichtung der Philosophie drängten. Die Vorgänge sind in den Erinnerungen der Beteiligten (z.B. Spranger 1955, Gadamer 1977,

Löwith 1986) oft beschrieben worden. In der fachinternen Retrospektive bewegte sich »Die Philosophie zwischen Anpassung und Selbstbehauptung« (Krings 1987).<sup>10</sup>

Anpassung oder Selbstbehauptung zeigen sich aber verschränkt. Gerade um zu Staatsdienertum »erziehen« und zum Opfertod motivieren zu können, reklamieren Konservative wie Litt oder Spranger Geistesfreiheit und Respektierung ihrer Zuständigkeiten. Die Rektorsrede Heideggers zeigt außerdem, daß die »Selbstbehauptung« der Institution keineswegs den neuen Machtverhältnissen Widerstand entgegenzusetzen mußte. Denn als »Selbstbehauptung« vollzieht sie, in der Form freiwilliger Unterstellung unter höhere Forderungen, eben die von den Nazis verlangte »Gleichschaltung« (vgl. Alisch 1989). Zugleich macht die Rede deutlich, daß die Instanz Philosophie und die akademische Disziplin zu unterscheiden sind. Zwar artikuliert sich Heidegger als Philosophieprofessor; andererseits ist es die gesamte Universität, deren Wissenschafts- und Daseinsverständnis in der Form Philosophie zu einem Bewußtsein ihrer selbst gelangen soll. Im philosophischen Medium spricht sich eine Selbstausslegung der Einzelwissenschaften aus, die ihnen im nationalen »Aufbruch« eine neue Einheit verheißt. Für die weitere Darstellung wäre diese Unterscheidung zwischen der ideologischen Macht Philosophie und ihrem universitären »Apparat« im Auge zu behalten. Sie macht verständlich, wie deutsche Philosophieprofessoren den Nazismus als Verwirklichung der eigenen Vorstellungen verkennen konnten und was ihre Aktivität »im neuen Staate« — zumindest anfänglich — so beflügelt hat.

Die Philosophie erscheint nicht *nur* als von »der Politik« bedrängte Fachdisziplin. Mit Marx läßt sie sich als eine der *ideologischen Formen* begreifen, in denen die ökonomische Krise der Weimarer Gesellschaft ins Bewußtsein tritt, und in denen die Antagonisten um gegen/revolutionäre Lösungen ringen. Wir untersuchen im folgenden 2. Kapitel, wie philosophische Diskurse die faschistische Lösung einer Auslagerung politischer Kompetenzen aus der Zivilgesellschaft artikulieren; und zwar in der bewußtlos-bewußten Weise, in der sie allgemein zustimmungsfähig war. Zugleich geht es um die Frage, wie die neue Herrschaftsform — die keine politische Öffentlichkeit zuließ und die meisten gesellschaftlichen Bereiche unmittelbar den Staatsapparaten unterstellte — die Produktions- und Rezeptionsbedingungen von Philosophie veränderten.

Das 3. Kapitel behandelt das Universitätsfach. Zunächst geht es um die Bestrebungen, aus der Spezialdisziplin eine staatliche »Weltanschauung« und Königin der Wissenschaften zu machen. Aufgrund der

polykratischen Struktur des NS-Staats bekam dies keine Realität; es war aber die Form, in der die Philosophie hochschulpolitisch als Instanz der »Gleichschaltung« agierte und zur »weltanschaulichen« Überwachung des Wissenschaftsbetriebs beitrug. Wir sehen uns dann die reale Stellung des Fachs in der faschistisch modifizierten Hochschulautonomie an, die Forschung und Lehre dem Staat »weltanschaulich« verpflichtet – zunächst durch »Säuberung« und veränderte Rekrutierung des Lehrpersonals. Zu registrieren ist einerseits ein gewisser Abbau des Fachs, andererseits ein verändertes Dispositiv, das die philosophische Kompetenz mit Staatsfunktionen ausstattet und ihr neue Bereiche erschließt. Zum Begreifen des institutionellen Alltags sind die nicht-intendierten Effekte dieses Prozesses zu berücksichtigen, d.h. die von ihm selbst hervorgerufenen »Widerstände« im normalen Betrieb.

Das 4. Kapitel enthält eine Bestandsaufnahme der philosophischen Gesellschaften, Kongresse und Fachzeitschriften. Leitende Frage ist, inwiefern die Besetzung der Zivilgesellschaft durch die faschistischen Staatsapparate die bestehenden philosophischen Öffentlichkeitsformen verändert. Hinsichtlich der Gesellschaften: Unter welchen Bedingungen können sie weiterbestehen, welche ihrer Kompetenzen wandern an welche Stellen, was sind die ihnen verbleibenden oder neu zuwachsenden Funktionen? Hinsichtlich der Zeitschriften: wie wirkt sich ihre Kontrolle durch die »Reichskulturkammer« auf Artikulationsformen und -möglichkeiten aus? Wir stoßen auch hier wieder auf die Dialektik eines Prozesses, der die Institutionen nach dem Sprachgebrauch der Nazis »politisiert«, d.h. für staatliche Schulungs-, Überwachungs- und Repräsentationsaufgaben funktionalisiert, der aber im Gegenzug die kulturellen Sphären sekundär politisiert. Das bedeutet, daß die in ihren Wirkungsmöglichkeiten beschnittenen philosophischen Gesellschaften vielfach Orte einer »stillen« Hinwendung zu höheren Werten werden, für die der Gegensatz zu den verordneten Formen faschistischer Öffentlichkeit bestimmend ist.

Das abschließende 5. Kapitel besichtigt anhand einer (nur essayistischen) Bilanz der Schulen die veränderten Machtverhältnisse in der philosophischen Region. Von Interesse sind Traditionsabbrüche, Kräfteverschiebungen, neuartige Tendenzen. Zu klären ist, ob man bei aller Heterogenität der nach 1933 sich artikulierenden Strömungen von einer faschismusspezifischen *Einheit* des philosophischen Produktionsfeldes sprechen kann, einer Einheit, die nicht durch angeblich NS-spezifische Ideen konstituiert wäre, sondern durch Ausschließungen.

Die Untersuchung gilt nicht einem Zeitraum (also 1933–45), sondern ist fokussiert auf den historischen Moment »1933«. Es geht zunächst um

ein Verzeichnis der Veränderungen, die direkt oder mittelbar durch die politische Zäsur bewirkt werden. Auf der nicht nur 'positivistischen' Ebene stellt sich die Frage nach der Bedeutung dieser Ereignisse: ob und inwiefern sich in ihnen eine strukturelle Modifikation der Verhältnisse im Bereich Philosophie anzeigt. Spätere Entwicklungslinien werden in Ausblicken skizziert. Von Interesse sind dabei Wendungen, wie sie vor allem im Zweiten Weltkrieg zu registrieren sind, sowie Kontinuitäten und Brüche im Übergang zur Bundesrepublik.



## 2. Dialektik des Un/Politischen

Der von den Militärbehörden eingesetzte »Bereinigungsausschuß« der Freiburger Universität notiert 1945 das Ergebnis einer Reihe von Befragungen.

»Der Philosoph Professor Martin Heidegger lebte vor dem Umbruch von 1933 in einer völlig unpolitisch geistigen Welt, stand aber in freundschaftlicher Berührung (auch durch seine Söhne) mit der damaligen Jugendbewegung und gewissen literarischen Wortführern der deutschen Jugend, wie Ernst Jünger, die das Ende des bürgerlichen Zeitalters und das Heraufkommen eines neuen deutschen Sozialismus ankündigten. Von der nationalsozialistischen Revolution erwartete er eine geistige Erneuerung des deutschen Lebens auf völkischer Grundlage, gleichzeitig, wie sehr viele deutsche Gebildete, eine Aussöhnung der sozialen Gegensätze und eine Rettung der abendländischen Kultur von Gefahren des Kommunismus. Von den politisch-parlamentarischen Vorgängen, die der Machtergreifung des Nationalsozialismus vorangingen, besaß er keine klare Vorstellung, glaubte aber an eine geschichtliche Mission Hitlers, die ihm selbst vorschwebende Geisteswende herbeizuführen.« (Zit.n. Ott 1988, 134)

Das sind Heideggers eigene Aussagen, »einen Spiegel vermittelnd, worin sich viele Intellektuelle, besonders viele Universitätslehrer, erkennen konnten« (Ott, 134f): »Harmlosigkeit, gepaart mit politischer Naivität, gemischt mit einem Schuß antidemokratischen Denkens, auf jeden Fall: unpolitisch, nur in der geistigen Welt lebend, allenfalls mit den geistigen Köpfen der konservativen Revolution (Ernst Jünger u.a.) sympathisierend, ansonsten ohne nähere Bindung, gar organisatorischer oder institutioneller Art.« Teils wörtlich wiederholt sie der Rechtfertigungsbrief an Marcuse, den Heidegger 1946 abschickt, und sie zirkulieren in den autorisierten Darstellungen der Rektoratszeit, deren bekannteste den Titel *Spiegel-Interview* trägt. Tatsächlich kämpfte aber Heidegger, wie noch zu zeigen sein wird (2.2), 1933 mit Krieck, Baeumler, Gehlen und anderen gegen das »unpolitische« Selbstverständnis der Professorenschaft.

Vor allem der Historiker Hugo Ott hat es unternommen, diesen Diskurs zu vervollständigen, Verzerrtes richtigzustellen, Verschwiegenes aufzudecken, nach und nach die Zusammenhänge zu rekonstruieren. Aber nicht nur Heidegger, sondern eine ganze Anzahl teils namhafter Philosophen ergriff im Zeitraum 1932/33 — als die »Machtergreifung« ein umkämpfter Vorgang, keineswegs aber vollendete Tatsache war — für die Nazis Partei (Tab. 1). Die Philosophiehistoriker betonen, daß dieses »politische« Engagement »in einer anderen 'Rolle' als der des Professors« erfolgte; »die wissenschaftliche Tätigkeit wurde davon kaum berührt« (Schnädelbach 1990, 404). Das reduziert das Philosophische

auf den Wissenschaftsbetrieb.<sup>1</sup> Claudia Schorcht (1990, 45) macht darauf aufmerksam, daß »politische Standpunkte unter dem Deckmantel von Wissenschaftlichkeit und Objektivität gehandelt wurden«. Die Philosophen waren also nicht unpolitisch, sondern stellten sich als unpolitisch dar. Die Frage ist, welche Politik in dieser philosophischen Form gemacht wurde.

Wolfgang Abendroth (1967) hat das »Syndrom des Unpolitischen« sozio-historisch aufzuschlüsseln versucht. Erkennbar wird dabei eine komplexe Herrschaftsstruktur, in der eine durch »Bildung« unterschiedene Elite auf besondere Weise Politik macht. Mit der von ihr beanspruchten Auslegungskompetenz für sozialtranszendente Mächte und Instanzen wie »Wahrheit«, »Geist« »Vernunft«, »Objektivität« mobilisiert sie gegen das sozialstaatliche Kompromißgebilde »Weimar«. Die (sich als solche verleugnende) Politik der deutschen »Mandarine«<sup>2</sup> zielte nach außen auf die Wiederherstellung der »nationalen Ehre« durch Revision des Versailler Vertrags. Innenpolitisch ging es gegen besondere Repräsentations- und Vermittlungsorgane für die sozialen Interessenkonflikte, d.h. gegen eine besondere Sphäre politischer Öffentlichkeit. Sie wurde als »Parteihader« artikuliert, als Aufgehen in leerer Betriebsamkeit und Vergessenheit gegenüber eigentlichen Verpflichtungen wie Dienst und Opferwille für Staat, Volk und Nation. Bourdieu (1975) hat am Beispiel des Heidegger von *Sein und Zeit* (1927) analysiert, wie sich diese Politik des Mandarinats — gemäß der eigentümlichen Logik und der Zensurbestimmungen des institutionalisierten Diskurses — auch in die Form von »Philosophie« transponierte.

In der Sekundärliteratur dominiert eine kritisch-verständnisvolle Betrachtung des »Unpolitischen«, die sich die interessierte Selbstdeutung der damaligen Hochschullehrer zu eigen macht. Man kritisiert zwar aus heutiger Sicht die »Naivität« der Wahrnehmung, erklärt aber mit ihr zugleich »Blindheit« und »Irrtum« damaligen Verhaltens.<sup>3</sup> Haug (1967) hat in seiner Analyse des »Blindheits«-Topos gezeigt, wie die alte Ideologie des »Unpolitischen« hier weiterwirkt.<sup>4</sup> Der Faschismus erscheint im Spiegel des »Unpolitischen« als objekthaftes Geschehen, das den Betrachter draußen läßt, obwohl er sich nur selbst darin wiedererkennt. Wenn wir versuchen, dieses Spiegelstadium der Faschismustheorie zu verlassen, wird die Philosophie als Medium und mitvollziehende Instanz der Faschisierung erkennbar.

## 2.1 *Die politischen Bekenntnisse der »Unpolitischen«*

Politische Aufrufe von Hochschullehrern sind in der Weimarer Republik nicht ungewöhnlich. »Unpolitisch« ist die *philosophische Form*. Die Professoren operieren oberhalb der Parteipolitik als Träger des objektiven Geistes. Sie beanspruchen, »in ihrer Gesamtheit etwas wie das öffentliche Gewissen des Volkes in Absicht auf gut und böse in der Politik« darzustellen und jenseits aller »Verwirrung durch Parteisucht und Parteihaß ... das Handeln der Macht an der Idee zu messen« (Fried. Paulsen 1902, zit.n. Faust 1980, 45). Die Tradition politischer Einmischung von »oben«, aus der »Geisteswelt«, bleibt bis 1933 ungeboren. In der Regel sind es Erklärungen zu Fragen von gesamt-nationalem Interesse, zu denen die vaterländische Pflicht nötigt: Weltkrieg, Novemberrevolution, Versailles, Auslieferung von Kriegsverbrechern, Reichspräsidentenwahlen. Direktes Engagement für eine Partei ist seltener und erfolgt meist zugunsten der Deutschnationalen, gelegentlich auch für die liberal-bürgerlichen Parteien (Faust, 34 und Jansen 1985, 184f).

### 2.11 *Philosophen für die NSDAP*

*Die Aufrufe von 1932.* — Es ist kein Zufall, daß die ersten Bekenntnisse zu Hitler bei den Reichspräsidentenwahlen im Frühjahr 1932 abgelegt werden: Zu ihnen Stellung zu nehmen, konnte als nationale Pflicht dargestellt werden, die man mit parteipolitischer Betätigung nicht verwechselt wissen wollte (Faust, ebd.). Der Aufruf *Die deutsche Geisteswelt wählt Adolf Hitler* enthält sechs persönliche Erklärungen. Neben den »völkischen« Literaturhistorikern Berger und Bartels, dem Physiker Lenard (Begründer der »Deutschen Physik«), dem Komponisten Reiter (»Schöpfer der Goethe-Symphonie«) und H.F.K. Günther (»Rasse-Günther«), dem die Nazis eine Professur in Jena eingerichtet hatten, als sie 1930 in Thüringen an die Regierung gelangten, vertritt *Carl August Emge* die Philosophie. Er hat, ebenfalls in Jena, eine außerordentliche Professur für Rechtsphilosophie und ist wissenschaftlicher Leiter des Weimarer Nietzsche-Archivs.

»(...) Bewertung und Deutung der Hitler-Bewegung verdanke ich dem Studium Nietzschescher Ideen über Blüte und Verfall der Kulturen und eigener Beobachtung der gesellschaftlichen Vorgänge. (...)« (VB 6.4.1932)

Der Vorgang läßt sich nicht als Verirrung eines Gelehrten auf ein Feld abtun, von dem er nichts versteht (vgl. Lübke 1988, 232). Ist man an der Organisation von Wirkungen interessiert, zeigt sich, wie die philosophische Kompetenz des Verstehens und der Deutung gesellschaftlicher

Vorgänge das Image der Hitler-Bewegung mitzuinszenieren beginnt. Der Vorgang sollte auch nicht manipulationstheoretisch verkürzt werden. Zwar organisierte die NSDAP solche Wahlaufufe mit der Absicht, der »Bewegung« bei den Gebildeten unter ihren Verächtern mehr Ansehen zu verschaffen. Das erklärt aber nicht, warum die Nazis zur eigenen Überraschung die ihnen 1933 zugefallene Macht mit überwältigender Unterstützung auch der alten Eliten konsolidieren konnten. Zu achten wäre deshalb auf die relative Selbständigkeit und Eigen-dynamik der ideologischen Prozesse, in diesem Falle einer philosophie-förmigen Sinnggebung.

Wie das Beispiel *Ernst Krieck* zeigt, ist das Eintreten für die NSDAP zu diesem Zeitpunkt noch nicht karrierefördernd. Krieck hatte eine Professur an der Pädagogischen Akademie in Frankfurt/M. Trotz fachlicher Anerkennung (1922 wurde der Volksschullehrer für seine *Philosophie der Erziehung* ehrenhalber promoviert; 1930 verfaßt er den Artikel »Erziehungsphilosophie« im *Handbuch der Philosophie*, hrsgg. v. Baeumler/Schröter) scheiterte die Universitätslaufbahn am Widerstand von SPD und Zentrum. 1931 wird er wegen einer pronazistischen Rede bei einer studentischen Sonnenwendfeier vom preußischen Kultusminister strafversetzt. Mit dem »Fall Krieck« provoziert der Sozialdemokrat Adolf Grimme einen Entrüstungsschrei gegen die »unerträgliche« Bedrohung von Lehrfreiheit und Hochschulautonomie (der ausbleiben sollte, als die Nazis sie kurzerhand abschafften). Litt und Spranger, Kriecks konservative Gegner auf erziehungspolitischem Terrain, unterzeichnen ebenso wie Jonas Cohn, ein Opfer der »Säuberungen« von 1933, die von Alfred Baeumler formulierte Protestnote der für Pädagogik zuständigen Hochschullehrer (Müller 1978, 93f). Als Krieck am 1.1.1932 der NSDAP beitrifft, wird er vom Dienst suspendiert (ebd., 86ff). Der *Völkische Beobachter* (30.4.32) quittiert das Disziplinarverfahren, das der »marxistische Kultusminister des verfließenden Preußensystems« wegen Kriecks »Zugehörigkeit zum NSLB« eingeleitet hatte, mit Hohn — die SPD hatte in den Landtagswahlen vom 24. April die absolute Mehrheit verloren, und Grimme hatte Krieck »diesen am 9. April gefaßten Beschluß ausgerechnet am Tage nach der Wahl zustellen lassen«. Tatsächlich wird es nicht mehr durchgeführt; am 20. Juli läßt Reichskanzler von Papen die preußische Regierung in einer staatsstreichartigen Aktion für abgesetzt erklären. Krieck geht bis zu den Märzahlen des Jahres 1933 als »Philosoph der Zeitwende« für seine Partei auf Vortragsreise; im Mai 1933 beginnt die Universitätskarriere (3.31).

Wie der Zufall spielt, veröffentlicht der *Völkische Beobachter* direkt

über der Kriek-Meldung einen weiteren Aufruf der NS-nahen Professoren (*An die deutschen Universitäten und Hochschulen!*). Aufgerufen wird zum Beitritt in Rosenbergs »Kampfbund für deutsche Kultur e.V. München«, der dem »Kulturbolschewismus mit allen seinen gefährlichen Zersetzungserscheinungen« Einhalt gebieten soll. Die 42 Unterschriften wurden vermutlich von der *Deutschen Studentenschaft* besorgt, die seit 1931 vom NS-Studentenbund gelenkt ist und im Juli 1932 nach dem Führerprinzip reorganisiert wurde. Neben Emge tauchen erstmals zwei Inhaber philosophischer Lehrstühle auf: *Hermann Schwarz* (Greifswald) und *Felix Krueger* (Leipzig). Schwarz ist das, was man sich gern unter einem Naziphilosophen vorstellt: den Völkischen zuzurechnen, knorrige Diktion, mit der philosophischen Grundlegung einer »arteigenen« deutschen Religion beschäftigt. Er soll sich schon 1923 als Greifswalder Rektor zur NSDAP bekannt haben.<sup>5</sup> Krueger ist kein Geringerer als der Vorsitzende der Deutschen Philosophischen Gesellschaft.

Auch die Aufrufe zu den folgenden Reichstagswahlen (im Juli, November und März) sind keine spontanen Schöpfungen des »Geistes«; sie werden vom NS-Studentenbund organisiert, der damit beschäftigt ist, die NS-nahen Hochschullehrer systematisch zu erfassen und einen NS-Dozentenbund aufzubauen. Insgesamt erklären sich bis Ende 1932, also vor der Machteinsetzung Hitlers, 87 Professoren offen für die Nazis. Das sind 1,2 % der Hochschullehrer (nach Faust, 41). Der Philosophie lassen sich acht zurechnen — neben Emge, Schwarz, Krueger und Kriek: *Alfred Baeumler* (TH Dresden), *Erich Rothacker* (Bonn), *Karl Bornhausen* (Breslau) und *Erich Jaensch* (Marburg).<sup>6</sup>

Bei der insgesamt niedrigen Zahl muß man berücksichtigen, daß viele Professoren sich in dieser Phase taktisch zurückhalten (Faust, 41f). Dennoch ein vielleicht überraschender Befund: in der Philosophie sind es fast durchweg namhafte Ordinarien. Die Auffassung, daß sich vor 1933 vor allem solche Hochschullehrer zum NS bekennen, die, relativ alt oder relativ jung, in ihrer Karriere gehemmt sind und hoffen, mit der Partei zusammen aufzusteigen (vgl. Nolte 1965; Scherzer 1965, 49; Ziegler 1965, 148), läßt sich zumindest für dieses Fach nicht aufrechterhalten.

*Der Aufruf zu den Märzahlen.* — Der bekannte Aufruf der 300 (*Die deutsche Geisteswelt für Liste 1*) vom 3. März 1933 fällt in einen Augenblick, in dem der Prozeß der faschistischen Machtkonsolidierung in vollem Gang, aber keineswegs entschieden ist. Die Märzahlen sind die letzten *offenen* Wahlen, in denen die NSDAP noch mit anderen

Parteien konkurriert. Bei seiner Einsetzung zum Reichskanzler am 30. Januar hatte Hitler gegen den nationalkonservativen Koalitionspartner die erneute Auflösung des am 6. November gewählten Reichstags und die Ansetzung von Neuwahlen für den 5. März durchgesetzt. Während die Hugenberg-Leute, die sich keinen Stimmenzuwachs erhofften, erst auf Drängen Papens nachgaben, um die Kabinettsbildung nicht zu gefährden, spekulierten die Nazis auf die erforderliche Zweidrittelmehrheit für ein »Ermächtigungsgesetz« — nötig zur Entmachtung des Parlaments, aber auch des altkonservativen Bündnispartners. Wie man weiß, ging die Rechnung zunächst nicht auf. Trotz massiver Zuwendungen aus der Welt des Kapitals (3 Mio. RM) und, wie gesehen, des »Geistes«, trotz Notverordnungen zur Kontrolle von Presse und politischen Versammlungen (4. Februar), trotz Vertreibung der SPD aus dem preußischen Staatsapparat (6. Februar), Kriminalisierung der KPD und Aufhebung der Grundrechte (»Reichstagsbrandverordnung« vom 28. Februar), trotz einer Verhaftungswelle und organisiertem Terror der SA behaupten SPD und KPD bei einer Rekordwahlbeteiligung von 88 % ihren Anteil von knapp einem Drittel der Stimmen (zus. 30,6 %). Die NSDAP erreicht knapp 44 % und bleibt für die Parlamentsmehrheit weiterhin auf den »schwarzen« Koalitionspartner angewiesen (NSDAP und DNVP zus. 52 %).

Die Zahl der Namen unter dem Wahlauf Ruf der Hochschullehrer hat sich gegenüber den Aufrufen des Jahres 1932 versechsfacht. So ist er ein Dokument für die zusätzlichen Kräfte, die den Nazis zu einem Zeitpunkt, in dem der Faschisierungsprozeß *noch* aufhaltsam ist, aus den Rängen der Zivilgesellschaft zuwächst. Weiter unterzeichnet jedoch bei den Philosophen ausschließlich die alte Garde derjenigen, die schon 1932 für die Nazis aktiv waren. Neu auf der Liste stehen nur der Leipziger Privatdozent *Werner Schingnitz* und der Jenaer Ordinarius *Bruno Bauch*, der 1917 die Deutsche Philosophische Gesellschaft gründete (4.11). Alles in allem blieb aber die philosophische Zunft der NS-Bewegung gegenüber bis zu den Märzahlen reserviert. In einer »Partei«, die neben anderen zur Wahl stand, konnten deutsche Philosophen sich *als Philosophen*, d.h. als Repräsentanten eines überparteilichen Geistes, nicht vorbehaltlos wiedererkennen.

Die Welle der Parteieintritte zum 1. Mai (Tab.2) markiert den Umschwung. Nun besiegelt nicht nur Heidegger, »der nicht erst seit 1933 für Hitler optierte« (Pöggeler 1988a, 31), feierlich die Zugehörigkeit zur »Bewegung« (vgl. Farias 1989, 137). Selbst Alfred Baeumler, wie Kriek Anfang der 30er Jahre zu den Nazis gestoßen, beantragt erst in den Tagen der Bücherverbrennung die Mitgliedschaft. Der Zeitpunkt

erklärt sich damit, daß »die« Partei, die nun keine anderen mehr neben sich duldet, nach dem 1.5.33 die Mitgliedschaftssperre gegen die »Märzgefallenen« verhängt. Weitere Parteieintritte sind erst wieder zum 1.5.37 möglich.

*Die November-Kundgebung der »Deutschen Wissenschaft«.* — Die vor-maligen Wahlempfehlungen schlagen um ins *Bekanntnis der Profes-soren an den deutschen Universitäten und Hochschulen zu Adolf Hitler und dem nationalsozialistischen Staat*. So nennt sich das Dokument der Großkundgebung, die der sächsische NS-Lehrerbund am 11. November in der Leipziger Universität veranstaltet (Farias 1989, 219-225). Anlaß ist eine Volksabstimmung, die am darauffolgenden Tag unter dem Namen »Reichstagswahl« inszeniert wird. Neun Professoren halten Ansprachen, die, übersetzt ins Englische, Französische, Italienische und Spanische, zusammen mit den Unterschriften von 1000 Hochschul-lehrern »an alle Universitäten der Welt gesandt« werden, wie der sächsi-sche NSLB-Führer Göpfert in seiner Begrüßungsrede eröffnet.

Die »Wahl« vom 12. November ist das erste von insgesamt vier Plebis-ziten, mit denen Hitler von Zeit zu Zeit die Akklamation für wichtige Entscheidungen einholt.<sup>7</sup> Es geht um den Austritt aus dem Völker-bund, der am 20. Oktober bereits vollzogen wurde. Wer mit »Ja« stimmt, hat zugleich die Abgeordneten für einen neuen Reichstag gewählt, die in einer Einheitsliste präsentiert werden. Der Abstim-mungsvorgang ist manipuliert, geheime Stimmabgabe meist nicht mög-lich. Ergebnis: 95 % Ja-Stimmen. Die historisch-politische Konstellation ist gegenüber den Märzahlen gründlich verändert. Der Prozeß der faschistischen Machtkonsolidierung ist kaum noch umkehrbar; jetzt erst läßt sich mit Fug und Recht von der »Machtergreifung« sprechen.

Bei dieser Veranstaltung tritt *Martin Heidegger* als Redner auf (2.12). Unter den etwa 1000 Namen auf der Unterschriftenliste, die im Anschluß an den Hochschulen kursiert, zusammen mit einem Spenden-aufruf für die Prachtausgabe des »Rufs an die Gebildeten der Welt«, finden sich weitere 21 Philosophen (Tab. 1). Man hat bei einer Bewer-tung zu berücksichtigen, daß es nicht nur *nicht* — wie der sächsische Lehrerführer prahlt — die »Unterschriften aller maßgebenden deut-schen Gelehrten« sind, sondern daß nicht einmal alle Hochschulen repräsentiert sind. Besonders in Göttingen, Hamburg, Leipzig, Mar-burg und Dresden wurden offenbar massiv Unterschriften besorgt; andere Universitäten figurieren nur durch einzelne Institute oder in der Rubrik »Einzelne Wissenschaftler«. Zu den fehlenden gehören beson-ders große wie München und Berlin, aber auch besonders nazistische

wie Kiel, Greifswald, Königsberg oder Tübingen. Zudem enthielt Göpferts Begleitadresse den besonderen Hinweis: »Es bedarf keines besonderen Hinweises, daß Nichtarier auf dem Unterschriftenblatt nicht erscheinen sollen.« (Zit.n. Farias 1989, 224) Der Freiburger Rektor wiederholte ihn am Ende seines diesbezüglichen Rundschreibens an die Dekane (ebd.).

Die Unterschriften der Philosophen vermitteln ein entsprechend selektives Bild. In Hamburg hat das komplette Institut unterzeichnet, abgesehen vom Extraordinarius Albert Görland, der 1935 als politisch unzuverlässig entpflichtet wird (Meran 1990). Freilich ist es ein »geköpftes« Institut — beide Lehrstuhlinhaber, Cassirer und Stern, sind entlassen und bereits emigriert (3.22). Es fehlen die Namen von notorisch nazistischen Philosophen wie Rothacker, Baeumler, Kriek, Bauch, Emge. Es ist eher die Stunde der Privatdozenten — sind doch Berufungen nun davon abhängig, daß die Bewerber ihre NS-Einstellung aktiv demonstrieren (Kater 1981, 55; Adam 1977, 120-154; vgl. 3.2.2). Da die Säuberungsaktion nach dem neuen Beamtengesetz zahlreiche Stellen freigemacht hatte, konnten in einem Lebensabschnitt, der in der Weimarer Republik noch keine Chance auf eine Professorenstelle eröffnete, steile Karrieren beginnen (3.31). Die meisten Privatdozenten der Philosophie, die das Dresdner »Bekenntnis« ablegen, erhalten in der NS-Zeit einen Lehrstuhl: *Otto Friedrich Bollnow* (1939 Gießen), *Arnold Gehlen* (1934 Leipzig), *Hans-Georg Gadamer* (1938), *Gerhard Krüger* (1940 Marburg), *Joachim Ritter* (1943 Kiel), *Philipp Lersch* (1942 München). Die Ausnahmen sind *Kurt Leese*, 1940 als »unzuverlässig« entlassen (3.21), und *Werner Schingnitz*, der als einziger schon im März unterzeichnet hatte.

Den Unterschriften zum »Bekenntnis« kommt andere Bedeutung zu als den Aufrufen, mit denen Vertreter der »Geisteswelt« im gebildeten Bürgertum um Aufnahmebereitschaft für den Nazismus warben. Es sind abgeforderte »Bekenntnisse«, Verbeugungen vor dem staatlichen Geßlerhut. Gadamer (1990, 548) erinnert sich an eine Marburger »Versammlung, in der wir öffentlich gefragt wurden, ob jemand dagegen ist, und wo wir alle nicht den Mut hatten, ja zu sagen; denn das hätte Emigration bedeutet. Das ist dann als Unterschrift für diesen Aufruf verwertet worden. (...) Ich weiß bestimmt, daß ich diese von Heidegger inaugurierte Sache, die aus Sachsen kam, niemals gesehen habe.« Das scheint die Situation wiederzugeben. So taucht bei den Marburger Unterschriften selbst die des Romanisten Werner Krauss auf, der später zum kommunistischen Widerstand zählt. Aus Göpferts Absicht, die Unterschriften zu faksimilieren (Farias 1989, 224), wurde



bezeichnenderweise nichts. Und Heidegger handelt sich in Freiburg Proteste ein, weil die Hochschullehrer eine Erklärung unterschreiben sollen, die ihnen nicht einmal zur Kenntnis gebracht wird (ebd.).

Zu registrieren ist das Hervortreten der »schwarzen«, nationalkonservativen Kräfte, die keine Nazis sind, sondern die zweite, heute unsichtbar gemachte Säule des NS-Systems bilden. Das November-Bekenntnis wäre so auch ein Dokument für den »Geist von Potsdam«. Unter den Philosophen begegnen uns hier Eduard Spranger und Theodor Litt. Litt steht auf der Liste der 1000 Namen (vgl. Friederich 1989, 102). Spranger, der 1933 dem deutschnationalen Stahlhelm beitrifft,<sup>8</sup> hat nicht unterschrieben, aber seine Berliner Universität ist auch nicht vertreten. Er hat dafür einen eigenen Aufruf verfaßt.

Sprangers Wahlauf Ruf *Politik aus dem Glauben* stand am Morgen vor der Leipziger Kundgebung in den Zeitungen stand (Quelle: *Staatsanzeiger für Württemberg*, 10.11.33). Er artikuliert die politisch bedeutungslose »Wahl« der als Einzelne nun vollends Ohnmächtigen als ein höhererorts gefordertes Bekenntnis zu allem, was gut und wertvoll ist: zu Gott und Vaterland, Ehre und Freiheit — zum Bekenntnis für oder gegen den Staat. »Auch das deutsche Volk verdient nicht zu leben, wenn es sich nicht in den Dienst göttlicher Absichten stellt.« Weiter mit Anklängen an Heideggers Rektoratsrede: »Und alle Formen inneren Dienstes am Staat — Wehrdienst, Arbeitsdienst, Wissensdienst, empfangen ihre letzte Weihe nur von oben.« Ein »Nein« auf dem Stimmzettel ist zugleich die Entscheidung gegen alles, wofür es sich lohnt, »so zu leben, daß man dafür auch sterben kann«. Das Faktum, daß der Einzelne in der Abstimmung über nichts mehr zu bestimmen hat, erhält die normative Kraft des unverfügbaren, den Tod des Individuums überdauernden Sinns, dem selbstloser »Dienst« zu gelten hat. Die Entrechtung der Bürger zu ohnmächtigen Anhängseln entfremdet-entfesselter Staatsmacht findet in Spranger ihren Pindar. Ein »Nein« wäre keins zu den Nazis, sondern Verneinung des »Lebens« — für den Schüler Diltheys Inbegriff aller höheren Werte und Ursprungskräfte. »Einen Deutschen jedenfalls, der nicht ehrlich 'Ja' sagte zu dem Aufruf des Volkskanzlers ..., wird es nicht geben«, heißt es am Ende, da das »Nein« ihn als Nicht-Deutschen entlarven würde.

Spranger und Heidegger waren Kontrahenten in den Kämpfen um die »Gleichschaltung« der Hochschulen im Frühjahr 1933 —, der eine auf seiten des konservativen Hochschullehrerverbands, der andere auf seiten der nazistischen Fronde unter den Professoren (2.21; vgl. Alisch 1989, 73f; Spranger 1955). Der Vergleich von Sprangers Aufruf mit der Ansprache Heideggers, die wir uns näher ansehen wollen, zeigt, wie die philosophischen Hauptrepräsentanten des faschistischen Bündnisses zumindest in diesem Moment am selben Strang ziehen.

## 2.12 Dekonstruktion eines philosophischen Wahlaufrufs

Die Szenerie in der Leipziger Universität ist durch ein Foto dokumentiert:<sup>9</sup> Der große Tisch mit der Professorenrunde, gerahmt von Fahnenträgern der SA, Heidegger, die Hand auf dem Tisch, mit schräg-entschlossenem Aufwärtsblick neben dem massigen Gauobmann, der die Anwesenden begrüßt. Warum ist die Kundgebung mit der Unterschriftenaktion nötig?

»Böswillige Gegner und charakterlose Landesverräter scheuen sich nicht, den zu erwartenden gewaltigen Erfolg der Wahl bereits jetzt als das Ergebnis eines parteimäßigen Terrors hinzustellen. Sie wollen nicht bekennen, daß der Führer keinerlei Druckes auf die Wähler, sei es durch Partei oder Regierungsstellen, bedarf ...« (*Bekennnis ...*, Dresden o.J., 7)

Die Botschaft liegt in der Form. Daß es »keinerlei Druckes auf die Wähler« bedürfe, wird durch eine Rhetorik des Schlagstocks dementiert (»Wir lehnen den Gedanken in aller Schärfe ab ... sind nicht gewillt ... verbitten wir uns jene unerhörten Vorwürfe ...«). Es mußte etwas getan werden, um den »zu erwartenden gewaltigen Erfolg der Wahlen« auch sicherzustellen. Die Wissenschaftler sollen demonstrieren, daß die Novemberwahlen das, was sie sind, nicht sind, sondern »frei«. Das Verhältnis des Nazi-Führers zu den »Herren Professoren« ist ungeniert taktisch: sie sind besonders glaubwürdig.

»Sie sind wahrhaft frei. Ihr Bekenntnis ist ein absolut freiwilliges. Keine Macht dieser Erde könnte Sie, denen die Wahrheit das höchste Gesetz ist, zwingen, gegen Ihr Gewissen zu handeln oder Tatsachen zu verhüllen oder umzufälschen.« (Ebd., 8)

Die Situation erschließt sich am besten einem Brechtschen Blick auf die Funktion der Tugenden: »Freiheit« muß zu einem Zeitpunkt, wo niemand mehr vor Verhaftung sicher ist und Tausende in KZs oder Gefängnissen sitzen, ganz besonders demonstriert werden; »Wahrheitsliebe« wird um so notwendiger, wenn die Dinge nur noch hinter vorgehaltener Hand auszusprechen, Pressefreiheit und politische Öffentlichkeit abgeschafft sind. An Persönlichkeiten, die diese Tugenden überzeugend zu verkörpern bereit sind, besteht im November 1933 also gesteigerter Bedarf, und offenbar kein Mangel. Die sächsischen Nazis haben neun Wissenschaftler von internationalem Renommee aufbieten können, u.a. den Geheimrat Ferd. Sauerbruch, den Kunsthistoriker Wilh. Pinder (»Deutsche Dome«), den Rassenanthropologen Eugen Fischer, seit seinen Feldforschungen in Deutsch-Südwestafrika (»Die Rehobother Bastarde und das Bastardisierungsproblem beim Menschen«, Jena 1913) der Fachwelt ein Begriff und neuerdings Rektor in Berlin, den Leipziger Rektor Golf und den Göttinger Theologen Emmanuel Hirsch (»Initium

theolog. Lutheri — Deutschlands Schicksal«). Die Philosophie erscheint in der Gestalt des neuen Freiburger Rektors.

Heidegger spricht gleich zur Sache, d.h. zu der anstehenden Wahl-  
farce.<sup>10</sup>

»Diese Wahl bleibt mit allen bisherigen Wahlvorgängen schlechthin unvergleichbar. Das Einzigartige dieser Wahl ist die einfache Größe der in ihr zu vollziehenden Entscheidung.« (Ebd., 13)

Man kann nämlich nur »Ja« oder »Nein« stimmen. Heidegger reduziert die Wahlmöglichkeit auf das »Ja«.

»Die Unerbittlichkeit des Einfachen und Letzten duldet kein Schwanken und kein Zögern.« (Ebd.)

Der Austritt aus dem Völkerbund »ist *nicht* Abkehr von der Gemeinschaft der Völker«, sondern: »Unser Volk stellt sich mit diesem Schritt unter jenes Wesensgesetz menschlichen Seins, dem jedes Volk zuvörderst Gefolgschaft leisten muß, will es noch ein Volk sein.« Mit »Heil Hitler!« endet die kleine Balance auf dem schmalen Grat zwischen Komik und Erhabenheit.

Während Heidegger sich zurücklehnt und der Theologe Hirsch den rhetorischen Ball eines »ausländischen Fachgenossen« auffängt (»Wie können Sie mir ihr 'Ja' zu dem Deutschen Jahre 1933 begründen?«), kann man die Katalysatorfunktion des Diskurses für das Sinnverlangen der Adressaten würdigen. Jürgen Habermas meint »die, allerdings obszön verfärbte, Semantik von *Sein und Zeit* wiederzuerkennen« (1989, 22). Was erregt hier Anstoß? Wohl der ungenierte Bezug aufs Tagesgeschehen, eine gewisse 'Eindeutigkeit' der Aussage. Sie geht auf Kosten der Kontextenthobenheit, die das philosophische Werk auszeichnen soll (ebd., 34). Heidegger verwendet Bauteile seiner philosophischen Konstruktion der wahrhaft-eigentlichen Existenz für ein anderes Genre, die auf Massenwirkung abgestellte Rede. Nun ist allerdings auch *Sein und Zeit* weniger »weltanschauungs«-frei als Habermas wahrhaben will (vgl. Haug 1989, 22). Wie Bourdieu (1976) gezeigt hat, werden im Heideggerschen Hauptwerk die »sozialen Phantasmen« der konservativen Revolution, die Freikorpsmentalität oder die »völkische Stimmung« aufgenommen, zugleich aber, in sprachlicher Formung zu einer Sphäre autonomen Sinns, entrückt gegenüber dem 'gewöhnlichen' Kontext. Umgekehrt fehlt es in der Wahl-Rede mit ihrer diesbezüglich 'direkteren' Sprache nicht an der sublimen Gedankenführung. Schon das politische Ereignis, auf das sie Bezug nimmt, spricht sich als philosophischer Euphemismus aus: »Wahl«.

1. In der ontisch-ontologischen Differenz von eigentlicher/uneigentlicher »Wahl« artikuliert sich, was das November-Plebiszit mit den »bisherigen Wahlvorgängen« einer abgeschafften Öffentlichkeit »schlecht-hin unvergleichbar« macht: Die Abstimmung wird zur »letzten *Entscheidung*« angesichts »jener Urforderung alles Daseins, daß es sein eigenes Wesen behalte und rette«. Die vorgenommene Transposition des Politischen ins Philosophische präsentiert sich zunächst als eigentümliche Ver-rücktheit des Gedankens: Muß dem gesunden politischen Menschenverstand die Abstimmung über eine Entscheidung, an der ohnehin nicht zu rütteln ist, als Schrumpfform bisheriger Wahlen vorkommen, so stellen sich die Dinge im feierlichen Hohlraum der philosophischen Ideologie genau umgekehrt dar. Die — wie immer beschränkte — politische Mitwirkung im System der repräsentativen Demokratie verkehrt sich zum defizienten Modus der eigentlichen »Wahl«, die ein vor-entschiedenes Geschick innerlich hinnimmt und bejaht. Der Bedeutungslosigkeit, die der Abstimmung in einer realistisch-politischen Perspektive zukommt, korrespondiert ein Zuwachs an ideologischem »Sinn«.

2. Die für Heidegger charakteristische Spracharbeit unterstützt den semantischen Kurzscluß von politischer und philosophischer Ebene. Er nutzt die Äquivokation von »Wahl = politische Abstimmung« und »Wahl = individuelle Entscheidung«. In anderen Sprachen wäre diese Verdichtung nicht so plausibel; z.B. gibt im Englischen (*choice / election*) oder Französischen (*choix / élection*) das Wortmaterial selbst den Bezug noch nicht her. Hier jedoch kann die von Heidegger unterscho-bene Bedeutung aus der Sinntiefe eines deutschen Ur-Wortes hervorkommen. Die Sprache wird Tempel des Seins, Medium feiernder Kundgabe — in dieser Formung untauglich zur Verständigung derer, die bei der anstehenden »Wahl« die eigene Stimme endgültig ab-geben sollen an einen Offizialdiskurs des neuen Staates.

3. Philosophisch appelliert der Wahl-Aufruf an die »Selbstverantwortung« des privatisierten Einzelnen, dem das Gemeinwesen in der entfremdeten Gestalt der höheren Forderung entgegentritt. »Gerade aus dieser gleichgerichteten Gefolgschaft gegenüber der unbedingten Forderung der Selbstverantwortung erwächst erst die Möglichkeit, sich gegenseitig ernstzunehmen, um damit schon eine Gemeinschaft zu bejahren.« An die Strukturstelle der »unbedingten Forderung« hat sich der *Führer* plazierte, der so zur philosophischen Tatsache wird. Bedingung der Möglichkeit seiner philosophischen Machteinsetzung ist die Beseitigung der ethisch-christlichen und egalitär-demokratischen Fundamente des Philosophierens, der sich Heidegger unter dem Titel

»Destruktion der abendländischen Metaphysik« die zwanziger Jahre hindurch mit ziemlichem Publikumserfolg widmete. Der Führer repräsentiert eine Art von kategorischem Imperativ, dessen 'Unbedingtheit' sich als 'bedingungslose' »Gefolgschaft« ausspricht. »Das deutsche Volk ist vom Führer zur Wahl gerufen; der Führer aber erbittet nichts vom Volke, er gibt vielmehr dem Volke die unmittelbarste Möglichkeit der höchsten freien Entscheidung, ob das ganze Volk sein eigenes Dasein will, oder ob es dieses *nicht* will.«

4. Hinsichtlich der »neuen Wirklichkeit« des NS-Staats spricht Heidegger die *Wahl* als performativen Akt aus. Sie stellt diese Wirklichkeit her, statt 'über' eine gegebene Realität abzustimmen. »Die Wahl, die jetzt das deutsche Volk zu vollziehen hat, ist schon *allein als Geschehnis*, noch ganz unabhängig vom Ergebnis, die stärkste Bekundung der neuen deutschen Wirklichkeit«. Sie ist »zugleich das Grundgeschehnis der Erwirkung seines nationalsozialistischen Staates«. In seiner »Wirklichkeit« wird der NS-Staat als Effekt vielfältiger Akte ideologischer Subjektion vorgestellt, artikuliert als »Wille«, »Zucht«, »Selbstverantwortung«. Die »gleichgerichtete Gefolgschaft« durchzieht die verschiedenen Praxisfelder, die der Leser von Ernst Jünger auf den ideologischen Generalnenner »Arbeit der Stände« bringt. Sie »trägt und festigt das lebendige Gefüge des Staates«, indem sie jedwede Aktivität in den Bannkreis ideologischer Mächte rückt: »die Arbeit versetzt diesen Staat als die Wirklichkeit des Volkes in das Wirkungsfeld aller wesentlichen Mächte menschlichen Seins«. In illusionärer 'Totalität' umschreibt der philosophische Diskurs die faschistischen Bemühungen zur Gleichschaltung alles Sozialen im Staat. »Die nationalsozialistische Revolution ist nicht bloß die Übernahme einer vorhandenen Macht im Staate durch eine andere dazu hinreichend angewachsene Partei, sondern diese Revolution bringt *die völlige Umwälzung unseres deutschen Daseins*. Von nun an fordert jedwedes Ding Entscheidung und alles Tun Verantwortung.«

5. Dem existenzialisierten Begriff von *Wahrheit* haben sich vor allem die »deutschen Lehrer« unter den angesprochenen »Volksgenossen« auszusetzen. Schon in *Sein und Zeit* wird Wahrheit nicht dem kontemplativen Betrachter des Seienden zuteil, sondern, wie Heidegger nun allgemeinverständlich formuliert, dem »fragenden Mut, Abgründe des Daseins zu erfahren und Abgründe des Daseins auszuhalten«. Diese Haltung ist in der *Wahl* massenhaft zu bekunden. »Was ist das also für ein Geschehen? Das Volk gewinnt die *Wahrheit* seines Daseinswillens zurück, denn Wahrheit ist die Offenbarkeit dessen, was ein Volk in seinem Handeln und Wissen sicher, hell und stark macht.« Zugleich

umschreibt sie das spezifisch faschistische Ethos des »Wissens«, das die ideologischen Stände (»wir, denen die Bewahrung des Wissenwollens unseres Volkes künftig anvertraut ist«) auszubilden haben. »Aus solcher Wahrheit entspringt das echte Wissenwollen. Und dieses Wissenwollen umgrenzt den Wissensanspruch. Und von da her werden die Grenzen ausgemessen, innerhalb deren echtes Fragen und Forschen sich begründen muß.« Untersagt ist »das ungebundene Spiel der Neugier«, »das eigensinnige Beharren im Zweifeln um jeden Preis«, zügelloses Herumforschen und Kritisieren. Heidegger artikuliert den Wissenschafts- und Lehrbetrieb militärisch, den Forscher und Lehrer als Offizier der Wahrheit — so, wie es der Freiburger Rektor mit studentischem Wehrdienst und »Wissenschaftslager« praktisch durchexerzierte (allerdings nicht sehr erfolgreich: Ott 1988, 214-223).

6. Der Diskurs des authentischen Seins tritt, wie bei Spranger, in ein Resonanzverhältnis zum Diskurs der nationalen »Ehre«. <sup>11</sup> Mit dem Appell an die »Ehre des Volkes« hatte die politische Rechte eine ideologische Verdichtung der unterschiedlichen Krisen geschaffen, die bis weit in die Arbeiterbewegung ein Gefühl der Zusammengehörigkeit stiftete, indem die inneren Gegensätze nach außen projiziert wurden. <sup>12</sup> Heidegger gibt ihm philosophisch Echo. Die Entscheidung »alles Daseins« für »sein eigenes Wesen« artikuliert sich als »Grundgesetz der Ehre«. Die Volksehre ist als männerbündischer Sinneffekt sexistisch artikuliert. »Unser Wille zur völkischen Selbstverantwortung ... bindet sich selbst an das Grundgesetz der mannhaften Achtung und der unbedingten Ehre.« Die mit strammer Haltung zusammengeschaltete »unbedingte Forderung« der zur Freiheit entschlossenen Existenz zwingt zum »Austritt aus der 'Liga der Nationen'«. Der Völkerbund steht für die außenpolitische Dimension des 'man', das Aufgehen in einer »haltlosen unverbindlichen Weltverbrüderung«, im »leeren Verhandeln und versteckten Geschäftemachen«. »Der Wille zu einer wahren Volksgemeinschaft« hingegen »schafft das offene und mannhafte Auf-sich- und Zueinanderstehen der Völker und Staaten.« Der Wille zur Ehre und »unantastbaren Eigenständigkeit jedes Volkes« ist »höchste Bürgschaft des Friedens der Völker«. Diese Aussprache einer »Gemeinschaft« freier, d.h. wahrhaft/wehrhafter Völker offenbart unausgesprochen den Krieg als Vater aller Dinge.

So verwob Heideggers knapper Aufruf »wesentliche Elemente der Rektoratsrede, ja seiner Philosophie, mit der praktischen Politik Hitlers zu einem Konglomerat philosophischer Innen- und Außenpolitik — wohl die schlimmste öffentlich bekanntgewordene Verirrung des Philosophen, die sein Philosophieren kompromittierte. Aber: war es eine

Verirrung?« (Ott 1988, 196). Und wenn, bestand sie vielleicht darin, daß die Vorstellungswelt von *Sein und Zeit* ohne die akademische Zurückhaltung zur Verwirklichung drängt? Mit ihrer spezifischen Kompetenz arbeiten Heidegger und Spranger darauf hin, daß der »Wahl« vom November die Bedeutung des politischen Massenrituals zuwächst: einer Kundgebung, in der die Stimme des Einzelnen nicht 'zählt', sondern aufgeht im Bekunden eines Willens zu entfremdeter Gemeinschaft. Der Vorgang hat seine Wirkungsbedingung in der ideologische Krise der ausgehenden Weimarer Republik, die sich als Zusammenbruch der Repräsentationsbeziehungen zwischen den Klassen und den Parteien begreifen läßt (Poulantzas 1973; PIT 1980, 30f, 52ff). Die Philosophie interveniert im Sinne ihrer faschistischen Lösung, indem sie die Verhältnisse parlamentarischer Interessenvertretung desartikuliert und die ideologischen Repräsentationsbeziehungen stärkt. Die Enttäuschungsprozesse der vielfach verkrachten Privatexistenzen, wirkliche Verzweiflung an den bisherigen Formen der Politik — all das liefert den machtvollen Resonanzboden für Diskurse, die dem Einzelnen das verlorene Gemeinwesen in der spekulativen Unmittelbarkeit einer geistigen *Entscheidung* vor(ent)halten.

In der philosophischen Region wird die Zerschlagung der politischen Repräsentationsverhältnisse durch eine Abkehr vom »vorstellenden« Denken vorbereitet, die in den zwanziger Jahren um sich greift. Heidegger wird durch die Konsequenz, mit der er das entfremdete Gemeinwesen (»Sein«) in den gegensätzlichen Vorstellungswelten zur Geltung brachte, in den Verhältnissen der Republik zum »heimlichen König« (Hannah Arendt). Auch im Denken Sprangers findet die gesellschaftliche Umstrukturierung ihre Homologie. Im Frühjahr 1933 rückt er nach inneren Kämpfen ab von der hegelianischen Vorstellung, die Einzelinteressen könnten in einem durch Staat und Philosophie repräsentierten Allgemeinen aufgehoben und versöhnt werden (vgl. Laugstien 1989, 37, 54). Die Konsequenz ist ein radikalierter Individualismus, der die Einzelnen auf ihre Gewissensentscheidung zurückwirft und zur Unterstellung unter ein Höheres gleichwelcher Art auffordert. Das bedeutet *Politik aus dem Glauben*, d.h. es motiviert Sprangers Wahlauftritt für Hitler (1.11) bei allen geäußerten Vorbehalten gegenüber den tatsächlichen Maßnahmen der Nazis.

## 2.2. Die »Politisierung« der Philosophie als Form gesellschaftlicher Entpolitisierung

Die Begriffe sind mehrdeutig. »Blitzartig das Bewußtsein: Das ist die Grenze! Hier beginnt die schablonisierte (alias politisierte) Universität«, notiert Eduard Spranger (1955, 461), als im April 1933 die studentischen Thesen »Wider den undeutschen Geist« aushängen. Im Diskurs der Konservativen bezeichnet die »Politisierung« den Exitus von Wissenschaftsfreiheit und geistiger Autonomie, den Druck von unten oder das gewaltsame Hineinregieren von oben. Auf der anderen Seite artikulierten Gehlen, Freyer, Baeumler, Krieck ihr Ideal des »Politischen« als die Überwindung bloßer Kontemplation und abstrakter Spekulation, als das Ende unverbindlicher Reflexionen ohne Handlungs- und Wirklichkeitsbezug. Was spricht gegen diese Abkehr vom Unpolitischen? Wer die Freiheit der Wissenschaft zu verteidigen glaubt, gerät leicht in die Traufe eines militanten Rechtskonservatismus. Ernst Nolte (1988, 352) stellte die faschistische Modifikation des Philosophierens als »eine Art Schmalspurmarxismus« dar, »der dasjenige aufgreift und umwandelt, was für Marx und Engels sechzig Jahre vorher schon selbstverständlich gewesen war: die Betonung des Zeitlichen und Geschichtlichen ..., die Hervorhebung von Handeln und Aktivität, die Polemik gegen die Kluft zwischen den 'Gebildeten' und dem 'Volk', ... den Wunsch nach Aufhebung der 'Wirklichkeitsentfremdung'«. Die marxistische Philosophiekritik ist unter dem braunen Sack offenbar der Esel, dem die Schläge gelten. Wir brauchen also Klarheit, wodurch die »Politisierung« reinen Denkens, statt zu wirklicher Aufhebung der Wirklichkeitsentfremdung beizutragen, die Wendung ins Faschistische bekommt.

Der Begriff meint jedenfalls nicht, was er sagt. »Die Politisierung ist Entpolitisierung im präzisen Sinn der Zurücknahme bisheriger politischer Kompetenzen.« (Haug 1980, 78). Die von den Nazis geführte Regierung schaffte, wie vor 1933 angekündigt, nach der Machtübergabe durch die alten Eliten den »Politik« genannten Bereich staatsbürgerlicher Kompetenzen kurzerhand ab. Das politische Leben wird Monopol des Staates. »Die Faschisten unterdrückten mit hemmungsloser Zwangsgewalt alle politische Selbsttätigkeit. Was sie 'Politisierung' nannten, war der Anspruch der Unterstellung, den sie an alle gesellschaftlichen Zusammenschlüsse außer der Privatwirtschaft — und bis zum 20. Juli 1944 auch der Wehrmacht — stellten. Ihre Politik war Anti-Politik, mit dem Unpolitischen daher bestens artikuliert« (ebd.). Wir sehen uns die Philosophie als eine der ideologischen Formen dieses Prozesses und als darin fungierende (Vollzugs- und



Berufungs-)Instanz an, wobei exemplarische Materialbeobachtungen zu einzelnen Aspekten genügen müssen. Den ersten Einblick in die philosophische Artikulation der Konflikte liefert eine historische Momentaufnahme vom 10. Mai 1933.

## 2.21 Zwei Pole der Staats-Philosophie im NS

Alfred Baeumler hält am Abend des 10. Mai seine Antrittsvorlesung. »Der große Saal war überfüllt«, berichtet die deutschnationale *DAZ* (11.5.33), die einen Teil unkommentiert referiert. »Der größte Teil der Studenten nahm in SA-Uniform an der Vorlesung teil.« Sie ist zugleich Auftakt zur Berliner Zentralkundgebung »Wider den undeutschen Geist«. Am Schluß des Vortrags formiert sich unter Baeumlers Führung ein Fackelzug zum Berliner Opernplatz, wo durch die Verbrennung von (so der *Völkische Beobachter*) mehr als 20000 Büchern der »deutschen Geist« symbolisch wiederersteht. Reichsminister Goebbels spricht. Der Tag war mit Ereignissen regelrecht vollgepackt (Overesch/Saal 1982, 54). In Berlin hatte der Generalstaatsanwalt das Vermögen der SPD und des Reichsbanners, einschließlich ihrer Zeitungen, beschlagnahmt. Am Vormittag Gründungskongreß der »Deutschen Arbeitsfront«. Hitler erklärt sich zum Schirmherr der Arbeiterschaft und des Bauerntums. Er stiftet einen Preis für das beste Volkslied. Der Karl May Verlag, Radebeul, wirbt mit dem Slogan »Adolf Hitler liest Karl May«. Der Propagandaminister hatte vor Theaterleitern die »Experimentiersucht der Bühne« angeprangert. Der »deutsche Dichter« müsse mit dem »deutschen Staatsmann« gehen.

Ebenfalls an diesem 10. Mai Auftritt des neuen Kultusministers vor der Berliner Universität. Der »Alte Kämpfer« Bernhard Rust, seit 1925 Gauleiter Hannover-Nord und wegen einer Affäre 1930 aus dem Schuldienst entfernt, erklärt den Professoren die Richtlinien einer »nationalsozialistischen« Hochschulpolitik und fordert eine national-»politische« Erziehung der Studenten. Am selben Tag erläutert er auf einer außerordentlichen Konferenz des Reichsinnenministeriums das Programm für einen »Neuaufbau des Hochschullehrkörpers«.

»Unsere 'Gleichschaltung' bedeutet, daß die neue deutsche Weltanschauung eine schlechthin gültige, die beherrschende Stellung ... einnimmt.« (Zit.n. Autorenkollektiv 1987, 508)

Die angestrebte »Gleichschaltung« aller Kräfte von Arbeit, Kultur und Wissenschaft stößt nicht nur auf Zustimmung und vorauseilende Aktivität von unten. Die Konservativen sind zunehmend gereizt. Ein Stein

des Anstoßes heißt Baeumler. Der Kampfgefährte Rosenbergs, ein Dresdner Philosophieprofessor und renommierter Nietzsche-Forscher, war von seiner Partei mit der »Politischen Erziehung« der Berliner Studenten beauftragt worden. Rust hatte ein »Institut für Politische Pädagogik« eingerichtet, in ungeklärtem Kompetenzverhältnis zum Lehrstuhl für Philosophie und Pädagogik. Der Inhaber, Eduard Spranger, wurde nicht einmal konsultiert, ebensowenig die Hochschulgremien. Spranger erhält von Baeumler am 24. April eine Privatnotiz. Am gleichen Tag erfährt er durch einen Studenten vom noch geheimen »Spionageerlaß« der Studentenführung, der zur Beschaffung von Informationen über die »politische« Einstellung von Hochschullehrern auffordert (Spranger 1955, 460). Am nächsten Vormittag ist er mit einem Rücktrittsgesuch im Preußischen Kultusministerium, vereinbart mit dem Staatssekretär, daß keine entstellte Pressenotiz herauskommt, und kündigt Öffentlichkeit an. Die Presse ist noch nicht gleichgeschaltet. Das deutschnationale Sprachrohr *DAZ*, in diesen Tagen mit Kurzmeldungen über die erzwungenen Rücktritte angeblich »liberaler« Amtsinhaber geradezu gespickt und in den Leitartikeln verhaltene Warnungen ausstoßend, veröffentlicht den Text des Gesuchs am 27. April. Die *Frankfurter Zeitung*, die den Rücktritt am selben Tag ebenfalls meldet, druckt es am folgenden Tag nach.

Spranger klagt auf Verletzung des Geistes von Potsdam; er erinnert an die rituelle Bündnisfeier der Hitlerbewegung mit den alten Eliten. Ein »schwerer Schatten« liege auf dem »Glück über das wiedergewonnene Deutschland, das am 21. März kaum irgendwo so rein und ganz empfunden wurde wie an den deutschen Hochschulen«. Tags darauf, am 28. April, veröffentlicht die *DAZ* eine kritische Glosse des Berliner Ordinarius für Philosophie und Psychologie, Wolfgang Köhler. Unter dem Titel *Gespräche in Deutschland* protestiert er gegen eine Entlassungswelle, die national denkende und die »Wucht des Geschehens« bewundernde Hochschullehrer allein wegen jüdischer Herkunft treffen soll. In den Tagen danach kontroverse Leserbriefe zu Spranger und Köhler. Spranger erhält Solidaritätserklärungen aus dem Wissenschafts- und Bildungssektor (Eisermann 1983). Er nimmt Verbindung zum konservativen Vizekanzler auf, der einen Termin bei Hitler besorgen soll. Rust hütet sich, den »Führer der deutschen Lehrer« (zit.n.ebd., 305) zu entlassen. Spranger gelingt es deshalb nicht, die Konservativen zur Offensive zu bewegen. Zu wichtig ist ihnen, was sie von der Regierung Hitler erwarten. Statt dessen gibt der Hochschullehrerverband, der unter Sprangers Federführung am 22. April eine auf die NS-Studentenführung gemünzte Erklärung »gegen Lüge,

Gewissensdruck und ungeistige Art« veröffentlicht hatte,<sup>13</sup> ihn als Urheber der Erklärung preis. Sie hatte der Studentenführung den Anlaß geliefert, einen bereits gebuchten Termin des Verbandsvorstands bei Hitler zu torpedieren — durch bestellte Blitztelegramme der bereits amtierenden Nazi-Rektoren. Auch Heidegger bittet am 20. Mai »ergebenst um Verschiebung des geplanten Empfangs ... bis zu dem Zeitpunkt, in dem die Leitung (sic) des Hochschulverbandes im Sinne der gerade hier besonders notwendigen Gleichschaltung vollzogen ist« (zit. n. Farias 1989, 212). Die Korporation der Professoren schaltet sich am 1. Juni durch einen neugewählten Vorstand gleich, dem Spranger nicht mehr angehört. Der zieht sein Gesuch am 13. Juni durch eine mit Rust abgestimmte Erklärung in der *Vossischen Zeitung* zurück. »Die Besorgnisse, die mich damals erfüllt haben, darf ich nicht mehr als begründet ansehen.« Die NS-Studentenbewegung, die ihren Zweck erfüllt hatte, war inzwischen ruhiggestellt.

Der Konflikt ist zum Zeitpunkt der Bücherverbrennung unentschieden. Wie stellt er sich im philosophischen Imaginären dar, in der Sphäre des Allgemeinen, Grundsätzlichen, Prinzipiellen? Spranger hatte in den Monaten nach Hitlers Machteinsetzung bisherige Überzeugungen revidiert — insbesondere die hegelianische Zuversicht in eine prästabilisierte Harmonie von Individual- und Staatsinteresse. Seine Abhandlung »Die Individualität des Gewissens und der Staat« (*Logos* XII/1933, 171-202; Laugstien 1989) stellt parlamentarische Vermittlungsinstanzen zur Disposition, fordert aber, die Kompetenzbereiche von Kirche oder Wissenschaft zu respektieren. »Der kämpfende Staat ... wird um seiner selbst willen nicht umhin können, mindestens diejenigen Kollektivmächte zu schonen, die im erprobten Sinne gewissenpflegende Gemeinschaften sind.« (199). Nur bei gewahrter Autonomie dieser Mächte kann staatsbildende Gesinnung sich reproduzieren. Eine allgemeinverbindliche Weltanschauung und ein direkter Zugriff des Zwangsapparats auf die innere Einstellung sei selbst für eine »nicht-konservative Führerdiktatur« (199) kontraproduktiv. Eine Gewissensforschung, wie sie Rust bei der Konferenz am 10. Mai verlangte, sei dem Staat gar nicht möglich, weil Philosophie oder Theologie ebenso wenig wie psychologische Test ein »absolut sicheres Kriterium« liefern (197). Der Staat kann sich dieser Quelle seiner Legitimation gar nicht bemächtigen, weil seine Macht aus ihr hervorgehen muß. In den entwickelten bürgerlichen Verhältnissen habe man es mit dem »emanzipierten« Individuum zu tun, das nicht mehr in traditionellen Bindungen wurzelt; dem Staat könne sich so nur innerlich verpflichten, wer sich »frei« fürs Dienen entscheiden konnte. Sprangers zeitkritische Schluß-

betrachtung in der Aufsatzsammlung *Volk-Staat-Erziehung* (Leipzig 1932) hatte seine philosophisch-pädagogischen Interventionen in die dem Ende zutreibende Republik bereits auf diesen Punkt gebracht.

»Mag also der Liberalismus sich tausendmal und in allen übrigen Formen überlebt haben: Diese eine Gestalt des Individualismus kann und darf nicht wieder sterben: Das individuelle Gewissen, das sich für sein Tun und Lassen selbst verantwortlich weiß.« (197)

In der Regel stellen dagegen die »geistigen« Repräsentanten, auch des konservativen Lagers, das »Absolute« des Staates gegenüber dem einzelnen heraus. Am Abend des 10. Mai spricht Julius Binder in einem anderen Hörsaal der Berliner Universität, parallel zu Baeumlers Vortrag vor den Studenten, zur Frage »Woher nimmt der Staat seine Autorität«? So titelt die *DAZ* (20.5.33). Der dem Vortrag anscheinend zugrundeliegende, 1932 verfaßte Text erscheint zusammen mit dem Aufsatz Sprangers im vorletzten Heft des renommierten *Logos*.<sup>14</sup> Binder, Jahrgang 1870, Rechtsphilosoph in Göttingen, wie Spranger im Stahlhelm aktiv, ist Rechtshegelianer von altem Schrot und Korn, der altpreußischen Reaktion und ihrem Theoretiker Stahl verpflichtet. Er gilt als Mentor der berüchtigten »Kieler Schule« der Nazijuristen um Karl Larenz und Paul Ritterbusch. Der Vortrag ist eine Veranstaltung der Berliner Ortsgruppe der »Deutschen Philosophischen Gesellschaft«, die von Eduard Spranger und Nicolai Hartmann geleitet wird, den zwei angesehensten Philosophen Deutschlands, mit denen die Berliner Universität sich schmückt. Binder spricht vor »großem Auditorium«, wie der *DAZ*-Berichterstatter registriert. Keine Braunhemden. Er kritisiert die Linie des Papen-Kabinetts als halbherzig, weil sie die »Volkssouveränität« formal bestehen ließ und, gestützt auf die Staatsrechtslehren von Rudolf Smend und Carl Schmitt, verfassungskonform zu regieren suchte. Die rechtsphilosophische Sinnggebung von Reichstagsbrandverordnung (28.2.), Ermächtigungsgesetz (23.3.) und den nachfolgenden »Gleichschaltungs«-Gesetzen artikuliert sich mit Hegel. Die »Einheit von Staatswillen und Allgemeinwillen« gilt Binder — hier der Gegensatz zu Sprangers Zweifelsbetrachtung — im »Geist« von vornherein gewährleistet. »Das Legitimationsprinzip des Staates liegt in nichts anderem als dem Geist, als in der Idee des Staates, den man als den sich wissenden und sich realisierenden Geist bezeichnen kann. Aus seinem geistigen Recht heraus muß dem Staat absolute Eigengesetzlichkeit zugesprochen werden, und aus dieser Eigengesetzlichkeit lebt die Autorität des Staates, die absolut verbindlich für jedes Einzelglied des Staates ist.« So das Resümee der *DAZ*. Binders Staats-Idee spreche einem Einspruch im Namen von Recht oder Religion die Legitimität ab.

Artikuliert wird dies als Differenz zu Stahl und der noch jenseitig gerichteten Staatsvergottung im älteren Rechtshegelianismus.

»Es gibt *keine* geistigen Werte, die noch *oberhalb* der Autorität des Staates zu finden sind (etwa Gott oder ein objektives Recht) und aus der diese Autorität ihre Ansprüche abzuleiten braucht. Vielmehr wurzelt der Autoritätsgedanke im Staatsgedanken *selbst*, mit dem sich eine autoritäre Regierung — jenseits von Parteien, Interessengruppen, Wirtschaftsverbänden usw. stehend — vollkommen eins wissen muß.« (DAZ, 20.5.33)

Binders Vortrag war einer von zweien, »die seinen Namen in der Welt der Rechts- und Staatsphilosophie der neuen politischen Bewegungen bekannt machten« (ARS XXXII/1939, 423). Tatsächlich setzen die Nazis für seine Aufnahme in die Partei sogar die Mitgliedschaftssperre aus.<sup>15</sup> Die DAZ findet, daß der Vortrag »dem heutigen politischen Deutschland gewissermaßen die philosophische Begründung gab«.

Es gab andere »philosophische Begründungen«. Schon am konservativen Pol stoßen wir auf ein Feld, das die neue Herrschaftsordnung in Gegensätzen artikuliert. Widerstand äußert sich in beiden Fällen nicht. Sowohl Spranger wie Binder haben mit Faschismus inkompatible Elemente und Einspruchsmöglichkeiten im philosophischen Imaginären (substantielle Werte, universalistische Ideen, ein anrufbares Jenseits über dem Staat) desartikuliert. Der Gegensatz ist zunächst ein komplementärer der ideologischen Praxen: Wo Binder vom Standpunkt des Justizapparats die Verfügungsmacht des Staatlichen dem einzelnen gegenüber herauskehrt, macht Spranger vom Standpunkt des Erziehungswesens die Eigentätigkeit des ideologischen Subjekts geltend und akzentuiert die Autonomie der ideologischen Mächte (Recht, Religion, Philosophie) gegenüber dem staatlichen Zwangsapparat. Die Positionen scheinen auf den ersten Blick unvereinbar: äußert Binder sein Bekenntnis zum autoritären Staat als Absage an »jegliche Form eines staatsphilosophischen Individualismus« (DAZ), so warnt Spranger denselben Führerstaat vor einer professoralen Absolutheitsspekulation, die zum wirklichen Machtbildungsprozeß ein illusionäres Verhältnis hat. Der Gegensatz ist aber keiner der politischen Richtung, gibt doch die nationalkonservative DAZ beiden Denkern gleich positive Resonanz. Die Widersprüche liegen in der Sache, um die es hier geht: einer Unterstellung unter die staatlichen Zwangsmächte, die zugleich die Form von Freiwilligkeit haben soll. Hier liegt der archimedische Punkt für beide Interventionen. Ihr Gegensatz ist funktional für die Faschisierung des bürgerlichen Subjekts. Er bleibt aber, wie das Beispiel Sprangers zeigt, in seiner Bedeutung überdeterminiert durch den innerfaschistischen Dauerkonflikt zwischen Nazibewegung und (preußischem) Konservatismus.

## 2.22 Konstitutionsversuche der philosophisch-staatlichen Funktion

Vor den Nazistudenten spricht Alfred Baeumler an diesem 10. Mai über das neue Erziehungsideal des dem Staat ergebenden »politischen Soldaten«, das an die Stelle bisheriger Vorstellungen von ästhetischer Persönlichkeitsbildung treten müsse (»Antrittsvorlesung«, *Männerbund und Wissenschaft*, Berlin 1934). Auf diesen »Typus« hatten sich die Weimarer Pädagogen freilich längst verständigt — bei allem Streit zwischen der von Ernst Kriek mobilisierten Lehrer-Bewegung und dem Mandarinat, das sich in Gestalt des preußischen Minister-Beraters Spranger gegen einen Abbau der Bildungs-Hierarchien sperrte. Die zweite Front, die Baeumler aufmacht, richtet sich gegen die Stellung des Mandarinate.

»Diejenigen, die in diesen Tagen die Freiheit des Geistes gegen uns glauben verteidigen zu müssen, berufen sich wohl manchmal auf die Philosophie des deutschen Idealismus, die ja eine Philosophie des *Geistes* gewesen ist.« (125)

Dagegen schreibt der Redner zwei Linien in die idealistische Tradition ein. Die eine wird von Fichte und Hegel personifiziert: »Sie forderten Freiheit für ihre Philosophie, für ihren Gedanken, der ihnen der absolute Gedanke war. Fichtes Universitätsplan sah vor, daß jeder Student in die Philosophie Fichtes eingeweiht werden mußte. Der Philosoph bestimmte also praktisch, wer Staatsdiener wurde und in welchem Geiste er als Staatsdiener zu denken hatte.« Verwirklicht habe Humboldts Universitätsreform jedoch den Plan von Schleiermacher. »Schleiermacher will von dem philosophischen Absolutismus Fichtes nichts wissen. Sein Plan setzt zwei Pole: die Wissenschaft und den Staat, das Lehrwesen und den Staatswillen, den Geist und die Macht.« Die faktische Staatsmacht soll eins werden mit der ideologischen Macht Philosophie; es soll »die Macht in die Hand der Freiheit, der Staat in die Hand des Philosophen gelegt« werden (ebd.).

Hier stellt ein Philosophieprofessor seinen »Geist«, der als Konstitutionsprinzip des Wirklichen vorgestellt wird, dem bestehenden Staat zur Verfügung, um ihn als dessen Erscheinungsform (und umgekehrt) darzustellen. Die sinnstiftende Tätigkeit des Philosophen verschmilzt mit der Funktion staatlicher Vergesellschaftung, was wir als »staatlich-philosophische Funktion« kennzeichnen können. Georges Labica (1986, 69) hat den Begriff in einer Studie zur Genese der sowjetischen Offizialphilosophie geprägt und an Hegel exemplifiziert.<sup>16</sup> Zur Verwendung sind deshalb zwei Präzisierungen nötig: 1) Durchsetzungsmodus und Funktionsweise waren im deutschen Faschismus anders, weil das Herrschaftssystem anders funktionierte (wir kommen darauf zurück);

2) damit zusammenhängend: weniger die Durchsetzung der philosophisch-staatlichen Funktion ist 1933 (und danach) zwischen den philosophischen Hauptrepräsentanten umstritten, sondern die Durchsetzungsweise. Gegenüber der Hegelschen Form wird das theologisch-jenseitsfixierte und universalistische Moment mehr oder minder kategorisch weggearbeitet; Hegel steht deshalb für Baeumler ganz zu Unrecht auf der Gegenseite idealistischer Staatsferne. Reflexion und Denken werden von der von Baeumler repräsentierten Strömung nicht als Weg des »Erkennens« seiner selbst im Staatlich-Höheren dargestellt, sondern der als »Handeln« artikulierten Unterstellung nachgeordnet. In einem Vortrag vor der Dresdner Studentenschaft erklärt Baeumler am 27. Februar, einen Tag bevor die Nazis mit der Reichstagsbrandverordnung rechtsstaatliche Appellationsinstanzen außer Kraft setzen, worin sich »Der theoretische Mensch und der politische Mensch« unterscheiden sollen: Der letztere ist in seinem »Sein« nicht dadurch bestimmt, »daß er teilnimmt an einer höheren 'geistigen Welt' ..., sondern er ist ein *ursprünglich* handelndes Wesen« (ebd., 94).

»Handeln heißt nicht, sich entscheiden *für* ..., denn das setzt voraus, daß man *wisse*, wofür man sich entscheidet, sondern Handeln heißt: eine Richtung einschlagen, Partei nehmen, kraft eines schicksalhaften Auftrags, kraft 'eigenen Rechts' ... Die Entscheidung *für* etwas, das ich *erkannt* habe, ist schon sekundär.« (108).

Im schweizerischen Exil zitiert Herbert Marcuse die Passage in einem Literaturbericht zur politischen Philosophie des neuen Deutschland.<sup>17</sup> Er arbeitet die Funktionalität dieses »politischen« Menschenbilds für die Faschisierung bürgerlicher Verhältnisse heraus. Es »existenzialisiert« das Politische, macht es zur höheren Bestimmung des Menschen. Wer sich nicht einsetzt oder abseits steht, verfehlt sein eigentliches Wesen. »Wir sind aktive, handelnde Wesen und machen uns schuldig, indem wir dieses unser Wesen verleugnen, schuldig durch Neutralität und Toleranz.« (Baeumler, 109). »Die Existenzialität der politischen Verhältnisse ist ... 'rationalistischen' Fragen entrückt; schon die Fragestellung ist ein Verbrechen«, schreibt Marcuse (190) und zitiert Forsthoff: »Alle diese Versuche, dem Staate das neu gewonnene Wirkungsrecht zu bestreiten, bedeuten eine Sabotage ... Diese Art gesellschaftlichen Denkens mit aller Schonungslosigkeit auszurotten, ist vornehmste Pflicht des heutigen Staates.« (*Der totale Staat*, Hamburg 1933, 29). »In diesem Sinne werden jetzt die politischen Sachverhalte und Beziehungen als die in prägnantester Bedeutung über das Dasein 'entscheidenden' Verhältnisse angesetzt.« (Marcuse, 189) Konsequenz: »Es gibt keine gesellschaftliche Beziehung, die nicht im Ernstfall in eine politische Beziehung umschlägt: hinter allen ökonomischen, sozialen,

religiösen, kulturellen Verhältnisse steht die totale Politisierung. Es gibt keine Sphäre des privaten und öffentlichen Daseins, keine rechtliche und rationale Instanz, sie sich dieser Politisierung widersetzen könnte.« (Ebd.) So bewirkt die Politisierung des Existenzialismus, *indem sie alle Politik 'existenzialisiert'*, diejenige »Entfesselung vorwärtstreibender Kräfte«, die die bürgerlichen Verhältnisse faschisiert.

»Die totale Aktivierung und Politisierung entreißt breite Schichten ihrer hemmenden Neutralität und schafft auf einer an Länge und Dichte bisher nicht erreichten Front neue Formen des politischen Kampfes und neue Methoden der politischen Organisation. Die Trennung von Staat und Gesellschaft, die das liberalistische 19. Jahrhundert durchzuführen versucht hatte, wird aufgehoben: der Staat übernimmt die politische Integration der Gesellschaft. Und der Staat wird auf dem Wege über die Existenzialisierung und Totalisierung alles Politischen auch der Träger der eigentlichen Möglichkeiten des Daseins selbst. Der Staat hat sich nicht dem Menschen, sondern der Mensch hat sich dem Staat zu verantworten: er ist ihm in Gänze ausgeliefert.« (189f.)

An seinem Lehrer Heidegger registriert Marcuse »das 'dialektische' Schicksal« (191), das die unpolitische Philosophie sich aufgrund der Verhältnisse, die sie selbst herbeiführt, bereitet. »Der totale Staat übernimmt für die Einzelexistenz die totale Verantwortung; — der Existenzialismus hatte die unabnehmbare Selbstverantwortung der Existenz gefordert.« (Ebd.) Dem philosophischen Existenzialismus galt Freiheit als »die 'Selbstermächtigung' des Menschen zu seinem Dasein«; — umgekehrt wird jetzt, mit Krieck (ViW I, 13), »der Mensch von der 'autoritativ geführten Volksgemeinschaft zur Freiheit ermächtigt'« (191f.). In dieser »Politisierung« der Philosophie artikuliert sich eine gesellschaftliche Entpolitisierung, die alle politischen Kompetenzen den zivilgesellschaftlichen Instanzen entzieht und in den Staatsapparaten konzentriert.

Baeumlers Berliner Antrittsvorlesung fordert, die philosophische Tradition von hierher umzuarbeiten. »Die systematische Kritik an der idealistischen Überlieferung gehört mit zu unserer künftigen Arbeit.« (125) Eine Ausschreibung, nach der sich der philosophische Nachwuchs durchaus drängt. Vor allem der Leipziger Privatdozent Arnold Gehlen, dem die Arbeit für NSDAP und Amt Rosenberg den Senkrechstart in philosophisch-staatliche Führungsfunktionen ermöglicht (3.31, 3.33), macht die Neuauslegung des Deutschen Idealismus unter dem Gesichtspunkt einer immediatisierten Unterstellungs-»Handlung« 1933 zu seinem Thema (Klinger 1989). Die entsprechende Restrukturierung des philosophischen Diskurses (vgl. Haug 1989b, 184ff) wird aber mit unterschiedlichem Akzent betrieben, und hier artikuliert sich politischer



Streit. Auf konservativer Seite entmächtigt auch Spranger 1933 das »absolute Wissen« Hegels, um dem »Glauben« Platz zu machen (*Logos* XXII, 183). Dieser wird entjenseitigt und als Effekt eines »Kampfes« mit sich selbst konzipiert (192). Aber Spranger denkt die Sache zu Ende und stellt die alte Vorstellung des Philosophenkönigs als illusorisch dar: wo man nicht von vornherein »wissen« kann, können natürlich keine »Wissenden« herrschen (185). Spranger kann diesen Widerspruch zur Sprache bringen; Baeumler, der sich mit Rosenberg für Fragen der NS-»Weltanschauung« zuständig macht, muß damit leben. Der mit Spranger befreundete Theodor Litt akzentuiert in seiner Intervention vom Sommer 1933 (Friederich 1989) sogar das Vorrecht geistiger Reflexion. Aber nicht, wie es seine nazistischen Gegner es darstellen, vom Standpunkt machtvergessener Ideenschwärmerei, sondern um das »Eigenrecht« der Vergesellschaftungsinstanz Philosophie gegen den repressiven Übergriff zu verteidigen. Wir gehen im Kontext der Kämpfe um die »Gleichschaltung« der Universität darauf ein (3.11).

Baeumler geht es um die neue Autonomie eines Bildungssektors, der nicht mehr 'neben' dem Staat existieren, sondern dessen Zwangsgewalt ganz unmittelbar repräsentieren soll. Er artikuliert sie als das Ende einer transzendenten Sphäre der Werte oder Ideen und zielt damit auf den alten Führungsanspruch der »Geistigen«. Der Vortrag spielt an auf die von Spranger verfaßte Erklärung des Hochschulverbands vom März 1933 (2.21), in der sich die Mandarine zwar zur »Wiedergeburt« Deutschlands bekannten, aber gegen die »ungeistige Art« der Studenten und die Einführung des Führerprinzips protestierten.

»In einer Kundgebung von hervorragender akademischer Seite war kürzlich die Rede von der 'Führung von Geist und Idee'. Die Männer, die diese Kundgebung verfaßt und unterzeichnet haben, haben die Hochschule der Vergangenheit als 'politisch' bezeichnet. Aber eine Hochschule, die selbst im Jahre der Revolution nur von der Führung durch Geist und Idee, nicht von der Führung durch Adolf Hitler und Horst Wessel redet, ist unpolitisch.« (126)

Das faschistische Reizwort »politisch« wird antagonistisch beansprucht. Auch die Mandarine propagierten seit den Krisen der zwanziger Jahre die »politische« Erziehung und bekennen sich zur »Idee der politischen Universität« (Giles 1980). Sie meinen damit eine Hochschule, die nicht nur Qualifikationen und Bildungstitel vermittelt, sondern zu nationaler Staatsgesinnung »erzieht« (3.1). In diesem Sinn begrüßt und verkennt das Mandarinat den Faschismus als Verwirklichung vorgedachter Ziele, und hier setzen die Enttäuschungsprozesse des realen Faschismus zuerst ein. Hatte man doch, wie Sprangers Rücktrittserklärung hervorhebt, »jahrelang unter Bedrückungen von links

auf die Stunde gehofft«, in der wieder eine »in nationalem Bewußtsein, in Liebe zu Staat und Volk geeinte Hörerschaft auf den Bänken« sitzen würde (DAZ 27.4.33). Statt dessen die Spaltung der Hörer in die treu Ergebenen, die in der DAZ eine Solidaritätserklärung für Spranger veröffentlichen, und die auf »ungeistige Art« politisierenden Nazi-Studenten, die in diesem Augenblick Baeumler zuhören.

In Baeumlers Version von »Politisierung« artikuliert sich die Besetzung von Bildung und Wissenschaft durch die Staatsapparate. An die Stelle einer jenseitigen Sphäre von »Geist« und »Idee« tritt die 'diesseitige' Repräsentanz des faktischen Zwingherrn: »das Symbol, die Darstellung der Idee in einem Menschen, in einer Fahne« (126). Symbole dieser Art sind »Adolf Hitler« oder »Horst Wessel« (ebd.). Repräsentierte die »Idee« die letztendliche »Überwindung der Macht«, wenn auch verjenseitigt als »ein fernes Ziel«, so präsentiert das Symbol nach den Worten Baeumlers die »Anerkennung der Macht« (ebd.). Genauer: die faktische Zwangsgewalt präsentiert sich im »Symbol« als anerkannte; »wir meinen es konkret, wir meinen es politisch« (127). Hier sind nicht nur die philosophischen Widerstandspotentiale gegen die Faschisierung desartikuliert. Darüber hinaus drückt sich die Tendenz aus, die ideologische Macht Philosophie mit der faktischen Staatsgewalt »gleichzuschalten«.

Im Gewirr philosophischer Stimmen, die den Staatsstreich der Hitler-Regierung begleiten, läßt sich die Konstitution der philosophisch-staatlichen Funktion als ein Grundmotiv heraushören — vorausgesetzt, man interessiert sich nicht für »irrationale« Mißtöne, sondern für den Verdichtungsprozeß ideologischer Macht in der Person des neuen Reichskanzlers. Ernst Krieck spricht von einer Re-Zentrierung der »Weltanschauung«.

»Der revolutionäre Umbruch bekundet sich in einer Verlagerung des Schwerpunktes. Statt des Einzelmenschen tritt für uns die völkische Lebensganzheit in den Mittelpunkt, womit grundlegende Wirklichkeit des Lebens ins Blickfeld tritt. (...) Nicht formt sich der Einzelne seine Weltanschauung durch seine Vernunft gemäß seiner individuellen Anlage und Neigung nach Willkür und Wahl. Sondern wir sind in der Bewegung von Mächten über uns und unter uns ergriffen, gemeinsam ausgerichtet. (...) Wir wählen nicht, sondern wir sind gewählt und berufen. Wir ergreifen nicht, sondern wir sind ergriffen und getrieben.« (»Der Wandel der Weltanschauung«, *Süddt. Monatshefte*, Jg.33/34, 638f).

Vor allem diejenigen Philosophieprofessoren, denen im Prozeß der Faschisierung Funktionen in Partei und Staatsapparat zuwachsen (3.33), verschaffen mit ihren Mitteln diesem spezifischen Subjekteffekt Ausdruck. In Erich Rothackers *Geschichtsphilosophie* (München,

Berlin 1934, 145) ist es »eine neue Haltung zur Welt als der tragende Kern eines neuen Geschehens; aus dem Blickpunkt der neuen Haltung neu sich erschließende Bedeutsamkeiten«; diese »neue Haltung, nicht 'von selbst' entstanden, ... sondern aus einer bestimmten, geschichtlichen Lage geboren und unter Opfern errungen und erkämpft, innerlich und äußerlich; durchgesetzt gegen Widerstände, feindliche Haltungen und absterbende Welten; und nun durchzuhalten, zu bewähren, zu entfalten zu einer neuen geistigen und moralischen Durchdringung des Alls«. Hans Heyse artikuliert die Subordination philosophischer Spekulation unter die faktische Staatsmacht als »neue Einheit von Geist und Leben, Idee und Existenz« (*Idee und Existenz*, Hamburg 1935, 349). Das ideologische i-Tüpfelchen setzt die Leipziger Antrittsvorlesung von Gehlen, die den faschistischen Staat an die Stelle des frühbürgerlichen Cogito setzt. Gehlen bestimmt die Philosophie ideologieförmig als die »Anschauung« von herrschaftsförmig konzentrierter Macht. Der »Ort der höchsten Verdichtung des Daseins« liege nicht mehr in der platonischen »Idee« oder der mittelalterlichen Gottesvorstellung; er liege nach den Erschütterungen des 'Geistes' in der Gegenwart auch »nicht in der späten subjektiven Form einer im Inneren des Einzelnen aufzufindenden Gewißheit«. Die Unterstellung unter die reine Faktizität der Macht begründet nunmehr die »politische Existenz«. Sie ist das Unzweifelbare, in dem sich die Aussagegewißheit der Philosophie festmacht. Hier wurzelt auch Gehlens neue Anthropologie: eine faschistische Lehre vom Menschen als dem ideologischen, d.h. den Zwangsmächten mit »Wille« und Bewußtsein sich fügenden Tier.

»Denn in Wahrheit sagt der Staat dasselbe aus, was die Religion aussagt und das Leben: daß der Mensch eine Kreatur ist, unfreiwillig ins Dasein geworfen ... der Staat ist die vorentscheidende Gealt für den engen Spielraum der Entschlüsse aller, die in ihn hineingeboren werden, Volkstum und Rasse die vorgegebenen Konstanten.« (*Der Staat und die Philosophie*, Leipzig 1935, 17)

Bleiben wir im Jahr 1933. Heyse hat die anfangs intensive Zusammenarbeit mit Baeumler, Krieck, Heidegger und anderen philosophischen Aktivisten der »Gleichschaltung« in seinem Entnazifizierungsverfahren aktenkundig gemacht. Man sei übereingekommen in der Notwendigkeit, der »Bewegung einen geistigen und ethischen Kern zu schaffen« (zit.n. Dahms 1987, 185). Die Gruppe engagierte sich für die Einführung des Führerprinzips an der Universität und für die soldatische »Erziehung« der Studenten, und zwar nicht (Modell Spranger) im Geiste der Wehrmacht, sondern der SA. Und sie verständigte sich offenbar intensiv darüber, »welcher Stellenwert der Philosophie künftig zufalle« (Ott 1988, 31). »Alles hängt davon ab, ob wir der Philosophie

die rechte Einsatzsstelle vorbereiten und ihr zum Werk verhelfen«, schreibt Heidegger am 3. April 1933 an Karl Jaspers (zit.n.ebd., 139). Der antwortet am 23. August, daß ihn die Rektoratsrede mit dem »großen Zug ihres Ansatzes im frühen Griechentum« an Nietzsche erinnert habe — »aber mit dem Unterschied, daß man hoffen darf, daß sie einmal philosophisch interpretierend verwirklichen, was sie sagen« (zit.n.ebd., 192). Daß eine Philosophie, die die Welt weiterhin interpretiert, nun doch zur »Verwirklichung« drängt, artikuliert das veränderte Instanzenverhältnis. Die »Gleichschaltung«, in der Heidegger sich hochschulpolitisch engagiert, hat den staatsbürgerlichen Kompetenzbereich »Politik« beseitigt. Eine Philosophie, die sich der so entfesselten Staatsgewalt zur Verfügung stellt, imaginiert sich damit in einen momentanen Machtrausch, den Heidegger am 10. November 1933 auf der Kundgebung der Deutschen Wissenschaft (2.12) sein Wort leiht.

»Wir haben uns losgesagt von der Vergötzung eines boden- und machtlosen Denkens  
Wir sehen das Ende der ihm dienstbaren Philosophie.«

Für Habermas (1989, 22) artikuliert sich in dieser »Verabschiedung der akademischen, 'dem boden- und machtlosen Denken dienstbaren' Philosophie« ein »spezifisch deutscher Professorenwahnwitz, der Heidegger die Idee eingab, den Führer führen zu wollen«. Aber erstens ist die Vorstellung vom Philosophenherrscher nicht deutsch. Und zweitens entsprang nichts der »Idee«. Vielmehr beseitigte eine Modifikation im Gefüge staatlicher Instanzen, die der philosophisch-staatlichen Funktion Realität gab, einen Unterschied von »Wissenschaft« und »Weltanschauung«, der heute einklagbar ist. Damals war das weniger möglich, wozu die Spracharbeit Heideggers ein übriges tat. Eine dem Staat nicht dienstbare Philosophie wird als dem »machtlosen Denken dienstbar« ausgesprochen. Die Begrifflichkeit schlägt Purzelbäume. Der Ausdruck »Vergötzung«, der kritisieren könnte, was hier betrieben wird, nämlich Staatsvergötzung, wird nun gegen die gewendet, die die Philosophie davon freihalten wollen. Heidegger beseitigt damit im Ideologischen die Sicherungen gegen eine Dienstbarkeit der Philosophie.

Wir dürfen aber das Imaginäre der faschistischen »Gleichschaltung« nicht mit ihrer tatsächlichen Struktur verwechseln. Eine Reihe von Philosophieprofessoren träumt in aller Öffentlichkeit von der »totalen« Verfügungsgewalt des Staatlichen (»Politischen«) über das Soziale. Der von ihnen tatkräftig vorangetriebene Prozeß war aber nicht so total, wie er sich in der Vorstellung dieser Ideologen darstellte. Nicht nur blieben einzelne Räume, wie die Wirtschaft, und bestimmte Domänen der alten

Eliten wie Militär oder Diplomatie weitgehend ausgespart. Ausgerechnet vom Standpunkt des untergehenden Mandarins hat Spranger 1933 begründet, warum der Traum vom Herrscher als Philosophen (und umgekehrt) in kapitalistisch ausdifferenzierten Verhältnissen bürgerlicher »Individualität« unerfüllbar bleiben muß. Tatsächlich reproduzierte sich der NS-Staat nicht, wie es die Philosophen der Nazi-Partei vorstellten, durch die »Weltanschauung«, um deren Begründung und Ausarbeitung sie sich nun in verschärfter Konkurrenz bemühten. Auch diese Erkenntnis war an anderer Stelle vorhanden. Der enttäuschte Heidegger hat sie mit seiner Kritik des »Weltbildes« und des vorstellenden Denkens auf seine Weise artikuliert (2.32). Faktisch war es der — im Freiburger Hörsaal zum »Seyn« remystifizierte — Machtkampf der Kräfte und Instanzen selbst, der die ideologische Super-Macht eines von allen Seiten, inklusive der konservativen (Spranger, s.o.), angerufenen »Führers« aufbaute. Dieser machte sich im engeren Zirkel über seinen Hofphilosophen lustig. »Gebrochen mußte Rosenberg im 'Nürnberger Prozeß' zur Kenntnis nehmen, daß die Nazi-Bonzen sich brüsteten, sein Werk — das die 'Umwandlung der Geister' bewirken sollte — nie gelesen zu haben.« (Pechmann 1987, 72).

Die »philosophisch-staatliche« Funktion erhielt also im Nazismus nicht in derselben Weise Realität wie in der stalinisierten Sowjetunion. Georges Labica hat in seiner Genealogie des »Marxismus-Leninismus« gezeigt, wie Stalin seine spezifische Machtergreifung dadurch vollziehen konnte, daß er eine im frühsowjetischen Philosophenstreit gefestigte Position des befugten Interpreten einer vorgeblich Leninschen Lehre usurpierte. Er zog damit alle politischen Kompetenzen an sich und verdichtete sie im beanspruchten Auslegungsmonopol dieser »Weltanschauung« (die er dann von den zu Kommentatoren umfunktionierten Philosophen kodifizieren ließ). So schien es tatsächlich, als verwirklichte die Stalinsche Intervention »den alten platonischen Traum des Philosophenkönigs oder des Königs als Philosophen, anders gesagt: die Verschmelzung der Philosophie mit dem Staat.« (Ebd., 51) Nichts dergleichen im deutschen Faschismus.<sup>18</sup> Der von den bürgerlichen Herrschaftseliten in die vorhandenen Positionen hineingesetzte Hitler wurde zum ideologischen Subjekt eines anders ablaufenden Prozesses der Machtverdichtung. Weder präsentierte er sich als Philosoph, d.h. als Erster Interpret einer Weltanschauung. Noch konnte Baeumlers Amtschef Alfred Rosenberg die ihm übertragene Funktion eines »Beauftragten des Führers zur Überwachung der gesamten weltanschaulichen Schulung der NSDAP« jemals mit der beanspruchten Machtfülle ausstatten. Dieser Byzantinismus war in das System eingebaut, sollte aber

nicht mit ihm verwechselt werden, auch wenn er selbst sich damit verwechselte. Nicht nur, daß philosophische Zunft nie daran dachte, den Rosenbergschen »Mythus« als verpflichtende Weltanschauung anzuerkennen. Selbst parteiintern konkurrierten die »Weltanschauungen«, wie Rosenbergs Fehde mit Kriek zeigt, dessen Gegen-Entwurf einer solchen von seinen Zensoren gestoppt werden mußte (3.13). Die philosophisch-staatliche Funktion artikulierte sich nur im Kampf rivalisierender Instanzen. Die Nazis konnten nicht, wie beabsichtigt, eine NS-Philosophengesellschaft aufbauen, ja nicht einmal ein Zentralorgan »ihrer« Philosophie gründen (4.12).

Trotzdem war die »nationalsozialistische Weltanschauung« ein für den NS-Staat funktionales Imaginäres. Sie induzierte den Eifer konkurrierender Interpreten einer »nationalsozialistischen Philosophie«, und sie artikulierte den Dauerkonflikt mit den konservativen oder, in der Terminologie von Kriek, »bürgerlichen« Kräften. Wir beleuchten dies anhand der faschistischen Umbauten in der Universitätsphilosophie (3.3) und anhand des Funktionswandels institutionalisierter Teilöffentlichkeiten der Philosophie (4.1). Um ein vollständiges Bild zu erhalten, dürfen wir aber die nicht-intendierten Effekte der faschistischen »Politisierung« nicht außer acht lassen.

## 2.3 *Die sekundäre Politisierung unpolitischer Philosophie*

### 2.31 *Zur Frage des Widerstands*

Das Fehlen von »nennenswerten Protesten deutscher Philosophen« hat Schnädelbach mit ihrer »unpolitischen« Natur erklärt (1990, 404). Aber erstens wurde protestiert. Und zweitens darf die breite Zustimmung nicht verschwiegen werden, von der die administrativen Maßnahmen getragen waren. Wie näher zu zeigen sein wird (3.1), machten viele Philosophen sich gerade dafür zuständig, die höhere Notwendigkeit von Ausschlüssen zu begründen, die ihre Opfer nun auch in der eigenen Zunft forderten (3.2). In diesem Kontext erhalten die Fälle von Protest, Amtsniederlegung und aktiver Opposition ihre Bedeutung.

*Wolfgang Köhlers* Glosse »Gespräche in Deutschland« (DAZ 28.4.33; vgl. 2.21) ist der wohl einzige Protest gegen die »Säuberung« der Lehrstühle, der aus dem Bereich der Universitätsphilosophie zur Veröffentlichung gelangte. Köhler war Inhaber des Berliner Lehrstuhls für Philosophie und Psychologie; ein Hauptvertreter der Gestaltpsychologie, kein Angehöriger der engeren Philosophenzunft. Seine Stellungnahme zeigt ein Verhältnis von allgemeiner Zustimmung und bestimmter

Negation, das die konservative Mehrheitsposition deutlich macht. Vom nationalen Standpunkt wird der Faschismus bejaht. »Durch unerhörte Konzentration von Macht ist der bisherige Erfolg errungen, und diese Macht geschlossen zu halten, muß für den Führer eine Selbstverständlichkeit sein.« Es sei kaum zu leugnen, daß das Gesetz, »welches die Überfremdung der Schulen und Hochschulen behandelt ... von entschiedenen, aber zugleich behutsamen Händen geformt ist«. Stein des Anstoßes ist nicht die Beseitigung unpatriotischer Elemente. »Die gegenwärtige geistige Kultur Deutschlands ist ein mächtiges Haus, gebaut aus Steinen von mancherlei Art. Manche Steine haben sich als minderwertig erwiesen. Kein Zweifel, daß man diese entfernen muß.« Doch könne man »der These nicht zustimmen, daß jeder Jude, als Jude, eine niedere, minderwertige Form von Menschentum darstellt.« Die Bibel, Spinoza und Lessings Nathan werden als Beweis zitiert, daß »menschlicher Adel« auch unter Juden vorkomme.

Köhlers patriotischer Diskurs über das »minderwertige« und das »vornehme Menschentum« ist selbst rassistisch. »Keiner von den Deutschen, die ich meine, leugnet das Vorhandensein eines Judenproblems in Deutschland; die meisten von ihnen glauben, daß die Deutschen das Recht haben, die Zusammensetzung ihres Volkskörpers zu kontrollieren ...«. Protest wird an der Stelle ausgelöst, wo der Biologismus der Nazis mit dem »geistig« bestimmten Antisemitismus der Mandarine kollidiert, der das Jüdische nicht auf die »Abstammung«, sondern auf das zersetzende Treiben des bloßen Intellekts zurückführt. Also da, wo ein kulturrassistisch Hochwertiger dem biologischen Rassediskurs als minderwertig gilt. Den Anlaß für Köhlers Intervention lieferte der Göttinger Physik-Nobelpreisträger James Franck, »ein Ruhm Deutschlands«, der sein Amt am 17. April 1933 aus Protest gegen ein »deutsches Gesetz« niederlegte. Francks Aktion zeigte Wirkung, weil er als Frontkämpfer vor dem Arierparagraphen noch geschützt war. Und Köhlers Protest beansprucht, einer verbreiteten Stimmung Ausdruck zu verleihen. Der Autor spricht nicht als einzelner, sondern will »Gespräche in Deutschland« wiedergeben. Es war aber dieselbe Stimmung, die im Gegensatz dazu einen Theodor Lessing, der als Abstammungs-Jude *und* als ungeistiger Intellektueller nach *beiden* Maßstäben das »deutsche Menschentum« nicht repräsentierte, regelrecht ans Messer lieferte (3.2).

Köhlers zweiter Protestpunkt ist die Bevorzugung von Parteimitgliedern, auch das ein innerfaschistischer Dauerkonflikt. Wegen der Übergriffe in sein Psychologisches Institut und der Entlassung wichtiger »jüdischer« Mitarbeiter stellt er am 10.6.1933 einen Antrag auf

Ausscheiden aus dem Staatsdienst. Es wird wie das zurückgenommene Rücktrittsgesuch von Spranger, auf das wir bereits eingegangen sind (2.21), vom REM dilatorisch behandelt. 1935 erreicht Köhler seine Entpflichtung und emigriert in die USA (Henle 1979, Geuter 1984, 100f).

Auch *Theodor Litt*, der früh resignierte, läßt sich entpflichten. Litt stand unter Dauerbeschuß der Nazistudenten, die schon vor 1933 seine Vorlesungen störten (Friederich 1989, 101f). Besonders setzte ihm der junge Helmut Schelsky zu (Schäfer 1990).<sup>19</sup> Im Oktober 1932 hatte Litt auf dem Dresdner Hochschulverbandstag eine öffentliche Erklärung der Professorenschaft angeregt — nach dem Bericht von Spranger (1955, 457), der die Erklärung verhinderte, weil er »die Bewegung der nationalen Studenten noch im Kern für echt, nur in der Form für undiszipliniert hielt«, und der sie im März 1933 selbst verfaßte (2.21). Im Sommer 1933 wird Litt auf Intervention des sächsischen NS-Lehrerbundes als Redner einer Tagung zum Thema »Erziehung im nationalsozialistischen Staat« durch Rothacker ersetzt (Friederich und Weber 1989; vgl. 3.1). In der Folgezeit bleibt er das Objekt von Presseattacken und studentischen Störaktionen, die zeitweise zum Ausfall seiner Lehrveranstaltungen führen. Dem triumphalen Wiederauftritt nach zweiwöchiger Vorlesungsunterbrechung Anfang 1935, mit Rückendeckung des Führerstellvertreters Heß, folgt im gleichen und dem folgenden Jahr das Verbot von Vortragsreisen in die Schweiz und nach Holland durch das REM. Als ihm die deutsche Botschaft während einer genehmigten Österreich-Reise eine Rundfunkansprache untersagt, beantragt er die vorzeitige Emeritierung, die im Juli 1937 genehmigt wird (Nicolin 1981; Müller 1987, 280ff).

Die Art und Weise, wie Litt als Philosoph interveniert, zeigt das Ineinander von Widerstand und Kooperation. Brunkhorst (1987, 83) sieht in Litts nicht gehaltener Rede über die Stellung der Geisteswissenschaft im NS-Staat (1933; 3.1) bereits die »kaum verhohlene Absage an das Regime«. Aber das Regime ist nicht gleichsetzbar mit der Herrschaftsordnung des NS, die im manifesten Protest das Präsupponierte ist. »Alles, was Litt sagt, bleibt in einem Rahmen, in den sowohl die tiefe Ablehnung der Demokratie durch die Mandarine wie ihre vage Sehnsucht nach politischer Autorität, sozialer Harmonie und geschichtlicher Größe paßt.« (Ebd., 85f). Litt wendet sich gegen eine politische Instrumentalisierung des Denkens. Sollte dies »der harte Kern der nationalsozialistischen Wissenschaftspolitik« (Brunkhorst, 84) gewesen sein, dann allerdings nur in den Vorstellungen der Wissenschaftsbürokratie.<sup>20</sup> Litt akzentuiert in konservativer Abwehrstellung zur populistischen, von Staatsterror flankierten Durchsetzung der »Gleichschaltung«



die Freiwilligkeit des »Dienstverhältnisses« zum NS-Staat (vgl. 3.1). Zusätzlich kritisiert er den »naturalistischen Biologismus der Nazis« (ebd.). Man kann streiten, ob sich wie im Protest von Köhler statt dessen der »geisteswissenschaftliche Rassismus« (Friederich 1989, 115ff) der Mandarine geltend macht — oder ob Litt »die Rassenlehre als Ursprungsmythologie« durchschaut und mit seiner Aufforderung zur geisteswissenschaftlichen Reflexion aller »naturalen Mächte« der Frankfurter Schule nahekommt (Brunkhorst, 84). Es verkennt aber die komplexe Realität des Systems, wenn Litts kulturkritische Deutung bestimmter Erscheinungen des NS-Staats, die diesen selbst doch explizit bejaht, als »Ablehnung der faschistischen Ideologie« (ebd., 86) dargestellt wird. »Die« NS-Ideologie ist selbst eine ursprungsmythische Kategorie.

Das Einleuchtende der Kategorie »Widerstand gegen den NS« rührt daher, daß sie moralförmig auf eine innere, ethisch-religiös bestimmte Opposition deutet. Köhler, Spranger oder Litt bewiesen Zivilcourage, riskierten die akademische Stellung und setzten sich für Opfer der Judenverfolgung ein. Die beiden letzteren hatten auch Kontakt zu den Verschwörern des 20.Juli und waren persönlich gefährdet. Spranger war ein Freund des Generaloberst Beck, den er regelmäßig in der Berliner »Mittwochsgesellschaft« traf — einem exklusiven Kreis der alten Führungseliten, dem erklärte Nazis wie der Berliner Rektor und Rassenanthropologe Eugen Fischer und der Altphilologe Wolfgang Schade-waldt ebenso angehörten wie die Distanzierten um den Geheimrat Sauerbruch (Scholder 1982). Beck wird mit dem preußischen Finanzminister Popitz, den Nationalökonom Jessen und dem Diplomaten von Hassell nach dem Attentat vom 20.Juli 1944 hingerichtet; Spranger selbst wird vom 8.September bis 16.November in die Haftanstalt Moabit verbracht. Litt, den Spranger zur »Gruppe des 20.Juli« gerechnet hat (zit.n. Friederich 1989, 103), soll bei der Verhaftung von Goerdeler in Leipzig nur knapp der Festnahme entgangen sein (vgl. ebd., 120).

Die rein moralische, moralisch reine Bewertung verkennt aber, daß die Herrschaftsordnung des Nazismus in diesen Auseinandersetzungen nicht wirksam bekämpft, sondern im Gegenteil reproduziert wurde. Nach den Säuberungen von 1933 war die Universitätsphilosophie auf Staatsgesinnung verpflichtet; andernfalls drohte Berufsverbot (3.31). Eine politische Öffentlichkeit, in der demokratische Kräfte sich hätten verständigen und wirksam formieren können, war beseitigt. Das aus ihr Verdrängte kehrt wieder in »einem Regime 'verwuschlegener' Parteien« (Gramsci; zit.n. Haug 1980, 78), die nicht mehr in einer staatsbürgerlich »zivilen« Form konkurrieren. In dem Maße, wie das eigene

Angebot auf diesem »politischen Schwarzmarkt« (ebd., 79) nicht gefragt ist, wie Ambitionen scheitern und persönliche Kränkungen hinzutreten, erhält die autoritäre Staatsgesinnung, mit der viele Philosophen den Nazis die Machtergreifung erst mit ermöglichten, eine andere Färbung. Enttäuschung tritt an die Stelle der anfänglichen Euphorie. Das idealisierte Staatswesen wird gegen die als defizient wahrgenommene Erscheinungsform eingeklagt. Doch steigern diese Enttäuschungsprozesse nur die ideologische Macht einer höchsten Instanz, die der faschistische Führer verkörpern konnte. Zum Stabilitätsgeheimnis des NS-Staats gehört, daß er sich auf keinen »weltanschaulichen« Konsens zu stützen brauchte: gerade die in diesen Verhältnissen unvermeidliche Verzweiflung an substantieller Moral, die absurdistische Verabschiedung einer harmonischen Weltordnung, konnte eine heimliche Quelle seiner Legitimität werden. Zu diesem Ergebnis kommt jedenfalls die unerbetene Expertise, die Spranger der »nichtkonservativen Führerdiktatur« 1933 ausgestellt hat (2.21).<sup>21</sup> Nach Beseitigung einer politischen Öffentlichkeit verlangt der Philosoph, daß die Opposition zu den Forderungen und Maßnahmen des Staates sich im Inneren jedes einzelnen als Gewissenskonflikt soll austragen können. In der Verschiebung ins Religiöse können die Konflikte dem Staat nicht gefährlich werden. Die Voraussetzung für den Fortbestand seiner »Legitimität«, auch bei individuell als unmoralisch empfundenen Maßnahmen, sah Spranger allerdings darin, daß die Autonomie der »gewissenpflegenden Mächte« wie Religion und Wissenschaft/Philosophie unangetastet bleibt. Andernfalls könnten diese sich gegen den bestehenden Staat formieren.

Im großen und ganzen hielt sich der Nazismus an dieses ideologische Stabilitätsgesetz, doch war die Durchsetzungsform die eines Stellungskriegs mit ständigen Übergriffen (vgl. zum Kirchenkampf: Rehmann 1986, 62-99). Mit ihrer Abdrängung von den Entscheidungszentren durch den führerstaatlichen Umbau des Systems reklamieren Teile der alten Führungsschicht das autoritär-staatliche Legitimitätsprinzip mehr und mehr *gegen* Hitler und dessen Führungszirkel. Als man die eigenen Großmachtvorstellungen an den als wahnhaft erkannten raum- und rasepolitischen Visionen Hitlers scheitern sieht, verständigen sich Kräfte aus Armee und Verwaltung auf einen Putsch. Die Bedeutung, die philosophische Diskurse für die Formierung dieser systemimmanenten Opposition hatten, wäre eine Untersuchung wert. — Aber die Frage von Widerstand in der Philosophie ist, auch nach vollzogener Ausschaltung liberaler und linker Positionen (3.21), keineswegs nur auf den Gegensatz von Konservativen und Nazis reduzierbar. Das zeigen die »beiden

Lehrkräfte für Philosophie an den bayrischen Universitäten, die dem aktiven Widerstand gegen den Nationalsozialismus zugerechnet werden können« (Schorcht 1990, 153).

*Dietrich von Hildebrandt* war schon beim Hitler-Putsch 1923 gegen die »Bewegung« aufgetreten. Er gehört zur »katholischen Aktion«, einem Block von kirchlicher Hierarchie und Laienorganisationen, den der Vatikan bis 1933 nicht nur der Arbeiterbewegung, sondern auch dem Nazismus entgegenstellt. Hildebrandt ist als führendes Mitglied der katholischen Akademikerbewegung, anders als die preußischen Protestanten Spranger und Litt, schon bei Hitlers Machteinsetzung ein »weltanschaulicher« Gegner des NS. Allerdings verliert er, im Zeichen des Konkordats, nicht deshalb im Juli 1933 seine Münchner Professur, sondern nach § 3 BBG als »Vierteljude« (ebd., 153). Die Regierung Dollfuß richtet ihm 1934 in Wien einen Lehrstuhl ein. Seine Zeitschrift *Der christliche Ständestaat* (1933-38) engagiert sich für den Austrofaschismus; zwei ihrer Mitarbeiter kommen nach dem deutschen Einmarsch 1938 im KZ um (Ebneht 1976). Den Nazismus bekämpfte die Widerstands-Gruppe um Hildebrandt als »widerchristlich«; dafür propagierte sie eine eigenständige Mission Österreichs als Hort des wahren Deutschtums (Weinzierl 1981, 80). Eine NS-Zeitschrift charakterisiert ihn in einem Bericht über »Philosophische Emigranten im Ausland« (*Germania* 13, 14.1.1934) als »Vertreter des Objektivismus in der Philosophie und Bekämpfer der 'Politisierung von Denken und Moral' in Deutschland«.

»Diesen Menschen, wie von Hildebrandt, die immer als die fleischgewordene Objektivierung erscheinen möchten, fehlt so sehr die innere Logik ihrer eigenen philosophischen Stellung, daß sie die ersten sind, um gegen diese Stellung zu sündigen. Sie können es nicht lassen, gegen die politische Wirklichkeit von einer, wie sie sagen, unpolitischen Ebene aus zu kämpfen, aus Liebe zu 'Geist' — sogar in Vorträgen, die sich angeblich mit Phänomenologie und der Rückkehr zum Objektivismus befassen.« (Zit.n. Schorcht, 154f)

In dieser »unpolitischen« Form artikuliert sich auch innerhalb Deutschlands ein wirksamer Kampf der katholischen Kirche zur Behauptung ihrer Stellungen in Kultur und Wissenschaft (5.24).

So entlädt sich im Widerstand deutscher Philosophieprofessoren, nachdem das Fach von demokratischen Kräften »gesäubert« ist, das gespannte Verhältnis der Formationen, die der NS-Staat zu einem antisozialistischen Block fügte. Der antagonistische Zusammenhalt wurde gewährleistet, indem die Nazis, als Verteidiger des »Glaubens« überhaupt auftretend, den kleinsten gemeinsamen Nenner der ideologischen Unterstellung als solcher forcierten (Haug 1980, 47ff). Voraussetzung

war die mit Terror durchgesetzte Abspaltung aller universalistischen und demokratisch egalitären Tendenzen, so daß der Rassismus den Block zu vereinheitlichen hatte. Doch blieben, wie gesehen, »Völkische«, Nationalkonservative und Katholiken (vgl. 4.34) selbst in der gemeinsamen Bekämpfung des »Jüdischen« (= »materialistischen«, »marxistischen«) gegensätzlicher Auffassung. Und schließlich war es gerade die radikalisierte Subjektion, die Entpolitisierung des Gesellschaftlichen durch die massenhaft organisierte Hingabe an ein höheres (Staats-)Wesen, die Widerstand produzierte. Dies jedoch nicht *gegen* diese, sondern *in dieser Form*.

*Kurt Huber*, am 13. Juli 1943 als einziger Philosophieprofessor hingerichtet, war seit dem 1. April 1940 Mitglied der NSDAP (Leaman 1991). Obwohl er unmittelbar darauf seine außerplanmäßige Professur erhielt (Schorcht, 167), kann nicht nur Opportunismus im Spiel gewesen sein. Er wäre ohne innere Motive kaum in den tödlichen Konflikt mit seiner Partei geraten. Die am 19. April 1943 gehaltene Verteidigungsrede vor dem Volksgerichtshof macht geltend, daß »die NSDAP sich immer mehr nach links wende«. »Die Partei hat in den zehn Jahren ihres Wirkens die Freiheit und sittliche Selbständigkeit der heranwachsenden deutschen Jugend restlos zerschlagen und das gesamte Erziehungswesen bolschewisiert«. (Zit.n. K.Weber 1989, 71) Das ist die Sprache des ideologisch bestimmten Antifaschismus der Nachkriegszeit, die aber im Kontext nicht antifaschistisch ist. »Ich selbst war der Ansicht, daß die Studenten sich ganz auf die Seite der Wehrmacht gegen die drohende Vorherrschaft der SS ... wenden sollten.« (Zit.n.ebd.) »Huber war der Krieg und vor allem die Schmach der jungen Deutschen in Stalingrad Grund dafür, Teile der NSDAP, vor allem die SS, und die militärische Führung durch Hitler anzugreifen«, resümiert Klaus Webers biographische Skizze. »Die Wehrmacht hatte für ihren 'normalen' Krieg gegen die Völker Europas seine Sympathie. Ihm ging es um den 'Mißbrauch' der Jugend und die 'Auswüchse' des Systems. (...) Kurt Huber hat seine ganze ganze Kraft gegen Hitler und Teile der NSDAP gewendet, als ihm die 'Anständigkeit', das 'Wahre' an der faschistischen Bewegung verloren ging.« (Ebd., 72f)

Dieselbe Entpolitisierung des Sozialen, die die Nazis »Politisierung« nannten und die alle institutionalisierten Artikulationsmöglichkeiten gesellschaftlicher Gegensätze zugunsten ideologischer Unterstellungsverhältnisse beseitigt, führt dazu, daß die ideologischen Instanzen nun gegen den realen Nazismus eingeklagt werden. Die Konflikte bleiben bestehen, werden aber zu einer Frage des Gewissens, des »Ringens« der einzelnen mit sich selbst, d.h. dem »höheren Selbst« (Spranger) der

ideologischen Mächte. Der Form nach ist dieser Widerstand unpolitisch, weil er die an eine höchste »Führung« delegierte Handlungskompetenz nicht zurückfordert. Er organisiert keine handlungsfähige Gegenmacht, die auf Veränderung der Verhältnisse selbst zielt; er bleibt vielmehr in deren Rahmen, indem er sich den höheren Mächten noch kompromißloser unterstellt. Nur werden diese nicht mit mehr mit dem realen NS-Staat und den tatsächlichen Führern identifiziert. Der »Weißen Rose« sei es um Rückbesinnung auf die Grundlagen »wahrer Volksgemeinschaft« gegangen, um die »Rückkehr zu einem rechtmäßigen Führerstaat«, sagt Huber (zit.n.ebd., 71). Die Stützpunkte staatlicher Gewalt in den Subjekten werden zu Widerstandspunkten gegen das Regime. Aber das Dispositiv faschistischer Staatsmacht bleibt davon unberührt, weil es diese Form der Kämpfe gerade hervorbringt. »In der Ablehnung der alten parlamentarischen Demokratien waren wir einig.« (Zit.n.ebd.)

Letzteres trifft kaum für die »Weiße Rose« insgesamt zu, die keine »Mittwochsgesellschaft« hoher Staatsdiener war. Die Opposition der studentischen Mitglieder muß sich auch anti-herrschaftlich artikuliert haben. »Scholl schien damals etwas radikaler und wollte das Wort 'Führerstaat' ausgemerzt wissen. (...) Ich wirkte auf ihn nachdrücklich in antibolschewistischem Sinn ein.« (Zit.n.ebd.) Was den Zusammenhalt stiftete, war nicht primär innere Überzeugung, sondern ein äußeres Arrangement, das Opposition sich nicht anders artikulieren ließ als in der »stillen« Hinwendung zu höheren Dingen. Das Organisierende waren kulturelle Aktivitäten wie Lektüre, Musik, Gespräche. Wichtig für die Selbstfindung außerhalb der offiziellen Organisationen wurden, neben katholischen Schriftstellern wie Reinhold Schneider, vor allem die Schriften von *Theodor Haecker* und *Romano Guardini* — katholischen Philosophen der inneren Emigration, die selbst nicht politisch hervortraten. »Die Texte wurden nicht aktualisiert«, erinnert sich Hermann Krings (1987, 31), der zu diesen Kreisen Zugang hatte. »Sie waren ein Bollwerk gegen den aktuellen Ungeist«. Heinz Hülsmann (1987, 112f), in den 40er Jahren Philosophiestudent in Freiburg, spricht von der »Befreiung ins Ästhetische« durch »eine gewisse religiöse Poesie, die eine Art politischer Metaphysik produzierte, in der ich zur damaligen Zeit eine klare Stellungnahme gegen den Faschismus empfand«. Philosophie erhält im Kontext eines der Form nach unpolitischen Widerstands politische Bedeutung. Die Form, Widerstand zu sein, erhalten diese Aktivitäten dadurch, daß nach der Zerschlagung politischer Institutionen die unpolitischen Bereiche der Kulturgesellschaft »politisch« werden mußten.

## 2.32 »Innere Emigration« oder Arbeit am faschistischen Subjekt?

Als »sekundäre Politisierung des Kulturellen« lassen sich im Anschluß an Notizen Gramscis die Effekte der faschistischen (Ent-)»Politisierung« bezeichnen. Eine »ins Unpolitische verschobene Jargonisierung politischer Sprache entsteht« (Haug 1980, 78); »die politischen Fragen nehmen kulturelle Formen an und werden als solche unlösbar« (Gramsci, zit.n. ebd., 79). Die Lösung wird abgedrängt in einen Raum der Innerlichkeit und »Gewissensnot«. Übergriffe, absoluter Führungsanspruch »der« Partei, rigide Verfolgung politischer Selbsttätigkeit provozieren die verstärkte Hinwendung zu der in ihrer Autonomie bedrohten ideologischen Macht. Religion (Rehmann 1986, 110ff), Kunst, Literatur (Volker 1980, 301ff) und Philosophie werden in dem Maße politisiert, wie die fortbestehenden Widersprüche, verdrängt aus einer Sphäre ihrer geregelten Artikulation (»Politik«), in verschobener Form hier wiederkehren. Sie äußern sich, wie es im Sprachmaterial der Zeit heißt, »in der Stille«, d.h. nach innen gekehrt, in der Hinwendung zum höheren Sinn, der sich dem »Lärm des Tages« entzieht (vgl. 4.15).

Die Fälle von Protest und aktiver Opposition sind manifeste Äußerungen eines Netzwerks der »Stillen im Lande«, wie sie sich nannten. Der für »Volksaufklärung und Propaganda« zuständige Nazi nannte sie die »Abseitsstehenden« und kämpfte gegen ihre Flucht aus der »Wirklichkeit«, seit das Regime das »Volk« einheitlich auszurichten versuchte. Um ihre Haltung drehten sich bereits Wolfgang Köhlers »Gespräche in Deutschland« (DAZ 28.4.1933). »Die mächtigen Männer, die eben Deutschland regieren, haben mehr als einmal nach *den anderen Deutschen* gefragt, nach denen, die bisher abseits stehen und die zu gewinnen sich sicher lohnte.« Köhler nennt die Bedingungen, unter denen sie zu gewinnen sind: Über das »Judenproblem« und die Beseitigung »minderwertiger Steine« aus dem Deutschen Haus sollen nur die »befugten Hände ... entscheiden, alle unberufenen Reformatoren aber sich der Autorität des Staates beugen.« Wahrung von Recht und Ordnung, Gesetz und Sitte überhaupt, gleich welchen Inhalts — das ist das ideologische Justemilieu, über das jenes »andere Deutschland« wacht, das aber wohl das wahre Nazideutschland war. In Köhlers Glosse artikuliert es sich erst- und letztmalig als manifeste Opposition, in Form des oppositionellen Manifests, bevor die Presse gleichgeschaltet wird. Aber es scheute ohnehin den »Lärm des Tages«, weil es nichts weiter zu sagen hatte als das, was sich von selbst verstehen sollte. Solange die führende Clique und ihre Männerbünde in *dieser* Hinsicht nicht zu sehr über die Stränge schlugen, hielt die »stille Opposition« still. Die realen

Exzesse des Systems, Ausrottung und »Ausmerze« nach außen und nach innen, wurden in ihrer ideologisch verdrehten Wahrnehmung unsichtbar. Um so mehr schärft sich der innere Sinn für die ganz anderen Verstöße gegen das Volksempfinden: Gruppenegoismen, Eigenmächtigkeiten, Zügellosigkeiten, Verfall von Moral, Anstand, Sitte, Autorität.

Dieser staatstragende common sense des NS-Systems war nicht, wie seine Konservatoren glauben machen (Lübbe 1988, 234f), eine Naturkonstante. Er war beständig zu reproduzierendes Resultat eines effektiv geführten ideologischen Klassenkampfes. Ein Heer großer und kleiner Autoritäten und »Erzieher«, Lehrer, Geistliche, Dichter und Denker, machte sich zuständig, ihn herzustellen, ihn nach unten in die Köpfe zu vermitteln, ihn nach oben in Wort und Schrift zu fixieren. Vielleicht läßt sich die These riskieren, daß der philosophische Denkbetrieb des NS-Staats, wenn er sich schon nicht nach den Direktiven des Amtes Rosenberg richten wollte, in dieser »rechten Mitte« sein Gravitationszentrum fand. Die Diskurse arbeiten hier aber unterschiedlich.

*Eduard Spranger* zieht sein Denken auf die »stillen Voraussetzungen« des Regierens und Regiertwerdens zurück, die der zitierte Text von 1933 noch in Einklang sah mit »einer sich in Marsch setzenden historischen Front« (185f). Er sieht sie nun übertönt von einer »Großmundpolitik« der Herrschenden. »Ich bitte Sie«, schreibt er am 13. April 1940, unter dem Eindruck des Hitler-Stalin-Pakts einem befreundeten Schuldirektor, »lesen Sie einmal irgendwo, z. B. in Rankes Weltgeschichte, nur vier Seiten. Da finden Sie in wenigen Sätzen etwa zehn Staatsbildungen dargestellt, die kamen und schnell wieder verschwanden. Wenn Platons Staatsideal Unsinn war — darin hatte er doch recht, daß er den Staat an ein Ewiges, besser das Ewige knüpfen wollte. Wo nehmen wir das aber her, wenn das 'Bekenntnis zur Rasse' nur fünf Jahre vorgehalten hat und wir nun wieder auf 'ewige' Freundschaft mit dem Osten schwören müssen?«<sup>22</sup> Schon die Schriften aus der Hochblüte des NS warnen davor, »das Ewige«, Chiffre fürs Ideologische, ins Getriebe »der Zeit« hinabzuziehen, das tatsächliche Geschehen und die Propaganda des 1000-jährigen Reichs mit den Maßstäben der Geschichte zu verwechseln. Diese »ruhen über dem flüchtigen Erfolg, ja selbst über dem Erfolg von langer Dauer« (»Die Wirklichkeit der Geschichte«, *Die Erziehung* XI/1936, 525). Nach dem gelungenen Überfall auf Polen führt Spranger der Mittwochsgesellschaft ein düsteres Szenario des moralischen Verfalls vor. »Kein äußerer Sieg kann entschädigen für den Verlust moralischer Kraft und Sicherheit des Volkes.« Er spricht am 31. Januar 1940 über die »Volksmoral und ihre Sicherung« und zeichnet um sich herum »rücksichtslose Erfolgsgier, Brutalität

gegenüber dem Leben, Verlogenheit als planvolle Methode, Verlust des Rechtssinnes ('Recht ist, was dem Volke nützt'), Entlastung der Person von Verantwortungen, die ihr kein Mensch abnehmen kann ... Das Prinzip des Gewissens kommt unter die Räder einer im falschen Sinne militanten Moral.«<sup>23</sup>

Es geht um Aufrechterhaltung der im 'richtigen' Sinne »militanten Moral«. Spranger verteidigt die Transzendenz des Glaubens. Die am 20. Oktober 1940 in einer überfüllten Berliner Kirche gehaltene Kanzelrede über *Weltfrömmigkeit* (Leipzig 1940) setzt jedoch der jenseitsorientierten Religiosität eine 'diesseitige' Form entgegen, die dafür sorgt, daß »wir Menschen der heutigen ehern gespannten Zeit ... arbeiten, selbst ohne Hoffnung auf Lohn, daß wir dienen, selbst ohne den Adelsbrief« (16). Angesichts dieser zu entfremdeter Leistung motivierenden Religiosität wird niemand »sagen dürfen, daß das Christentum die Religion der Schwäche sei. Im Gegenteil: wenn es die Kraft gibt, im Kriege das Leben einzusetzen für sittliche Güter, die nicht bloß der Zeit angehören, dann ist es die Religion des Sieges.« (38) Hier wird also der Gefahr »innerer Emigration« entgegengewirkt.

Bei *Martin Heidegger* beobachten wir die gleiche Operation: Rückzug auf eine Sphäre jenseits der faschistischen Parteiungen, aber zur 'diesseitig' gerichteten Mobilisierung der Subjekte. Der am 9. Juni 1938 in Freiburg gehaltene Vortrag über *Die Begründung des neuzeitlichen Weltbildes durch die Metaphysik*<sup>24</sup> positioniert sich außerhalb des »vorstellenden Denkens«, das die Welt zu seinem »Gegenstand« und sich selbst zum »Subjekt« ihrer Vernutzung und Beherrschung macht. Die Entwicklung kulminiert in einem »Kampf der Weltanschauungen«, für den »der Mensch die uneingeschränkte Gewalt der Berechnung, der Planung und der Züchtung aller Dinge ins Spiel« bringt (87). Die Wissenschaft ist »eine der Bahnen, auf denen die Neuzeit mit einer den Beteiligten unbekanntem Geschwindigkeit ihrer Wesenserfüllung zurast«. Das »Riesenhafte« des Vorgangs erscheint in den »Zahlen der Atomphysik«, »in der Vernichtung der großen Entfernungen durch das Flugzeug, im beliebigen, durch einen Handgriff herzustellenden Vorstellen fremder und abgelegener Welten in ihrer Alltäglichkeit durch den Rundfunk« (ebd.). Drei Produkte der kapitalistischen (»neuzeitlichen«) Technik also, denen der NS durch Herrschaftstechnik und forcierte Aufrüstung den Durchbruch brachte.

Der philosophische Diskurs ruft in dieser zum Krieg treibenden Dynamik, natürlich, zur Besinnung — allerdings nicht im Sinne von Einhalt oder Umkehr. Er zielt auf einen dialektischen Umschlag, der die total gewordene Verfügungsmacht »des Menschen« als totale



Verfügbarmacht *über* den Menschen erfahrbar macht. »Sobald ... das Riesenhafte der Planung und Berechnung und Einrichtung und Sicherung aus dem Quantitativen in eine eigene Qualität umspringt, wird das Riesige und das scheinbar durchaus und jederzeit zu Berechnende gerade dadurch zum Unberechenbaren.« (88) Als der rücksichtslose Beherrscher der Welt, der den von ihm entfesselten Gewalten ebenso schrankenlos unterworfen ist, imaginiert sich hier das faschistische Subjekt. Der Philosoph sucht es von deutschtümelnder Zivilisationskritik zu lösen. »Man denkt überhaupt nicht, wenn man dieses Erscheinen des Riesenhaften mit dem Schlagwort Amerikanismus gedeutet zu haben glaubt.« (88)

Heidegger findet die stärksten (Mobilisierungs-)Formeln für eine Subjektform, die vom einzelnen höchste Leistung und zugleich bedingungsloseste Unterstellung verlangt — den total beherrschten Herrenmenschen —, weil er die Denkbarrieren der traditionellen Subjekt- und Vernunftphilosophie am besten überspringt. Seine Rhetorik des grundsätzlicheren Fragens entzieht auch konkurrierenden Parteiideologen den Boden, auf dem sie sicher zu stehen glauben. »Nur wo der Mensch wesenhaft schon Subjekt ist, besteht die Möglichkeit des Ausgleitens in das Unwesen des Subjektivismus im Sinne des Individualismus. Aber auch nur da, wo der Mensch Subjekt *bleibt*, hat der ausdrückliche Kampf gegen den Individualismus und für die Gemeinschaft als das Zielfeld allen Leistens und Nutzen ihren Sinn.« (85) Das faschistische Kollektiv setzt nicht anders als der vom Nazismus bekämpfte Individualismus die Subjektform des Privatmannes voraus, eine Erkenntnis, die aber sofort ontologisch fixiert wird. Den Anti-Cartesianismus der Nazi-Philosophen durchschaut Heidegger als Spiegelgefecht. »Der Mensch als Vernunftwesen ist nicht weniger Subjekt als der Mensch, der sich als Nation begreift, als Volk will, als Rasse sich züchtet und schließlich zum Herrn des Erdkreises ermächtigt.« (102) Im Kontext polemisiert er gegen die »mühseligen Anfertigungen so widersinniger Erzeugnisse, wie es die nationalsozialistischen Philosophien sind« (92), d.h. gegen die Bemühungen seiner Gegner im Amt Rosenberg, und er hält auch die Konstruktionsversuche einer faschistischen »Antropologie« (Krieck, Gehlen) für unzureichend, weil noch subjektzentriert. Aber das ist nicht Widerstand oder innere Emigration, im Gegenteil: Mit dem Mythos vom souveränen Subjekt, der den konkurrierenden »nationalsozialistischen Philosophien« noch zugrundeliegt, wird die letzte Rechtsgrundlage für einen Einspruch gegen das »Riesenhafte« ausgeschaltet, das in diesem mythischen Text zwischen Großem Knall und Morgenröte oszilliert. »Kein Zeitalter läßt sich durch den Machtspruch der Verneinung

beseitigen. Diese wirft nur den Verneiner aus der Bahn.« (97) Wie in der »Wahl«-Rede vom November 1933 (2.12) bleibt nur das Wollen des Gesollten. Auf Wirkung und Kontext des Vortrags kommen wir zurück (3.12, 3.32).

Die Frage, ob der Autor dieses Textes Nazi war, ob er für oder gegen den Nazismus Partei ergriff, wird dem Vorgang wenig gerecht. Heidegger arbeitet an der spezifischen *Form* von Subjektivität, in der ein kapitalistisch hochrüstender Staat, der seine politischen Kontrollinstanzen ausgeschaltet hat, zu einem bestimmten Zeitpunkt von den Individuen erlebt wird. Er tut es als Philosoph; das rein politische Engagement ist kaum interessant. Nach 1945 lehnt er eine Vergangenheitsbewältigung ab, die mit der bewußtseinsphilosophischen Fiktion eines für seine Taten verantwortlichen (Rechts-)Subjekts arbeitet. Er verweigert sich auch den Wohlmeinenden, die sein Denken herabwürdigen mußten, um es für sich zu retten. Zu schaffen machte ihm dagegen der »Dialog ohne Kommunikation« (Ott 1988, 32-42) mit dem in gleicher Höhenlage denkenden Jaspers. Die Unfähigkeit ist nicht primär individuell bedingt; die Verständigungsverhältnisse des Faschismus überdauern dessen politisches System. Philosophische Schulddiskurse (Kap.1), die das Vergangene zur je-eigenen Sache erklären und nur die juristische Verarbeitung zulassen, überführen die Kulturalisierung des Politischen in die politische Kultur der Nachkriegszeit.

Gab es also überhaupt Philosophen in der »inneren Emigration«? Der Ausdruck ist zunächst selbst Teil des Problems. Er zirkuliert in der NS-Zeit im kulturellen Milieu der Schriftsteller, die mit ihren Mitteln ebenfalls zur »stillen« Reproduktion der Naziherrschaft beitragen. Frank Thieß, der ihn offenbar schon zu Beginn des Dritten Reiches prägte, richtet ihn in einem offenen Brief an Thomas Mann im August 1945 gegen die 'äußeren' Emigranten, die den bequemeren Weg gewählt hätten und vor der Verantwortung geflohen seien. Jene »Welt, auf die wir innerdeutschen Emigranten uns stützten, war ein innerer Raum, dessen Eroberung Hitler trotz aller Bemühungen nicht gelungen ist« (zit.n. Wroblewsky 1983, 82). »Nun war über den Ofenhockern der Ofen zusammengebrochen, und sie rechneten es sich zu großem Verdienste an«, notiert der Adressat 1949 (zit.n.ebd.).<sup>25</sup> Der Begriff ist also im Ursprung apologetisch, setzt sich aber früh durch und ist in der Semantik umkämpft. Schon 1939 verwendet ihn Johannes R. Becher positiv im Moskauer Exil (vgl. ebd., 83). Zur Beschreibung der Philosophieverhältnisse scheint er auch nicht völlig verzichtbar, sofern er die Ausbildung eines inneren Reservoirs bezeichnet, das sich den staatlichen Mächten versperren und entgegensetzt. Nicht Spranger und Heidegger,

wohl aber *Karl Jaspers* und *Theodor Litt* dürften ab einem bestimmten Zeitpunkt die prominenten Beispiele sein. Entscheidend sind die äußeren Rahmenbedingungen und Wirkungsmöglichkeiten der Genannten. Beide sind ab 1937 aus dem akademischen Leben ausgeschaltet, Jaspers kann nach 1938 nicht mehr publizieren, Litt hat ab 1942 Rede- verbot; beide sind zunehmend auch persönlich gefährdet. »Mein Dasein ist 'privat', öffentlich nur durch das Werk, durch nichts anderes«, notiert Jaspers am 14. März 1939 (zit.n.ebd., 87).

Das ist eine andere Situation als die von Spranger und Heidegger, die mit Publikationen in der Tagespresse, Vorträgen und Auslandsreisen zu den angesehensten Repräsentanten des NS-Staats gehören — gerade weil sie nicht als bloße Vertreter der Nazi-Partei(en) angesehen werden können. Wenn Hans-Georg Gadamer, einer der Auserwählten, die Deutsche Philosophie im Ausland repräsentieren durften (3.33) im Rückblick geltend macht, daß »wir alle«, d.h. die gesamte Zunft, »innere Emigration« waren (»aber das ist nichts besonderes«; 1990, 551), hat dies einen anderen, aber nicht weniger guten Sinn.<sup>26</sup> Er liegt darin, daß die Einnahme eines Standpunkt jenseits der faschistischen Parteigungen Voraussetzung war nicht nur für den Rückzug nach Innen, sondern erst recht für die besondere Kompetenz des Philosophen, am Zusammenhalt des staatlichen Ganzen zu arbeiten. Die ideologische Macht der Philosophie gründet in ihrer Sozialtranszendenz. Daran konnte das Herrschaftssystem um so weniger ändern, als es nicht unwesentlich auf dieser Macht basierte.

Diese Macht wiederum beruhte nicht unwesentlich auf einer Fähigkeit, im kreisenden Bemühen um das, was sich doch nicht in Worte fassen läßt, weil es sich von selbst verstehen muß, die gesellschaftlichen Konflikte in einer Form sich äußern zu lassen, die, indem sie nichts ausspricht, alles anspricht. Dieses Philosophieren schlug die im Schweigen kommunizierende Öffentlichkeit in seinen Bann. In den überfüllten Berliner Vorlesungen von Spranger soll eine elektrisierte Atmosphäre geherrscht haben, zu schweigen von der Faszination Heideggers, in dessen Vorlesungen Hülsmann (1987, 113) »eine Art akademisches Ritual« sah. Der Nazismus steigert die Anziehungskraft von Philosophie — wie auch die von Literatur, Theater, Musik etc. — im gleichen Maße, wie die Privaten auch der Möglichkeit beraubt sind, ihre Interessen durch politische Repräsentationsorgane »vertreten« zu lassen. Die »politisch« nicht artikulierbaren Spannungsverhältnisse übertragen sich auf Repräsentanten des entfremdeten Gemeinwesens in der Sphäre des Kulturellen.

Nicht die Versuche zur »Politisierung« der Philosophie, sondern ihre

nicht-intendierten Effekte verändern auf diese Weise die Produktion und Rezeption von reinen Denkerzeugnissen. Nach der institutionellen Seite verursachen die faschistischen Verständigungsverhältnisse einen Funktions- und Bedeutungswandel der philosophischen Seminare (3.24) und Gesellschaften (4.15).

### 3. »Säuberung« und Rekonstruktion der Universitätsphilosophie

#### 3.1 *Instanz der »Gleichschaltung« und »weltanschaulichen Überwachung«*

Warum bekannten sich im November 1933 an die 1000 Hochschullehrer zu Hitler, »obwohl die neuen Machthaber bereits mit dem Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1933 und der Einführung des 'Führerprinzips' an den Universitäten im Verlauf desselben Jahres unmißverständlich deutlich gemacht hatten, daß die Freiheit der Wissenschaft und das Recht der Hochschulen auf Selbstbestimmung wenig galten«? (Schorcht 1990, 61) Das Rätsel scheint lösbar, wenn wir die damals herrschenden Vorstellungen universitärer Freiheit und die ideologische Arbeit ihrer Umformung ansehen.

#### 3.11 *Philosophische Kämpfe um die Selbstgleichschaltung der Hochschulen*

Heideggers Rektoratsrede will die »Selbstverwaltung« als den »vorwaltenden Wesenscharakter der Universität« erhalten (*Die Selbstbehauptung der deutschen Universität*, Breslau 1933, 5). »Dieses Wesen aber kommt erst zu Klarheit, Rang und Macht, wenn zuvörderst und jederzeit die Führer selbst Geführte sind« (ebd.). Die Selbstverpflichtung der Mandarine zur »geistigen Führung«, die zu Beginn angesprochen wird, ist damit im Sinne des Führerprinzips umgedeutet. Im folgenden reartikuliert der Redner »Geist« und »Wissenschaft« als »fragendes Standhalten« vor den Mächten, über die das Wissen nichts vermag. Der Diskurs von Geist und Bildung konstituiert so nicht mehr den »Gebildeten«, sondern das faschistische Subjekt. »Die vielbesungene 'akademische Freiheit' wird aus der deutschen Universität verstoßen; denn diese Freiheit war unecht, weil nur verneinend. Sie bedeutete vorwiegend Unbekümmertheit, Beliebigkeit der Absichten und Neigungen, Ungebundenheit im Tun und Lassen. Der Begriff der Freiheit des deutschen Studenten wird jetzt zu seiner Wahrheit zurückgebracht. Aus ihr entfalten sich künftig Bindung und Dienst der deutschen Studentenschaft.« (15) Die Trinität von »Arbeitsdienst, Wehrdienst, Wissensdienst« umschreibt die militärische »Erziehung« aller Hochschulangehörigen durch die SA.

Zum Zeitpunkt ihrer Veröffentlichung geht die berühmt gewordene Rede fast unter in einer Traktätenschwemme zur faschistischen

Universitätsreform, die nach deren raschem Steckenbleiben wieder abebbt. Es sind philosophische Diskurse über »Wesen« und »Wahrheit« des Wissenschaftsbetriebs, in denen sich die Hochschulangehörigen zu Subjekten des NS-Staats konstituieren. Neben Projekten der Studentenföhrung werden vor allem die Vorschläge des Historikers Adolf Rein (*Die Idee der politischen Universität*, Hamburg 1933) und des Grenz- und Auslandsdeutschtums-Forschers J.W.Mannhardt (*Hochschulrevolution*, Marburg 1933) diskutiert. Außerdem bringt die Fachphilosophie ihre Kompetenz ein.

Alfred Baeumler (*Männerbund und Wissenschaft*, Berlin 1934) fordert wie Mannhardt »Männerhäuser« und den Ausschluß des »Weiblich-Demokratischen«, damit die Studierenden sich zu »politischen Soldaten« formen. Ernst Kriek, der die »humanistische Universität« von der »völkisch-politischen« abgelöst sieht, betont das Ende von »Bildung« im Sinne der traditionellen Geisteliten. Er will eine effizientere, berufsbezogene Ausbildung und organische Intellektuelle der »Volksgemeinschaft« (*Die Erneuerung der deutschen Universität*, Marburg 1933; »Die Erneuerung der Philosophie und die Hochschulreform«, *Hess. Schulzeitung* 77, 1933). Hans Freyer plant für Studienanfänger ein »politisches Semester« mit volks- und staatskundlichen Vorlesungen (s.u.; vgl. Giles 1980, 54f., Muller 1987, 232ff). Weitere Projekte schmiedeten Hans Heyse (*Die Idee der Wissenschaft und die deutsche Universität*, Königsberg 1933), Erich Rothacker (»Politische Universität und Deutsche Universität. Die Doppelaufgabe«, *Köln. Zeitung* 30.7.33) und Hermann Schwarz (*Nationalsozialistische Weltanschauung*, Berlin 1933). Hermann Glockners »Gedanken über den Einbau einer deutschen Körperschaft in unsere Universitäten« werden 1933 gleich dreimal veröffentlicht (*Heidelberger Tageblatt*, ViW, *Die Leipziger Studentenschaft*). Otto Friedrich Bollnow ist für die »totale Universität« (»Politische Wissenschaft und politische Universität«, in *Neue Jb.f.Wiss.u.Jugendbildung*, Jg.1933, 486-94). Erich Jaensch, der den »deutschen Geist« einem nordischen »Jünglingstyp« entspringen läßt, gehört zu den wenigen Philosophen, die ihr Hochschulprojekt biologistisch artikulieren (*Die Wissenschaft und die deutsche völkische Bewegung*, Marburg 1933). (Vgl. ZfS 1934, 137-142.)

»An dem Tag, an dem an der deutschen Universität nicht mehr philosophiert würde — philosophiert würde in dem ewigen Sinne des Wortes, den die Griechen geschaffen haben —, wäre die Universität wert, an allen vier Ecken angezündet zu werden«, schreibt Hans Freyer (*Das politische Semester*, Jena 1933, 12), läßt dem aber ein vernichtendes »Urteil über den gegenwärtigen Zustand« der Universitätsphilosophie folgen. Sie sei »in einem entsetzlichen hohen Maße der Tummelplatz skurriler Einfälle, epigonenhafter Systembildungen und belangloser Privatbekenntnisse geworden« (14). Es komme für sie darauf an, »sich in die Tiefe zu treiben«. Philosophie sei gegenwärtig noch »stellvertretende Leistung fürs Ganze«. Mit Nietzsche wird erwartet, daß sie künftig »das öffentliche Leben beherrschen und gestalten wird« und

dessen »Forderung erfüllt: Philosophie für Staatsmänner zu sein« (15). Die Selbstgleichschaltung des Wissenschaftsbetriebs artikuliert sich als Wiederherstellung der philosophisch-staatlichen Funktion.

»Alle Wissenschaft ist Philosophie, mag sie es wissen und wollen — oder nicht«, dekretiert Heidegger in der Rektoratsrede (8). Als solche repräsentiert sie »die innerst bestimmende Mitte des ganzen volklich-staatlichen Daseins« (10). Heidegger steht auf dem Standpunkt der »Hochschulrevolution«, die von der NS-Studentenbewegung gefordert wird. Revolutionieren wollen diese Kräfte nicht das klassengesellschaftliche Dispositiv, das die Hochschule zur Produktionsstätte von herrschaftsförmigem Wissen macht, sondern die innere Haltung, in der gelehrt, gelernt und geforscht wird. Die bestehenden Hierarchien stehen freilich mit auf dem Spiel. Gegen die Figur des »Gebildeten«, der sich auf substantielle Ideen fixiert, wird bedingungslose Unterstellung unter eine staatsnotwendige Aufgabe als solche verlangt. Diese Haltung zeichnet im herrschenden Sprachgebrauch den »politischen« Menschen aus. »Aus der Entschlossenheit der deutschen Studentenschaft, dem deutschen Schicksal in seiner äußersten Not standzuhalten, kommt ein Wille zum Wesen der Universität« (*Selbstbehauptung*, 14f). Als gelernter Philosoph leitet Heidegger diesen Wesenswillen aus einem mythischen »Anfang« des Denkens ab, den das akademische Milieu bei den Griechen vermutet. So übersetzt er die Forderungen der Nazistudenten in den Diskurs des »Geistes« und der »Bildung«. Die Rede wird damit zu jenem faszinierenden Gebilde, bei dem man nicht weiß, »ob man Diels *Vorsokratiker* in die Hände nehmen soll oder mit der SA marschieren« (Löwith 1986, 33). Beides schließt sich nicht aus.

Die NS-Studentenfunktionäre zählen 1933 auch Alfred Baeumler und Ernst Krieck zu ihren »wenigen Lehrern« (zit. n. Alisch 1989, 86).<sup>1</sup> Den Vorstellungen dieser beiden, die selbst heftig konkurrieren, mangelt es nach Heideggers Auffassung an Tiefe, weil sie das nationalpädagogische Leitbild des »politischen Soldaten« durch äußerliche Schulungsprogramme und militärische Ausbildung verwirklichen wollen. Wesentlicher ist für ihn die innere Einstellung, in der gelehrt, gelernt, gearbeitet und exerziert werden soll. Der Vortrag über »Die Universität im nationalsozialistischen Staat«, der am 30. November 1933 vor Tübinger Studenten, Parteigrößen und NS-Intellektuellen gehalten wird (Farias 1989, 202-210), beharrt gegen Hitler, der im Interesse des politischen Klassenkompromisses die Parole der »Evolution« ausgegeben hatte, auf einer »Revolution«. Studenten und Lehrende seien zum »Arbeiter« berufen, ein von Ernst Jünger entlehnter Ausdruck, mit dem Heidegger das ihm zu flach gewordene Gerede vom »Politischen« vermeidet.

»Wir kennen diese jungen Menschen, die Festigkeit ihrer Gesichtszüge, die Rücksichtslosigkeit ihrer Rede, ihren stählernen Charakter.« (Zit. n. ebd., 206). Angesichts der geforderten Umwälzung des gesamten Daseins aus dem neuen Geist dieser Entschlossenheit verliere sich die Hochschulrevolution in Äußerlichkeiten. Man »schreibt Broschüren über den neuen Wissenschaftsbegriff, man redet über den politischen Studenten, die politischen Fakultäten, hält Vorlesungen über Volkswunde und Arbeitsdienst. Das ist nichts anderes als das übermalte Alte.« (Zit. n. ebd., 204) Freilich sah auch Heideggers Gegenspieler Krieck, wie andere Ideologen der Partei, um sich herum bald nur noch Oberfläche und Preisgabe des Essentiellen.

Am Gegenpol des faschistischen Bündnisses sind die konservativen Vorstellungen von der »politischen Universität« mehr als nur zeitgemäße Bekenntnisse. Ihre unmittelbare Vorgeschichte reicht bis in die Zeit um 1930, als Wirtschaftskrise und »Überfüllung« der Hochschulen dem Ruf nach Universitätsreform massiven Widerhall verschaffen und die Studentenschaft sich politisiert (vgl. Giles 1980). Die Mandarine haben sich seit ihrem Trauma Versailles darauf verständigt, durch eine am Soldatischen orientierte »politische Pädagogik« das Bildungswesen und an diesem den gesellschaftlichen Organismus »gesunden« zu lassen. Man setzte auf Modernisierung und Reform. *Eduard Spranger* regt 1930 die Einführung einer College-Stufe nach angelsächsischem Vorbild an (»Über Gefährdung und Erneuerung der deutschen Universität«, *Die Erziehung*, Jg.5, 1930). Die im März 1933 von ihm verfaßte Würzburger Erklärung des Hochschulverbands (2.21) »bejaht eine Politisierung, die den gemeinsamen nationalen Willen stärkt«. »Wir werden neue Formen der Nationalerziehung wie Arbeitsdienst, Siedlungsschulung, Wehrsport, Grenzlandschutz durch Jugendorganisationen und Jugendbünde auch zu unserer Sache machen.« Aber: »Wir verteidigen unsere alten ehrwürdigen Formen: die Selbstverwaltung durch Rektor, Senat und Fakultäten«. Nach den nationalkonservativen Vorstellungen steht die Hochschule dem Staat durch ihren »geistigen Wehrwillen« (ebd.) zur Verfügung. Die »Geistesführer« sind allerdings nicht bereit, sich ihrerseits als »Geführte« der Naziführer und ihrer Studentenorganisation zu verstehen.

Der Konflikt wird ausgetragen, indem beide Seiten das philosophisch-staatliche Prinzip gegensätzlich akzentuieren und damit festigen. Für Adolf Rein, Hamburger Rektor nach 1933 und schon vorher im Austausch mit dem NSDStB, soll Wissenschaft »auf die Wirklichkeit des Staates bezogen sein. Ihre Funktion, ganz diesseitig, 'im Endlichen', ist die Behauptung des Unbedingten in der deutschen



Form, die deutsche Macht.«<sup>2</sup> Die neue »Machtuniversität« steht in Opposition zu einer »philosophisch-humanistisch« bestimmten »Kulturuniversität«, die sich, statt vom Selbstbehauptungswillen des Staatlichen durchherrscht zu werden, angeblich von reinen »Ideen« leiten ließ. Dagegen legt Theodor Litts Vortrag über *Die Stellung der Geisteswissenschaften im nationalsozialistischen Staat* (Leipzig 1934; vgl. Friederich 1989) den Akzent auf das »Eigenrecht« der Wissenschaft, weil »sie in Wahrheit diesem Staat nur dann in einem wahrhaft aufbauenden Sinne dienen kann, wenn sie nicht von vornherein mit gebundener Marschroute loszieht« (8). Diese »gebundene Marschroute« gab es zu keinem Zeitpunkt, und Rein, dessen einflußreiche Schrift die NS-Parteilinie artikulierte, stellt von der anderen Seite her klar: »Die Wissenschaft kann nicht kommandiert werden, weder von oben noch von unten.« (31) Die manifesten Texte kämpfen mit imaginären Gegnern: hier die angeblich machtlose Idee, dort die angeblich unideale Macht. Nur der archimedische Punkt der Interventionen blieb derselbe: das »Dienstverhältnis« der Wissenschaften, die im Sinne der Staatsmacht wirken wollen. Für Litt geht es um »die Frage, von welcher Beschaffenheit denn eigentlich das Dienstverhältnis ist« (7). Die alten Geistesleute verteidigen mit dem Schreckbild bloßer Repression ihre alte Stellung; die Intellektuellen der NS-Bewegung mobilisieren die Vorstellung eines wirklichkeitsfernen Idealismus, in dem sich das machtbewußte Mandarinat keineswegs wiedererkennen mußte.

Litt, der den Führungsanspruch der Geistigen vor bayrischen Nazis erläutern wollte, durfte seinen Vortrag nicht halten und gibt nach anhaltendem Konflikt seine Stellung auf (2.31). Die Auseinandersetzungen dürfen aber nicht die Übereinstimmung von Nazis und alten Eliten in dem Grundsätzlichen verdecken, daß wissenschaftliche Aktivität den staatlichen Mächten zu »dienen« hatte. Die zeitgenössische Universitätsphilosophie rief sich in diesem Sinne zur Ordnung, bestrebt, das Unterstellungsverhältnis ideologisch zu zementieren. Nachdem die rechtlichen Garantien für eine Wissenschaftsfreiheit beseitigt sind, die mit Heideggers Worten, aber nach breiter Überzeugung, »unecht war, weil bloß verneinend«, kann an den Universitäten die Entfernung derjenigen Elemente beginnen, die als nicht staatstragend gelten. Der Philosophie, als Universitätsfach von den Säuberungen selbst massiv betroffen (3.2), wächst hier die Funktion einer Instanz zu, die den Wissenschaftsbetrieb zu überwachen und die »weltanschaulichen Gegner« zu identifizieren beansprucht.

### 3.12 Der Diskurs über »Weltanschauung« und »Ende der Philosophie«

Der Vorgang stiftet zunächst seine eigene Verwirrung, da sich die Konstitutionsversuche der staatlich-philosophischen Funktion zum Teil als Abschaffung der Philosophie artikulieren. Während das Amt Rosenberg eine »nationalsozialistische Philosophie« fördert (3.13), steht Ernst Kriek, mit seiner Zeitschrift *Volk im Werden* in Konkurrenz zu Rosenberg, auf dem Standpunkt einer »Weltanschauung« des NS-Staats, mit der die bisherige Philosophie ihr Existenzrecht verliert. Als Rektor der Frankfurter Universität besucht er Anfang Oktober 1933 die Tagung der Deutschen Philosophischen Gesellschaft, die im Beisein von Regierungsvertretern den »neuen Staat« begrüßte (4.11). Kriek veröffentlicht eine mit Anspielungen durchsetzte Glosse zur Frage »Nationalsozialistische Philosophie?«.

»Die Auseinandersetzung mit Platon und möglichst auch sonst mit allen Philosophien der Vergangenheit ist ein Hauptanliegen der gegenwärtigen Kathederphilosophie. Damit kann man dicke und dünne Bücher, philosophische Kongresse und philosophische Zeitschriften, Hörsäle und Seminare füllen. Es ist gar nichts dagegen einzuwenden, wenn dem Leser und Hörer auch angegeben würde, wozu denn nun eigentlich diese Auseinandersetzung erfolgt. (...) Die Jungen werden ihnen sagen, daß sie mit diesem Philosophieren auch keinen Hund mehr vor den Ofen locken. Man schalte einmal 'Philosophie' aus den Prüfungsfächern und Prüfungsbestimmungen aus und der ganze Spuk ist verflogen.« (ViW II/1934, 311)

Die Visionen eines »Ausschaltens« der Philosophie erhalten ihren Stellenwert durch Krieks Pläne zur Faschisierung von Bildung und Wissenschaft, die 1933 als parteioffiziell angesehen werden. Perspektivisch geht es um konsequente Funktionalisierung zur »Erziehung« der leistungswillig-einsatzbereiten »Glieder« einer staatlich formierten »Volksgemeinschaft«. Der »Dienst« an dieser »Aufgabe« gibt den verschiedenen Disziplinen ihr Existenzrecht. Besonders fragwürdig ist das der Universitätsphilosophie. Dient die »Begriffsschaumschlägerei« auf Kathedern und Kongressen zu anderem als zur Selbstreproduktion einer besonderen Zunft? Dem faschistischen Wissenschaftsreformer gilt das Philosophieren jedenfalls als »unnützer Zeitvertreib«, ohne Funktion für die verordnete »Gemeinschaft« (ebd.).

Kriek verwendet den Ausdruck »Philosophie« in einem auf die akademische Disziplin verengten Sinn, in dem sich das Ressentiment gegen die »Gebildeten« artikuliert. Sie repräsentieren das Alte, gegen das eine als »jung« sich verstehende NS-Bewegung mobilisiert. Die Stellung der alten Geistesliten diskreditierte für ihn ein Bekenntnis zum NS, wie es die Tagung der DPhG darstellen sollte. »Man spricht zwar dabei auch

von nationaler oder deutscher Weltanschauung, aber so, daß auch sie hoch oben in irgendwelchen hergebrachten Begrifflichkeiten und Abstraktionen verschwebt.« Für die »Aufbauarbeit« an einer »Volksgemeinschaft«, in der anstelle von Standes- und Klassengegensätzen nur eine Funktionsdifferenzierung der »Glieder« Geltung haben soll, sei die abgehobene Philosophie »nicht nur völlig nutzlos, sondern eine Gefahr, weil sie den Platz besetzt hält und den Boden steril macht, wo etwas Neues wirklich wachsen und entstehen sollte« (ebd.).

»Denn wen und was bewegen diese Philosophen eigentlich — außer den Kandidaten ihres Fachs und die Mitglieder ihrer Zunft? (...) Wenn Adolf Hitler über nationalsozialistische Weltanschauung spricht, dann hat er ein Volk zu Hörern, dann bewegt er ein Zeitalter. Hätten die 'nationalen' Philosophen nicht für ihre Philosophie genau denselben Ansatzpunkt, genau dieselbe Aufgabe?« (ebd.)

Die Philosophie hat, indem sie »aus ihren Begriffswolken auf den Boden der Wirklichkeit herniedersteigt und sich in den Dienst an der völkisch-politischen Aufgabe begibt« (312), die Unterstellung unter den faschistischen Führer zu organisieren. Die »nationalsozialistische Weltanschauung« steht für die in diesem verkörperten, und den einzelnen entfremdet gegenüberstehenden, Gattungskompetenzen. Sie wird dem »Geist« entgegengesetzt, mit dem sich die alten Führungseliten identifizierten und der zu einer geistlosen Masse in Opposition stand. Zugleich steht sie für das Ende jeder besonderen »Philosophie«, in der sich Gruppen oder Klassen als solche identifizieren und vom Volk unterscheiden. Philosophie ist insofern für Kriek »bürgerlich«; umgekehrt wäre »nationalsozialistische Philosophie« ein Widersinn.

Kriek bleibt jedoch Philosophieprofessor und nimmt als solcher eine Grundlegung der NS-»Weltanschauung« in Angriff, die in den drei Bänden seiner *Völkisch-politischen Anthropologie* (Leipzig 1936-38) erscheint. Das Werk will eine lebensphilosophische Deutung des »Menschen« verbindlich machen, der sich aus der »Spannung« von »Naturgrundlagen« (Anerkennung von rassistischer Determination und Übermacht des Faktischen) und »geschichtlich-politischen Aufgaben« (Induktion von Willensfreiheit, Selbstüberwindung, opferbarem Heroismus) verstehen soll. Das zeitgenössische Modewort »Anthropologie« bezeichnet im NS ein Feld verschiedener Konstruktionen des faschistischen Subjekts, die sich z.T. als Überwindung »der Philosophie« präsentieren.

Dieser Tendenz reiht sich Heidegger in seiner grundsätzlicheren Manier ein. Die »Weltbild«-Rede von 1938 (3.32) spottet über »die mühseligen Anfertigungen so widersinniger Erzeugnisse, wie es die nationalsozialistischen Philosophien sind«. Sie geht aber ebenso auf Distanz

zu Kriecks Vorstellung eines offiziellen »Weltbilds«. Für Heidegger bleibt »jede Anthropologie, in der die bisherige Philosophie zwar nach Belieben benutzt, aber als Philosophie für überflüssig erklärt wird«, noch in den Voraussetzungen der »bisherigen Philosophie« (ebd.).<sup>3</sup> Auch die Leitkonzepte »Anthropologie«, »Weltbild« und »Weltanschauung« (Krieck, Gehlen) sind vom autonomen Subjekt her gedacht. H. entzieht die »innere Wahrheit und Größe des Nationalsozialismus«<sup>4</sup>, die sich dem Vorgestellt-Werden in dem Maße entziehen muß, wie sie das Subjekt ergreifen soll, konsequent jeder konventionellen Terminologie.

### 3.13 *Auslegungskämpfe und Umwertungen des Philosophiebegriffs*

Die philosophische Bekämpfung der (bekämpften Varianten von) Philosophie schlägt sich im öffentlichen Redewesen nieder. Der als »Jude« in Deutschland überlebende Romanist Viktor Klemperer hat es in seinen Aufzeichnungen zur Sprache des Dritten Reiches festgehalten. Das »Wort Philosophie« wird nicht nur negativ besetzt wie das Wort »System« (in dem sich politischer Parlamentarismus und eine den Nazis ebenso suspekten Geistphilosophie verdichten), es »wird totgeschwiegen, wird durchgängig ersetzt durch 'Weltanschauung'« (Klemperer 1946, 119; vgl. Leske 1983, 1294). Aber die Semantik war selbst umkämpft, wie Monika Leske (1990) dokumentiert hat.

Ende der 30er Jahre gehen Rosenbergs *Nationalsozialistische Monatshefte* in die Offensive gegen die Kriecksche Opposition. Alfred Klemmt dekretiert unter dem Titel »Weltanschauung statt Philosophie?«: »Weltanschauung ist ohne Philosophie und Philosophie ohne Weltanschauung nicht denkbar: Philosophie ist in Wahrheit überhaupt gar nichts anderes als die exakte Form der Weltanschauung!« (NSMH 1941, 1012; zit.n.ebd., 113) Heinrich Härtle, Baeumlers Nachfolger in Rosenbergs »Amt Wissenschaft«, definiert Philosophie »als wissenschaftlich formulierte und begrifflich systematisch ausgearbeitete Weltanschauung« (»Weltanschauung und Wissenschaft«, NSMH 1939, 775). Im Postulat einer »nationalsozialischen Philosophie« artikuliert sich der Anspruch des Amtes Rosenberg, den gesamten Wissenschafts- und Philosophiebetrieb staatskonform auszurichten.

»Die Festigkeit, ja Unabänderlichkeit der Grundprinzipien unserer Weltanschauung verteidigen wir allerdings rücksichtslos ... Wir können nicht in der Weltanschauung den Kampf bejahren und eine pazifistische Kulturphilosophie dulden, wir können nicht die Rassenerkenntnis als den Kern unserer Weltanschauung festhalten und eine rassenlose Erkenntniskritik und Ontologie dulden. (...) Wissenschaftlicher Landes-

und Hochverrat ist für uns genauso zu sühnen wie anderes Staatsverbrechen. Und wir scheuen nicht davor zurück, einen Schädling des Volkes auch dann ins Konzentrationslager zu stecken, wenn er sich wissenschaftlicher Titel, Begriffe und Methoden bedient.« (Ebd., zit.n.Leske, 114)

In dieser Unbedingtheit suchte auch Ernst Kriek *seine* Auffassung der »Grundprinzipien unserer Weltanschauung« zu »verteidigen«. Die »völkisch-politische Anthropologie« sollte dem »Sicherheitsdienst des Reichsführers SS«, Himmlers Nachrichtendienst, für den Kriek 1934-38 arbeitet, die Grundlage für die Identifizierung »weltanschaulicher Gegner« liefern. Kriek selbst, der die Ideale der »Bewegung« wachhielt, hatte die »Reaktionäre« in der Verwaltungsbürokratie im Auge (Müller 1976, 118ff). Er war 1934 als »Gutachter für den Sektor Wissenschaft« in die SS eingetreten und brachte es bis 1938 zum Obersturmbannführer. Nach der Zerschlagung der »zweiten Revolution« sucht er in dieser Organisation, die gestärkt aus der Disziplinierungsaktion hervorging, eine Hausmacht, um sein Ziel einer »zweiten Revolution« weiterzuverfolgen. 1935 beginnt er einen Streit mit Wilhelm Hartnacke, dem Mitherausgeber der Zeitschrift *Volk und Rasse*, der nach 1933 zeitweise sächsischer Kultusminister war. Es geht um den Biologismus von Hartnackes Bildungstheorie.

»Das Besitzbürgertum nimmt hier wieder seinen Monopolanspruch auf Bildung, Hochschule und Wissenschaft auf und begründet diesen Anspruch mit seinem 'Erbgut' (...). Das ist eine sehr einfache und einleuchtende Lösung der Rasse, des Aufstiegs, der Auslese. Ihr Kernpunkt sitzt im Geldbeutel, und ihre Losung heißt: Haltet die Unteren darnieder. Der Knecht soll Knecht bleiben. Und das wäre Nationalsozialismus?« (»Noch eine Rassetheorie«, ViW V/1937, 245; zit.n. Müller 1978, 135)

Kriecks Rassetheorie setzt auf »Zucht« in Form von »Erziehung«, die alle Individuen gleichermaßen zur Leistung mobilisiert; einen Egalitarismus in der Entfremdung. Der Fall Hartnacke zieht Kreise, Kriek bringt nicht nur die nationalkonservative Reaktion gegen sich auf, sondern auch das Rassepolitische Amt der NSDAP und das Amt Rosenberg. Er hat die Studentenführung hinter sich, aber nicht die SS. Heydrich unterbindet »im Interesse der Staatssicherheit und der Geschlossenheit der Bewegung« (zit.n.ebd., 138) die öffentliche Diskussion. Kriek tritt 1938 aus der SS aus und legt auch seine hochschulpolitischen Ämter nieder.

1936 fühlte sich Kriek selbst »weltanschaulich als verdächtig erklärt« (Brief an Rosenberg, 19.3.; zit.n.ebd., 133), da ihm die parteiamtliche Prüfungskommission die Unbedenklichkeitserklärung für seine *Völkisch-politische Anthropologie* verweigerte — den Versuch der Grundlegung

einer offiziellen Weltanschauung also. Da die philosophisch-staatliche Funktion im NS-Staat von rivalisierenden Instanzen beansprucht wurde, reproduzierte sich die NS-»Weltanschauung« als symbolische Form permanenter Auslegungskämpfe. Im Einleitungsaufsatz seiner neuen Zeitschrift verlangt Krieck den Bruch mit dem »Idealismus«, d.h. dem Text- und Lektürekanon der Gebildeten, weil er dem »heroischen Weltbild« des Faschismus entgegensteht. »Der Sinn dieses Weltbildes ist nicht mehr Bildung des Geistes, sondern Erziehung des Willens, Formung des Charakters« (»Der deutsche Idealismus zwischen den Zeitaltern«, ViW I/1933, 1). Krieck steht für diejenige Tendenz, die der »völkischen« Bewegung eine Ahnengalerie in der Philosophiegeschichte zu geben sucht (Eckhart, Paracelsus, Goethe, Hölderlin ...). Abgespalten werden dabei nicht nur die als »undeutsch« geltenden, 'flachen' Traditionen des Westens (französischer Rationalismus, englischer Empirismus), sondern auch die kantianischen und hegelianischen Spielarten des Neidealismus, der unter den konservativen Mandarinen dominiert.

Die Linie des Amtes Rosenberg zielt demgegenüber auf Neuaneignung durch »die systematische Kritik der idealistischen Überlieferung«, wie Baeumler es in der Berliner Antrittsvorlesung formulierte (2.21). Das faschistische Subjekt der »Zucht«, des »Willens« und des selbstbeherrschten »Charakters« soll in die Tradition des Deutschen Idealismus eingeschrieben und in ihr zum Ausdruck gebracht werden. Mit der Forderung nach einem Bruch stempelt sich Krieck zum Außenseiter der Zunft; dagegen findet das Programm einer Neuauslegung in der Universitätsphilosophie Resonanz und gleichgerichtete Aktivitäten. Besonders Arnold Gehlen widmet sich zunächst der Reinterpretation des Deutschen Idealismus (Klinger 1989). Gehlen ist neben seinen vielfältigen Funktionen in der Parteizelle, der Hochschule und dem Dozentenbund (3.33) im Amt Rosenberg mit der weltanschaulichen Überwachung philosophischen »Schrifttums« beschäftigt (Rügemer 1979, 92). Er begrüßt die Aufforderung des NSDAP-Pressechefs Dietrich (3.13), nach dem politischen Sieg der NS-Bewegung deren Weltanschauung »als gefestigte philosophische Lehre« auszubauen und weist Kriecks Versuch, den »unbeschreiblich großartigen Reichtum des deutschen Idealismus« über Bord zu werfen, als unphilosophisch zurück (»Der Idealismus und die Gegenwart«, *Völkische Kultur* III/1935; zit.n.ebd., 89). »Im engeren Kreis mokiert sich Gehlen über die Primitivität der nationalsozialistischen Weltanschauung« (ebd.).

Die Polemik gegen die »Kathedersphilosophie« gerät nach den Röhnmorden ins Abseits. Den Bestrebung zum »Aufbau einer national-

sozialistischen Philosophie« kommen dagegen Bedürfnisse innerhalb des akademischen Betriebs entgegen, die Philosophie mit ihren »eigenen Mitteln« (Gehlen, zit.n.ebd., 90) umzugestalten, »entsprechend ihrer Spezifik als verallgemeinerbares, relativ selbständiges System des Wissens« (Rügemer, ebd.). Die von Krieck bekämpfte Kaste von Spezialisten reproduziert sich nun in der modifizierten Form einer Funktionseelite, die ein Bedürfnis nach einer »wissenschaftlichen Philosophie« artikuliert. Dieser Ausdruck, der vor 1933 vom Neopositivismus reklamiert wurde (4.13) und für die Nazis negativ besetzt war, erfährt schließlich eine Umwertung.

»Man kann die Macht im Staate vielleicht ohne Wissenschaft erobern, aber man kann dieser Macht nicht Dauer verleihen, das heißt, man kann die Kontinuität der Führung für morgen und für die Zukunft nicht gewährleisten ohne ein klares Begriffssystem, ... ohne die wissenschaftliche Formulierung und Ausformung unserer Weltanschauung, ohne die Philosophie.« (H.Härtle, ebd.; zit.n. Leske, 115)

Wissenschaftliche Weltanschauung in Philosophieform: damit setzt der deutsche Faschismus das genaue Gegenteil zum marxistischen Projekt einer wissenschaftlichen Weltanschauung durch. Im Philosophischen ist die Herrschaftsförmigkeit wissenschaftlichen Wissens festgeschrieben, es vermittelt den Zugriff der Führung auf den Forschungsbetrieb und dessen Unterstellung unter die höheren Zwecke des kriegführenden NS-Staats. Monika Leske (1990, 114) nennt als Gründe für den »Aufwind«, in den die Philosophie letztlich wieder gerät, »die negativen Erfahrungen mit der wachsenden Opposition an den Hochschulen gegen den jahrelangen Wissenschaftsabbau« und das Bedürfnis nach systematischeren Ausarbeitungen der NS-Weltanschauung »für die Schulungsarbeit, für die sich ausdehnende politisch-weltanschauliche Beurteilungstätigkeit und insbesondere auch für die nazifaschistische Um- und Ausformung der einzelnen Wissenschaften«. Der Wendepunkt ist zweifellos der Vierjahresplan zur Kriegsproduktion von 1936. Die neue Forschungspolitik beendet die Versuche, eine »völkische Wissenschaft« zu etablieren, und raubt Krieck seinen Einfluß. Wie wir sehen werden, verschafft dieser Prozeß nicht nur der Philosophie als ideologischer Instanz Konjunktur, er bringt auch ihre Schwächung als akademische Disziplin (3.32).

### 3.14 Die funktionale Leerstelle »Philosoph(ie) des NS«

Ernst Krieck und Alfred Baeumler vertreten in der Festschrift *Deutsche Wissenschaft* (Leipzig 1939), die Hitler zum 50. Geburtstag überreicht wird, mit getrennten Beiträgen die Philosophie. Schon früh gelten sie

als »die beiden führenden Philosophen des Nationalsozialismus« (Nolte 1965, 7). In Krieck sieht nicht nur der nationalkonservative Oppositionelle Niekisch (1953, 204) in den 30er Jahren den »eigentlichen Schulphilosophen des Dritten Reiches«, auch für den Marxisten Lukács (1953, II 204) sind Krieck und Baeumler die »Repräsentanten der offiziellen nationalsozialistischen Philosophie«. Die Fiktion, es habe eine solche gegeben, ist funktional für die Entlastung der Zunft. Habermas (1989, 23) sieht in Nietzsche, an dem sich Heidegger in den Nazismus hineinarbeitet, »die autoritative Bezugsfigur auch der offiziellen NS-Philosophie« und spielt offenbar auf die Konstellation Krieck-Baeumler-Rosenberg an. Nietzsche war jedoch für Krieck, Lukács zum Trotz, die negative Symbolfigur eines elitären, von Volk und »Gemeinschaft« abgehobenen Individualismus. Ein Blick in die offizielle Selbstdarstellung der *Deutschen Wissenschaft* zeigt zudem, wie es um die »offizielle NS-Philosophie« tatsächlich bestellt war. Als einzige Disziplin wird sie von zwei Vertretern vorgestellt. Krieck, dessen Artikel »vermutlich von interessierten Kreisen des Wissenschaftsministeriums in das Sammelwerk lanciert wurde« (Müller 1978, 142), zieht gegen den »Nietzsche-Epigon« Baeumler so kräftig vom Leder, daß dessen Amtschef Rosenberg bei »Lammers, Heß, Rust und Bormann« interveniert, um ein Erscheinen des Bandes zu verhindern (ebd., 143). Er stieß auf taube Ohren. Zu Hitler selbst vermochte ein Philosophenstreit kaum vorzudringen, da er sich intern zugutehielt, Rosenbergs *Mythus des 20. Jahrhunderts* nie gelesen zu haben (Heer 1968, 406). 1942 veranstaltet Rosenberg ein vorübergehendes Hin und Her um die Verleihung des Goldenen Parteiabzeichens an Krieck. Er habe das »Ansehen der deutschen Wissenschaft« belastet, »besonders dort, wo er dogmatisch als *der* nationalsozialistische Philosoph gelten will« (an Bormann, 10.4.41; zit.n.Müller, 144).

Der unermüdliche Kampf des dazu »Beauftragten des Führers« um weltanschauliche Geschlossenheit war aber von Anfang an ein Windmühlengefecht. Ohne überhaupt 'beauftragt' zu sein, hatte sich z.B. NSDAP-Pressechef Otto Dietrich für seine Kampagne *Die philosophischen Grundlagen des Nationalsozialismus* (Breslau 1935) bei denjenigen Traditionen bedient, von deren Überwindung Rosenberg, Krieck oder Heidegger kündeten. »Dr. Dietrich fing an, plötzlich 'philosophische Grundlagen der Bewegung' legen zu wollen«, entsetzte sich Rosenberg in seinem »politischen Tagebuch« (Göttingen 1957, 50; zit.n. Poliakov/Wulf 1959, 276). »Ausgerechnet mit der Aufnahme der universellen Idee, die wir seit Jahren bekämpfen ...«. Dietrich reklamierte in der Tat, mit Gewährsleuten wie Johannes Rehmke und Edmund



Husserl, für die 'Bewegung' den philosophischen »Universalismus«, der als unvereinbar mit völkischem Partikularismus gilt (Böhler 1989). Zu Recht, aber das hinderte den Pressesprecher nicht, den Rassismus als universelle Idee darzustellen. Für die Stabilität des NS war von Bedeutung, daß die verschiedensten Traditionen in einer Weise umgeformt wurden, die dem Nazismus zu ideologischem Ausdruck verhalf (bzw. ihren Anhängern ermöglichte, sich in der neuen Herrschaftsordnung wiederzuerkennen).

Der NS-Staat hatte deshalb gar »keinen Platz für eine besondere philosophische Leitideologie« (Haug 1989a, 7). Trotzdem besaß die Vorstellung, daß eine solche zu unterstellen sei, ihre systemfunktionale Realität: als symbolische Form gegensätzlicher Auslegungen, als das allgemeine Äquivalent in einer durch die neuen Verhältnisse entfesselten Konkurrenz um ideologische (Deutungs-)Macht. Kaum ein führender Fachvertreter, der 1933 nicht beanspruchte, seine Philosophie solle unter Ausschluß der übrigen als »die Idee« des 'neuen Staates' gelten. Die Nazis Heidegger, Krieck, Baeumler, Rothacker, Gehlen kämpften in dieser Hinsicht sowohl gegeneinander wie gegen Ansprüche der Konservativen, die wie Litt und Spranger ihr Denken gar nicht anders als staatstragend vorzustellen vermochten. Während die letzteren durch ihr hochschulpolitisches Agieren schnell in die Defensive geraten, reitet vor allem Heidegger, mit seinem Ursprungsdenken »heimlicher König« (Arendt 1969, 893) der republikanischen »System«-Zeit, zunächst auf einer Woge der Anerkennung als faschistischer Philosophenkönig. Die polykratische Machtstruktur schloß jedoch — wie wohl sie den Pluralismus der Schulen mittels verschärfter Ausgrenzung modifizierte (Kap.5) — eine derartige Stellung aus. »Auf Parteiseite formierte sich spätestens seit dem Frühjahr 1934 eine Anti-Heidegger Gruppe, angeführt von dem einstigen Marburger Kollegen Erich Jaensch und eben Ernst Krieck, die über Alfred Rosenberg vorsorglich eine mögliche führende Position Heideggers in Preußen oder im Reich blockierten, weil sie ihn nicht als den 'Philosophen des Nationalsozialismus' gelten lassen wollten« (Ott 1988, 241). Provoziert wurde die Fronde dadurch, daß Heidegger als Führer einer Reichs-Dozentenakademie zur Wahl stand (vgl. Farias 1989, 262-277). Er habe es verstanden, heute schon in weitesten Kreisen »als der Philosoph des Nationalsozialismus zu gelten«, schreibt NS-Ärztchef Walter Groß, nachmaliger Chef des Rassenpolitischen Amtes seiner Partei, am 26.2.1934 ans Außenpolitische Amt der NSDAP (zit.n.Ott, 242). Beigefügt ist ein Gutachten des Psychologen Jaensch, das dem Bewerber eine »rabbini-sche Denkweise« bescheinigt und ihn als »gefährlichen Schizophrenen«

einstuft (zit.n. Farias, 232). Als »vertrauliche Mitteilung« an Kriek wurde es bereits während Heideggers Berufungsverhandlungen mit Berlin und München (Sept./Okt. 1933) dem bayrischen Kultusminister Schemm und wohl auch seinem preußischen Kollegen Rust zugespielt (Farias, 231f). »Und der Reichsleiter Rosenberg schaltete sich ein — gegen Heidegger erwuchs ein Dossier aus dem von Jaensch parteioffiziös formulierten Pamphlet.« (Ott, ebd.)

### 3.2 Die »Säuberung«

Die mit dem Beamtengesetz vom 7. April einsetzende »Säuberung« der philosophischen Lehrstühlen richtet sich gegen alle, die jüdischer Abstammung sind oder aus verschiedensten Gründen von Staats wegen verfolgt werden. Sie setzt sich in mehreren großen Wellen bis zum Beginn des Krieges fort.

*Theodor Lessing.* Der Fall des Philosophieprofessors, den die Nazis ermorden lassen, gehört noch zur Vorgeschichte der Verwaltungsakte vom April 1933. Man hatte ihm bereits 1926 auf Druck der nationalen Rechten die Lehrbefugnis an der TH Hannover aberkannt. Durch ein Hindenburg-Porträt, nach den Reichspräsidentenwahlen 1925 veröffentlicht, hatte Lessing in der national denkenden Presse ein Wutgeheul ausgelöst. Mit den Mitteln der zum Inventar damaliger Universitätsphilosophie zählenden Charakterologie spießte er das im Wahlkampf aufwendig inszenierte Erscheinungsbild Hindenburgs ineins mit dessen Inszenierung auf. Der Feldmarschall repräsentiert die Tugenden des »Bernhardiners«, aber »nur so lange, als ein kluger Mensch da ist, der ihn in seine Dienste spannt und apportieren lehrt.« »Nach Plato sollen die Philosophen Führer der Völker sein. Ein Philosoph würde mit Hindenburg nun eben nicht den Thronstuhl besteigen. Nur ein repräsentatives Symbol, ein Fragezeichen, ein Zero. Man kann sagen: »Besser ein Zero als ein Nero.« Leider zeigt die Geschichte, daß hinter einem Zero immer ein künftiger Nero verborgen steht.« (Zit.n. Marwedel 1987, 267)

Da Lessings spitze Feder auch durch Kommentare zum Prozeß gegen den Massenmörder Haarmann den Nerv des Volkszorns getroffen hatte, wird er selbst Symbolfigur des jüdischen und sozialistischen »Volksschädlings«. Der Fall Lessing, den die Hugenberg-Presse groß aufmacht und der viel zur Formierung der republikfeindlichen Kräfte beiträgt, wird 1926 ein Probelauf für die Aktionen von 1933: studentische Tumulte und Boykotte, Morddrohungen und Disziplinarmaßnahmen. Anfang 1933 ist Lessing, durch Name und Physiognomie exemplarisch zur Zielscheibe der völkischen Idiosynkrasien geworden, praktisch freigegeben zum Abschluß. Er flieht am 1. März, kurz vor den Wahlen, in die Tschechoslowakei, wo ihn das Gerücht eines Kopfgeldes der deutschen Regierung weiterverfolgt. Am 30. August wird er in konzertierter Aktion von SA, Gestapo, deutscher Diplomatie und sudetendeutschen Nazis in Marienbad erschossen (Marwedel 1987).

Die »Säuberung«

*Die juristischen Werkzeuge.* — Das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April verfügt nach §3, daß Beamte »nichtarischer Abstammung« in den Ruhestand zu versetzen sind. §4 zielt auf all diejenigen, die (mit einer vertraut klingenden Formulierung) nach ihrer bisherigen politischen Betätigung nicht die Gewähr bieten, »daß sie jederzeit rückhaltlos für den nationalen Staat eintreten«. <sup>5</sup> Weitere, höchst aufnahmefähige Bestimmungen sorgen dafür, daß auch die im Amt Verbleibenden sich nicht mehr im Besitz einer gesicherten Stellung wähnen können: §5 BBG ermöglicht die Zwangsversetzung »aus dienstlichem Bedürfnis«, §6 die Entlassung »zur Vereinfachung der Verwaltung«. Die Reichshabilitationsordnung vom 13.12.1934 sieht mit §18d den Entzug der Lehrerlaubnis vor, »wenn es im Universitätsinteresse geboten ist«.

Der Geltungsbereich wird mit einer 3. Durchführungsverordnung vom 6. Mai auf die nichtverbeamteten Hochschullehrer ausgedehnt, also auf Honorarprofessoren, nichtbeamtete Extraordinarien und Privatdozenten. Teilweise greift die ausführende Behörde auch auf andere Gesetze zurück oder geht auf dem Ordnungswege vor. Schon vor Inkrafttreten des BBG greifen *Beurlaubungserlasse* der regionalen Kultusministerien (vgl. für Baden: Weckbecker 1985). — Einspruchsrechte sind nicht vorgesehen, ebensowenig Mitsprache- oder Einwirkungsmöglichkeiten für Hochschulgremien; die Betroffenen sind mit sofortiger Wirkung amtsenthoben. Die Verwaltungsakte artikulieren sich als: (sofortige) »Entlassung aus dem Staatsdienst«, »Versetzung in den Ruhestand«, »Beurlaubung«, (vorzeitige) »Entpflichtung« — in der Konsequenz dasselbe, aber für die Höhe des Ruhegehalts von Bedeutung. Wir lassen diese Unterschiede in der Regel außer acht und reden von Entlassungen.

Unsere Statistik und die nachfolgenden Chronologien geben die behördlich praktizierte Unterscheidung von »politisch« und »rassisch« begründeter Entlassung wieder; die Darstellung sollte freilich die Wirklichkeit nicht in dieses Raster pressen, sondern eher das juristische Instrumentarium in seinem wirklichen Funktionieren zeigen. Wir haben es nicht mit einem Rassenwahn zu tun, der Deutschlands Gelehrte heimsuchte und wie ein Spuk verschwand. Vielmehr ist der Wissenschaftsbereich staats-unmittelbarer geworden, ein Zustand, den »Deutschlands Bekenner« (Bleuel 1968) selbst mit herbeiführten. Der juristische Schutzraum konnte von Staats wegen kassiert werden, weil er, unter 'entschlossener' Federführung nicht zuletzt der Philosophie, ideologisch längst zur Disposition stand (3.1). »Juden« sind fortan keineswegs nur solche, die den Abstammungsnachweis nicht erbringen

können; jeder kann es werden, der den Staatsorganen verdächtig scheint. Die behördlichen Schriftwechsel sprechen eine in dieser Hinsicht ganz undifferenzierte Sprache. Der Aufstieg von Joachim Ritter wird durch eine »liberalistisch-marxistisch-semitophile innere Einstellung«, die der Hamburger Dozentenbundführer 1938 entdeckt, beinahe gestoppt (Weber 1989, 236); der emigrierte Linkskatholik Paul Honigsheim wird vom Universitätskuratorium nachträglich der jüdischen Herkunft »verdächtig« (Golczewski 1988, 198); etc. Umgekehrt garantiert — wichtiges Merkmal der neuen Wissenschaftsverhältnisse — der Nachweis »arischer« Abstammung noch kein gesichertes Beamten-dasein. Wer als »rassisch einwandfrei« gelten will, hat, sofern er nicht »unauffällig« bleiben kann, dies durch Haltung, Einstellung, Charakter unter Beweis zu stellen.<sup>6</sup>

Als Darstellungsprinzip kollidiert die Unterscheidung zwischen rassistisch und politisch motivierter Entlassung des öfteren mit der Realität. Z.B. erfolgt Horkheimers Entlassung formell nach §3 BBG, jedoch im Zuge der Ausschaltung der manifesten Regimegegner. Der Heidelberger Ordinarius Ernst Hoffmann wird auf eigenen Wunsch am 1.11.35 »beurlaubt bis zum Inkrafttreten seiner Entpflichtung, die am 14. November rückwirkend zum 1. Oktober 1935 ausgesprochen wird« (Mußnug 1988, 69f) — weil zum Jahresende die Entlassung nach dem *Reichsbürgergesetz* anstand? Oder weil die Polizei, der er 1933 anlässlich der Entlassung seines 'jüdischen' Mitarbeiters Klibansky als »wohl nicht marxistisch, aber mehr oder weniger demokratisch« aufgefallen war, die »Zweifel an seiner nationalen Zuverlässigkeit« per Hausdurchsuchung bestätigte (zit.n. ebd., 67f)? Die Wirklichkeit spottet hier der statistischen Erfassung von Zeitpunkt und Entlassungsgrund. Es schien trotzdem aufschlußreich, die »politisch« motivierte Säuberung der Universitätsphilosophie gesondert sichtbar werden zu lassen, denn ihr Anteil ist überraschend hoch.

*Die Zahlen.* — Kein Bereich wird so gründlich gesäubert wie die Universität. Der *Kalender der reichsdeutschen Universitäten und Hochschulen* (Leipzig 1934) verzeichnet für das erste Jahr 930 Entlassungen von Hochschullehrern, ohne Assistenten und wissenschaftliche Mitarbeiter (nach Bracher u.a., 321).<sup>7</sup> Nach Angaben der Historiker sind der ersten Säuberungswelle (April bis August 1933) 14,3 % des akademischen Lehrkörpers und 11 % der Ordinarien zum Opfer gefallen (Erdmann 1976, 171).

Wie sieht es in der Philosophie aus? In unserer Aufstellung (Tab.4) werden 1933/34 von 175 Hochschullehrern, die das Fach an den deutschen Universitäten vertreten, 37 entlassen oder vorzeitig entpflichtet. Das entspricht einem Fünftel. Von den 62 aktiven Ordinarien sind 13 betroffen, d.h. ebenfalls jeder fünfte. Die Zahlen liegen damit über der akademischen Durchschnittsquote. 23, also mehr als die Hälfte,

## Die »Säuberung«

werden aufgrund ihrer jüdischen Abstammung nach §3 BBG entlassen. Die restlichen aus den verschiedensten »politischen« Gründen, wobei neben der Entlassung nach §4 BBG noch Zwangsemeritierungen und -versetzungen sowie »freiwillige« Rücktritte zu verzeichnen sind. — Miterfaßt ist hier allerdings eine Reihe von Dozenten für »Philosophie und Soziologie«, »Philosophie, Psychologie und Pädagogik« etc., die in erster Linie als Fachwissenschaftler anzusehen sind; unberücksichtigt bleiben dafür »Philosophen«, die nominell anderen Disziplinen (wie Klassische Philologie, Theologie) zugeordnet sind. Die Gesamtzahl erhöht sich beträchtlich, wenn man die Fachhochschulen, Kirchlichen Hochschulen, Staatlichen Akademien etc. hinzunimmt. Einigermaßen beziffern läßt sich die Zahl derjenigen, die 1933 emigrieren: sie liegt in unserer vorläufigen Übersicht (Tab.3) bei knapp 50, davon 28 Hochschullehrern.

Die Zahlen bis Kriegsbeginn: Der Beamtenapparat gilt zu diesem Zeitpunkt als »gesäubert«, während die Judenverfolgung mit den Novemberpogromen 1938 in ihr massenmörderisches Stadium übergetreten ist. Die vorliegenden Zählungen bieten ein eher verwirrendes Bild. 1937 erfaßt die Aufstellung der akademischen Hilfsorganisation in London (*List of Displaced German Scholars*) 1684 Entlassene, nicht nur im Universitätsbereich.<sup>8</sup> Die Zahlen sind übernommen bei Hartshorne (1937, 93), Pross (1955, 12), Bracher u.a. (1962, 321), Maier (1966, 82) und Lundgreen (1985, 12). Dagegen beziffert von Ferber allein den »Emigrationsverlust« zwischen 1931 und 1938 auf 3120 Personen oder 39 % des Lehrkörpers; davon 648 bzw. 28 % der Ordinarien (von Ferber 1956, 145f). Die auf dem *Emigrations-Handbuch* von Strauss/Röder (1983) basierende Liste von Kröner (1983) enthält 1522 Namen emigrierter Wissenschaftler (einschließlich des außeruniversitären Bereichs) für den Zeitraum 1933-39. 60 Universitätsphilosophen sind nach Tab.4 bis einschließlich 1941 aus dem Staatsdienst entlassen, in den Ruhestand versetzt oder vorzeitig entpflichtet worden. Das ist mehr als ein Drittel des Personalbestands von 1933 (173). Von den 62 aktiven Ordinarien des Jahres 1933 werden 27 (ca. 40 %) aus dem Amt gedrängt. Wegen ihrer jüdischen Abstammung oder einer Mischehe werden insgesamt 35 Hochschullehrer entlassen oder zwangsemeritiert. Aus »politischen« Gründen werden 16 entlassen oder zwangsemeritiert; dazu kommen zwei Rücktritte. In einigen Fällen haben wir die Gründe nicht ermitteln können. — Auch hier bezieht sich das präzise Bild nur auf die 23 deutschen Universitäten, wieder mit den oben gemachten Einschränkungen. Wieviele Philosophen insgesamt, also mit Einschluß der sonstigen Bildungsinstitutionen, ihre Stellung verlieren, können wir nicht beziffern. Die Londoner *List of Displaced Scholars* benennt 1937 55 Philosophen, 12 Pädagogen und 26 Psychologen; eine Zahl, die man getrost verdoppeln kann.

Die Emigrationsforschung liefert neuere Zahlen, bei denen die im Land Gebliebenen aber nicht berücksichtigt sind. Nach dem *Biographischen Handbuch* von Röder/Strauss (1983) emigrierten 1933-1945 aus Deutschland 28 Hochschullehrer der Philosophie (= 18 % des Bestands von 1931) und 37 (vor 1910 geborene) Nicht-Fachvertreter, aus Österreich und der Tschechoslowakei 9 Universitätsphilosophen und 5 Nicht-Fachvertreter. Die Anzahl der hier erfaßten Emigranten beträgt also 79. So die Auswertung von Kamlah (1983, 33f). Kröner (1983) verzeichnet auf gleicher Basis 76 Namen emigrierter Philosophen. Lotter (1990, 10) kommt »auf eine Zahl von 85 bis 90 Emigranten der Philosophie. Zählt man auch all diejenigen dazu, die noch vor ihrer Promotion mit ihren Eltern emigriert sind und erst im Gastland studiert oder das

Studium beendet und ihre wissenschaftliche Karriere begonnen haben, so kommt man auf eine Gesamtzahl von 115 bis 120. Die Daten bei Röder/Strauss verführen freilich zur Scheingenaugigkeit. Zum einen ist das Standardwerk zwar imposant, aber nicht lückenlos.<sup>9</sup> Zum anderen werden Philosophen, die gleichzeitig andere Fachdisziplinen vertreten, meist unter »Soziologie«, »Psychologie« geführt, während umgekehrt der Philosophie eine Reihe von Judaisten zugeschlagen sind, die keine Beziehung zum institutionalisierten Philosophiebetrieb haben. Unsere etwas modifizierte Liste (Tab.3) erfaßt 93 Namen, wir streben aber wegen der diffusen Zuordnungskriterien keine Vollständigkeit an. Weitaus die meisten, etwa 75, emigrieren wegen der Rassengesetze.

### 3.11 Entfernung der politischen Gegner und »Unzuverlässigen«

*Die erste Säuberungswelle 1933.* — Die Entlassungen der Dozenten, die das Regime als Gegner identifiziert, kündigen sich durch scharfe Pressekampagnen an. Der örtliche Studentenverband organisiert Tumulte in den Lehrveranstaltungen und Vorlesungsboykotte. Unter den 1933 nach §4 Amtsenthoben sind sieben Philosophieprofessoren, davon vier Lehrstuhlinhaber.

Die Chronik der Ereignisse beginnt noch vor Inkrafttreten des Gesetzes in Frankfurt. Am 13. März, eine Woche nach der Reichstagswahl, wird das Institut für Sozialforschung — den Nazis als »Café Marx« und Hort jüdischer Dekadenz verhaßt — wegen »staatsfeindlicher Tendenzen« geschlossen, die 60000 Bände zählende Bibliothek beschlagnahmt. Das der Universität angeschlossene Institut widmete einen seiner sechs Forschungsschwerpunkte den »philosophischen Grundlagen des Marxismus« und verschaffte diesem eine Repräsentanz in der akademischen Welt — ermöglicht durch die Rechtsform der privaten Stiftung. Das Institut geht mitsamt seinen nicht-jüdischen Mitgliedern in die Emigration, die sein Direktor Max Horkheimer seit 1931 mit der Einrichtung von Zweigstellen und Konten im Ausland vorbereitet hatte (Schivelbusch 1982, 94-110; Schweicher 1983).

Am 1. April nimmt ein SA Trupp den Kurator der Frankfurter Universität vorübergehend in »Schutzhaft«. Kurt Riezler, Honorarprofessor für klassische Philosophie, von Platons *Staat* und Nietzsches Ideologiekritik geprägt, wurde wegen pazifistischer Gesinnung und Kommunistenfreundlichkeit angegriffen wogegen er vergeblich mit einer Eingabe ans Kultusministerium seine politische Vergangenheit geltend machte. Bis 1919 im Dienst des Auswärtigen Amtes, war Riezler im Krieg Sekretär und Berater des Reichskanzlers Bethmann Hollweg gewesen, hatte die Weichen für die Rußlandpolitik des Deutschen Reiches mitgestellt und war 1918 nach der Ermordung des deutschen Gesandten von Mirbach kurzzeitig deutscher Geschäftsträger in Moskau. Die *Frankfurter Zeitung* stempelt ihn deswegen in zwei Hetzartikeln gegen die »jüdisch marxistisch« verseuchte Frankfurter Universität (18./25.3.33) zum »Kommunisten«.

### Die »Säuberung«

Daß Riezler sich im Auftrag des AA um die Niederschlagung der Münchner Räte-republik verdient gemacht und aus Protest gegen den Versailler Vertrag seinen Abschied genommen hatte, nützt ihm nichts. Er hatte die Nazis wegen seiner Personalpolitik gegen sich aufgebracht. In seiner Amtszeit als Kurator wurden Tillich, Wertheimer, Mannheim und Horkheimer berufen. 1932 empfahl er Horkheimer einen seiner Bekannten: den Heidegger-Assistenten Herbert Marcuse, der wegen politischer Differenzen mit seinem Lehrer Freiburg verlassen hatte. Riezler bemühte sich aber auch um Heidegger selbst (Erdmann 1972, 143f., 148f). Den besonderen Zorn von Ernst Krieck — der am 1. Mai als NS-Satrap in der Frankfurter Universität einzieht (3.31) — zog er sich zu, als er in Zusammenarbeit mit Tillich eine Reihe von religiösen Sozialisten und »entschiedenen Schulreformern« einstellte (Müller 1978, 109). Auf Verlangen der Partei wird er als Kurator abgesetzt und verliert nach §4 BBG seine Professur.

Die ersten »Beurlaubungen« nach dem Beamtengesetz ergehen am 13. April gegen sechzehn Professoren, die als prominente Regimegegner eingestuft werden (vgl. Köhler 1966, 697; Sauder 1983, 52). Unter den vier Philosophen drei aus Frankfurt: *Max Horkheimer* und *Karl Mannheim*<sup>10</sup> werden nach §3, also formal wegen jüdischer Abstammung entlassen, *Paul Tillich* und *Siegfried Marck* (Breslau; vgl. Dahms 1985, 315) nach §4. Tillich war, obwohl von Haus aus Theologe, 1929 auf Schelers Lehrstuhl für Philosophie und Soziologie berufen worden. 1932 hatte er als Dekan randalierende NS-Studenten von der Universität verwiesen. Anfang 1933 erscheint sein Buch *Die sozialistische Entscheidung* und wird umgehend eingestampft.<sup>11</sup>

Zum 11. Juli wird in Gießen *Ernst von Aster* entlassen, der wie Marck SPD-Mitglied war. Beiden wird u.a. ihr Eintreten für die von NS-Studenten terrorisierten (dann ermordeten) Professoren Gumbel und Lessing angelastet (Reimann 1982, 147f; Köhler, ebd.). Ebenso *August Messer* (1. August in Gießen beurlaubt; Reimann 1982, 1947f) und *Hans Driesch* (Sept.33 in Leipzig zwangsemeritiert; Driesch 1951, 271ff), die als liberale Pazifisten »untragbar« werden. Messer hatte in seiner Zeitschrift *Philosophie und Leben* als einer der wenigen Philosophieprofessoren gegen den Krieg und für die Republik Stellung bezogen (4.22). Driesch, als Lehrer von Plessner und Gehlen ein Impulsgeber der »Neuen Anthropologie«, bekommt u.a. die »einleitenden Worte« vorgehalten, die er 1925 dem Leipziger Gastvortrag eines französischen Pazifisten vorangeschickt hatte (Driesch, 271-274).<sup>12</sup> Der Lehrstuhl geht an seinen Schüler Gehlen (3.31).<sup>13</sup>

§5 BBG wird am 19.10.33 auf den Platon-Forscher *Julius Stenzel* angewendet, der nach Halle zwangsversetzt wird (Asmus 1990, 64-67). Er gehörte zu den 28 Kieler Professoren, die Ende April auf Druck der Studentenschaft »beurlaubt« wurden. Stenzel dürfte den Plänen im Weg

gestanden haben, die »Grenzlanduniversität« Kiel, wie Breslau und Königsberg, zu einem ideologischen Bollwerk des Nazismus zu machen (Gadamer 1990, 543). — Offenbar ein Grenzfall zwischen »politischer« Entlassung und demonstrativem Rücktritt liegt bei *Bernhard Groethuysen* vor, der 1933 als »erklärter Linker« (nach dem Zeugnis seines jüdischen Kollegen Baumgardt: 1965, 256) die Professur niederlegt. Der »fanatische Marxist« (Paulhan 1970, 53), der in seinen Schriften orthodoxer Dilthey-Schüler blieb, Verfasser der *Entstehung der bürgerlichen Welt- und Lebensanschauung in Frankreich* (1927/31) und des Anthropologie-Artikels in Baeumlers *Handbuch der Philosophie* (1931), übersiedelt endgültig nach Paris, nachdem er in Berlin ohnehin nur während der Sommersemester gelehrt hatte. Zwar behält er dort seine Wirkung als Mitarbeiter von Zeitschriften und Berater von Verlagen, vertauscht aber die akademische Existenz mit der ärmlichen eines »Poeten vom Dachboden« (Schmitt 1971, 196), der sich mit Gelegenheitsarbeiten durchschlägt (vgl. Sieß 1981). Die Umstände von Groethuysens Rücktritt scheinen aber bisher ungeklärt.

*Nach 1933.* — Die Entfernung manifester Regimegegner wird bis zum Sommer 1933 durchgezogen. Danach flackern »politisch« begründete Entlassungen nur noch vereinzelt auf, wobei es trotz der amtlichen Etiketten keine linken Regimegegner mehr trifft. Relativ spät werden zwei Extraordinarien als frühere SPD-Mitglieder zu »verkappten Marxisten« und »heimtückischen Pazifisten« befördert: 1935 *Albert Görland* (Hamburg), ein Schüler Cohens, der aus der sozialdemokratischen Linie im Neukantianismus kommt (Meran 1990); 1938 *Aloys Wenzl* (München), dem u.a. eine 1923 verfaßte Schrift über Einstein das Verdikt einträgt, er habe sich mit »verjudeter Physik« befaßt (Henckmann 1987, 23). Der Berliner Privatdozent *Helmut Kuhn* wird 1935 bei einer Vortragsreise in Holland wegen einer »unvorsichtigen Äußerung« denunziert und nutzt seine US-Kontakte zur Übersiedlung nach North Carolina (Selbstdarstellung, in Pongratz 1975, 264f).

Spektakulärster Fall ist im Herbst 1934 die Verhaftung des Jenaer Ordinarius *Hans Leisegang*, der zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt wird. Die Anklageschrift konstatiert: »Vergehen gegen § 3 der VO. des Reichspräsidenten zur Abwehr heimtückischer Angriffe gegen die Regierung der nationalen Erhebung vom 21.3.33. — Er hat am 7. August 1934 an der Trauerkundgebung des Stahlhelm für den verstorbenen Herrn Reichspräsidenten auf dem Markt in Jena teilgenommen und während der Rede des Führers und Reichskanzlers darüber gesagt: 'Der soll doch aufhören zu reden, er hält ja doch nur eine Wahlrede.' Weiter sagte er dem Sinne nach: 'Wie kann nur ein Gefreiter eine Rede für einen Generalfeldmarschall halten, das ist eine Herabwürdigung.'« (Zit.n.Lieber o.J., 6)



*Die »Säuberung«*

Die Denunziation durch einen Oberkellner sollte wohl den Vorwand für die Entlassung nach §4 BBG liefern, da Leisegang mehrfach mit den Thüringer Nazis aneinandergeraten war. 1930 hatte die Philosophische Fakultät in Jena seine Berufung auf den Lehrstuhl des nach Tübingen berufenen Max Wundt gegen den NS-Innenminister Frick durchsetzen können; Frick hatte den Posten eigentlich für den Rasseforscher Günther ausersehen. 1931 bekam er einen vom Reichspräsidenten gestifteten Preis für eine Arbeit über den »Judenfreund« Gotthold Ephraim Lessing. Dann suchte er den Einfluß von Frau Förster-Nietzsche und ihrem nazistischen Freundeskreis auf die kritische Nietzsche-Ausgabe einzudämmen; als dies nicht gelingt, verhindert er die geplante Angliederung des Weimarer Nietzsche-Archivs an die Jenaer Universität. 1933 widersetzt er sich der Forderung nach Selbstaflösung des akademischen Senats. — Leisegang kann nach längerem Rechtsstreit die Abmilderung des Urteils erreichen, wird aber mit Wirkung vom 1. Juni 1937 dienstenthoben. Er nimmt ein naturwissenschaftliches Studium auf, arbeitet als technischer Physiker in der Industrie, wird 1945 wieder Ordinarius in Jena, dort 1948 erneut fristlos entlassen und nimmt den Ruf nach West-Berlin an die neu gegründete Freie Universität an (Lieber o.J., 5-10).

Nicht jeder, der 1933 Deutschland verläßt, ist »Emigrant«. Unter diesem Titel wird auch der Leipziger Privatdozent *Hugo Fischer* geführt (Kröner 1983, Lotter 1990, 21), der mit Gunther Ipsen bis 1934 die *Blätter für deutsche Philosophie* herausgegeben hatte. Der Freyer-Mitarbeiter gehörte als »linker Präfaschist« (Lukács 1953, I 19) zum *Tat*-Kreis. Der mit ihm befreundete Ernst Jünger soll ihn für »den bedeutendsten lebenden philosophischen Kopf« gehalten haben (Niekisch 1974, 192). Er hatte mehrmals im *Widerstand*, dem Organ der »nationalbolschewistischen« Gruppe um Niekisch, publiziert. Nach dessen Memoiren fühlte er sich »in Deutschland nicht mehr recht behaglich«, hatte für sich »wenig zu hoffen, weil er keine Spur eines pädagogischen Talents besaß«, und begann nach einer Nordlandreise, die er 1934 mit Jünger unternahm, Wurzeln in der Nähe von Drontheim zu schlagen (Niekisch 1974, 193f). Tatsächlich erhielt Fischer aus Gesundheitsgründen eine bezahlte Freistellung und arbeitete am soziologischen Institut in Oslo (Leaman 1991).

*Vorzeitige Entpflichtungen nach 1935.* — Nach der Ausschaltung der politischen Gegner nehmen die nicht rassistisch artikulierbaren Säuberungen neue Formen an. Im Wahrnehmungsraster der staatlichen Kontrollinstanzen konstituiert sich die Gruppe der »politisch Unzuverlässigen«, in der sich tendenziell jeder wiederfinden kann. Zum Instrument ihrer Ausschaltung wird das *Reichsgesetz über die Entpflichtung und Versetzung von Hochschullehrern* vom 21.1.1935. Es setzt das Emeritierungsalter, das während der Wirtschaftskrise zur Entlastung des Fiskus auf 68 oder 70 Jahre heraufgesetzt wurde, auf das 65. Lebensjahr

herab und sieht die Möglichkeit vor, daß Professoren »aus Anlaß des Neuaufbaus des deutschen Hochschulwesens« vorzeitig emeritiert oder zwangsweise versetzt werden. Nicht selten wird es gehandhabt, um mißliebige Hochschullehrer einzuschüchtern. Herman Nohl spricht in einem Brief düster von der »Versetzungswolke, die über jedem hängt« (zit.n. Ratzke 1987, 207).

Das Emeritierungsgesetz hat seinen Stellenwert in den Langzeitstrategien der NS-Hochschulpolitik. Walter Gross, der Leiter des Rassenpolitischen Amtes der NSDAP, faßt sie 1936 in einer Denkschrift zusammen, die zu dem Schluß kommt, daß der »überkommene Menschenbestand fachlich ausreichender und rassisch und politisch nicht belasteter Wissenschaftler ... so gut wie gar keine ... nationalsozialistisch brauchbaren Elemente« enthält. Die »politische Ausrichtung« der bestehenden Hochschule sei sinnlos; erst mit dem Nachrücken eines »weltanschaulich einwandfreien« wissenschaftlichen Nachwuchses, in etwa einem Jahrzehnt, könne die »politische Hochschule« verwirklicht werden. Für die Zwischenzeit empfiehlt Gross eine »Entpolitisierung« der Universität, d.h. den Verzicht auf die »peinlichen Bemühungen« der derzeitigen Ordinarien, »Nationalsozialismus zu spielen« (zit.n. Kleinberger 1980, 11). Zwar repräsentiert auch dieses Programm nur eine (extreme) Linie im polykratischen Wirrwar des realen Faschismus; auch sind sich die Historiker einig, daß Programmatik und Wirklichkeit der NS-Hochschulpolitik heillos auseinanderklaffen. Dennoch ist die Auswechslung des als nicht mehr »erziehbar« betrachteten »Menschenbestandes« durch einen homo novus academicus eine Imagination, die im neuen Emeritierungsgesetz ihre realen Wirkungen hervorbringt.

»Entpflichtung« bedeutet ab 1935 de facto Entrechtung der in den Ruhestand Versetzten. Sie verlieren ihr bisheriges Recht, weiterzulehren und zu prüfen. Ausnahmen werden nach einem REM-Runderlaß von 1935 nur erteilt, wenn der Betreffende »die Gewähr dafür bietet, daß ... seine politische Haltung die nationalsozialistische Erziehungssarbeit an der akademischen Jugend nicht gefährdet« (zit.n. Kleinberger, 12). Tatsächlich wird nach 1933 ein immer größerer Teil der philosophischen Eminenzen mit dem Vermerk »entpflichtet« geführt, was nach Lage der Dinge einem diskreten Berufsverbot gleichkommt. 1936 sind von 65 ordentlichen Universitätsprofessoren der Philosophie 22 entpflichtet (*Minerva-Jahrbuch*); über ein Drittel verfügt also über keine Lehrbefugnis mehr. Nach der Statistik von Ferber (1956, 207) ist zwischen 1931 und 1938 die Anzahl der Ordinarien von 60 auf 37 zurückgegangen, die der Emeriti von 17 auf 26 angestiegen. Die Schere zwischen den Inaktivierungen und der gering bleibenden Quote von

*Die »Säuberung«*

Neuberufungen (3.31) geht immer mehr auseinander. Meist werden einfach die regulären Altersgrenzen erreicht. Nicht untypisch war wohl der Fall des Münchner Neuscholastikers *Joseph Geysler*: er wird zum 31.3.1935 mit 65 Jahren emeritiert, der Lehrstuhl bleibt längere Zeit vakant, »seinem Antrag, auch weiterhin lehren zu dürfen, wurde nicht stattgegeben, da er, wie es im Gutachten des Leiters der Dozentenschaft hieß, es nicht verstanden habe, sich positiv zum Staat zu stellen« (Henckmann 1987, 9f).

Die vier Prominenten, die 1937 ihren Lehrstuhl räumen müssen — Jaspers, Krueger, Litt und Nohl — werden mit Ausnahme von Jaspers vorzeitig entpflichtet. Während Krueger, Nohl und Jaspers als Nichtarier aus dem Amt gedrängt werden (3.12), erfolgt Litts Emeritierung auf eigenen Antrag (2.31).

*Ausblick.* — Bei Kriegsbeginn erzwingen die Umstände — Rekrutierung jüngerer Dozenten zum Militärdienst und Mangel an geeigneten Kandidaten für die Wiederbesetzung freier Lehrstühle — »einen 180gradigen Kurswechsel« (Kleinberger 1989, 13): Eine Verordnung vom 1.9.1939 legt fest, daß Beamte auf Lebenszeit vorerst nicht in den Ruhestand treten dürfen und daß sich Emeritierte unter 70 Jahren zur Wiederverwendung zu melden haben.

Die Berufsausübung der Philosophen unterliegt jedoch unverändert dem kontrollierenden Blick auf »politische Zuverlässigkeit«. Die *Reichshabilitationsordnung* von 1939 führt den »außerplanmäßigen Professor neuer Ordnung« ein. Die als Professor titulierten Privatdozenten werden übernommen oder müssen bei negativer Beurteilung die Universität verlassen. Das Werk des Betreffenden wird am Maßstab der »weltanschaulichen« Bedeutung gemessen, die der Philosophie für den NS-Staat zukommen soll. Wie Claudia Schorcht (1990, 111ff) am Beispiel von *Rudolf Zocher* in Erlangen dokumentiert hat, artikulieren sich in dieser Form subtile Auslegungskämpfe, bei denen die Hochschule auch eigene Interessen gegen Ministerium oder Dozentenführung durchsetzen kann.

Der Hamburger Religionsphilosoph *Kurt Leese*, Unterzeichner des »Bekennnisses« vom November 1933, verliert sein Extraordinariat im Frühjahr 1940, weil er in der Frage der »Rasse« im Christentum mit der Rosenberg-Linie auf Konfliktkurs ging; auch seine Verbindungen zu Tillich in den zwanziger Jahren dürften eine Rolle gespielt haben (Meran 1990). In Köln wird der katholische Philosoph *Johannes Hessen* nicht übernommen. Bereits im Mai 1933 hatte ein alter Generalmajor ihn beim Staatskommissar der Kölner Universität als »Vertreter des

übelsten Pazifismus« denunziert (zit.n. Golczewski 1988, 413). Die Freude, »daß endlich die Zeit gekommen ist, solchen Schädlingen unseres Volkes das Handwerk zu legen« (ebd.), war damals verfrüht. 1939 findet jedoch der Dozentenführers Hessens »konfessionelle Bindung besonders schwerwiegend«, weil »ihn seine Fragestellung stets auf engste weltanschauliche Probleme führt« (zit.n.ebd.). Den Ausschlag gibt die Entdeckung des alten Denunziationsschreibens und wohl auch die Tatsache, daß der katholische Geistliche nicht die Protektion der Kirche hatte. Zwei seiner Schriften kamen in der Weimarer Zeit auf den Index, weil sie »geeignet sind, den Glauben der Leser zu gefährden« (*Kölner Tagblatt*, 22.7.1928; zit.n.ebd.). — Nach Zerschlagung des Faschismus hat Hessen diese Heilige Allianz unverändert gegen sich. Wie der Kölner Rektor im Februar 1946 den Oberbürgermeister wissen läßt, »steht die kirchliche Behörde ihm so ablehnend gegenüber, daß sie die Berufung auf einen Lehrstuhl der Kölner Universität geradezu als einen Affront auffassen müßte« (zit.n.ebd., 415). Umgekehrt fühlte sich »die von einer Clique ehemaliger Nazis beherrschte Philosophische Fakultät« aufs schwerste beleidigt, weil Hessen sie in einem Rundschreiben so bezeichnet hatte (zit.n.ebd., 417; vgl. 1.1).

### 3.22 Entlassungen aufgrund der Rassengesetzgebung

*Bis 1935.* — Mehr als 30 Philosophen werden 1933 nach §3 BBG entlassen; die meisten emigrieren im gleichen Jahr. Darunter die Kantianer *Richard Höningwald* (München), *Ernst Cassirer* (Hamburg; Kamlah 1983, 34-37 u. Meran o.J., 2ff), *Jonas Cohn* (Freiburg) und *Arthur Liebert* (Berlin, Herausgeber der *Kant-Studien*); die Husserl-Schüler *Moritz Geiger* (Göttingen; Dahms 1987, 177f) und *Dietrich von Hildebrandt* (München; Henckmann 1987, 23); der Berliner »Filialleiter« des Wiener Kreises *Hans Reichenbach*; *Helmuth Plessner* (Köln), der als Mitbegründer der »Neuen Anthropologie« gilt; *Max Horkheimer*, *Martin Buber* und der Tillich-Assistent *Wiesengrund-Adorno* in Frankfurt; die Psychologen *Max Wertheimer* (Frankfurt), *Kurt Lewin* (Berlin) und *William Stern* (Hamburg).

Eine Ausnahmebestimmung für Altbeamte und Frontkämpfer (§3 Abs.2 BBG) schützte einige jüdische Hochschullehrer vorerst vor Entlassung, nicht jedoch vor Be- oder Verhinderung ihrer Lehrtätigkeit. In den Planungen der Wissenschaftsbürokratie dient die anfangs zur Schließung vorgesehene Frankfurter Universität als Sammelbecken für »Nichtarier« (Stuchlik 1984, 98ff), die nach §5 BBG dorthin zwangsversetzt werden. Darunter zum 1.5.34 aus Kiel *Richard Kroner*

*Die »Säuberung«*

(Asmus 1990, 85), der Herausgeber des renommierten *Logos* (4.2.1). »Als Präsident des Hegelweltbundes wurde er noch im Frühjahr vorigen Jahres, u.a. von den Vertretern der italienischen Regierung als prominenter Repräsentant des deutschen Hegelianismus lebhaft gefeiert«, erinnert der in Prag erscheinende *Neue Vorwärts* (»Idealismus verboten«, 11.2.34; zit.n. Asmus, 85). Wie andere in der gleichen Lage bekleidet Kroner die Frankfurter Professur nur formell. Der faschistische Staatsphilosoph Gentile beschafft eine römische Gastprofessur, die jedoch an die Voraussetzung einer Verbeamtung in Deutschland geknüpft ist. Kroner läßt sich, auch dies ein typischer Vorgang, »auf eigenen Antrag« emeritieren, um der Entlassung ohne Bezüge zu entgehen. Ein Erlaß vom 6.März 1935, »ein seltenes Dokument nationalsozialistischer Hochschulpolitik« (Asmus, 99), versetzt ihn zum 1.Februar 1935 zurück nach Kiel, entpflichtet ihn »mit Ende März 1935«, erteilt einen »Forschungsauftrag über die Philosophie Hegels« und weist ihm als dienstlichen Wohnsitz Berlin an.

Das *Reichsbürgergesetz* (15.9.1935) hebt den »Frontkämpferparagraphen« mit einer Durchführungsverordnung vom 14.11.1935 auf und verfügt, daß alle »jüdischen« Beamten zum Jahresende in den Ruhestand zu versetzen sind. Das RBG legt erstmals rechtsverbindlich fest, wer als »(Voll-)Jude« zu gelten hat (in der naturgemäß tautologischen Definition durch drei »volljüdische Großeltern«). Betroffen von dieser zweiten, im Verwaltungsjargon »Entjudung« genannten Entlassungswelle sind u.a. der Marburger Privatdozent *Karl Löwith* (der bereits Anfang 1934 mit einem Stipendium der Rockefeller-Foundation nach Rom gegangen war; Löwith 1986, 9-13, 77ff., 104f), die Professoren *David Baumgardt* (Berlin; vgl. Baumgardt 1965) und *August Gallinger* (München; vgl. Henckmann 1987, 20), die Ordinarien *Ernst Hoffmann* (Heidelberg; Weckbecker 1985, 286) und *Georg Misch* (Göttingen; Dahms 1987, 177f). Auch der emeritierte *Edmund Husserl* verliert zum 31.12.1935 die Lehrbefugnis; der Name verschwindet aus dem Vorlesungsverzeichnis und auf diese Weise aus dem Gedächtnis der Institution. »Die altehrwürdige Alberto-Ludoviciana war dann im April 1938 auch der Verpflichtung enthoben, des Todes von Edmund Husserl zu gedenken.« (Ott 1988, 173)

*1937: Entfernung der übrigen »Nichtarier«.* — Unter diese Kategorie fällt nach dem herrschenden Sprachgebrauch, wer als »jüdischer Mischling« oder »jüdisch versippt« (Mischehe) nicht vom BBG oder RBG betroffen ist. Bereits am 31.10.1934 hatte das REM die »Nichtarier« von der Teilnahme an Prüfungskommissionen ausgeschlossen.

Das *Deutsche Beamten-gesetz* (21.1.37) schließt die Faschisierung des Beamtenrechts mit der Verfügung ab, daß auch der Ehegatte »deutschen oder artverwandten« Blutes zu sein hat. Ausnahmen konnten vom Innenminister oder dem »Stellvertreter des Führers« genehmigt werden, so daß gelegentlich ein Tauziehen um den Betreffenden einsetzte. In der Universitätsphilosophie werden 1937 drei Ordinarien als »jüdisch ver-sippt« amtsenthoben: Fischer in München, Nohl in Göttingen und Jaspers in Heidelberg. Dazu kommt im gleichen Jahr die Affäre Krueger in Leipzig.

*Aloys Fischer* stirbt kurz darauf an den Folgen einer Operation, seine Frau kommt 1944 im KZ Theresienstadt um (Henckmann 1987, 18; PaluBek 1989a). Die Hinter-Gründe der Entlassung von *Herman Nohl* sind undurchsichtig (Ratzke 1987, 209f). Den NS-Staat hatte er ebenso begrüßt wie sein Göttinger Kollege Misch (Dahms 1987, 177); gleich anderen Vertretern der Dilthey-Pädagogik erschien er ihm als Verwirklichung einer erträumten »nationalen Volkserziehung und Staats-erziehung« (Ratzke, 206). Nohl stand wegen seiner jüdischen Frau unter Druck, sein Lehrstuhl wurde aber, wie es scheint, aus politischen Gründen »kassiert« und in einen Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre umgewandelt, den ein Nazi erhielt. Im Jahr zuvor hatte Baeumler seine Bildungstheorie als »formal« und »subjektivistisch« verdammt. Nohl wird nach dem neuen Emeritierungsgesetz (3.2.1) entpflichtet, sein pädagogisches Institut geschlossen. Auch bei *Karl Jaspers* scheint es nicht abwegig, die »jüdische Frau« einmal unter dem Gesichtspunkt ihrer symbolischen Funktion in den innerfaschistischen Machtkämpfen zu betrachten. Es war kein anderer als Krieck, der als Rektor (April 1937 bis Oktober 1938) Jaspers zu halten suchte (Weckbecker, 281).<sup>14</sup> Da er in ähnlichen Fällen ein Verbleiben an der Universität durchsetzen konnte (ebd., 281f), könnte auch die Entlassung von Jaspers letztlich »politisch« gewesen sein. Sie erfolgt zum 30.9.1937 nach §6 BBG (= »zur Vereinfachung der Verwaltung«).

Schließlich der Fall (im Doppelsinne) des Leipziger Ordinarius *Felix Krueger*: Der 1927-34 amtierende Vorsitzende der Deutschen Philosophischen Gesellschaft (4.11), Haupt der als »Leipziger Schule« bekannten »Ganzheitspsychologie«, genoß während der Weimarer Republik »verdiente Reputation als rechtsgerichteter Aktivist der Fakultät. Er hatte die »vaterländische« Fichte-Gesellschaft<sup>15</sup> mit ins Leben gerufen, war Mitglied im nazistisch dominierten Kampfbund für deutsche Kultur<sup>16</sup> sowie im Komitee gegen den Young-Plan und ständiger Redner bei universitären Kundgebungen gegen den Versailler Vertrag.« (Muller 1987, 283) Noch im letzten Kriegsjahr hatte der 1917 eingesetzte Inhaber

*Die »Säuberung«*

des berühmten Psychologie-Lehrstuhls von Wilhelm Wundt dem Preußischen Kriegsministerium Pläne zur »geistigen Versteifung der Front« geliefert (ebd., 74) — eine nationale Potenzsteigerung, der auch die Gründung der DPhG (1917) dienen sollte. Er ist der akademische Ziehvater einer »Leipziger Schule« von NS-Ideologen, die 1933 in Partei- und Hochschulämter drängen: Gehlen, Freyer, Ipsen und Fischer sind die markantesten Namen. Auch Krueger trägt es zunächst weiter nach oben: Im April 1933 übernimmt er den Vorsitz der Deutschen Gesellschaft für Psychologie (vgl. Geuter 1984, 102f). Im Oktober 1933 hält er als Doppelpräsident die Eröffnungsansprachen auf den Kongressen der DPhG (Magdeburg, 2.-5.10.) und der DGP (Leipzig, 15.-19.10.). Im März 1935 übernimmt Krueger das Leipziger Rektorat und erinnert in seiner Ansprache an die »rassischen und völkischen Wurzeln«, die dem »Kampf für die Wahrheit« stets zugrundeliegen sollen (zit.n. Muller, 283). Kruegers Schwierigkeiten mit dem eigenen Ariernachweis lassen bereits seit 1933 eine Akte im Innenministerium anschwellen. In einer Vorlesung über Spinoza nach Antritt des Rektorats soll er diesen als »edlen jüdischen Charakter«<sup>17</sup> bezeichnet haben. Im Januar 1936 empfiehlt ihm das REM die Niederlegung des Amtes »aus gesundheitlichen Gründen«; im Februar attackiert ihn die *Leipziger Tageszeitung* (9.2.36) unter der Überschrift »Abstrakte Geistigkeit«; im gleichen Monat streicht das sächsische Volksbildungsministerium seine Lehrveranstaltungen; im September legt er den Vorsitz der DGP nieder; im September des folgenden Jahres hat die Reichsstelle für Sippenforschung seinen Großvater als »vollblütigen Juden« identifiziert. Im gleichen Monat erleidet der als »Mischling« eingestufte Krueger eine Herzattacke und beantragt die vorzeitige Emeritierung, die Ende 1937 erfolgt (Muller, 283f).

*Nach der »Reichskristallnacht«.* — Für die nach 1933 Entlassenen, die sich noch in Deutschland aufhalten, wird die Lage nach den Novemberpogromen (10./11.11.1938) prekär. Jüdische Wissenschaftler haben keinen Zutritt mehr zu staatlichen Bibliotheken und dürfen nicht mehr publizieren. Es wird schwieriger, eine Ausreisegenehmigung zu erhalten (ab 23.10.1941 besteht Auswanderungsverbot). Der Berliner »Forschungsprofessor« *Richard Kroner*, von den Universitätskollegen geschnitten,<sup>18</sup> fliegt nach dem Pogrom nach England, damals für ihn »ein Sprung ins Nichts« (zit.n. Asmus, 105). *Georg Misch*, der ehemalige Göttinger Ordinarius, Schwiegersohn Diltheys und Herausgeber seiner Werkausgabe, emigriert nach langem Zögern 1939 ebenfalls nach England (Dahms 1987, 177f). *Richard Höningwald* wird in der »Reichs-

kristallnacht« verhaftet. Nach fünf Wochen wird er aus dem KZ Dachau entlassen. Kurz vor Kriegsbeginn, im Juli 1939, gelingt es ihm noch, aus Deutschland herauszukommen.

Drei der vier Philosophen, die im KZ umkommen, sind Emigranten, die im Krieg den deutschen Mordorganisationen in die Hände fallen. Die Husserl-Schülerin *Edith Stein* wird am 9. August 1942 in Auschwitz vergast. Obwohl 1916-18 Husserls Assistentin und in der Folgezeit eine Hauptvertreterin der »phänomenologischen Bewegung«, gelang ihr nicht der Einbruch in die Männerwelt Philosophie (in der sich Frauen erst seit 1920 habilitieren durften). Ihre Dozentur an einem Münsteraner Pädagogik-Institut verlor sie nach kurzer Zeit wegen des Arierparagraphen. Sie verschwand hinter den Mauern des Katholizismus und widmete sich im Kloster Karmel, ab 1938 im holländischen Kloster Echt der Synthese von Phänomenologie und Thomismus. Mit allen katholisch getauften Juden Hollands wird sie 1942 von der SS verhaftet. *Kurt Grelling*, der zur Gruppe der Berliner Wissenschaftstheoretiker um Reichenbach gehörte (4.13), wird im Monat darauf, am 16. September 1942, aus Paris nach Auschwitz deportiert (Schroeder 1980). *Paul Ludwig Landsberg*, ein Schüler von Jaspers und Scheler, Privatdozent bis 1933, stirbt 1944 im KZ Oranienburg; sein Bonner Kollege, der Spinoza-Forscher *Joh. Maria Verweyen*, Ende März 1945 in Bergen-Belsen (Hessen 1946). Landsberg war nach Frankreich emigriert und wurde dort Mitarbeiter der Zeitschrift *Esprit* (Waldenfels 1983, 35f). 1933 hatte die jetzt in Paris erscheinende *Zeitschrift für Sozialforschung* (Jg. II, 388-406) seinen heute noch lesenswerten Literaturbericht »Rassenideologie und Rassenwissenschaft« veröffentlicht, der das »unbewußt gesellschaftliche Element« der letzteren offenlegt. »Das Ideologische dieser Forschung liegt ... in ihrem einseitigen Interesse für diejenigen Seiten des Menschen, die zum Erfolg im kapitalistischen Wirtschaftsleben führen.« (Ebd., 404)

### 3.23 Nicht-Fachvertreter

Dieser Überblick konzentriert sich auf die beamtete Philosophie, aber für diese ist ja auch bezeichnend, wer nicht dazugehört. Unter denen, die 1933 als Oppositionelle und/oder »Juden« fliehen müssen oder keine Arbeitsmöglichkeit mehr auf dem literarischen Markt haben, sind die vier wichtigsten marxistischen Philosophen, Bloch, Benjamin, Lukács und Brecht (sic). *Bertolt Brecht*, bei der Polizei als »überzeugter Kommunist« registriert, verläßt am Morgen nach dem Reichtagsbrand Berlin in Richtung Prag. *Walter Benjamin* geht nach Paris, *Georg Lukács* nach Moskau. *Ernst Bloch* flieht am 6. März 1933 nach Zürich. »Weil ein Steckbrief gegen mich ergangen war,



daß ich sofort verhaftet werden sollte, wegen Verächtlichmachung der Reichsregierung« (zit.n. Zudeick 1986, 124).<sup>19</sup> Die Zeitschrift *Das Tage-Buch* veröffentlicht am selben Tag einen Bloch-Artikel »Über den deutschen Schulaufsatz«, der ihr ein sofortiges Verbot einträgt. »... hier breitet sich ungeordnetes Nichtdenken aus (unter dem Schein des Gefühls), inhaltlose Allgemeinheit (unter dem Schein der eigenen Persönlichkeit); der »freie« Aufsatz präpariert Hitler.« (Zit.n.ebd.) Eine Philosophiestudentin aus Ludwigshafen schmuggelt das Manuskript von *Erbschaft dieser Zeit* über die Grenze.

*Karl Korsch*, der neben Horkheimer einzige marxistische Philosoph unter den Hochschullehrern, hatte im August 1923 an der Universität Jena eine Professur für Zivil-, Prozeß und Arbeitsrecht erhalten, die er nie ausüben konnte. Im Oktober desselben Jahres ist er Justizminister der Thüringer SPD-KPD-Koalitionsregierung, im November tritt er nach dem Einmarsch der Reichswehr zurück, im darauffolgenden Jahr, Korsch ist nun KPD-Reichstagsabgeordneter, verhindern Universitätsbürokratie und Studenten seine Antrittsvorlesung. 1925 erhält er durch gerichtlichen Vergleich die Rechte seiner Professur zurück, verzichtet aber (wie 1926 Theodor Lessing in Hannover) auf die Lehrbefugnis; im gleichen Jahr beginnt er, aus dem KPD-Leitungsgremium ausgeschlossen, mit dem Aufbau der linken Parteiopposition. 1933 kassieren die Nazis die Jenaer Professur. Korsch emigriert nach England (Zimmermann 1980, 5f).

Weitere Emigranten von 1933: *Ludwig Marcuse*, *Siegfried Kracauer*, der Feuilleton-Redakteur der *Frankfurter Zeitung*, und *Günther Stern*, der Kulturredakteur des *Berliner Börsen-Courier* (der sich nach der Empfehlung seines Chefs: »Nennen Sie sich doch anders« Anders nannte). Beide gehen nach Paris, ebenso Sterns Frau *Hannah Arendt*. — Von den jüngeren Wissenschaftlern (Doktoranden und Habilitanden) ist der Heidegger-Schüler *Hans Jonas* zu erwähnen. Dann der spätere Nachfolger Heideggers in Freiburg: *Werner Marx*, 1933 Rechtsreferendar in Bonn. Beide emigrieren nach Palästina, später in die USA. — Eine letzte Gruppe, die erst nach 1933 Deutschland verläßt: Wissenschaftler an jüdischen Kultur- und Bildungseinrichtungen. Im Bereich der Philosophie sind die bekanntesten Namen *Leo Strauss*<sup>20</sup> und *Arnold Metzger*, die bis 1934 bzw. 1938 an der Berliner Hochschule für die Wissenschaft des Judentums gelehrt haben.

### 3.3 Die Reorganisation des normalen Betriebs

Die alte 'Enthauptungsthese', daß »die wesentlichen Positionen der dt. Philosophie der krassen Machtpolitik und Geistfeindlichkeit des Nationalsozialismus zum Opfer fielen« (Hochkeppel 1981) und die weitere Entwicklung nur durch die Emigrationsverluste bestimmt war, beherrscht zwar noch die Philosophiegeschichte. In benachbarten Disziplinen ist sie aber in dem Maße nicht mehr aufrechtzuerhalten, wie eine Institutions- und Sozialgeschichte der Disziplin sich gegen die reine Ideen- und Lehrstuhlgeschichte durchsetzt. Die Geschichte der Psychologie nach 1933 war z.B. »nicht eine Geschichte von Rückschlägen, sondern eine Geschichte von Vorankommen und Erfolg«

(Geuter 1984, 19). Die heutige Fachidentität, mit Berufsrollen und darauf zugeschnittener Ausbildung, wurde erst durch die Bedürfnisse des NS-Staats, insbesondere nach Heerespsychologen, konstituiert. In der Soziologie wurde der interessierte Mythos einer »Unterbrechung« der Fachgeschichte zerstört (vgl. Rammstedt 1986, 9). Es kann »nicht mehr verschwiegen werden, daß die personelle und institutionelle Struktur« der heutigen Soziologie »zum Teil aus der Zeit des Faschismus stammt« (Weyer 1984, 565). Auch in der Philosophie wird jetzt vereinzelt die Notwendigkeit betont, die NS-Zeit im Blick auf die tatsächliche Entwicklung der Institution zu studieren (Schorcht 1990, 12f).

### 3.31 *Besetzung des Fachs und Personalpolitik*

Für Hochschullehrer und Studenten bedeutet der Faschismus nicht die Verpflichtung auf eine bestimmte philosophische Lehre. Das erlaubt aber nicht den Umkehrschluß, das »akademische 'Leben' der professionellen Philosophie« (Schnädelbach/Martens 1985, 13) sei unverändert geblieben, weil es weiter »in akademischen Bahnen verlief« (Schnädelbach 1990, 403). Der NS-Staat hat diese (Lauf-)Bahnen selbst verändert und dabei einige Weichen gestellt.

Die entscheidende Modifikation ist, daß den Philosophen *als Philosophen* Staatstreue abverlangt wird. In der ersten, gewaltsamen Phase wird das Lehrpersonals von »unzuverlässigen« Elementen gereinigt, während »politisch« Zuverlässige in die Entscheidungspositionen rücken. In der Folge unterliegen Einstellungen und akademische Karrieren einer »weltanschaulichen« Beurteilung, die nicht nur den Betreffenden als staatsbürgerliche Person durchleuchtet. Auch sein Denken als akademischer Lehrer wird nun auf seinen »erzieherischen« Wert hin beurteilt. Hier liegt das Novum, das aber die Praxis vor 1933 und nach 1945 nur graduell modifiziert. Der NS ist kein Intermezzo des Abnormen, sondern der Ernstfall staatskonformer Normalität der Institution. »Das Philosophieren« (Schnädelbach, ebd.), dieser in der Vorstellung seiner Akteure so staatsferne, allen Äußerlichkeiten entrückte Vorgang, wird von der Macht unmittelbarer besetzt, kontrolliert und ausgeforscht, weil bisherige Rechtsgarantien für akademische Freiheiten entfallen. Der imaginären Freiheit des Denkens tut das freilich keinen Abbruch. Auch die neu formierten Zwangsmächte werden »innerlich« erlebt, ausgedeutet und mit der Würde bestehender Traditionen ausgekleidet — ein für die Herrschenden immer zweideutiger

Vorgang, weil Zustimmung auch umschlägt in inneren Konflikt, Abwendung oder Protest. Die mit den Jahren ausgeweitete »weltanschauliche« In(tro)spektion überzieht den Seminar- und Vorlesungsbetrieb mit mitschreibenden Spitzeln und hat einen Berg von Gutachten und »Politischen Beurteilungen« hinterlassen.

»Politische Professuren«. — Das Umgehen der Berufungsmodalitäten kennzeichnet die erste, von Instanzenkämpfen gekennzeichnete Phase, bei der die Nazis eigene Leute versorgen und/oder in Statthalterfunktion plazieren. *Alfred Baeumler* wird Ende April von der TH Dresden an die Berliner Universität geholt, um ein Institut für die »politische Erziehung« der Studenten aufzubauen (Leske 1990, 215-220). Da seine Einsetzung in einer Phase erfolgte, in der die »Gleichschaltung« der Universität keineswegs vollzogen war, provozierte sie als unbeabsichtigten Nebeneffekt den Rücktritt Sprangers, der bis dato beherrschenden Figur in der Hochschulpädagogik (2.21). *Ernst Krieck*, dem eine Universitätskarriere in der Weimarer Zeit verwehrt wurde (2.11), wechselt zum 1. Mai von der Frankfurter Lehrerbildungsanstalt auf den vakanten Pädagogiklehrstuhl der Universität und übernimmt im Juli den Lehrstuhl des entlassenen Tillich (vormals Scheler). Kurz darauf wird er, wie er selbst erklärt, »als Bindeglied zwischen Universität und Arbeiterschaft ... durch einmütige Wahl zum Rektor bestimmt« (zit.n. Müller 1977, 108; vgl. Stuchlik 1984, 86ff). Zum 1.4.1934 verläßt Krieck die von Schließung bedrohte Frankfurter Hochschule und folgt dem Ruf nach Heidelberg.

Eine Ausnahme bleibt in der Universitätsphilosophie jedoch der Versorgungsposten für verdiente Aktivisten der Partei, die fachfremd oder unzureichend qualifiziert auf Lehrstühlen plaziert werden. In München ernennt Kultusminister Schemm 1934 »allem Professorenklüngel zum Trotz« (zit.n. Henckmann 1987, 12) den Germanenforscher *Wolfgang Schultz*, Mitherausgeber der Zeitschrift *Volk und Rasse*, zum Nachfolger von Hönigswald (Schorcht 1990, 196-206). Er verfügte wie Krieck über keine Habilitation. Heidegger hatte die Berufung abgelehnt (Farias 1989, 225-233). Auch der Pfänder-Nachfolger *Hans-Alfred Grunsky*, nach dem Tod von Schultz (1936) Statthalter der Partei in der Münchner Philosophie (Henckmann, 14f), bekommt die Stelle als »Künder deutscher Weltanschauung« (Titel von Hugo Dinglers Schultz-Nachruf, VB 29.9.36).

*Die neuen Offiziellen.* — Bezeichnenderweise fallen die neu verteilten Ämter in der »Kathedersphilosophie« nicht ihren Gegnern wie Heidegger, Krieck oder Baeumler zu, die ihre Aktivität auf den Bereich

parteiöffentlicher »Weltanschauung« konzentrieren. Wir sehen uns, ohne Vollständigkeit, nachfolgend einige der neuen »Gatekeeper« des Philosophiebetriebs an. Der aus der US-Soziologie stammende Begriff (vgl. Badura 1972, 12f) soll Funktionsträger bezeichnen, die den Zugang zu philosophischen Teilöffentlichkeiten und Medien kontrollieren, über die Kriterien zur Beurteilung und Rekrutierung des Nachwuchses verfügen und die Verbindung zu Administration und Parteidienststellen regeln. Ihr Agieren, das näher zu untersuchen bleibt, reduziert sich keineswegs auf eine Instrumentalisierung des Fachs für politische Zwecke des NS, obwohl es das auch ist. Als dessen Vertreter haben sie die relative Autonomie des Philosophischen zensierend aufrechtzuerhalten, gegen Übergriffe zu behaupten und mit den Anforderungen der rivalisierenden Instanzen (Dozentenbund, Amt Rosenberg, REM, ...) zu vermitteln. Der Faschismus macht die Aufgabe dieser Repräsentanten nicht einfacher.

*Heinz Heimsoeth*, der Anfang 1934 Herausgeber der *Blätter für deutsche Philosophie* wird (4.11) und das offiziöse Medium des Fachs kontrolliert, gehört z.B. nicht zu den Lieblingen des NS-Dozentenbundes, der 1938 die Karriere seines Mitarbeiters Joachim Ritter zu beenden sucht (Weber 1989, 236). An der Kölner Universität gehörte er zu denen, die am 11. April mit der erzwungenen Wahl eines Nazi-Rektors, der ministeriellen Verfügung vom 21. April vorausseilend, die erste »Gleichschaltung« einer Universität vornahmen (Liebermann 1988, 69) — das Signal für die Heidegger-Gruppe in Freiburg (vgl. Alisch 1989). *Hans Heyse*, der 1934 die *Kant-Studien* übernimmt und bei der faschistischen Reorganisation der Kant-Gesellschaft eine Schlüsselrolle spielt (4.13), verdankt wie Heidegger und Heimsoeth seine akademische Position nicht den Nazis; er war seit Anfang 1932 ordentlicher Professor in Königsberg. Wie Heidegger tritt er nach der Machteinsetzung der NSDAP bei und wird hochschulpolitisch einflußreich: Im Frühjahr 1933 sitzt er im akademischen Senat der Königsberger Universität, zum Jahresende übernimmt er das Rektorat. Mit Heidegger gehört er 1933 zur hochschulpolitischen »Arbeitsgemeinschaft« der Nazi-Professoren (Dahms 1987, 185) und zu den Organisatoren des »Bekenntnisses« vom November (2.11). An der Göttinger Universität, die ihn 1936 holt, führt Heyse wegen eines etwas gewaltsamen Vorgehens auf seinem Feld der klassischen Philosophie den Spitznamen »Parteigenosse Platon« (vgl. Dahms, 185-190).

*Hermann Glockner* übernimmt bei den Hegelianern eine ähnliche Funktion wie Heyse bei den Kant-Gesellschaftlern. Das Jahr 1933 befördert ihn (zum 1.11.) auf den Gießener Lehrstuhl des entlassenen

Sozialdemokraten von Aster (Reimann 1982, 149). Zusammen mit dem Rechtsphilosophen *Karl Larenz* führt er die Gleichschaltung von Richard Kroners *Logos* durch (4.21). *C.A. Emge* bekommt 1933 in Jena ein Ordinariat für Rechtsphilosophie eingerichtet (*DAZ* 25.4.33), wechselt aber 1934 nach Berlin. Er übernimmt die Führung der Internationalen Vereinigung für Rechts- und Sozialphilosophie und die Herausgabe ihres *Archivs* (4.15). Im gleichen Jahr leitet er in Prag die deutsche Delegation beim Internationalen Philosophenkongreß (4.32). Emge verdankt seinen Einfluß der Verbindung zu Hans Frank, für den er die Geschäfte der Akademie für Deutsches Recht und deren Zeitschrift führt.

*Hans Freyer*, in der NS-Frühphase ein weiterer Dichtepunkt der Machtverhältnisse in der philosophischen Region, kommt wie Gehlen aus dem Leipziger Kreis um Felix Krueger (3.12; Muller 1987, 76ff). 1923 erhielt er einen der ersten Soziologie-Lehrstühle, den die sächsische SPD-Regierung eingerichtet hatte. Er fiel ihm nach deren Absetzung durch ein Exekutionskommando der Reichsregierung zu (die sächsischen Linkssozialisten hatten der konservativen Leipziger Fakultät den Austromarxisten Max Adler aufzwingen wollen; Muller, 136ff). Theoretisch vollzieht er, von intensiver Marx-Rezeption nicht unbeeinflusst, die Wende von der *Theorie des objektiven Geistes* (1923) zur *Soziologie als Wirklichkeitswissenschaft* (1930). Angestoßen von den kulturrevolutionären Impulsen der Jugendbewegung, in enger Fühlung mit dem *Tat*-Kreis, gehört er Anfang der dreißiger Jahre zu den führenden Denkern der *Revolution von rechts* (1931). Im November 1933 bekommt er zusätzlich zur Leitung des kleinen Soziologischen Instituts die des angesehenen Instituts für Kultur- und Universalgeschichte, das zum Leipziger Zentralinstitut für »Volkstums«- und »Rasse«-Forschung, »politische Erziehung« und »wissenschaftliche Führerschulung« umfunktioniert werden soll (ebd., 237-246). Er wird Dekan der Philosophischen Fakultät. Im Oktober 1933 wählt ihn die DPhG auf ihrem Magdeburger Kongreß in den Vorstand (4.11). Eine Palastrevolution in der Deutschen Gesellschaft für Soziologie macht ihn Ende 1933 zu deren »Führer«. Freyer wird Nachfolger des Gründungsvorsitzenden Ferdinand Tönnies, der als Sozialdemokrat und NS-Gegner (Rode/Klug 1981) einer Selbstgleichschaltung im Weg steht (Muller, 246-255). Das Bündel der Funktionen, die er nach 1933 auf sich vereinigt, wird komplettiert durch die Mitgliedschaft in der Deutschen Akademie und der Akademie für deutsches Recht (Muller, 254) sowie im Herausgeberbeirat der *Blätter für deutsche Philosophie* (seit 1927) und der *Zeitschrift für deutsche Kulturphilosophie* (seit

1935; 4.2). *Erich Rothacker*, mit dem Freyer die Hochschulschriftenreihe *Neue deutsche Forschungen* ediert und die DGS führt, ist ebenso vielfältig engagiert (dazu Weber 1989; 1.1).

Kometenhaft ist der Aufstieg von *Arnold Gehlen* (Rügener 1979, 92-96). Der Leipziger Privatdozent wird am 6. Mai von Rust beauftragt, in Frankfurt den Lehrstuhl des entlassenen Tillich zu vertreten, was er während des Sommersemesters tut (bevor Krieck die Stelle übernimmt). Ab 1. April 1934 »vertritt« Gehlen, nach Leipzig zurückgekehrt, den Lehrstuhl seines Lehrers Hans Driesch und wird am 1. November dessen Nachfolger. Gehlen wird nicht aufhören, wie ein ruheloser Eroberer die Stellungen entlassener Fachkollegen zu besetzen. 1938 übernimmt er, bereits Direktor des Leipziger Philosophischen Instituts, auch »kommissarisch« das Philosophisch-Pädagogische Institut, das der entpflichtete Theodor Litt geleitet hatte. 1938 wird er »zur politischen Aktivierung der Philosophie« nach Königsberg geschickt,<sup>21</sup> im Zuge des Ausbaus der dortigen Universität zum geistigen »Bollwerk gegen die rote Flut« — wie sein Nachfolger Gadamer rückblickend notiert.<sup>22</sup> 1940 steht er vor Wien, um die klerikalfaschistisch gewordene Universitätsphilosophie Österreichs dem Deutschen Idealismus zu unterstellen (3.42). 1942 übernimmt er den Vorsitz der philosophischen Landesorganisation DPhG.

*Berufungsmodalitäten.* — Möglich wird eine solche Karriere durch die neue, im REM zentralisierte Berufungspolitik. Die nach dem Führerprinzip reorganisierten Hochschulgremien geben mit ihrem Berufungsvorschlag auch die Entscheidungskompetenz nach oben ab. Dieser Tatsache scheint Gehlens Leipziger Nachfolger *Hans-Georg Gadamer* paradoxerweise eine Berufung zu verdanken, die insofern aus dem Rahmen fällt, als er »keinerlei Organisationen der Partei angehörte« (Gadamer, zit.n. Grossner 1971, 234), außer dem NSLB. SS-Sturmbannführer Harmjanz,<sup>23</sup> im REM Nachfolger von Kirchenrat Mattiat<sup>24</sup> »als personalpolitischer Weichensteller in den Geisteswissenschaften« (Heiber 1966, 648; vgl. Geuter 1984, 108f, 111ff), ein Volkskundler aus der Leipziger Schule um Freyer und Ipsen, gab ihm den Vorzug vor dem NSDAP-Anwärter Theodor Haering (Ordinarius in Tübingen) und dem SS-»Staffelanwärter« Hans Lipps (Muller 1987, 319).

Nach der »Säuberung« wird eine »Lehrstuhlvertretung« zunächst das Karrieresprungbrett für junge Privatdozenten. Sie erhalten hier eine Chance, sich »nationalsozialistisch« zu bewähren, und können auf diesem Weg wie Gehlen sehr schnell nach oben fallen. Gadamer vertritt im Sommersemester 1934 den Kieler Lehrstuhl von Richard Kroner,

der jedoch an Ferdinand Weinhandl geht, den Redner der Kieler Bücherverbrennung. Der Berliner Privatdozent Kurt Hildebrandt, wie Gadamer spezialisiert auf den »politischen Platon«, seit 1.5.33 NSDAP-Mitglied, vertritt parallel den zweiten Lehrstuhl des »politisch« zu wenig strammen Platon-Gelehrten Julius Stenzel, den er auch erhält. Hans Lipps aus Husserls Göttinger Phänomenologenkreis vertritt im Wintersemester 1935/36 auf Empfehlung Heideggers (Reinhardt 1955, 52) den von Kriek wieder geräumten Tillich-Lehrstuhl in Frankfurt. Der Göttinger NSDAP-Kreispersonalamtsleiter schickt seiner Gauleitung die angeforderte Beurteilung. Sie wirft dem Bewerber vor, er habe mit seiner (von Jünger/Heidegger inspirierten) Broschüre *Der Soldat des letzten Krieges* (Frankfurt/M. 1934) »das Fronterlebnis und den Geist des Soldatentums grüblerisch zerpfückt. Rosenbergs 'Mythus' ist für den Volksgenossen Professor Lipps bis vor einem Jahr noch ein Buch mit sieben Siegeln geblieben.«<sup>25</sup> Das war aber nicht der Stolperstein, da Lipps sich den Frankfurtern in SS-Uniform präsentieren konnte. »Schon wollte alles um ihn herum erschauern, als er die Unvorsichtigkeit beging, bei einem Besuch im philosophischen Seminar vor seinem Assistenten sich zu entschuldigen, daß er in dieser Maskerade komme. Der hatte nichts eiliger zu tun, als ihn zu denunzieren«, erinnert sich der mit ihm später befreundete Altphilologe Karl Reinhardt, Mitglied der Berufungskommission (1955, 52). Lipps kommt 1941 an der Ostfront um. Noch in einem zweiten Fall müssen die Göttinger Nazis ihrer Gauleitung eine »Politische Beurteilung« liefern, als der Nohl-Assistent *Otto Friedrich Bollnow* sich in Gießen bewähren darf. Der Nazi-Psychologe Gerhard Pfahler hatte den Lehrstuhl von August Messer wieder freigemacht. Der Ortsgruppenleiter fördert eine 1931-33 ausgeübte Lehrtätigkeit Bollnows in der Privatschule des Göttinger Philosophen Leonard Nelson (1882-1927) zutage,<sup>26</sup> dessen *Internationaler Sozialistischer Kampfbund* nach 1933 aus der Illegalität gegen den NS kämpfte (Miller 1983). Bollnow blieb auf der Gießener Professur, weil die Fakultät sich wegen der Selbstblockierungsmechanismen in der Berufungspolitik auf keinen Nachfolger einigen konnte, »und weil ich meine Sache vielleicht nicht ganz schlecht gemacht hatte« (1983, 27). Anfang 1940 beantragt er die Mitgliedschaft in der NSDAP, die ihn zum 1. Juni aufnimmt (Leaman 1991).

So ist ab 1933 jede Einstellung an die Beurteilung und Bekundung der inneren »Einstellung« geknüpft. Die fachliche Qualifikation und der akademische Berufungsvorschlag behielten dennoch ihr Gewicht, weil sich die »politischen Beurteilungen« der verschiedensten Parteidienststellen (NSDDB, Rosenbergs HAWiss, NSDStB und DSt, Gau- und

Kreisleiter, Parteikanzlei, SA, SS, RSHA ...) oft wechselseitig paralisieren. Die verschiedenen Instanzen befehlen sich und suchen z.T. eigene Kandidaten zu plazieren. Berufungsverfahren sind meist kompliziert, schwerfällig und mit jahrelangen Vakanzen und »Vertretungen« verbunden (Kleinberger 1980, 14). Auch 100 %ig nazistische Bewerber kommen nicht sofort auf die freien Lehrstühle. So erhält H.A. Grunsky in München, der seit 1930 NSDAP-Mitglied ist und sich brüsten kann, daß der »Jude Hönigswald« im gleichen Jahr seine Habilitation verhindert hat, erst nach vier Jahren dessen Professur (Henckmann 1987, 15f).

Ein Einschnitt in der Formierung des Hochschullehrernachwuchses ist die *Reichshabilitationsordnung* vom 13.12.1934, in der sich die Vision eines neuen Dozententyps niederschlägt (»Führer an der wissenschaftlichen Front«). Praktisch bedeutet sie die Abkopplung der akademischen Venia von der staatlichen Lehrerlaubnis. Für eine Dozentur wird zusätzlich zur Habilitation die »Bewährung« in einem vom REM veranstalteten Gemeinschaftslager und ein Lehrgang an der Dozentenakademie verlangt, mit einer Gesamtdauer von zunächst zwölf, später sechs und 1937 vier Wochen (Losemann 1980). Auch Gadamers *Philosophische Lehrjahre* wurden teilweise in einem solchen Lager absolviert (1977, 56f). Zusätzlich unterliegt die Zulassung zur Dozentur den gleichen Prozeduren der »politischen Beurteilung« wie bei der Professur. Die Neufassung der Habilitationsordnung von 1939 bringt das Berufsverbot für alle außerplanmäßigen Professoren, deren Staatstreue zu Zweifeln Anlaß gibt (3.21).

Daß die Philosophen hier ebenso Opfer wie Täter sind, ist am Falle Heidegger dokumentiert worden. Zwei katholische Heideggerianer, Max Müller und Gustav Siewerth, konnten sich in Freiburg nur bei Vorenthaltung der Dozentur habilitieren. Sie befanden sich nach dem Urteil des nicht-katholischen Zweitgutachters in einer glaubensmäßig fundierten Dogmatik, »in der die entscheidenden Fragen der Philosophie nicht gefragt sind, weil sie nicht gefragt sein können« (zit.n.Ott 1988, 264). Ott konstatiert eine »Ambivalenz« der Gutachten; tatsächlich entsprechen sie jedoch ganz unzweideutig einer Berufungspraxis, die fachliche Qualifikation und Staatsgesinnung verknüpft. »Heidegger hält den Bewerber Müller 'für eine katholische Professur in einem *hervorragenden* Maße geeignet'.« (Ebd., 265) Die katholischen Lehrstühle, die der NS-Staat dem Vatikan völkerrechtlich zugestanden hatte, blieben den Nazis aber ein Dorn im Auge, und Heidegger ging es keineswegs darum, sie qualifiziert zu besetzen, sondern sie abzuschaffen (5.24). So »verhinderte Heidegger die von der Fakultät beantragte



Dozentur Müllers aus weltanschaulich-politischen Gründen, wiederum durch ein Gutachten 1938/39 an die Adresse der Freiburger Dozentenbundsleitung, in dem die negative Einstellung Müllers zum nationalsozialistischen Staat betont worden ist.« (Ebd.)

Wie hier die philosophisch-staatliche Funktion zum Tragen kommt, zeigt die von Heinz Hülsmann wiedergegebene Erinnerung Max Müllers. Die Gauleitung hatte einen Spitzel in Müllers Vorlesung geschickt und bat Heidegger, ein Urteil abzugeben, »ob denn der junge Kollege weltanschaulich überhaupt tragbar sei«.

»Prof. Heidegger bat den jungen Dozenten zu sich in sein Dienstzimmer und gab ihm ein Gutachten zu lesen, wo über drei bis vier Schreibmaschinenseiten weg eine einzige Lobeshymne auf die Qualitäten des Betroffenen nachzulesen war. Zum Schluß folgte ein lapidarer Satz: 'Daß der Benannte für die Partei und den Staat weltanschaulich nicht tragbar ist, damit dürfte die Gauleitung recht haben.' Der junge Dozent war empört. Er bedankte sich für das Lob, sagte dann, daß Herr Heidegger auf diese Weise seine Universitätskarriere zerstöre. Das könne er doch nicht tun. Die Folge sei, daß er auf der Straße sitze und sich nach einer Arbeit umsehen müsse. Heidegger hat ihn streng angeschaut und gesagt: 'Ist der Satz wahr oder nicht?' Er replizierte: 'Schon — aber das ist nicht der Punkt, auf den es ankommt. Was ist mit mir?' 'Herr Kollege, wenn der Satz wahr ist, muß er stehen bleiben.« (Hülsmann 1987, 114)

Indem die akademische »Qualität« des Lehrenden an seine Führungsqualität geknüpft wird, schaltet sich der Wahrheitsdiskurs den Verhaltenserwartungen staatlicher Instanzen gleich. In Göttingen verhindert ein Heidegger-Gutachten von 1933 zunächst die Habilitation von Eduard Baumgarten, der mit Gehlen und Schelsky die faschistische Pragmatismus-Rezeption vorantrieb. Er komme »verwandtschaftlich und seiner geistigen Haltung nach aus dem liberal-demokratischen Heidelberger Intellektuellenkreis um Max Weber« und habe »lebhaft« mit dem »nunmehr entlassenen Juden Fränkel« verkehrt (zit.n. Dahms 1987, 182). Der amerikanische Pragmatismus-Papst John Dewey war für Heidegger »ohne eigentliches philosophisches Niveau«, wie Baumgarten 1935 aktenkundig macht (zit.n.ebd., 181). Was solche Gutachten aus heutiger Sicht skandalös erscheinen läßt, ist die Verschmelzung der fachlichen mit der »politischen« Beurteilung, d.h. die Annahme, die (geforderte) Einstellung des staatsbürgerlichen Subjekts habe sich auch im philosophischen Werk auszudrücken und umgekehrt. Die strukturelle Ursache für die Vermischung von »Werk und Weltanschauung« (Habermas 1989) liegt aber im Instanzengefüge; moralische Entrüstung, die sie in charakterliche Mängel Heideggers verschiebt, lenkt davon ab. Der NS-Staat schaltet auch nur zwei Kontrollpraxen zusammen, die nach 1945 nicht beseitigt werden, sondern heute in getrennten Bereichen institutionalisiert sind.

Da ein Kriterium für Staatsgesinnung fehlte, kam es in der Regel zu einem Auslegungstreit der Instanzen (vgl. zu Joachim Ritter: Weber 1989b, 235f). Baumgarten kann sich 1937 habilitieren, nachdem er die Protektion von Baeumler erlangt (Dahms, 183). Baeumlers (erfolgslosen) Versuch, statt dessen die Karriere von Sprangers Lieblingsschüler Hans Wenke zu stoppen, hat Claudia Schorcht registriert (1990, 101). Zur faschistischen Dialektik des Un/Politischen gehört, daß die »politische« Beurteilung in einen äußerst unpolitischen Kampf der persönlichen Animosität unschlägt. »Es ist insgesamt auffallend, daß sich die meisten Fälle von Unstimmigkeiten zwischen verschiedenen Instanzen der Partei, Universität usw., die sich zu erbitterten Kontroversen auswuchsen, auf dem Hintergrund persönlicher Fehden einzelner Beteiligten abspielten. Da der NS nicht über ein verbindliches Konzept einer aus weltanschaulicher Sicht zu befürwortenden Wissenschaftsauffassung verfügte, gab es auch keine Kriterien für eine konsistente Beurteilung der Arbeit einzelner Wissenschaftler. Es genügte deshalb oft schon der Umstand, daß ein Wissenschaftler eine von ihm selbst als nationalsozialistisch deklarierte Wissenschaftsauffassung vertrat, damit er von den zuständigen Partei-Instanzen als wissenschaftlich und weltanschaulich hinreichend qualifiziert beurteilt wurde. Kritik an diesen Personen und ihren Auffassungen kam immer dann auf, wenn der zu Beurteilende in das Umfeld persönlicher Feindschaften geriet.« (Ebd.) Freilich maskiert das »Persönliche« wiederum soziale Gegensätze oder Strategiekonflikte, die sich nurmehr unpolitisch artikulieren können.

### 3.32 Statusverlust und Abbau des Fachs

Während Ernst Kriek 1933 das Ende der Philosophie propagiert (3.1.2), verheißt Alfred Rosenberg einer künftigen »nationalsozialistischen Philosophie« die Stellung einer Königin der Fakultäten (Leske 1990, 97). Im Grunde bedeutet beides dasselbe: Abschaffung des Spezialfachs zugunsten einer offiziellen »Weltanschauung«, die durch befugte Interpreten und einen privilegierten Apparat das wissenschaftliche und politische Leben beherrschen soll. Faktisch blieb den Philosophen »der große Erfolg, d.h. die *offizielle* Anerkennung durch die NS-Führungsclique, weitgehend versagt« (ebd., 95). »Als unter anderem an der Kieler Universität die Probe aufs Exempel gemacht werden sollte, lief die juristische Fakultät ... der philosophischen Fakultät den Rang ab.« (Ebd., 98) Die akademische Disziplin Philosophie verliert

sogar gegenüber solchen Fächern an Boden, die unmittelbar (kriegs-) wirtschaftlich oder, wie die Rechtsprechung, herrschaftstechnisch von Bedeutung sind.

*Stellenabbau und Rückgang der Studentenzahlen.* — In Tab.2 stehen den 81 von 1933-39 entlassenen, emeritierten oder verstorbenen Hochschullehrern (= Professoren und Habilitierte) an den Universitäten 42 Berufungen oder Habilitationen gegenüber. Die Nachkriegsstatistik registriert einen Rückgang des gesamten Hochschulpersonals im Fach Philosophie von 184 im Jahre 1931 auf 136 im Jahre 1938 (von Ferber 1956, 207). Viele Lehrstühle bleiben längere Zeit vakant, werden nicht mehr wiederbesetzt oder abgebaut, z.B. die von Geiger in Göttingen, von Horkheimer und Wertheimer in Frankfurt, von Stern in Hamburg, von Hoffmann in Heidelberg. Andere werden umgewandelt: so wird aus dem zweiten Hamburger Ordinariat (Casirer) bereits 1933 ein Lehrstuhl für Rassenbiologie (Meran 1990). Der Schelling-Lehrstuhl in München fällt nach dem Tod des Rassephilosophen Schultz an die »germanische Philologie und Volkskunde« (Henckmann 1987, 13). Hinsichtlich des Lehrangebots konstatiert Pechmann am Münchner Beispiel dessen »Ausdünnung ... zugunsten der angewandten Bereiche wie Volkskunde, Psychologie und Pädagogik« (1988, 36).

Zusätzlich determiniert ist die quantitative Misere der Philosophie von der restriktiven Hochschulzulassungspolitik, die zunächst betrieben wird. Das *Gesetz gegen die Überfüllung deutscher Schulen und Hochschulen* vom 25.4.1933 sorgt für eine rapide Verminderung der Studentenzahlen und im Gefolge dessen des Lehrangebots. In dem eiligen Gesetz schlägt sich das Phantasma der »Überfüllung der Hochschulen« und der »Akademikerarbeitslosigkeit«, das in der Endphase der Weimarer Republik die Führungseliten heimsuchte, ebenso nieder wie der Anti-Intellektualismus der Nazi-Bewegung. Für die Philosophie verzeichnet die *Deutsche Hochschulstatistik* zwischen SS 1933 und WS 1934 einen Rückgang der Studentenzahlen von 1454 auf 823 (nach Hartshorne 1937, 107). Zwar kehrt sich die Tendenz bis Kriegsbeginn wieder um — Ende 1932 wird bereits über Nachwuchsmangel geklagt, bald danach setzt gezielte Werbung für die »geistig schaffenden Berufe« ein (Kleinberger 1980, 18f). Dies kommt aber in erster Linie den technisch-naturwissenschaftlichen und den (z.T. von der Philosophie sich lösenden) »angewandten Disziplinen« zugute. Im Göttinger Philosophischen Seminar verlieren sich unter Heyses Regiment im Höchstfall 20 Studenten (Dahms 1987, 188). An der Münchner Philosophischen Fakultät verringern sich die Studentenzahlen zwischen WS 1929/30 und SS 1938 von 1759 auf 557 (danach steigt die Tendenz leicht an); die Zahl der Dozenten für Philosophie und Pädagogik geht im gleichen Zeitraum von 11 auf vier zurück (Henckmann 1987, 8).

*Die Wende von 1936.* — Der illusorische Primat der Philosophie hing mit der Konzeption einer »völkischen Wissenschaft« zusammen. Ihr führender Theoretiker Ernst Kriek hatte vorgesehen, daß die »art-eigenen« Einzeldisziplinen wie Deutsche Heilkunde, Deutsche Physik etc. in der »Anthropologie« genannten Philosophie ihren »Sinnmittelpunkt« finden sollen. Kriek legt seine *Völkisch-Politische Anthropologie* (Leipzig 1936-38) aber in dem gleichen Moment vor, der seine

Wissenschaftspolitik von der Tagesordnung wieder absetzt. Der Vierjahresplan von 1936, der Wirtschaft und Wissenschaft in den Dienst der Aufrüstung stellt, markiert den »Übergang von der 'völkischen' Wissenschaft zum Versuch einer instrumentellen Forschungsplanung« (Weingart 1983, 15). Die neue Tendenz einer mehr »pragmatischen« Wissenschaftsförderung — »die neuen Formeln hießen Wissenschaft und Forschung als 'nationale Aufgabe', als 'Dienst am Volk'« (ebd., 14) — befördert auch die »Professionalisierung« der bisherigen »philosophischen Disziplinen« Pädagogik, Psychologie (Geuter 1984) und Soziologie (Rammstedt 1986). Der neuartige bzw. sprunghaft steigende Bedarf an empirischer Sozialforschung, Demoskopie, psychologischen Diagnose- und Testverfahren eröffnet ihnen erstmals in größerem Maßstab außeruniversitäre Berufsfelder.<sup>27</sup> Mehr als Strohfeuer erwies sich demgegenüber die »völkische« Aufbruchstimmung, die auch diese Disziplinen 1933 ergriffen hatte (zur »Stunde der Soziologie«: Rammstedt, 55ff).

Die tendenzielle Schrumpfung der Fachphilosophie zu einer hermeneutisch-philologischen Residualdisziplin ohne Kontakt zur »angewandten« Wissenschaft scheint sich so als Kehrseite eines Prozesses darzustellen, der besonders der letzteren zusätzliche Lehrstühle und größere Fachautonomie bringt. Ab 1936 verfährt das REM nach der Leitlinie, »an jeder Hochschule in der Regel nur zwei Professuren für Philosophie zu belassen, deren eine mehr für Geschichte der Philosophie und systematische Philosophie und deren andere für Pädagogik und Psychologie zu verwenden wäre« (Geuter, 123). In Erlangen wird 1937 der durch den Tod von Hermann Leser freigewordene zweite Philosophie-Lehrstuhl in ein Ordinariat für Psychologie und Pädagogik umgewandelt, das der Spranger-Schüler Hans Wenke erhält (ebd., 120; Schorcht 1990, 108ff). Der Statusverlust der Rumpf-Philosophie ist auch daran ablesbar, daß sie nicht länger obligatorisches Prüfungsthema bei Promotionsverfahren ist (Hartshorne 1937, 111). Mit den neuen *Richtlinien für das Lehramt an höheren Schulen* wird sie im Juli 1937 als eigenes Staatsexamensfach abgeschafft (Dahms 1987, 188).

»Niemand wird geprüft in Philosophie in Deutschland, es sei denn, daß einer sich das besondere Vergnügen mache, in Philosophie zu promovieren.« So beginnt am 10. Juni 1938 ein Zeitungsartikel, in dem das Freiburger Naziblatt *Der Alemanne* über Heideggers Vortrag »Die Begründung des neuzeitlichen Weltbildes durch die Metaphysik« zu triumphieren versucht. Der von Hugo Ott (1988, 272ff) dokumentierte Vorgang wirft ein Schlaglicht auf die neue Situation. Heideggers Vortrag vom 9. Juni 1938 war der Beitrag zur entfremdeten Dynamik

wissenschaftlich-technischer Aufrüstung, auf den wir schon eingegangen sind (2.32). »Heideggers Werke sind nicht so geschrieben, daß sie jedermann zugänglich sind«, kritisiert der Bericht, muß aber konstatieren: »Das allgemeine Interesse für philosophische Probleme ist in Freiburg noch sehr stark und in gewisser Form nicht aus der Mode gekommen.« Der Schreiber versucht wiederzugeben, »was die Hörenden etwa in sich aufgenommen. Es war anregend und interessant, einige Leute sprachen nachher über die Betriebsamkeit der Wissenschaft und der Notwendigkeit im Dienste des Vierjahresplans, wo jeder einzelne seine ganze Kraft für die Gemeinschaft der Nation einsetzen muß, und wo nicht die geringste Zeit übrig ist für konstruierte Wortfolgen und kurzweilige Betrachtungen.« Unter den Artikel hatte man maliziös die Ankündigung des Vortrags »Vierjahresplan und Chemie« plaziert. Der Referent war Hermann Staudinger, den Heidegger »während seines Rektorats denunziert hatte wegen nationaler und politischer Unzuverlässigkeit«, und der als Naturwissenschaftler »jetzt in der Phase der Aufrüstung, der Mobilisierung aller wirtschaftlichen Ressourcen, Oberwasser erhalten hatte« (ebd., 274).

»Wie sehr sich die Konstellationen verändert hatten«, resümiert Ott (ebd.). »Diese kontrastierende Aufmachung konnte freilich nur Heidegger im Tiefsten begreifen.« Mag sein. Im Blick auf die Oberfläche, das faschistische Philosophiedispositiv, zeigt sich jedenfalls die Unmöglichkeit einer eindimensionalen Betrachtung. Populistische Polemik, Abbau und wissenschaftspolitische Geringschätzung des Fachs koexistieren mit der zunehmenden Attraktion philosophischer Diskurse in einer entpolitisierten Öffentlichkeit (2.3). Hinzu kommt, daß für die philosophischen Kompetenzen auch außerhalb der Fachgrenzen Dispositionsbedarf besteht.

### 3.33 *Funktionswandel und veränderte Disposition*

Zum mündlich überlieferten Teil der Fachgeschichte gehört die Niedergangsthese, nach der die Nazis, ohne tieferen Sinn für höhere Dinge, die Philosophie verkommen ließen. »Denen war völlig wurscht, was wir machten«, erinnert sich Hans-Georg Gadamer (1990, 551). »Diese Intellektuellen, was die da so im Koppe haben. So sind wir doch eingeschätzt gewesen! Deswegen ist ihre ganze Fragestellung ... die Rolle der Philosophie — da kann ich nur sagen, die wirklichen Nazis hatten doch überhaupt kein Interesse an uns.« »Sie hielten diese Art von Philosophie für absolut gleichgültig und für politisch völlig uninteressant.« (Krings 1987, 33) Karl Jaspers notierte (1956, 89), daß die Nazis »von

den obersten Leitern bis zu den kleinsten Helfern bei ihrer im Organisatorischen, Technischen, Propagandistischen, Sophistischen durchaus überragenden Intelligenz in Bezug auf das Geistige von einer fast unglaublichen Dummheit ... waren. Zudem verachteten sie die Philosophie, die ja doch niemand verstehe.«<sup>28</sup>

Diese Wahrnehmung der »Geistigen« ist von den Vorgängen selbst determiniert. Verschiedene Instanzen des NS-Staats bekämpfen »die Philosophie« in ihrer abgehobenen Form, sofern sie sich als Angelegenheit der »gebildeten« Stände oder einer gelehrten »Zunft« darstellt. In diesen Kontext gehört der Abbau des Universitätsfachs, auch der Niedergang der gelehrten Gesellschaften und des Kongreßwesens (4.2). Die andere Seite ist eine »Politisierung« der Philosophie, mit der ihre Vertreter das Staatsunmittelbar-Werden aller gesellschaftlichen Sphären befördern (2.2). In diesem Zusammenhang ist ihre Kompetenz im NS-Staat durchaus gefordert — in einer modifizierten Form, die dem gestiegenen Deutungs- (vielleicht genauer: »Entscheidungs«-)Bedarf der »Volksgemeinschaft« entgegenkommt. »Den Einbußen steht eine Vielzahl neuer Philosophiefunktionen gegenüber. Das gesellschaftliche Dispositiv der Philosophie wird umgebaut.« (Haug 1989, 8)

*Funktionen »weltanschaulicher« Schulung und Überwachung.* — Die philosophisch-staatliche Funktion, die den einzelnen der »nationalsozialistischen Weltanschauung« unterstellt, wird in zahlreichen Institutionen ausgeübt, die der Nazismus neu aufbaut oder umfunktioniert. So büßt der Philosophieprofessor zwar als solcher sein Prüfungsrecht in der Lehrerausbildung ein (3.3.2) — um jedoch, wie Gadamer und Gehlen an der Universität Leipzig, im Vorlesungsverzeichnis als Prüfer für die neue Disziplin NS-»Weltanschauung« wiederaufzutauchen. Die staatliche Funktionalisierung verkörpert sich in der Gestalt des Universitätsprofessors für Philosophie, der zugleich Ämter in der Partei und ihren Untergliederungen bekleidet. Man findet diese »politischen« Professoren an den Schalthebeln der Hochschul- und Kulturpolitik, in den Schulungseinrichtungen der Partei, in der Begutachtung und Zensur wissenschaftlichen »Schrifttums« und auf dem sich ausdehnenden Sektor der »weltanschaulichen« Begutachtung des Hochschulpersonals.

Im Amt Rosenberg bekleidet Amtsleiter *Alfred Baeumler* eine der einflußreichsten Positionen in der Wissenschaftspolitik. Die Hauptstelle Schrifttumspflege beschäftigt Philosophen als Lektoren, z.B. den Münchner Universitätsprofessor *H.A.Grunsky* (Leaman 1991). *Arnold Gehlen* arbeitet hier bis zum Wechsel nach Königsberg, der seine Aktivität auf die Heerespsychologie verschiebt. »Als eins der unmittelbaren Ergebnisse dieser Tätigkeit ist wohl die Anfertigung von Kurzcharakteristiken philosophischer Neuerscheinungen für das Amtsblatt des REM anzusehen.« (Rügemer

1979, 92). »Rosenberg selbst ließ noch im Juni 1944 die neue Kurzfassung der Gehlenschen Anthropologie ... besorgen, weil sie ihm unter den neueren Anthropologien als die interessanteste erschien.« (Ebd., 102) *Gerhard Lehmann*, seit Anfang der 30er Jahre mit Kongreßberichten und Rezensionen ein Chronist des akademischen Philosophiebetriebs, habilitiert sich 1940 in Greifswald, schreibt aber sein Buch über *Die deutsche Philosophie der Gegenwart* (Stuttgart 1943) als Angestellter des Amtes Rosenberg. Beschäftigt ist hier auch *Günther Lutz*, der 1942 die faschistische Neuauflage der *Kant-Studien* organisiert (4.11). Baeumler und sein Nachfolger *Heinrich Härtle* bringen junge Philosophen zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammen, um die »nationalsozialistische Philosophie« zu formen (z.B. Joachim Ritter: vgl. Weber 1989, 239). Wir verweisen auf die Arbeit von George Leaman.

In der SS sucht *Ernst Krieck*, der 1934 als »Ehrenführer« und Gutachter für den »Sektor Wissenschaft« eintritt, gegen Rosenberg/Baeumler eine Hausmacht für seine Wissenschaftspolitik. Er ist im SS-Geheimdienst für die Überprüfung u.a. der Hochschullehrer verantwortlich und bekommt Einfluß auf die Berufungspolitik, bis er 1938 resigniert (3.13). Für die Wissenschaftsorganisation »Ahnenerbe« arbeiten die Münchner Universitätsprofessoren *Hugo Dingler* (Leaman 1991) und *Kurt Schilling*. Der letztere wird Anfang 1939 mit dem Aufbau einer Lehr- und Forschungsstätte für Philosophie beauftragt (Schorcht 1990, 191), die aber nicht realisiert wird (Simon 1990). Schilling klopft bei mehreren Fachvertretern an, u.a. erfolglos bei Gadamer (1990, 549). *Arnold Gehlen* erschließt sich hier ein weiteres Operationsgebiet, weil die SS-Wissenschaftspolitik »ab etwa 1940 in die 'geistige' bzw. 'psychologische Kriegsführung' einbezogen war« (Rügemer, 102). Er verfaßt den Studienführer »Philosophie« für eine von Ahnenerbe und Studentenführung herausgegebene »Schriftenreihe zur Einführung in das gesamte wissenschaftliche Schrifttum«. Sie ist dem Druckstopp Mitte 1944 zum Opfer gefallen und verschollen (ebd.).

Ein anderes Betätigungsfeld ist der Dozentenbund. *Ernst Krieck* wird 1935 Gau-Dozentenführer. *Martin Heidegger* arbeitet bis September 1934 mit dem REM am Projekt einer »Dozentenakademie des deutschen Reiches« (Farias 1989, 262-277). *Hans Heyse*, zunächst als Leiter in den neuen Dozentenakademien tätig, baut ab 1937 in Göttingen an einer von Rust und Rosenberg gemeinsam ausgehungerten »Akademie der Wissenschaften des NS-Dozentenbundes« (Dahms 1987, 186ff). *Ferdinand Weinhandl* ist ab 1937 wissenschaftlicher Leiter der Dozentenbund-Akademie in Kiel (Leske 1990, 289). *Arnold Gehlen* wird 1933 »zum 'Amtsleiter der Dozentschaft' für die Universität Leipzig ernannt«, ist damit »der zweite Mann nach dem Rektor (jetzt 'Führer') der Universität und hat den Parteiauftrag, sich um Berufungen und Ernennungen nach nationalsozialistischen Gesichtspunkten ... zu kümmern; im Jahre 36 ist Gehlen an der Akademie des Dozentenbundes tätig, er hält 'nationalpolitische Lehrgänge' für Funktionäre der NSDAP und des NSLB ab« (Rügemer, 92).

Diese Arbeit geht in die philosophische Produktionsweise ein. Gehlens Schrift *Deutschtum und Christentum bei Fichte* (Berlin 1935) ist eine Ausarbeitung »nationalpolitischer« Vorträge, die wiederum in der Kontinuität vaterländischer Volksbildungsarbeit stehen, wie sie vor 1933 in der »Fichte-Hochschule« geleistet wurde. Die Volkshochschulen werden 1934 zur parteiamtlichen Schulungseinrichtung umfunktioniert und stellen ein Feld dar, auf dem vor allem jüngere Dozenten ihre »politische« Qualität unter Beweis zu stellen haben. An der Hamburger VHS unterrichtet nach der erzwungenen Emigration von Ernst Cassirer sein Assistent *Hermann Noack*, der

während des Krieges auch für das Amt Rosenberg arbeitet. Ebenso der von ihm habilitierte *Joachim Ritter*, dem Meran (1990) als »Mitglied der NSV, der NS Studentenkampfhilfe, des NSLB« »eine gewisse Annäherung an die NS Bewegung« zu bescheinigen nicht umhin kann. »Er nahm regelmäßig an den Arbeitssitzungen der Politischen Fachgemeinschaften teil, arbeitete an der Vorbereitung und Durchführung von Wissenschaftslagern mit, beteiligte sich an einem Lehrgang an einer Hamburger Gauführerschule und leistete freiwillig eine Wehrübung ab.« Wie die Viten anderer Hamburger Philosophiedozenten zeigen, stellen Noack und Ritter an ihrem Institut eher den Normalfall dar. Die »weltanschauliche« Deutungskompetenz der Philosophen ist vielseitig eingeknüpft in das Instanzengeflecht des NS Staats.

*Repräsentation.* — Wer zu Vorträgen, als Gastprofessor oder als »kulturpolitischer« Repräsentant ins Ausland geschickt wurde, arbeitete an der Verständigung mit den dortigen intellektuellen Führungsschichten. Bei einer Tagung der dem Auswärtigen Amt unterstehenden »Kulturinstitute« während des Krieges unterstrich der zuständige AA-Abteilungsleiter, wie sehr es bei dieser Art von »Propaganda«, die Überzeugungsarbeit in intellektuell anspruchsvollen, kritisch eingestellten Kreisen zu leisten habe, auf wissenschaftliches Niveau ankommt.<sup>29</sup> Man hatte aus dem außenpolitischen Desaster gelernt, das der London-Besuch des Parteiphilosophen Rosenberg im Mai 1933 verursacht hatte, und besetzte die Rolle kultureller Staatsrepräsentanten bevorzugt mit Intellektuellen, die nicht bloß als Verbreiter der »nationalsozialistischen« Vulgata angesehen wurden (Muller 1987, 265). Von Bedeutung war auch, daß das AA eine Domäne der alten Eliten blieb und konservative Nazi-Gegner wie Eduard Spranger ebenfalls zum Zuge kommen ließ. Jedenfalls treffen wir auf dieser Bühne durchweg hochrangige, nicht nur »völkische« Repräsentanten des Deutschen Geistes. Sie stabilisieren die deutsch-italienische »Achse«, begründen die Allianz mit dem japanischen Imperialismus kulturphilosophisch, bemühen sich um die kulturellen Eliten in den Satellitenstaaten und den okkupierten Ländern.

Nach Rom werden u.a. *Martin Heidegger*, *Carl Schmitt*, *Hans Heyse*, *Hans Freyer*, *C. A. Emge* zu Vorträgen ans italienisch deutsche Kulturinstitut entsandt. Karl Löwith, der als Emigrant bis 1936 mithören konnte, hat einige Eindrücke überliefert (1986, 85ff). Er trifft hier zum letztenmal seinen Lehrer Heidegger, der 1936 über Hölderlin spricht und »während seines ganzen römischen Aufenthalts« das Parteiabzeichen trägt (ebd., 57). In Berlin bemüht sich Heideggers Schüler *Ernesto Grassi* in italienischem Regierungsauftrag um »die Vermittlung italienischer Kultur und die interdisziplinär angelegte Begegnung deutscher und italienischer Gelehrter geisteswissenschaftlicher Richtungen« (Ott 1988, 269; vgl. Grassi 1990). Seit 1928 arbeitet er als Lektor, Lehrbeauftragter, später Honorarprofessor in Freiburg, ab 1938 in Berlin mit einem Lehrauftrag für »Italienische Philosophie und ihre Beziehung zur deutschen Philosophie«.



1935 erhält er eine Professur in Pavia, wird aber für die Arbeit in Deutschland freigestellt. Grassi hat enge Kontakte zu Mussolinis Erziehungsminister Bottai, dem er das Vorwort zur deutschen Ausgabe seiner *Verteidigung des Humanismus* (1941) schreibt; sein eigenes Werk *Vom Vorrang des Logos. Das Problem der Antike in der Auseinandersetzung zwischen italienischer und deutscher Philosophie* (1939) wird mit einem Druckkostenzuschuß des REM publiziert (Farias 1989, 353). 1940 gründet er in Berlin unter der Schirmherrschaft der italienischen Akademie ein Institut für Humanismusstudien (»Studia Humanitatis«) und gibt das deutsch-italienische Jahrbuch *Geistige Überlieferung* heraus (2 Bde. 1941, 1942). Grassis Bemühungen um einen »gegenwärtigen Humanismus«, dessen Akzent auf der lateinischen Tradition liegt, verursachen den Gralswächtern des »Nordischen« im Amt Rosenberg zunehmendes Mißvergnügen. 1942 suchen sie die Veröffentlichung von Heideggers Schrift »Platos Lehre von der Wahrheit« im zweiten Band des Jahrbuchs zu verhindern, weil er Grassis Tendenz zu stark unterstütze und dem von der Rosenberg-Dienststelle favorisierten »politischen Humanismus« zuwiderlaufe. Daraufhin setzt Mussolini persönlich das vollständige Erscheinen des Jahrbuchs durch, indem er den italienischen Botschafter bei Goebbels vorstellig werden läßt (Farias, 349; Ott, 271f).<sup>30</sup>

Politisch war die Zusammenarbeit der beiden Faschismen relativ spät besiegelt worden. 1934, beim Putsch der österreichischen Nazis gegen das Dollfuß-Regime, ließ der Duce seine Truppen noch drohend am Brenner aufmarschieren. Der Abessinienkonflikt verursacht 1935 eine Umgruppierung der europäischen Bündnissysteme, die Italien an Deutschlands Seite rücken läßt und Hitlers außenpolitische Isolation durchbricht. 1936, als Heidegger in Rom sein Hakenkreuz trägt, bewährt sich in Spanien die deutsch-italienische Waffenbrüderschaft, spricht Mussolini erstmals von der »Achse Berlin-Rom«. 1937, als Mussolinis Staatsbesuch die neue Freundschaft in Szene setzt und Ernesto Grassi sein Wirken aus der Freiburger Provinz in die Reichshauptstadt verlegt, tritt Italien dem Antikominternpakt bei. Diese imperialistische Allianz gegen die Sowjetunion hatte Hitler 1936 mit Japan geschlossen, das einige Monate früher als Deutschland aus dem Völkerbund ausgetreten war und mit der Proklamation eines mandchurischen Kaiserreichs den »Anschluß« Chinas vorbereitete. Im gleichen Jahr schickt das Auswärtige Amt *Eduard Spranger* nach Tokio, um das Japanisch-Deutsche Kulturinstitut zu leiten<sup>31</sup> und »als Propaganda-Redner des Nationalsozialismus ... interessante Parallelen zwischen der 'arischen' und der 'japanischen' Rasse zu entdecken« (König 1980, 90).

Wieder ist mit Karl Löwith der jüdische Emigrant schon da, als der NS-Repräsentant eintrifft. Löwith hatte 1936 — gegen den Widerstand der deutschen Gesandtschaft und des deutschen Kulturinstituts — eine Berufung an die Universität Sendai erhalten (Löwith 1986, 108). Die Mission Sprangers erlebt er 1937 parallel zum Auftritt der »faschistischen Eccellenza Tucci«, die zur Gründung eines italienisches Kulturinstituts in Japan weilt, und die Löwith »schon bei Gentile in Rom kennengelernt hatte« (ebd., 112). Spranger »hatte einen japanischen Übersetzer zur Seite, der ihn auf allen Vortragsreisen begleitete, und er hielt nicht weniger als achtzig Vorträge in knapp zwölf Monaten.<sup>32</sup> Die meisten dienten der kulturphilosophischen Dekoration der frischgebackenen deutsch-japanischen Freundschaft« (ebd., 113). »Als ich ausführliche Referate davon in der japanisch-amerikanischen Zeitung las, konnte ich zuerst nicht begreifen, wie derselbe Mann, der 1933 sein Abschiedsgesuch eingereicht hatte, nun als offizieller Vertreter des nationalsozialistischen Deutschland seine Bildung

dazu hergeben konnte, um sich selbst und seinem Publikum einzureden, daß Deutschland und Japan ... eine gemeinsame geschichtliche Aufgabe und eine tiefe Verwandtschaft hätten. Der Samurai entsprach dem preußischen Offizier, der japanische Opfermut dem germanischen Heldentum, Bushido dem germanischen Ehrenkodex, die japanische Ahnenverehrung dem neudeutschen Rassegedanken und andere Torheiten mehr.« (Ebd.)

Zurückgekehrt von seinem einjährigen Auslandsaufenthalt (Herbst 1936 Herbst 1937), bekommt Spranger von Minister Rust bescheinigt, daß er »die deutschen kulturpolitischen Interessen mit unermüdlichem Einsatz ... und mit ganz besonderer Einfühlung in die gestellten Aufgaben erfolgreich wahrgenommen« habe.<sup>33</sup> Ähnlich sagt es der japanische Botschafter in einer kleinen Ansprache<sup>34</sup> zu Beginn eines der Japan-Vorträge, mit denen Spranger nun die Philosophie des Antikominternpakts verbreitet. Im April 1941 genehmigt der Führer dem akademisch hochdekorierten »Volkserzieher« die Annahme des Kaiserlich Japanischen Ordens des Heiligen Schatzes 2. Klasse.<sup>35</sup> Im September 1944, nach dem gescheiterten Staatsstreich der konservativen Hitler-Gegner, haben ihn seine japanischen Verbindungen wahrscheinlich dem Zugriff der Gestapo entziehen können.

Um Spranger bemüht sich auch der stellvertretende Kultusminister des mit Deutschland paktierenden Horthy-Regimes, der ihn 1937 als Gastprofessor nach Ungarn holen will.<sup>36</sup> 1938 geht dann *Hans Freyer* in die Donaumetropole, die besonders während des Krieges ein beliebter Stationierungsort war. Freyer hatte bereits dem Budapester Kongreß des »Verbandes für kulturelle Zusammenarbeit« (3. 6.1.1934), einem europäischen Zusammenschluß des intellektuellen Konservatismus, als halb offizieller »Vertreter des neuen Deutschland« beigewohnt (Muller 1987, 261) und darüber berichtet (»Tradition und Revolution im gegenwärtigen Europa«, *Erwachendes Europa* 1/1934, 86-90). Er übernimmt nun eine Gastprofessur für Deutsche Kulturgeschichte und 1941 zusätzlich die Leitung des »Deutschen Wissenschaftlichen Instituts«. Institut und Lehrstuhl wurden vom Auswärtigen Amt eingerichtet, um den »kulturellen Einfluß« in Südosteuropa zu vergrößern und die konservative Intelligenz Ungarns für die Ziele der deutschen Hegemonialmacht zu gewinnen. Zu Freyers Aufgaben gehören regelmäßige Berichte über die Un/Zuverlässigkeit ungarischer Wissenschaftler. Bei der Informationsbeschaffung geht ihm zeitweilig sein Leipziger Schüler *Helmut Schelsky* zur Hand, der 1940/41 als Assistent am DWI beschäftigt ist. Freyer füllt seine vielfältigen Vermittlungsfunktionen so glänzend aus, daß der ungarische Kultusminister 1940 die Verlängerung seines Zweijahresvertrags verlangt und auch das Auswärtige Amt ihn als »unabkömmlich« einstuft. So bleibt er in Budapest, bis Hitler im März 1944, unzufrieden mit den Kriegsanstrengungen des Horthy Regimes und seiner laschen Behandlung der »Judenfrage« (Juden waren in der ungarischen Intelligenz nicht gerade unterrepräsentiert), die deutschen Truppen einmarschieren läßt und das Land unter SS-Verwaltung stellt. »Die Objekte der regelmäßigen Berichterstattung Freyers wurden nun die Opfer seiner Landsleute. Selbst jene konservativen ungarischen Intellektuellen, die dem DWI zuvor wohlgesonnen waren, wandten sich nach dem März 1944 von ihm ab, als das Gesicht der SS allmählich das von Hans Freyer als Verkörperung der deutschen Kultur in Budapest ersetzte.« (Muller 1987, 305-315, hier: 313f)

*Kriegsverwendungen.* — Die Auslandsvorträge gewinnen im Krieg an Bedeutung. Wenn *Hans-Georg Gadamer* 1941 in Paris vor französischen Offizieren über Herder spricht (Orozco 1991), geht es um hegemonale Überzeugungsarbeit, die einen gewissen Takt erfordert und den Unterworfenen nahelegt, sich in der Überlegenheit des Deutschen Geistes wiederzuerkennen. »Ich verkannte nicht, daß man damit zur Auslandspropaganda mißbraucht wurde, für die manchmal ein politisch Unbescholtener gerade recht sein konnte.« (Gadamer 1977, 118f) Die »gemischten Gefühle« (ebd.) gelten einer Arbeit, die zwar offensichtlich in die faschistische Kriegsmaschinerie eingespannt war. Die philosophische Kompetenz hatte aber gerade deshalb ihre Funktion, weil sie die praktische Fiktion eines Primats von Geistigem aufrechterhielt und, volens oder nolens, den völkermordenden Raubzug im Licht höherer Ideale erscheinen ließ.

Zugleich eröffnen sich ihr weitere Felder. »Mit Kriegsbeginn wurde eine große Zahl von Lehrern, Professoren der Philosophie und Psychologie, Dozenten und anderweitig berufstätigen Psychologen als Ergänzungspsychologen eingezogen, von denen viele zu Kriegsverwaltungsräten ernannt wurden« (Geuter 1984, 265). Unter den Philosophieprofessoren in der Uniform des Wehrmachtpsychologen trifft man neben den Psychologen *Oswald Kroh*, *Robert Heiss*, *Siegfried Behn* und *Carl Jesinghaus* auch Vertreter des »klassischen« Kernbereichs der Philosophie wie *Julius Ebbinghaus*, *Erich Rothacker*, *August Faust* (Geuter, ebd.), *Eduard Spranger* und dessen Schüler *H.R.G. Günther* und *Hans Wenke*. *Arnold Gehlen* konzentriert hier seine Aktivitäten besonders seit der Zeit in Wien, »wo einer der wissenschaftlichen Schwerpunkte der Heerespsychologie entstanden war, und zwar in enger Verzahnung von Universität und Heer« (Rügemer 1979, 96). Er »hält die psychische Einstellung der Bevölkerung zum Krieg für einen entscheidenden Faktor der Kriegsführung; er ist damit sicherlich der erste idealistische *Philosoph*, der diese erst in den dreißiger und vierziger Jahren des 20. Jahrhunderts wissenschaftlich-emprisch entwickelte Dimension der Kriegsführung als Erfahrungsgrundlage einbezieht und mithilfe seiner philosophischen Kategorien zumindest in Ansätzen reflektiert.« (ebd., 95)

Eine weitere Spitze des Eisbergs »Philosophie und 'Mobilmachung' des faschistischen Subjekts« ist die Beteiligung am Projekt »Kriegseinsatz der Geisteswissenschaften« (Schönwälder 1985; Simon u.a. 1990). Es geht auf eine Hochschullehrerinitiative zurück, die angesichts der forschungspolitischen Privilegierung von Natur- und Technikwissenschaften auch die ideologischen Produktivkräfte der Geisteswissenschaft in der Eroberungsstrategie zur Geltung bringen wollte. Betreut und finanziert vom REM und der DFG sollte es »die Idee einer neuen europäischen Ordnung ... in einer wissenschaftlich unanfechtbaren Weise herausarbeiten« (Bericht über die konstituierende Kieler Arbeitstagung am 27./28.4.1940; zit.n.Geuter, 421). Die Gesamtleitung obliegt dem Kieler Rechtsphilosophen *Paul Ritterbusch*, der Arbeitskreis

Philosophie wird über *Ferdinand Weinhandl* ebenfalls von der faschistischen Musteruniversität Kiel gesteuert. Philosophen, Historiker, Germanisten, Romanisten, Anglisten, Geographen machen sich daran, vom Hegemonialanspruch des »Deutschen« her die europäische Geistesgeschichte neu zu schreiben. Das Ergebnis sind Publikationsreihen, deren Einzelbeiträge auch als Feldpostausgaben erscheinen; dazu zwei internationale Tagungen, die Historiker (Februar 1941) und Philosophen (Oktober 1942; 4.3) in Nürnberg abhalten. Die Publikationen werden 1943 von *Hermann Glockner* in seiner Zeitschrift vorgestellt (ZDK IX, 71-76). Deutlich abfallend gegenüber einem fünf-bändigen Monumentum Germanisticum kann die Philosophie zwei Werke vorweisen: *Das Bild des Krieges im deutschen Denken* (hrsg. v. *August Faust*, Stuttgart 1941) und *Das Deutsche in der deutschen Philosophie* (hrsg. v. *Theodor Haering*, Stuttgart 1941).<sup>37</sup> Die Aufgabe, durch Nachweis des »art- und wesensmäßig Deutschen« (ZDK IX, 72) in der abendländischen Kultur den »Willen zum Neuen aus europäischer Verantwortung« (75) hervorzukehren — um die »Inselhaftigkeit des englischen Geistes« und seinen »Machtanspruch« über den französischen »zu durchbrechen« (74f) — sei um so bedeutsamer, rhapsodiert *Hermann Glockner* im Stalingrad-Jahr, »je größer der Einflußraum wird, den der Sieg der Waffen für das nunmehr zu beginnende Werk des Geistes bereitstellt« (72).<sup>38</sup>

### 3.34 Die informelle Ordnung

Überkorrekte Anpassung an die administrativ-»weltanschaulichen« Vorgaben vertrieb die Hörer und brachte Kollegen auf Distanz. Die Institution verlangte, daß dem Kanon ihrer Texte und Autoren ein völkischer Rassediskurs nicht plump aufgepfropft wurde. Beispiele für letzteres sind nicht zahlreich, zu nennen wären die Parteikarrieristen *Grunsky* und *Schultz*. Die Veranstaltungen von *Grunsky*, der mit »Seminaren der philosophierenden Mannschaft« seit 1937 auch Kriegsvorbereitung betrieb, »fanden zeitweilig so geringen Zulauf, daß sie ausfielen« (*Henckmann* 1987, 15). Hier fand die Zunft nach 1945 einen Teil ihrer Sündenböcke. In seiner Sammlung »Heiterer Erinnerungen« erinnert sich *Erich Rothacker* an *Wolfgang Schultz*, der durch Ministerprotektion auf *Hönigswalds* »Schelling-Lehrstuhl« kam. Die Münchner Fakultät hatte, nachdem *Heidegger* ablehnte, *Rothacker* auf Platz 1 gesetzt.

»Als ein Dilettant auf prähistorischem Gebiet, dessen Fach mit Philosophie wenigstens das 'P' gemeinsam hatte, das philosophische Ordinariat in München besetzte, hielt er zwar in einem Wald von Fahnen seinen Einzug, verlor aber bald die meisten seiner Hörer und der Rest machte Puldeckelkonzerte. Er soll in seiner Verzweiflung gerufen haben: Wenn Sie sich nicht ruhig verhalten, rufe ich die SA, worauf die Studenten im Sprechchor erwiderten: Wir sind selbst die SA.« (1963, 142)

Die administrative Lehrbefugnis war das eine, die philosophische Kompetenz ein zweites. Wer wie Rothacker faschistisch lehrte, aber dem unglücklichen Schultz nach 1945 hinterherlachen konnte, brachte die habituelle Voraussetzung mit, seinen Rassismus sublimiert (»philosophisch«) in den Texten und Traditionen auszulegen: als hätten Platon oder Kant sagen wollen, was im Sinne der NS-Weltanschauung gefordert war. Aus den Schriften waren nach 1945 nur anstößige Stellen zu entfernen, in denen Nazisprache unzensuriert einfloß (vgl. zu Gehlens interner Säuberung: Klinger 1989, 191). Das mußte nicht der Autor selbst besorgen, der institutionelle Mechanismus arbeitete zuverlässig. Hermann Lübke berichtet über den »Akt der Schonung«, der Heidegger von seinen Nachkriegs-Hörern in Kenntnis der Texte von 1933 zuteil wurde. Er selbst fand sich, »auch unter dem Rat älterer Kollegen, damals veranlaßt, in einer kleinen Bibliographie zu Schriften Heideggers und zu Schriften über ihn jene nazistischen Verlautbarungen titelmäßig nicht einzeln aufzuführen« (1988b, 232). Damit wurde freilich keine Spur verwischt, sondern eine falsche Fährte gelegt. Der strukturelle Faschismus in den handwerklich sauber gebildeten, formal philosophischen Äußerungen findet bis heute kaum Beachtung.

Rothacker scheint im »revolutionären« Überschwang von 1933 die Regeln der Institution verletzt zu haben, als er versuchte, im neuen Goebbels-Ministerium kulturphilosophische Erkenntnisse in einen Katalog kulturpolitischer Sofortmaßnahmen umzumünzen. Gadamer erinnert sich an einen Marburger Vortrag, in dem Rothacker seine Idee eines »Reichsvolksdienstes« (Weber 1989, 140ff) propagierte. »Alle Wissenschaften sollten ein Semester lang das Deutsche in der Wissenschaft zum Gegenstand machen. Obendrein wäre das eine schöne Gelegenheit, den Eifer der Professoren bei der Durchführung dieses deutschen Semesters zu beobachten. (...) Seitdem habe ich mit Rothacker nichts mehr zu tun haben wollen.« (Gadamer 1990, 545). R. hatte die Fachkollegen zur wechselseitigen Bespitzelung aufgefordert und eines der ungeschriebenen Gesetze verletzt, die auch der NS nicht aufheben konnte. Die Aufrechterhaltung des *normalen* Lehrbetriebs erforderte einen Takt, der mit zur Kompetenz des Philosophen gehörte. Einerseits war den »weltanschaulichen« Forderungen der Administration genüge

zu tun, sonst drohte Entlassung. Andererseits war die Form zu wahren, in der sich die Institution Philosophie in ihrer relativen Autonomie reproduzierte. Der Widerspruch artikuliert sich in verdeckter Insubordination. Eine Gadamer-Anekdote soll zeigen, »wie solidarisch man im allgemeinen war« (1977, 116). Ort der Handlung ist Leipzig, wohl zu Beginn des Krieges.

»Ich hielt einen Plato Vortrag. In der Diskussion fragte ein auf Urlaub befindlicher Soldat, was Plato gesagt hätte, wenn als Führer eines Staates ein verbrecherischer Tyrann stünde. Ich antwortete: Selbstverständlich würde er die Ermordung des Tyrannen gutgeheißen haben. Es erfolgte keine Weiterung.« (Ebd.)

Eine Kleinkunst des Widerstands blüht auf. Immer dieselbe Regel: Politische Kritik, verschoben in eine der Form nach unpolitische Auslegung des Heiligen Textes. Man hat es gesagt und doch nicht gesagt. Der immer vorauszusetzende Spitzel schreibt sich so auch ins philosophische »Schrifttum« ein.

»Einmal gab es eine gefährliche Weiterung. Ich hatte in einem Seminar das logische Beispiel gebraucht: Alle Esel sind braun. Großes Gelächter und eine Studentin berichtete begeistert an eine Freundin. Der Brief wurde von den Eltern gelesen. Es erfolgte eine Denunziation. Das arme Mädchen mußte in die Fabrik-Arbeit. Ich wurde zum klugen und wohlmeinenden Rektor bestellt, der sich von mir mit Befriedigung bestätigen ließ, daß ich eben ein logisches Beispiel gebraucht hätte.« (Ebd., 117)

In der Gestalt des Guten, der mehrmals günstig in Gadammers Laufbahn eingreift, agieren einflußreiche Nazis. Der »kluge und wohlmeinende Rektor« ist Helmut Berve, federführend beim »Kriegseinsatz« der Altphilologie, zu dem auch Gadamer beiträgt (*Das neue Bild der Antike*, Leipzig 1990; vgl. Orozco 1990, 557). Der »steirische Graf«, der als Leiter eines Dozentenlagers Gadammers »festgefahrenes Schiffchen wieder flottmachen« half »und das Nazi-Deutschland, gewiß nicht ohne Schmerzen seines Rechtsgewissens sonst, ganz von der außenpolitisch-nationalen Seite her sah« (Gadamer 1977, 57), ist der Kriminologe Gleispach, erster nazistischer Rektor der Wiener Universität. Er hatte im Studienjahr 1929/30 eine Studentenordnung mit »Studentenationen« eingeführt, die nach dem Vorgehen von Schlägertrupps gegen jüdische und sozialistische Studenten als rechtswidrig aufgehoben wurde. Er nahm »als einziger Rektor am 13. Studententag der schon damals stark nationalsozialistisch beeinflussten *Deutschen Studentenschaft* im Juli 1930 in Breslau teil« (Weinzierl 1981, 78) und wurde vom Austrofaschismus zwangspensioniert. Gadamer führt seine NS-Karriere auf Fürsprecher wie Gleispach und den Marburger Rektor Zimmerl zurück. Ihre als anti-nazistisch dargestellte Qualität dürfte in einer Fähigkeit bestanden haben, die informelle Ordnung der Institution im

Instanzengerangel des realen NS-Staats aufrechtzuerhalten. Erst so erschließt sich die »normale« Karriere von Philosophen während der NS-Zeit, die nicht durch parteikonforme Einstellung allein zu machen war.

Die öffentliche Resonanz stieg in dem Maße, wie ein Repräsentant des Fachs in der philosophisch sublimen Form Konflikte zu artikulieren und Zeitkritik zu äußern wußte. Diese Kunst sollen Eduard Spranger vom konservativen, Peter Wust vom katholischen oder Martin Heidegger vom Nazistandpunkt beherrscht haben. Alles kam darauf an, sich so zu äußern, daß der mitschreibende Spitzel verrückt werden mußte — etwa wenn Heidegger und Spranger in den zitierten Vorträgen (2.32) die Propaganda des 1000jährigen Reichs als Mach- und Mundwerk zu verstehen geben, in dessen Untergang sich die faschistischen Ideale von Größe, Tod und Ewigkeit erst kundtun. Eine andere Attraktion übte dagegen ein philosophischer Diskurs aus, der sich sich jeder Bezugnahme aufs Zeitgeschehen verweigerte. Wer nicht im »politisch-weltanschaulich« geforderten Sinne Philosophie trieb, sondern statt dessen bewußt unpolitisch, der agierte nun bewußt politisch. Dies scheint z.B. die Seminare von Nicolai Hartmann zu charakterisieren. Auch Karl Jaspers notiert, er habe in seinen Vorlesungen gesagt, »was man gefahrlos sagen konnte: nur Philosophie« (1965, 89).

Zur Untersuchung des institutionellen Alltags bleibt man auf Äußerungen von Zeitzeugen angewiesen, die aber bearbeitet werden müssen. Wer das Gesagte versteht, wie es verstanden werden will, erfährt wenig, da der berufliche Aufstieg an den Aufstieg zur höheren Erkenntnis geknüpft ist, die sich eine Wahrnehmung des gewöhnlichen, realen NS untersagt. Daher das Dichthalten der philosophischen Profession. Heinz Hülsmann (1987, 114) erinnert sich an eine Festansprache, die Max Müller hielt, zum Siebzigsten von Heidegger, der zeitweise dessen Existenz zerstört hatte. »Das Verhältnis schien ungetrübt. (...) Wer den Meister gewählt hat, wen der Meister erwählt hat, der hat seine Erinnerung gewählt.« In der Erinnerung an sein Philosophiestudium nach 1936, in Münster und Freiburg, deutet Hülsmann ein »hidden curriculum« an, in dem »das, was ich zu lernen hatte, Verhaltensmuster waren und nicht nur theoretische Inhalte« (ebd., 111).

## 3.4 Österreich

## 3.41 »Säuberung«

Nicht nur die Phasenverschiebung ist für das 1938 »heimgeholte« Österreich kennzeichnend. Anders als im heutigen Westdeutschland verspürt man dort in Sachen Philosophie »die enorme Deviation, den unglaublichen Bruch ..., den die Ara des Faschismus und der Nachkriegsrestauration herbeigeführt hat« (Haller 1988, 160). Zum einen ist die aufklärerisch-erkenntniskritische Tradition (Brentano, Mach, Wiener Kreis), von der aus diese »Deviation« konstatiert wird, Anfang der 30er Jahre ungebrochen. Die österreichische Philosophie war beim Machtantritt der Faschismen keineswegs auf Linie — im Gegensatz zur deutschen, die lange vor 1933 das »positivistische« und »kritizistische« Element in sich zu verfolgen begann. Nach 1945 wurde dann der Bruch, den es hier gab, von einer Wissenschaftspolitik zementiert, die mittels der vom Austrofaschismus und vom Deutschen Faschismus gestifteten Traditionen »ein neo-klerikales Philosophenregime zu errichten trachtete, wie man es sonst vielleicht nur in Spanien kannte« (ebd., 164). Anders als in Deutschland unterblieb die wenigstens partielle Rückholung der Emigranten. *Viktor Kraft*, der als einziger Vertreter des Wiener Kreises im Nachkriegs-Österreich eine Professur erhielt, gehörte zu den drei im Land gebliebenen Mitgliedern des Kreises; alle anderen emigrierten auf Dauer.<sup>39</sup> Eine Entnazifizierung, wie sie in der deutschen Philosophie zumindest anhand der exponierten Nazis durchgeführt wurde, fand nie statt. So bleibt *Ferdinand Weinhandl*, der im faschistischen Wissenschaftszentrum Kiel die Bücherverbrennungsrede hielt, die *Philosophie als Werkzeug und Waffe* (Neumünster 1940) gegen »weltanschauliche« Gegner benutzte und die Abteilung der Philosophen im »Kriegseinsatz der Geisteswissenschaften« dirigierte (3.33), auf dem 1944 besetzten Doppellehrstuhl im heimischen Graz (*Wege zum Lebenssinn*, 1951). 1966 erhält er das Österreichische Ehrenkreuz für Wissenschaft und Kunst I. Klasse (Leske 1990, 289). — Der deutsche Einmarsch im März 1938 ist also nicht Beginn, sondern eher Schlußpunkt einer »Säuberung«, deren Etappen wir hier nachzeichnen.

*Bis 12. Februar 1934.* — Der Machtantritt des Austrofaschismus im März 1933 (Aufhebung der parlamentarischen Verfassung durch Staatsstreich des Bundeskanzlers Dollfuß) hat unmittelbar keine Säuberung der Universität zur Folge. Die Zerschlagung des »Wiener Kreises«, die 1938 beim Einmarsch der deutschen Truppen ein *fait accompli* sein sollte, kündigt sich indes an: *Edgar Zilsel* verliert Anfang 1934 die



## Österreich

Stellung als Lehrer und VHS-Dozent wegen seiner Artikel im Organ der österreichischen Sozialdemokratie (Dahms 1985, 313ff).<sup>40</sup> Er hatte 1933 u.a. eine Parteitagrede Hitlers analysiert (Pseudonym R. Richter: »SA philosophiert«, *Der Kampf* XXVI, 393-402) und die Vertreibung von Wissenschaftlern im NS kommentiert und bilanziert (»Das Dritte Reich und die Wissenschaft«, ebd., 487-493).

Der Februar 1934 bringt den eigentlichen Einschnitt: Niederschlagung sozialdemokratischer Widerstandsaktionen durch eine Übermacht von Polizei, Militär und faschistischer »Heimwehr«; Verhaftungen, Verbot der SDAPÖ mit den ihr verbundenen Organisationen. Darunter ist der Verein Ernst Mach, das Popularisierungsinstitut des Wiener Kreises (4.13), und das von *Otto Neurath* geleitete Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum. Neurath, der den Februar wegen eines Werkvertrags mit der sowjetischen Regierung in Moskau verbringt, emigriert von dort nach Holland. Er hätte als Exponent der linken Volksbildungsbewegung und Autor in austromarxistischen Organen mit der Verhaftung rechnen müssen. Auf dem Weg in die Emigration muß er das Deutsche Reich weiträumig umschiffen: die Nazis zählen ihn als Funktionär der bayrischen Räterepublik, für die er ein Sozialisierungskonzept erarbeitet hatte, zu den »Novemberebrechern« (Mohn 1985). Mit Neurath verliert der Wiener Kreis seinen Hauptorganisator, die Verbindung des Philosophenzirkels zur Arbeiterbewegung ihre wichtigste Klammer (Dahms 1985, 332f., Heggemann 1983).

*Max Adler*, philosophischer Repräsentant des Austromarxismus an der Wiener Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät, behält bis zu seinem Tod 1937 die Lehrbefugnis, darf aber nicht mehr über Sozialismus lesen. Da Karl Grünberg und Hans Kelsen schon in den 20er Jahren nach Frankfurt bzw. Köln gegangen waren, bleibt die Darstellung des Marxismus nach 1934 Othmar Spann vorbehalten (Weinzierl 1988, 58).

1936. — Erste antisemitische Verwaltungsaktionen: Im Januar werden die Verträge jüdischer Assistenten bei den Wiener Ordinarien Reininger, Bühler und Schlick aufgelöst; bekanntester Emigrant ist der Schlick-Schüler *Friedrich Waismann* (Dahms, 336). Am 22. Juni wird *Moritz Schlick*, das Oberhaupt des Wiener Kreises, durch einen Studenten ermordet.

Der Mord auf der Treppe der Wiener Universität erfolgte nach allem, was man weiß (Siegert 1981), aus persönlichen Rachemotiven. Der Attentäter kam frei, als er nach dem »Anschluß« geltend machte, er habe »durch seine Tat und die hierdurch erfolgte Beseitigung eines

jüdischen, volksfremden und volksschädlichen Lehrers dem Nationalsozialismus einen Dienst erwiesen« (ebd., 130f). Das Ereignis erhielt in der rassistisch aufgeladenen Wiener Atmosphäre sofort ideologische Bedeutung. In der katholischen Wochenzeitung *Schönere Zukunft* gibt ein »Prof. Austriacus« der »radikal niederreißenden Philosophie« des Opfers die Schuld. Diese — nicht etwa die Abstammung! — macht Schlick zum »Juden«.

»Jetzt werden die jüdischen Kreise nicht müde, ihn als den bedeutendsten Denker zu feiern. Wir verstehen das sehr wohl. Denn der Jude ist der geborene Ametaphysiker, er liebt in der Philosophie den Logozismus, den Mathematizismus, den Formalismus und Positivismus, also lauter Eigenschaften, die Schlick in höchstem Maße auf sich vereinigte. Wir möchten aber doch daran erinnern, daß wir Christen in einem christlich deutschen Staat leben, und daß wir zu bestimmen haben, welche Philosophie gut und passend ist. Die Juden sollen in ihrem Kulturinstitut ihre jüdische Philosophie haben! Aber auf die philosophischen Lehrstühle der Wiener Universität im christlich deutschen Österreich gehören christliche Philosophen! (...) Hoffentlich beschleunigt der schreckliche Mordfall ... eine wirklich befriedigende Lösung der Judenfrage!« (Zit.n.Stadler, 1988a, 19; vgl.Dahms 1985, 337f).

Tatsächlich wird Schlicks Lehrstuhl, 1895 für Ernst Mach unter dem Titel »Philosophie der induktiven Wissenschaften« eingerichtet, 1938 mit dem katholischen Philosophen Alois Dempf besetzt — der Schlußpunkt hinter »einer schon längeren und mit großen Namen bestückten sowie institutionell gesicherten Tradition der Wissenschaftstheorie in Wien, lange bevor es 1928 zur Gründung des Wiener Kreises kam« (Dahms 1988, 159). Der Austrofaschismus war offenbar auf dem besten Wege, die katholische Philosophie zur Officialphilosophie zu machen, da auch der Lehrstuhl des 1934 in die USA emigrierten *Heinrich Gomperz*<sup>41</sup> mit einem »christlichen Philosophen« besetzt wurde. Allerdings stellte sich der Gegensatz von »christlicher« und »jüdischer« Philosophie nicht so eindeutig dar wie in der »Schöneren Zukunft«, denn der neue Lehrstuhlinhaber *Dietrich von Hildebrandt* war 1933 durch den »Arierparagrafen« von der Münchner Universität vertrieben worden (2.3.1). Die biologistische Spielart des Rassismus war im Austrofaschismus nicht dominant.

Ende 1936 emigriert das im nachhinein prominenteste Mitglied des Wiener Kreises — das keins war, weil von Schlick nicht zu den Donnerstagabenden geladen, in denen sich der Zirkel konstituierte: *Karl Popper*, wie Zilsel Mittelschullehrer, hatte mit seinem frühen Hauptwerk *Logik der Forschung* (1935 in der WK-Reihe »Schriften zur wissenschaftlichen Weltanschauung« publiziert) auf sich aufmerksam gemacht, war zu Vorträgen nach Großbritannien eingeladen worden und bekam Stellenangebote. Wegen jüdischer Abstammung ohne Chance auf eine akademische Karriere in Österreich, entschied er sich für eine Lehrtätigkeit in Neuseeland. »Den 'Anschluß' Österreichs im März 1938 nahm er offenbar zum Anlaß, seine Totalitarismustheorien unter

dem Titel *Das Elend des Historizismus* publikationsreif zu machen.« (Dahms 1985, 340) Er schrieb später, er habe sich bis dahin zurückgehalten, »irgendetwas gegen den Marxismus zu veröffentlichen: wo sie auf dem europäischen Kontinent noch existierte, war die Sozialdemokratie letztlich die einzige politische Kraft, die der Tyrannei noch Widerstand leistete« (Popper 1974, zit.n.ebd.).

**März 1938.** — Beim Einmarsch der deutschen Truppen am 11.3. holt die Gestapo *Othmar Spann*, als er im Familienkreis eine Flasche Sekt auf »den schönsten Tag seines Lebens« leert. Sollte dies eine Anekdote sein (Klemperer o.J., 222), so charakterisiert sie immerhin das unglückliche Verhältnis des NSDAP-Mitglieds Spann mit dem Nazismus. *Der wahre Staat* (<sup>4</sup>1938) erschien ihm nicht in der Gestalt des verachteten österreichischen Ständestaats, sondern in der des NS-Staats. Diese jedoch bekämpfte, besonders in Gestalt der SS, Spanns hierarchische *Gesellschaftslehre* (<sup>3</sup>1930) als reaktionär und ihn selbst wegen seines Einflusses auf die nach der Okkupation beseitigte »Heimwehr« (Weinzierl 1981). Die Verhaftung (mit zeitweiligem Gefängnis und Schreibverbot) verdankt Spann der öffentlichen Klage über seine Rolle als verschmähter Ideologe des Nazismus (Petzold 1983, 351f). Er behält seine Professur an der Wiener Universität.

Nach dem *Gesetz über die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich* vom 13.3.1938 werden die österreichischen Beamten auf Hitler vereidigt, wobei »Juden« (nach der Definition des RBG) ausgeschlossen sind. Am 31.5.1938 folgt mit der *Verordnung zur Neuordnung des österreichischen Berufsbeamtentums* die Neuauflage des BBG. In der Wiener Philosophischen Fakultät werden 97 von 267 Lehrkräften relegiert, von denen 27 ins Exil gehen und ganze 8 nach 1945 zurückkehren (Kowall 1983).<sup>42</sup> Die restlichen Mitglieder des Wiener Kreises unter den Philosophen, *Felix Kaufmann* und *Viktor Kraft*, verlieren ihre Lehrbefugnis (wobei Kraft weder »Jude« noch politisch hervorgetreten war; Dahms 1985, 344). Zerschlagen wird außerdem der antinazistisch-austrofaschistische Kreis katholischer Philosophen um *Dietrich von Hildebrandt* und seinen Schüler *Balduin Schwarz* sowie, mit der Entlassung von *Karl* und *Charlotte Bühler*, ein weiteres Zentrum der Psychologie. Hildebrandt emigriert (nach abenteuerlicher Flucht) ebenso wie die Bühlers (nach vorübergehender Inhaftierung) in die USA. Der Wiener Privatdozent *Oskar Ewald* (= Friedländer), »Kantianer, Freidenker und religiöser Sozialist« (Stadler 1988a, 120), wird ins Dachauer KZ deportiert und stirbt 1940 in Großbritannien an der Folgen der Haft (Weinzierl 1988, 59). Aus der Reihe der Nicht-Fachvertreter, die nach dem »Anschluß« Österreich verlassen müssen, seien erwähnt: *Edgar Zilsel*, 1938 aus dem Schuldienst entlassen, der

Phänomenologe *Alfred Schütz*, der die amerikanische Soziologie nachhaltig beeinflussen sollte, und *Leo Kofler* (= *Stanislaw Warynski*).

### 3.42 »Geistiger Anschluß«

Was bewirkte der Nazismus in dieser philosophischen Szenerie, die der Austrofaschismus schon gründlich »gesäubert« hatte? »Der philosophische und weltanschaulich-politische Pluralismus in der Zeit der Monarchie und — ab 1934 stark reduziert — in der ersten Republik wurde in den dreißiger Jahren durch die Monokultur des politischen Katholizismus und faschistischen Universalismus (Othmar Spann und Anhänger) physisch und theoretisch allmählich verdrängt. Beide auf Hochschulboden dominierenden Strömungen gingen großteils nahtlos in die eklektizistische NS-Ideologie über, während sich der antisemitische Kulturkampf vor allem gegen fortschrittlich-liberale Vertreter der Psychoanalyse, Psychologie, des Austromarxismus, des Logischen Empirismus (Wiener Kreis) und der Wiener Schule der Rechtstheorie (Hans Kelsen und sein Kreis) richtete.« (Stadler 1988a, 121) Trotzdem konnte der Übergang keineswegs nahtlos erfolgen, da die austrofaschistische Reaktion sich vermittels der im NS nicht gelittenen katholischen Philosophie artikulierte, zudem gestützt auf Fachvertreter, die wie Spann, Hildebrandt (1934 NF Gomperz) und Dempf (als NF Schlick 1938 zwangsemeritiert) von den Nazis bekämpft oder sogar rassistisch verfolgt wurden. In Graz und Innsbruck wurden nach dem »Anschluß« die Katholisch-Theologischen Fakultäten aufgehoben (Weinzierl 1988, 58). Die doppelte Stoßrichtung gegen das »Jüdische« und das »Klerikale« erklärt das beachtliche Ausmaß, das die zweite Säuberung der österreichischen Universitätsphilosophie durch den Nazismus annahm.

Die danach einsetzende Entwicklung wird im Gegensatz zu den vorangegangenen Emigrationsprozessen erst in jüngster Zeit erforscht (Hartmann 1989).<sup>43</sup> Einiges deutet auf planmäßige Vorbereitung.<sup>44</sup> Jedenfalls rücken nicht die lokalen Klerikalfaschisten wie Hans Eibl oder Johann Sauter auf die Lehrstühle, sondern Konquistadoren aus dem »Altreich«: die Freyer-Schüler *Gehlen* (NF Reininger) und *Ipsen* (NF Bühler) werden mit *Konrad Lorenz* von der braunen Musteruniversität Königsberg ins schwarze Wien versetzt. »Reichsdozentenführer« Hiltner ermuntert Arnold Gehlen bei seiner Berufung, »daß in Wien wirkliche Möglichkeiten für eine nationalsozialistische Philosophie bestehen«: zum einen gab es dort »oft der christlichen und kirchlichen Tradition abholde Philosophen«, vor allem aber waren »in der Ostmark

die Universitäten in höherem Maße als seinerzeit im Altreich Mitträger unserer Bewegung«. <sup>45</sup>

Zwar entstand auch in Wien nicht die »nationalsozialistische« Philosophie. Doch begründete der NS hier eine Tradition des Deutschen Idealismus, zu dessen Abwehr sich ehemals die katholische Philosophie formiert hatte. Dieser straffe Idealismus (»Abteilung Willensmetaphysik, und immer wieder Kant, Fichte, Nietzsche«; Hartmann, 25) trägt die Handschrift Gehlens, der den Lehrstuhl des nach dem Beamtenengesetz entpflichteten Wiener Schulhaupts Robert Reininger besetzte. <sup>46</sup> Gehlen, im Auftrag der Partei auch beim »Neuaufbau« der Wiener DPhG-Ortsgruppe (4.2) und in der Wehrmachtpsychologie aktiv (Rügemer 1979, 94ff), wird mit der »Neuordnung der philosophischen Institute im Einvernehmen mit Professor Ipsen« beauftragt (REM-Erlaß v.3.1.1940, zit.n ebd., 95). Nach Ipsens Weggang zum Militär übernimmt er im April 1940 die Direktion des Psychologischen und 1942 auch die des Philosophischen Instituts (ebd.). Im Geiste des Gehlenschen Idealismus lehrt, neben *Walther Schmied-Kowarzik* (ab 1939), auch sein Assistent *Erich Heintel*. — »Während sich ... nach dem Zweiten Weltkrieg im philosophischen Lehrbetrieb kein einziger Emigrant findet, kann von einer Restauration der katholischen Philosophie vor 1938 (durch Alois Dempf und den Eibl-Schüler Leo Gabriel) und des deutschen Idealismus während der NS-Herrschaft 1938-1945 (durch Erich Heintel) gesprochen werden, was eine Folge der klerikal-konservativen Hochschulpolitik einerseits und der nicht durchgeführten Entnazifizierung andererseits ist.« (Stadler 1988a, 120)

## 4. Zum Strukturwandel philosophischer Öffentlichkeiten

### 4.1 *Die philosophischen Gesellschaften*

Die gelehrten Gesellschaften, in denen sich vor allem das Kongreß- und Zeitschriftenwesen organisiert, behaupten sich im Prozeß faschistischer (Ent-)»Politisierung« nicht allzu gut. Für 1933 verzeichnet das *Minerva-Jahrbuch der gelehrten Welt* knapp 30 (Tab.5).<sup>1</sup> Sie stehen für Disziplinen, Richtungen, Traditionen oder Schulen und bilden ein in dieser Dichte nicht mehr existierendes Geflecht philosophischer Institutionen. Die Skala reicht von der transnationalen Kant-Gesellschaft (5000 Mitgl.) bis zu kleinen Gesprächskreisen. 1937 führt das Jahrbuch nur noch 20 von ihnen auf. Ganze acht finden sich in einem neueren Handbuch (Domay 1977, 195-202, 332f). Von den 1933 bestehenden wurden nach 1945 nur fünf weitergeführt oder wiederbegründet.<sup>2</sup>

Was bedeutet die administrative Besetzung der Zivilgesellschaft für diese Einrichtungen, die zu der — von den Nazis bekämpften — Gebildetenkultur gehören, z.T mit den sozialen Bewegungen der Republik (Volks- und Arbeiterbildung) verzahnt sind oder als Schulen und Sekten dem »weltanschaulichen« Monopolanspruch des NS-Staats zuwiderhandeln? Wir zeichnen zunächst — sehr vorläufig, da die Hintergründe kaum erforscht sind — den durch überraschende Wendungen gekennzeichneten Eingliederungsprozeß der bis 1933 konkurrierenden Standesorganisationen nach.

### 4.11 *Die beiden Dachgesellschaften und ihre Kongresse*

Ein ministerielles Rundschreiben untersagt den deutschen Hochschul Lehrern am 14. April 1938 jede Mitarbeit in der Emigrantenorganisation *Philosophia* und ihrer Zeitschrift (Leaman 1991). Arthur Liebert, ehemals Leiter der Kant-Gesellschaft, hatte sie 1936 in Belgrad gegründet. August Faust, der in der Universitätsphilosophie als ein Sprachrohr des Amtes Rosenberg gilt, bittet den Dekan seiner Breslauer Fakultät, bei einer bevorstehenden Unterredung im REM das leidige Problem der »alten jetzt nationalsozialistisch gewordenen Kant-Gesellschaft« zur Sprache zu bringen. Nur indem dieser erneut auf die Beine geholfen wird, »kann der Einfluß des Schädlings Liebert in radikal wirksamer Weise auch im Ausland bekämpft werden«; sonst würden ihm umgekehrt deren internationale Verbindungen in die Hände fallen. Zu

Lieberts Zeiten »war die Kant-Gesellschaft die größte philosophische Gesellschaft der Welt mit einer sehr weit ausgebauten Auslandsorganisation, und die Kant-Studien waren daher eine der am weitesten verbreiteten Zeitschriften des In- und Auslandes«. Inzwischen liegt Faust, dem das REM die Leitung antrug, nachdem Hans Heyse sie Anfang 1937 niedergelegt hatte, persönlich nichts mehr daran, »daß ich Vorsitzender eines so verrotteten Unternehmens wie der Kant-Gesellschaft werde«. Aber sie und ihre Zeitschrift müsse »durch Heranziehung sämtlicher maßgebender Philosophen des Nationalsozialismus (Baeumler, Krieck, Heyse, Weinhandl u.a.)« und Mitwirkung von »Reichsleiter Rosenberg« zu »einer Einheitsfront der nationalsozialistischen Philosophie« gemacht werden. Andernfalls sei es besser, sie eingehen zu lassen.<sup>3</sup>

Soweit ein erster Blick auf den konfliktgeladenen Prozeß, in dem der NS-Staat sich die Philosophie als Korporation einverleibte, mitsamt ihrer Öffentlichkeitsformen und Medien. Die Probleme sind weniger der Größe der damaligen Dachorganisation geschuldet, auch nicht der imaginären Aktivität »des Auslands« und einer »jüdischen« Weltverschwörung, schon gar nicht dem Widerstand der Professorenschaft. Die polykratische Machtstruktur war unvereinbar mit einer organisatorischen »Einheitsfront« und dem »Zentralorgan der deutschen Philosophie« (Faust, ebd.), das dem Amt Rosenberg vorschwebte. Die Realisierung derartiger Vorstellungen war indes das Motiv der wissenschaftspolitischen Zugriffe, und es bleibt zu fragen, was das Gerangel der Instanzen tatsächlich bewirkte. Kompliziert wurde das Kräftespiel dadurch, daß 1933 eine zweite Landesvertretung ihre Zeit für gekommen hielt: Die *Deutsche Philosophische Gesellschaft* (DPHG), die sich im Ersten Weltkrieg von der Kant-Gesellschaft abgespalten hatte. Ihr Aufstieg spiegelt die vom völkischen Nationalismus überdeterminierte »Rehabilitierung der Metaphysik«.

*Die Kant-Gesellschaft.* — Sie bezeichnet sich 1922 als die »größte philosophische Organisation der Erde« (KS XXVII, 248) und rechnet »alle namhaften Philosophen des In- und Auslandes« zu ihren Mitgliedern (RphA 1923). 1933 ist ihre Zahl von 4000 auf 5000 angewachsen, die Zahl der Ortsgruppen (darunter Landesgruppen in Argentinien, Holland, Österreich und den USA) von 38 auf 50. Vier Jahre später hat sich die Mitgliederzahl halbiert.

Die 1904 zum 100. Todestag Kants gegründete Dachgesellschaft der deutschen Philosophie war dem Neukantianismus nie ausschließlich verpflichtet. Dessen Niedergang spiegeln die Vortragsveranstaltungen. Bericht der Ortsgruppe Bonn über das SS 1932 und WS 1932/33: 27.Mai »Die ontologischen Fundamente der Philosophie des Kusaners« (P.Mennicken); 22.Juli »Aussprache über das Problem des Verstehens« (E.Rothacker); 2.Dez. »Ausdruckskunde und Seelenkunde der Rasse« (L.F.Clauß); 9.Dez. »Zur theologischen Bedeutung der Philosophie Heideggers und Grisebachs«;

16. Dez. »Die jüngste Generation der französischen Philosophen«; 13. Jan. »Der Mensch zwischen Tod und Geburt« (O. Becker); 25. Jan. »Das deutsche Gesicht« (W. Hellpach); 3. Feb. »Die Kausalität in der modernen Naturwissenschaft«; 7. Feb. »Vom Werden der Persönlichkeit« (C. G. Jung); 17. Feb. »Sprache und Phänomenologie« (KS XXXVIII, 292f). Insgesamt werden für das WS 1932/33 aus 11 Ortsgruppen 46 Vortragsveranstaltungen gemeldet. In Frankfurt fungiert *Paul Tillich* als Leiter und *Max Horkheimer* als Geschäftsführer der Ortsgruppe. Die Gesellschaft präsentiert sich als Organisation von Berufsphilosophen und philosophisch »Gebildeten«, die alle Strömungen repräsentiert und zunehmend supranationalen Charakter annimmt. Vom 1. Oktober 1932 bis 1. August 1933 treten 50 Mitglieder (davon 21 ausländische) neu ein; man begrüßt u. a. Frau Geheimrat von Borsig (Berlin), Frau Konsul Mengel (Odense), die Königliche Bibliothek Kopenhagen, das Deutsche Museum München, die Stadtbücherei Zwickau und das Marburger Privatdozententrio *Gadamer*, *Löwith* und *Krüger*. Der Jahresbericht weist für 1932 Einnahmen in Höhe von 29.764 RM und Ausgaben in Höhe von 37.817 RM aus; der Negativsaldo kann durch Wertpapierbesitz in einen Überschuß verwandelt werden. Die Gesellschaft floriert (Berichte in KS XXXVIII und XXXIX).

*Die Deutsche Philosophische Gesellschaft.* Die Vorgängerin der »Allgemeinen Gesellschaft für Philosophie in Deutschland« entstand als antisemitische Abspaltung der Kant-Gesellschaft. Der Rickert-Schüler *Bruno Bauch* (1877-1942) verließ sie Anfang 1917 mit einem Eklat, nachdem er seine Stellung als Mitherausgeber der *Kant Studien* benutzt hatte, um die Zeitschrift zum Forum für »seinen streng deutschen und antisemitischen Standpunkt« zu machen (RphA 1923, 121f).<sup>4</sup> Mit seinem Jenaer Kollegen *Max Wundt*, einem schwer judeophoben Neuhegelianer,<sup>5</sup> gründete er zu Pfingsten in Weimar die DPhG »zur Abwehr der gegenwärtigen Gefahren für das deutsche Geistesleben« (ebd.). Gegen die sich internationalisierende Kant-Gesellschaft sollte sie die Traditionen der »deutschen idealistischen Philosophie« pflegen und angesichts der drohenden Kriegsniederlage die nationale Identität festigen helfen. — Im April 1934 beschwört eine Mitteilung des Vorstandes diese Ursprünge: »Vieles von dem, was wir erstrebt und für das wir gearbeitet, ist durch die nationale Revolution in Erfüllung näher gebracht. Aber das entbindet uns nicht von der Pflicht, sondern verpflichtet uns gerade in unserer unmittelbaren Gegenwart erst recht, in die Aufbauarbeit deutscher Weltanschauung die Kräfte deutscher Philosophie einzusetzen.« (BDPh VIII, 1934, 121)

Die Gesellschaft präsentiert sich 1933 mit 11 Ortsgruppen (Kant-Gesellschaft: 50). Indiz für die Mitgliederzahl mag die Auflage der Zeitschrift sein: 1000 (*Kant-Studien*: 3000). Ab Oktober 1932 wird eine »Aufwärtsbewegung der Neueintritte« verzeichnet; sie hält der Vorstandsmittteilung von 1934 zufolge »in erfreulicher Weise an«.<sup>6</sup> Den Vorsitz hat *Felix Krueger* (3.1.1). Der Leipziger Kreis um Krueger und Freyer dominiert die Gesellschaft zu diesem Zeitpunkt: Freyers wichtigste Mitarbeiter am Soziologischen Institut, *Hugo Fischer* und *Gunther Ipsen*, fungieren als Herausgeber ihr s Organs *Blätter für deutsche Philosophie*; Freyer selbst gehört zu dessen Beirat. Im Vorstand sitzen *Bruno Bauch*, *Julius Binder*, *Hermann Schwarz* und *Max Wundt*. Geschäftsführer ist der Berliner Privatdozent *H. R. G. Günther*.<sup>7</sup> Der Berliner Ortsgruppe sitzen die Professoren *Hartmann* und *Spranger* vor. Weiter in den Ortsgruppenvorständen: *Ernst Kriek* (stv. Vors. in Frankfurt), *Hans Lipps*



(Hannover), *Heinrich Rickert* (Ehrenvors. in Heidelberg), *Heinz Heimsoeth* (Köln), *Theodor Litt* (Leipzig). Das Verhältnis zur Kant-Gesellschaft ist nicht exklusiv, Doppelmitgliedschaften sind üblich.

Die Umbenennung der *Beiträge zur Philosophie des deutschen Idealismus* in *Blätter für deutsche Philosophie*, die 1927 vorgenommen wurde, akzentuiert den Zweck der Vereinigung, die Einbindung von Philosophie in ein imperialistisches Projekt der Deutschen Sendung. Ein Geleitwort ihres Ohm Krueger bekräftigt, »daß deutsche Philosophie sich aus dem menschheitlichen Ringen um letzte Wahrheit als etwas Besonderes heraushebt«. Deutsch-Sein und »Denken« sind dasselbe. »Wie der einzelne Deutsche nur als philosophisch Fragender und Grübelnder seine Bildung vollenden kann, so bedarf das Volk Luthers und Kants einer gewissenhaften, aber aufs Ganze gehenden, artgemäßen Besinnung, um sich auch nur zu behaupten, um endlich wahrhaft zu seiner eigenen, ihm vorbestimmten Form zu gelangen.« (BDPh I, 1-3) 1927 gehören noch zum »Volk Luthers und Kants«:<sup>8</sup> der Neukantianer *Jonas Cohn* (1933 emigriert), der religiöse Sozialist *Paul Tillich* (ebenfalls) und *Hans Leisegang* (1934 eingesperrt). Alle drei schreiben im ersten Jahrgang der neuen Zeitschrift. Es dominiert eine eher betuliche Hermeneutik des »Deutschen« bei: Herder, Kant, Schiller, Ernst Moritz Arndt, Friedrich dem Großen, natürlich Fichte, Pestalozzi, Hebbel, Gotthelf, Keller, Meister Eckhart. — 1933 ist das »Völkische« zunächst vom Tisch gewischt zugunsten von »Wirklichkeitswissenschaft« im Sinne *Hans Freyers*, d.h. einer Verständigung über Herrschafts- und Führungstechniken. Das erste Heft des Jahrgangs (»Ethik des Berufes«) behandelt Fragen von Arbeitsmotivation, -leistung und Menschenführung (Titelaufsatz Freyer; weitere Themen: »Das Ethos der Freude und der Beruf«; »Beruf und Politik«; »Die Arbeit in der industriellen Welt«; »Der Beruf des Unternehmers«; »Unternehmer-Sein als lebendige Aufgabe«; »Der Soldat«).

*Die ersten Kongresse im »neuen Staate«.* — Die 12.Tagung der DPhG, die vom 2.-5. Oktober 1933 in Magdeburg stattfindet, ist »die erste 'korporative' Äußerung der deutschen Philosophenzunft im NS« (Haug 1989a, 159).<sup>9</sup> Wie selbstverständlich gibt sich die völkische Gegenorganisation zur dreimal größeren Kant-Gesellschaft als *die* Deutsche Philosophische Gesellschaft. Beglaubigt wird der offizielle Charakter durch die Anwesenheit zahlreicher Regierungsvertreter, die Schirmherrschaft des preußischen Wissenschaftsministers (»am persönlichen Erscheinen leider verhindert«, BDPh VIII, 67) und ein Grußtelegramm Hitlers. »In den geschmackvollen Räumen der Magdeburger Harmonie-Gesellschaft konnte man eine große Zahl der führenden deutschen Philosophen beieinander sehen, darunter Bäumler-Berlin, Bauch-Jena, Binder-Göttingen, Freyer-Leipzig, Hartmann-Berlin, Heimsoeth-Köln, Kriek-Frankfurt, Leisegang-Jena, Wundt-Tübingen« (PU V/1934, 173). Die Ansprache des Vorsitzenden *Felix Krueger* hatte zum ersten die Gründung des Vereins »als geistige Waffe der Notwehr gegen die verhängnisvolle Überfremdung und Zersetzung unseres Geisteslebens

in der Spätkriegszeit« in Erinnerung gerufen (ebd.). Zweitens ersehnte sie die Vereinigung von Philosophie und Staatsmacht. »Wie die deutschen Philosophen die machtvolle Neugestaltung der deutschen Ordnung bejahten, so kann auch der Staat seinerseits fordern, daß ihm die Philosophie als volksgestaltende Kraft und Macht zur Seite tritt.« (BDPh VIII, 66) Drittens ist das Nachtreten gegen die im Wettlauf um die Gunst der Mächtigen unterlegene Konkurrenz überliefert. »Mit Genugung konnte der Vorsitzende ... feststellen, daß die Deutsche Philosophische Gesellschaft nach dem Januar 1933 eine Umstellung nicht vorzunehmen brauchte« (PU, ebd.).

Das war allerdings voreilig. Nach Magdeburg dreht sich auch in der DPhG das Personenkarussell. Krueger, der ein Opfer des von im mitgeschürten völkischen Nationalismus werden sollte (3.12), tritt im Februar 1934 den Vorsitz wieder an den Gründer *Bruno Bauch* ab. Der Vorstand wurde in Magdeburg durch *Hans Freyer*, *Nicolai Hartmann*, *Heinz Heimsoeth* und *H.R.G. Günther* erweitert; im März 1934 kommt *Erich Rothacker* hinzu (BDPh VIII, 121). Heimsoeth wird als »Vorkämpfer und Erforscher deutscher Metaphysik in der Geschichte der Philosophie« (Bauch, ebd., 1) auch neuer Herausgeber der *Blätter für deutsche Philosophie*. Als Grund für den Wechsel wird die Berufung des bisherigen Mitherausgebers Gunther Ipsen nach Königsberg angegeben. Der Mitarbeiter Freyers hatte an der von den Nazis geförderten »Ostuniversität« einen Lehrstuhl erhalten und legt das Amt wegen der »neuen Aufgaben« (ebd.) nieder.

Die Kant-Gesellschaft verliert durch die Rassengesetze ihren organisatorischen Kopf. Der aus der Cohen-Schule kommende *Arthur Liebert*, seit 1922 Geschäftsführer und (mit dem Hallenser Ordinarius *Paul Menzer*) Mitherausgeber der *Kant-Studien* — seinem »organisatorischen Schwung« war es zu verdanken, »daß Gruppen der Kant-Gesellschaft nicht nur in den großen, sondern auch in den mittleren und kleinen Städten Deutschlands die Pflege des Philosophierens energisch in die Hand nahmen« (Matzat 1953, 126f) — muß zum 5.9.1933 die Berliner Professur aufgeben (Kropp 1948). Die Reichsschrifttumskammer, in Zusammenarbeit mit dem REM zuständig für die Gleichschaltung der Gesellschaften und ihrer Publikationen (vgl. 4.2f), verordnet eine als »provisorisch« (KS XXXIX, 406) bezeichnete Umbildung des Vorstands. An die Stelle Lieberts treten *Eduard Spranger* und, als Kommissar, Ministerialrat *Martin Löpelmann* aus dem REM; der Berliner Privatdozent *Helmut Kuhn* wird zum wissenschaftlichen Sekretär bestellt. Das neue Triumvirat Menzer, Spranger, Löpelmann übernimmt auch die Herausgeberschaft der *Kant-Studien* im Jahrgang 1934.

Wie steht es mit dem ideologischen Gegensatz? Bringt die Kant-Gesellschaft ihre universalistische Orientierung zur Geltung gegen die nun auch staatsoffizielle Deutschtümelei der DPhG? Antwort gibt die Mitgliederversammlung, die sie Pfingsten 1934 in der Hallenser Universität abhält — im Todesjahr ihres Gründers *Hans Vaihinger* und zugleich als ihr 30jähriges Jubiläum. Überliefert ist sie durch eine geschäftsmäßige Notiz in den *Kant-Studien* (XXXIX, 406) und einen Bericht von Gerhard Lehmann in der *Tatwelt* (X/1934, 99-105): »Kant im Weltbild der Gegenwart«. Wir entnehmen ihm einige Eindrücke.

1.Tag: »Präludium« (offenbar ein Lehmannscher Sarkasmus) des Vorstandsmitglieds *Paul Menzer* (Halle) über »Deutsche Philosophie als Ausdruck deutscher Seele«. Danach definiert *Oskar Becker* (Bonn) »Die Grenze der idealistischen Philosophie«, wobei es ihm nach Auskunft des Chronisten tatsächlich um »den Ausbau der »Ontologie« von Martin Heidegger nach der Seite einer »Metaphysik der Natur« zu tun war. Nachmittags ein als »hochbedeutsam« bezeichneter Vortrag von *Spranger* über den modernen Sinn des Begriffs »objektiver Geist«, dem der Berichterstatter zwei volle Seiten widmet, und »ein Vortrag von *Otto Koellreutter* (München) über Volk und Staat in der Weltanschauung des NS, der wesentlich in einer scharfen Polemik gegen die Staatslehre Carl Schmitts bestand, dieses auf die gegenwärtige deutsche Staatstheorie so einflußreichen Denkers«. Koellreutter kritisiert, daß die Freund-Feind-Kategorie ein reiner Formalismus und »daß der Begriff des Politischen bei Schmitt, weil er die Beziehung zum Volk vermissen läßt, a-völkisch und darum vom NS abzulehnen, im übrigen eine Ausgeburt des Liberalismus sei«.

Am 2.Tag geht es weniger rabiat zu, dafür ist er der für die Einstellung der Gesellschaft zum NS interessanter. Thema ist die Un/Vereinbarkeit der »wichtigsten und umstrittensten Partien des kantischen Kritizismus: Gemeinschaft, Zeit, Religion, Natur« mit den Erfordernissen der »Gegenwart« — Deckkategorie für die neue Herrschaftsrealität. Der offenbar einzige Kantianer in der Gesellschaft, der Rostocker Ordinarius *Julius Ebbinghaus* (»dessen Hingabe an die kantische Lehre einen nachhaltigen Eindruck in der Versammlung hinterließ«) vermochte zumindest den Berichterstatter »nicht davon zu überzeugen, daß die kantische Religionslehre dazu bestimmt ist, die 'Spannung' zwischen Überlieferung und religiösem Bedürfnis zu tilgen und den christlichen Konfessionen so etwas wie einen sicheren philosophischen Rückhalt zu geben«. Statt dessen habe die Diskussion ergeben, »daß das kritische Motiv heute in einem anderen Feld durchbricht als zur Zeit Kants«: nicht auf dem des »subjektiven Idealismus«, sondern — im »ontologischen 'Idealismus'« Heideggers. Eine weitere Aktualität des kritischen Motivs erkannte der Vortrag von *Hans Leisegang* (Jena) über »Kants Gemeinschaftsideal und die deutsche Volksgemeinschaft«. Resümee Lehmann: »Man muß das kritische Gemeinschaftsideal scharf von allen naturalistischen Gemeinschaftslehren scheiden« — eine unter deutschen Philosophen verbreitete Kritik an der rassebiologischen Konstruktion des Volkes. »Die echte Gemeinschaft ... ist geistige Gemeinschaft ... Das natürliche Gemeinschaftsleben hat keine Zauberkraft, magische Wirkung — wie heute angenommen wird. Erst auf dem Boden der Selbstzucht und Wahrhaftigkeit kann jene Gemeinschaft der Charaktere entstehen, die ... über alle natürlichen menschlichen Beziehungen hinausgeht.«

Vor den Eröffnungsvorträgen war die neue Zusammensetzung des Vorstands einstimmig gebilligt und eine neue Satzung verabschiedet worden. Sie soll in Heft 1/1935 der *Kant-Studien* veröffentlicht werden (wozu es nicht mehr kommt). Schließlich ernennt die Kant-Gesellschaft »Frau Dr.h.c. Elisabeth Foerster-Nietzsche zum Ehrenmitglied« (KS XXXIX, 406).

#### 4.12 *Das Projekt der NS-Philosophenorganisation*

Die Stellung der DPhG ist in der politischen Umbruchsituation 1933 keineswegs unangefochten. Für den radikalen Flügel im Nazismus steht die Existenzberechtigung philosophischer Gesellschaften überhaupt in Frage. »Gerade jene Verbände und Zeitschriften, die sich einbilden, sie hätten von je alles gegenwärtig und künftig erforderliche schon besessen, die sich einreden, weil sie von je doch schon national gewesen seien, bedürften sie keiner neuen Anfänge, keines radikalen Insichgehens und Umbruchs, sind die eigentlichen Reaktionäre auf ihrem Gebiet«, schreibt Ernst Kriek nach der Rückkehr vom Magdeburger Kongreß der DPhG (ViW II/1934, 312). Für Kriek sind die privatrechtlichen Vereinigungen und Verbände, in denen sich bis 1933 eine nicht staatlich administrierte Zivilgesellschaft organisiert hat, im »neuen Staate« Anachronismen. Er publiziert nicht in ihren Zeitschriften und engagiert sich nach 1933 auch nicht in der DPhG, obwohl er im Vorstand der Frankfurter Ortsgruppe war. Auch Rosenbergs Amtsleiter Alfred Baeumler tritt 1934 aus der DPhG aus, obwohl er »ausdauernd von verschiedenen Mitgliedern umworben« wurde (Rügemer 1979, 97).

Die Kant-Gesellschaft wird andererseits nicht fallengelassen. »Nach einer Sitzung vom 2. bis 4. Juli 1934 in der Schrifttumskammer in Berlin, zu der Minister Rust auch *Hans Heyse* eingeladen hatte, wurde die 'Reorganisation' vollzogen« (Dahms 1987, 186). Heyse fungiert mit dem Jahrgang 1935 als Herausgeber der *Kant-Studien*, anfangs noch »in Verbindung mit« dem NS-Juristen *Otto Koellreutter* sowie den beiden Rust-Beamten *Löpelmann* und SS-Hauptsturmführer *Mattiat*.<sup>10</sup> Er übernimmt zugleich den Vorsitz der Gesellschaft, die aber im Impressum der *Kant-Studien* nicht mehr erscheint. Wie die Forschungen von George Leaman (1991) erkennen lassen, wird ihre faschistische Funktionalisierung nicht allein durch Kompetenzstreitigkeiten blockiert, sondern auch durch innere Widersprüche faschistischer Philosophie-Politik. Hauptproblem ist neben der Personenfrage — gehören 'politisch' umstrittene, fachlich jedoch unanfechtbare Größen wie Spranger, Driesch, Freyer in den Vorstand? — der internationale Charakter der

Gesellschaft. Das Netzwerk der Auslandsfilialen und -verbindungen macht sie den Nazis einerseits suspekt. Andererseits sehen sie in dieser Auslandsorganisation den »Aktivposten« (Faust), der verbietet, die größte Philosophenvereinigung der Welt dem völkischen Verein von Krueger und Bauch zu opfern. Angestrebt wird eine Arbeitsteilung zwischen DPhG (Inland) und Kant-Gesellschaft (Ausland).<sup>11</sup> Vielleicht haben die Schwierigkeiten, eine internationale Organisation für die rassistisch grundierte Formation »Deutsche Philosophie« einzuspannen, Heyse veranlaßt, den Auftrag 1937 zurückzugeben. Die *Kant-Studien* stellen jedenfalls ihr Erscheinen ein, und die Gesellschaft wird formell aufgelöst.

August Faust, dem sie zuvor angeboten wurde, verfaßt am 2. August gleichen Jahres ein Gutachten für die REM-Hochschulabteilung (= Mattiat), die Konkurrenzorganisation DPhG betreffend. Die Zusammenfassung führender NS-Philosophen wie Baeumler, Kriek und Heyse in *einer* philosophischen Gesellschaft sei zwar wissenschaftspolitisches Ziel, nach Lage der Dinge aber Zukunftsmusik.

»Man kann also bestimmt nicht sagen, daß die Deutsche Philosophische Gesellschaft heute schon eine 'Nationalsozialistische Gesellschaft für Philosophie' wäre, aber ich glaube, daß sie sich dazu entwickeln kann. Das Beste wäre, wie gesagt, eine Sammlung aller nationalsozialistisch denkenden Philosophen um eine einzige Zeitschrift, die als Zentralorgan der deutschen Philosophie gelten könnte. Solange dies Ziel noch nicht erreichbar ist, scheint mir gerade die Deutsche Philosophische Gesellschaft doch noch immer eine Förderung durch die Regierung zu verdienen.« (Zit.n. Rügemer 1979, 97f)

Gefördert wird die DPhG in freilich bescheidenem Umfang durch das Wissenschaftsministerium (1000 RM jährlich) und das Auswärtige Amt (das den Zeitschriftenaustausch finanziert und die Jahrestagung 1936 subventioniert); bei den privaten Spendern sind 1936 auch die IG Farben mit 500 RM dabei (Rügemer, 98).

Von den Gegnern läßt sich zumindest einer namhaft machen: *Alfred Baeumler*. 1939 torpediert das Amt Rosenberg eine dritte Jahrestagung der DPhG im NS, die nach dem Anschluß Österreichs als »Erste Großdeutsche Tagung« in Graz stattfinden sollte. Der Gauleiter der Steiermark teilt Baeumler brieflich mit: »Ich habe der DPhG wissen lassen, daß sich die Partei von ihrem Kongreß fernhält.« Bereits beim Berliner Kongreß 1936 war sie ferngeblieben. »Diese Stellungnahme«, freut sich der steirische Nazihauptling, »hat die hiesige Ortsgruppe der DPhG so erschüttert, daß sie beschlossen hat, sofort die Selbstauflösung vorzunehmen. Diese im Zuge befindliche Selbstauflösung macht naturgemäß die Abhaltung des Kongresses in Graz unmöglich. Der Hauptverein hat

sich daher dazu entschließen müssen, die Tagung nach Jena zu verlegen. Damit sind wir also im Gau Steiermark nicht nur den Ableger dieser etwas fragwürdigen Gesellschaft, sondern auch den Kongreß dieser Gesellschaft mit einem Schlag losgeworden. Heil Hitler!« Baeumler kommentiert die Meldung mit einem an den Rand gekritzelten »na also!« (zit.n. Rügemer, 98). Tatsächlich hat die DPhG nach 1936 keine Tagungen mehr abgehalten. Nach dem Dreijahresrhythmus wäre 1942 eine weitere fällig gewesen; das Datum war mehrfach signifikant: 25jähriges Jubiläum und Tod des Gründers und Vorsitzenden Bauch. Die neuerliche Absage wird vom neuen Vorsitzenden *Arnold Gehlen* mit »den Verhältnissen« begründet. Gehlen hatte schon 1937 Felix Krueger nach dessen Zwangsemeritierung (2.12) im Vorsitz der Ortsgruppe Leipzig abgelöst. Nach der Deutung von Rügemer (97) hatte er seine Aktivität in dem Maße auf die DPhG verlagert, »in dem sich nach der Etablierung der politischen Macht das Interesse der Mächtigen an der DPhG verringert«, und in dem er seine eigene Tätigkeit in den Parteiorganisationen (NSDAP, NSLB, NSD) einschränkt. Zu fragen wäre, ob nicht umgekehrt Gehlens Vorsitz die Gesellschaft dem Amt Rosenberg unterstellt.

Im Bedeutungsverlust der DPhG schlägt sich ein ideologischer Paradigmenwechsel nieder, der während des Zweiten Weltkriegs zutage tritt. Für die europäische Hegemonialmacht ist völkische Deutschtümelei nicht mehr so interessant; um so mehr werden es die 1933 verdächtigen internationalen Verbindungen der Kant-Gesellschaft. Sie erlebt als angesehene und vorzeigbare Institution deutschen Geisteslebens eine kurze Renaissance. Auf Initiative des Amtes Rosenberg (Leaman 1991) startet Heyse 1942 mit *August Faust*, *Günther Lutz* und *Ferdinand Weinhandl* eine *Neue Folge der Kant-Studien*. Sie ist imprägniert von der Wende zu einer antibolschewistischen Abendlandideologie, die das zusammengeraubte Imperium zementieren soll. Im Geleitwort »Zur neuen Folge« verknüpft der Rosenberg-Mitarbeiter Lutz das Wiedererscheinen »mitten im großen Kriege« mit dem »Aufbruch einer neuen europäischen Gemeinschaft« (KS XXXXII/1942, 2). Im einleitenden Aufsatz ringt Heyse mit »Kant und Nietzsche« um die »Idee der europäischen Existenz« (ebd., 27). — Im letzten Band findet sich die Notiz: »Auf vielfache Anfragen teilen wir mit, daß die Kant-Studien nach wie vor Organ der Kant-Gesellschaft sind.« (KS XXXXIV/1944, 304; vgl. Roch 1987, 61)

## 4.13 Auflösungen und Verbote

Von den in Tab.5 aufgeführten lösen sich 1933/34 acht Gesellschaften auf. Eindeutig ist der Zusammenhang mit den politischen Ereignissen nur, soweit sie mit der sozialistischen Opposition zusammenhängen, rassistisch stigmatisiert sind oder, wie die Kant-Gesellschaft, einem wissenschaftspolitischen Revirement geopfert werden. Auch beim Anschluß Österreichs 1938 wird durchgegriffen.<sup>12</sup> Ansonsten ist bei vielen Vereinigungen, die ohne Aktivität nach außen (Tagungen oder Publikationen) vor sich hindämmern, das Ob, Wie und Wann des Abnehmens schwer auszumachen.

Aufgelöst werden die philosophischen Gesellschaften des Wiener Kreises, die mit der Arbeiterbewegung in Verbindung standen. Die Donnerstagsrunde um *Moritz Schlick*, die 1929 mit der Programmschrift *Wissenschaftliche Weltauffassung: Der Wiener Kreis* an die Öffentlichkeit tritt (die spätere Selbstbezeichnung »Logischer Positivismus« entstand in der Emigration), verfügt 1933 über zwei institutionelle Zentren: den *Verein Ernst Mach* in Wien und die *Berliner Gesellschaft für wissenschaftliche Philosophie*. Im Auftrag beider Organisationen geben *Rudolf Carnap* und *Hans Reichenbach* seit 1929 die Zeitschrift *Erkenntnis* heraus. Die Gründung der Vereine und einer Zeitschrift bedeutete einen Schritt zur Professionalisierung der Wissenschaftstheorie (Dahms 1988), die sich in den 20er Jahren gegen den Widerstand der Mandarine<sup>13</sup> in der Universitätsphilosophie einige Stellungen erobern konnte: die Lehrstühle von Schlick in Wien (1919) und Carnap in Prag (1931) sowie die Berliner Professur von Reichenbach (1926). 1929 und 1931 organisierten beide Gesellschaften in Prag und in Königsberg ihre ersten Kongresse für »Philosophie der exakten Wissenschaften«. Daß beide »als Appendixveranstaltungen der Jahrestagung deutscher Naturforscher und Ärzte« stattfinden (Dahms, 160), zeigt die Außenseiterstellung der neuen Disziplin, ungeachtet der internationalen Ausstrahlung, die der Wiener Kreis bereits Anfang der 30er Jahre ausübt.

Mit dem »Verein Ernst Mach«, gegründet 1928 zur Popularisierung einer metaphysikfreien »wissenschaftlichen Weltauffassung«, deren Träger das sich emanzipierende, die Gesellschaft planmäßig gestaltende Proletariat sein würde, unterhält der Wiener Kreis ein Verbindungsorgan zur progressiven Volksbildungsszene (Stadler 1985). Im »roten Wien« arbeiten die Machisten für Arbeiterbildung, rationale Gesellschaftstechnik und »Einheitswissenschaft«. Die Vortragstätigkeit spiegelt die Beziehung empiristischer Philosophie zur wissenschaftlichen Forschung und zum Austromarxismus. 1930 referierte z.B. der SDAPÖ-Vorsitzende Otto Bauer über »Industrielle Rationalisierung und Wissenschaft«, Otto Neurath über »Einheitswissenschaft

und Marxismus«, Schlick über »Wissenschaftliche Weltauffassung in den USA«, Karl Polanyi über »Wirtschaftsstatistik«, Wilhelm Reich zur »Trieblehre der Psychoanalyse«. 1932 gab es u.a. Vorträge zur »Sprache der Physik« (Hans Hahn), über »Logik und Sprache« (Fried. Waismann), »Das Fremdpsychische in der Soziologie« (Neurath), »Philosophische Strömungen in der Sowjetunion« (Philipp Frank), »Philosophische Strömungen in den USA« (Schlick) und zur »Entstehung des Atomismus« (Heinr. Gomperz).<sup>14</sup> Zwar wurde die explizit politische Ausrichtung der »Wissenschaftlichen Weltauffassung« nur vom linken Flügel des Wiener Kreises propagiert, dessen Repräsentant *Otto Neurath* der eigentliche Organisator des Volksbildungsvereins war. Dennoch sind die wichtigsten Mitglieder des philosophischen Kreises Mitarbeiter des Vereins, und Schlick figurierte als erster Vorsitzender.

Als öffentliche Plattform der Berliner Gruppe Wissenschaftliche Weltauffassung konstituierte sich ebenfalls 1928 die »Gesellschaft für wissenschaftliche Philosophie« (Stadler 1982, 207-212). Den Vorstand bildeten zunächst die Philosophen *Hans Reichenbach* und *Walter Dubislav*, der Biologe *Friederich Kraus*, der Psychoanalytiker *Alexander Herzberg* und der TU-Professor *August von Parseval*. Hervorgegangen aus der Berliner Ortsgruppe einer »Internationalen Gesellschaft für empirische Philosophie« und einer »Gesellschaft für positivistische Philosophie«, nannte sie sich zunächst »Gesellschaft für empirische Philosophie« und wechselte 1931 auf Anregung des Mathematikers Hilbert ihren Namen. Sie will »einen geistigen Mittelpunkt für alle diejenigen bilden, welche an wissenschaftlicher Philosophie interessiert sind« (Erk I/1930-31, 72). »Unter wissenschaftlicher Philosophie ist dabei eine philosophische Methode verstanden, welche durch die Analyse und Kritik fachwissenschaftlicher Resultate zu philosophischen Fragestellungen und Antworten vordringt. Mit einer solchen wissenschaftsanalytischen Methode stellt sich die Gesellschaft in bewußten Gegensatz zu allen Ansprüchen einer Philosophie, die ein Eigenrecht der Vernunft behauptet und Sätze von apriorischer Geltung aufstellen möchte, welche der wissenschaftlichen Kritik nicht unterliegen.« (Ebd.)

Das umfangreiche Vortragsprogramm, das die Gesellschaft in den fünf Jahren ihres Bestehens veranstaltet hat (Stadler 1982, 209ff), umfaßt »ein breites Spektrum einzelwissenschaftlicher Forschung und weltanschaulicher Schattierung: außer den empiristischen Philosophen u.a. den Promotor der Psychoanalyse *Carl Müller-Braunschweig*, den psychoanalytischen Pädagogen *Siegfried Bernfeld*, die führenden Vertreter der Individualpsychologie *Alfred Adler* und *Fritz Künkel*, die Gestaltpsychologen *Kurt Lewin* und *Wolfgang Köhler*, die monistischen Naturwissenschaftler *Josef Petzold* und *Wilhelm Ostwald*, die Boltzmann-Schülerin *Lise Meitner* sowie die Biologen *Ludwig Bertalanffy*, *Max Hartmann* und *Friedrich Kraus*« (ebd., 208). Auch *Hans Driesch*, dessen Vitalismus in der *Erkenntnis* als Metaphysik attackiert wurde, referierte über seine Arbeit. Der 1926 aus der KPD ausgeschlossene *Karl Korsch*, der die anti metaphysische Philosophie mit dem historischen und dialektischen Materialismus zu verknüpfen suchte, war als Bindeglied zu den Sozialwissenschaften, zur Frankfurter Schule und zur Arbeiterbewegung eine Art »Pendant zu Otto Neurath im Wiener Kreis« (ebd.). Verbindung bestand ebenfalls mit der Göttinger Gruppe von Wissenschaftstheoretikern um Leonard Nelson. Über Dubislav, Grelling und Reichenbach, die in Göttingen studiert hatten, war die Berliner Gruppe offenbar mit beeinflusst von Nelsons »neufriesianischer« Erkenntnistheorie und seinem Ethischen Sozialismus (Dahms 1988, 161).



Die Berliner Gesellschaft besteht nach 1933 nicht mehr; die Umstände der Auflösung sind offenbar unbekannt. Den letzten dokumentierten Vortrag hielt Alfred Adler am 23. Mai (Stadler 1982, 209). Obwohl Reichenbach seine Professur durch den »Arierparagraphen« verliert und an die neue Universität Istanbul geht, bleibt er Herausgeber der *Erkenntnis*. 1934 zwingt ihn *Hugo Dingler* zu einer Erklärung »In eigener Sache« (Erk IV/1934, 75-78). Der Wissenschaftstheoretiker der »Deutschen Physik« hatte in seinen *Grundlagen der Geometrie* (1933) seine zeitlose Thematik »zeitnah« zu behandeln versucht.

»Das rein formalistische Denken, welches den Kalkül nicht als vielfach nützlichem Hilfsinstrument, sondern als Sache selbst, als das Absolute betrachtet (Einstein, der sog. Wiener Kreis, Gesellschaft für wissenschaftliche Philosophie in Berlin, Kreis der Zeitschrift 'Erkenntnis' bei Felix Meiner ...), und das eine so starke Analogie zur sinnlosen Verabsolutierung von Organisationsformen im politischen Bolschewismus (auch in soziologischer und personeller Richtung) zeigt, wird hier in seiner vollen Unfruchtbarkeit und Hohlheit nachgewiesen und im Gegensatz dazu dem wirklich schaffenden Tun und schöpferischen Denken des Menschen in der Idee wieder sein volles Recht gegeben.«

Reichenbach bekommt als »Einsteins nominierter Leibphilosoph« die Schelle umgehängt — er war tatsächlich ein enger Freund Einsteins, auf dessen Kopf die Nazis eine Prämie von 50000 RM ausgesetzt hatten. Er beantwortet die Attacke mit gebotener Vorsicht durch Reduktion auf die innerwissenschaftliche Differenz — Dinglers Vorstellung einer der Wissenschaft vorgelagerten Wissenslogik kritisierend — und dem Hinweis, daß die Zeitschrift, »der Natur ihres Interessengebietes nach, mit Politik schlechterdings nichts zu tun hat« (Erk IV, 76). Ergänzt wird die Erklärung durch eine zweite des mitangegriffenen Verlegers, der über Dinglers Versuche plaudert, die *Grundlagen der Geometrie* »bei Felix Meiner« unterzubringen (ebd, 78). Die Zeitschrift kann in Deutschland noch einige Jahre erscheinen, bis der Verleger Probleme mit der Reichsschrifttumskammer bekommt. Am 14.7.1937 schreibt Meiner an den 1936 in die USA emigrierten Carnap, ihm sei »das weitere Verbleiben von Professor Reichenbach in der Herausgeberschaft der *Erkenntnis* als untragbar bezeichnet worden« (zit.n. Hegselmann 1985, 279). Man habe ihm aber zugleich signalisiert, daß bei internationalen Zeitschriften »ein gewisser Prozentsatz jüdischer Mitarbeiter« toleriert werde. Der Plan von Neurath und Carnap, Reichenbach in ein größeres Gremium einzubinden, zerschlug sich jedoch — wie es scheint, nicht wegen der Reichsschrifttumskammer, sondern weil die Dinglers sich als zu zahlreich erwiesen. Meiner an Carnap mit Datum 14.9.1937:

»Zwar war das Ministerium ... einverstanden, aber das hinderte ja nicht, daß trotzdem in Gelehrtenkreisen unter der Oberfläche gegen meinen Verlag agitiert wird ... Und es gibt eben Kreise, die dies für unmöglich befinden, in einem Verlag etwas zu veröffentlichen, der noch irgendwelche Beziehungen zu Juden hat. ... hätte ich damit rechnen können, daß die offiziellen wissenschaftlichen Kreise in ihren Forderungen noch über die Forderung des Ministeriums hinausgingen, dann hätte ich Ihnen und mir die schwierigen Verhandlungen sparen können.« (Zit.n. Hegselmann, ebd.)

Band VII (1937/38) erscheint nur noch unter der Herausgeberschaft Carnaps; der achte und vorerst letzte Jahrgang (1939/40) kommt englischsprachig in Holland heraus.

In Österreich verliert der Wiener Kreis nach dem 12. Februar 1934 (dem gescheiterten Aufstand der österreichischen Sozialdemokratie gegen das Dollfuß-Regime) sein Relais zur Arbeiterbewegung. Zusammen mit der SDAPÖ und ihren Organisationen wird der Verein Ernst Mach polizeilich verboten. Begründung: es sei »amtsbekannt, daß er für diese Partei tätig war und noch ist« (zit.n. Stadler 1982, 196). Schlick wird am 24. Februar beim zuständigen Hofrat vorstellig und legt am 2. März schriftlich dar, daß der Verein »absolut unpolitisch« sei und nie mit der SDAPÖ zu tun hatte. »Auch die Tatsache, daß vor einigen Jahren einmal Otto Bauer einen Vortrag in dem Verein gehalten hat, kann diesen unmöglich als einen politischen stempeln, denn der Genannte sollte dort nicht als Politiker, sondern als Soziologe sprechen, und nach den Berichten war sein Vortrag (den ich selbst nicht hörte) auch rein theoretisch.« Er selbst würde sich »niemals dazu hergeben, Obmann eines Vereines zu sein, welcher politische Zwecke verfolgt. Um mir als Philosoph die Unabhängigkeit meiner Meinung unter allen Umständen zu erhalten, bin ich nie in meinem Leben Mitglied einer Partei gewesen, am allerwenigsten der sozialdemokratischen« (zit.n. ebd., 196ff). Tatsächlich sah der unpolitische Deutsche Schlick in der »Vaterländischen Front« ein Bollwerk gegen den antisemitischen Nazismus und hatte dies bereits am 1.6.1933 in einer regelrechten Huldigungsadresse an Dollfuß zum Ausdruck gebracht.<sup>15</sup> Nun bekommt er seinerseits Protestbriefe vom linken Flügel des Wiener Kreises, in denen sich Carnap und Neurath gegen den Inhalt des Schreibens verwahren (Dahms 1985, 334). Schlicks zäher Papierkrieg für den Bestand des Vereins (dokumentiert bei Stadler 1982, 196-205) bewegte sich in der Illusion, »daß ein philosophisch-rationaler Diskurs in einer Zeit der barbarischen Machtpolitik und des täglichen Kultur- und Klassenkampfes eine entscheidende Rolle spielen könnte. (...) Doch den Machthabern ging es natürlich um Legitimierung ihres ohnehin schon feststehenden Vorgehens bei der Ausschaltung jeder Opposition und

nicht um eine philosophische Disputation oder um das Kriterium praktischer Vernunft.« (Ebd., 204)

Die Spannungen zwischen deutschem und österreichischem Faschismus verhindern den 5. Kongreß der *Gesellschaft für Ästhetik und allgemeine Kunstwissenschaft*. Er sollte vom 9.-12. Oktober 1933 in Wien stattfinden und wurde von einem Ortsausschuß unter Vorsitz von *Karl Bühler* vorbereitet (ZÄK XXVII, 207f). Er wird zum Zeitpunkt der 1000-RM-Sperre »mit Rücksicht auf die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse« verschoben (ebd., 304) und nach den Wiener »Februareignissen« »infolge der Zeitverhältnisse« (ZÄK XXVIII, 112) erneut vertagt; die »weiteren Meldungen« (ebd.) blieben aus. Die Vorsitzende der Gesellschaft, *Max Dessoir* (Berlin), läßt sich Anfang 1934 als »Vierteljude« entpflichten. Die Ausstellung »Der ewige Jude« soll sein Bild überlebensgroß ausgehängt haben. Der zweite Vorsitzende *Emil Utitz* (Halle) verlor bereits 1933 seinen Lehrstuhl in Halle. Die Gesellschaft scheint nur auf dem Papier (*Minerva-Jahrbuch* 1937) weiterexistiert zu haben. Sie war 1924 aus der Zeitschrift gleichen Namens hervorgegangen, die sich mit ihren vielbeachteten Kongressen (Dilly 1987) um eine Öffnung der philosophischen Ästhetik zur Kunst- und Kulturgeschichte, Psychologie und Medienforschung bemühte. Dessoir muß sie 1937 abgeben, als die RSK keine »nichtarischen« Herausgeber mehr duldet (4.2). Der Verleger Enke läßt sie unter neuer Leitung weiterführen, »bis sie durch einen Machtspruch des 'Ministeriums für Volksaufklärung und Propaganda aus dem Leben geschafft wurde« (Dessoir 1946, 40).

Aus den Verzeichnissen getilgt werden nach 1933 die beiden Vereinigungen der Spinozisten: die von *Carl Gebhardt* (dem Herausgeber der kritischen Werkausgabe und Archivar der Schopenhauer-Gesellschaft) geleitete deutsche Sektion der *Societas Spinozana*, an deren Gründung (1921) auch Ferdinand Tönnies beteiligt war, und die kleine *Constantin-Brunner-Gemeinschaft*. Brunner, der damals bedeutendste Vertreter eines eigenständigen Spinozismus, hatte sich schon zu Beginn der zwanziger Jahre mit dem aufsteigenden Nazismus und Antisemitismus auseinandergesetzt und war mit Walter Rathenau und Gustav Landauer befreundet gewesen. Er stirbt 1937 in Holland. Frau und Tochter werden nach dem Einmarsch im KZ ermordet. In Deutschland markieren die Entlassungen von Verweyen und Liebert (1933), das Lehrverbot für Tönnies sowie der Tod von Dunin-Borkowski und Gebhardt (1934) das vorläufige Ende einer Beschäftigung mit Spinoza, über dessen positive Erwähnung 1936 der ehemalige Vorsitzende der DPhG stolpert (3.12).

4.14 *Kompetenzeinbußen und veränderte Disposition*

Obwohl die meisten philosophischen Gesellschaften weiterbestehen, drängt sich der Eindruck allgemeinen Niedergangs zunächst auf. Indizien sind die sinkenden Mitgliederzahlen (die sich nach dem *Minerva-Jahrbuch* von 1933 auf 1937 im Schnitt halbieren) und die nachlassende Veranstaltungstätigkeit. Die Kant-Gesellschaft trifft sich 1934 zum ersten- und letztenmal »im neuen Staate«. Nach 1934 führen nur DPhG und Euckenbund weiterhin Tagungen durch; nach 1939 finden Philosophenkongresse in Deutschland nicht mehr statt. Die Wendungen der Entwicklung präsentieren sich in den Kongressen der DPhG: die Tagung von 1933 scheint durch Repräsentanten des »neuen Staates« und ein Grußtelegramm Hitlers der sich formierenden faschistischen Öffentlichkeit eingegliedert; 1936 ist sie durch Abwesenheit der Staatsvertreter und ein Grußtelegramm *an* Hitler gekennzeichnet; 1939 wird sie durch Parteidienststellen verhindert (4.12). Auch die Tatsache, daß 1933-45 nicht eine einzige Neugründung zu verzeichnen ist, zeigt den Bedeutungsverlust. Es wäre aber wie im Falle des Universitätsfachs voreilig, auf den allgemeinen Niedergang »der Philosophie« im NS zu schließen. Fragen wir nach Effekten eines veränderten Dispositivs.

Mit dem *Reichskulturkammergesetz* vom 22.9.1933 beginnt die faschistische Reorganisation. Das öffentliche Wirken wird an die Zwangsmitgliedschaft in der dem Goebbels-Ministerium unterstellten Kammer geknüpft. Die Veranstaltungs- und Publikationstätigkeit unterliegt damit staatlicher Kontrolle und Zensur. Aus den Vorständen werden »nichtarische« Mitglieder entfernt, während die staatlichen Instanzen hier »politische« Vertrauensleute plazieren;<sup>16</sup> die Mitgliederlisten werden entsprechend bereinigt. Eine Neuordnung mit personellen Konsequenzen wird der IVR (4.15) und der Kant-Gesellschaft (4.14) verordnet, d.h. den international angesehensten. Nichts deutet aber auf kohärente Politik. »Ein eigener Apparat, der sich mit der Entwicklung wissenschaftlicher Gesellschaften befaßt, scheint in der Reichsschrifttumskammer nicht ausgebaut zu sein«, notiert Dr. Erleben von Rosenberg-Baeumlers Hauptamt Wissenschaft Mitte 1939, im Anschluß an eine Besprechung, in der es um die Entwicklung (bzw. Reste-Verwertung) von Schopenhauer- und Kant-Gesellschaft ging.<sup>17</sup> Die gewaltsame Kompetenzausweitung der »politischen Gesellschaft« (im Sinne Gramscis) tendiert zur Besetzung und Funktionalisierung der organisatorischen Infrastruktur des Philosophiebetriebs, kollidiert aber mit dem Anspruch von Parteiorganisationen, den Sektor »Weltanschauung« in eigener Regie zu führen.

Das Beispiel der Schopenhauer-Gesellschaft kann zeigen, wie nun über die Tätigkeit solcher Vereinigungen verfügt ist. Sie war 1911 durch den Indologen Paul Deussen, den Staatsrechtler Josef Kohler und den Deutsche-Bank-Direktor Arthur von Gwinner gegründet worden. 1933 droht die Auflösung. Die Gesellschaft gilt den Nazis als »verjudet«. <sup>18</sup> Schon zu Beginn der 20er Jahre gab es den Versuch einer antisemitischen Gegenründung (»Neue Deutsche Schopenhauer-Gesellschaft«). Ihre beiden Vorsitzenden sind Nazi-Gegner. Der Breslauer Landgerichtspräsident *Hans Zint* weigert sich am 7. März, zwei Tage nach Hitlers Wahlerfolg, vor dem Gerichtsgebäude die Hakenkreuzfahne zu hissen, wird auf die Straße gezerrt und beschimpft, läßt sich beurlauben und tritt im gleichen Jahr in den Ruhestand (Hübscher 1954, 12). Sein erster Stellvertreter *Franz Mockrauer* verliert sein Amt als Direktor der Dresdner Volkshochschule und muß nach Dänemark emigrieren. Die für Herbst 1933 geplante Generalversammlung, die »in München unter tunlicher Ausgestaltung zu einem philosophischen Kongreß mit dem Thema 'Philosophie und Kunst'« (JSG XX/ 1933, 424) stattfinden sollte, wird in eine geschäftsmäßige Mitgliederversammlung umgewandelt (JSG XXI, 285-288). In der Folgezeit hält die Gesellschaft weder Kongresse noch weitere Generalversammlungen ab. Ihre Ortsgruppen in Danzig und Hamburg lösen sich auf. Der Mitgliederstand sinkt von 529 am 1.1.33 auf 457 am 1.1.34 und weiter bis auf einen Tiefstand von 403 (1.1.37), um sich dann zu stabilisieren.

Die Gelder einer Stiftung, die der Gesellschaft zur Verteilung der Werke Schopenhauers an »Volks-, Arbeiter-, Krankenhaus- und sonstige öffentliche Bibliotheken« zufließen (JSG XVII/ 1930, 340), werden auf Eis gelegt. Der Stifter hatte gemeint, es gebe »nicht nur in den höheren, den sogenannten gebildeten Ständen, sondern auch in den unteren Volksschichten (in der arbeitenden Klasse im engeren Sinne des Wortes) ... schon viele Personen, denen der Glaube an eine auf theologischem Fundamente ruhende Ordnung der Dinge unwiederbringlich abhanden gekommen ist«, so daß ihnen durch Schopenhauer »der Weg zur Erlangung eines Ersatzes für das verlorene kostbare Gut geebnet werden könnte« (ebd.). Der Auftrag scheint der Gesellschaft nach 1933 undurchführbar — die Werke hätten »in den vom Stifter vorgesehenen Leserkreisen, wie mit Sicherheit anzunehmen ist, kein ausreichendes Interesse wachgerufen. Auch war mit einer ablehnenden Haltung der in Frage kommenden Anstaltsleitungen zu rechnen« (JSG XXI/ 1934, 297).

Der Philosoph des Großbürgertums war im frühen Faschismus nicht vorzeigbar; zudem paßte die Lehre meditativer Verneinung des Willens

kaum in eine vom »Triumph des Willens« durchdröhnte Zeit. Im *Mythus des 20. Jahrhunderts* (München 1930) kritisierte Rosenberg sie als Vermischung des bloßen »Triebes« mit dem wahren, selbst-überwindenden »Willen«. Es handle sich um den »tragischen Traum eines verzweifelten Suchers«, der »versagte, weil ihm zum Intellekt der Wille fehlte« (242f). Allerdings war dem Parteiphilosophen die Auseinandersetzung mit Schopenhauer »besonders wichtig« gewesen. »Seine Schriften liegen heute nicht nur auf den Tischen des Professors, sondern ebenso auf denen des Geschäftsmannes ...« (242).

Eine Gelegenheit zur personellen Erneuerung liefert der Tod von Mitgliedern der wissenschaftlichen Leitung (Vaihinger 1933, Gebhardt und Lipsius 1934, Hasse 1935). Gefüllt werden die Lücken Ende 1934 durch den braunen Hegelkundler *Hermann Glockner*, den faschistischen Rechtslehrer *Giorgio Del Vecchio*, den Frankfurter Bibliotheksdirektor *Richard Oehler*<sup>19</sup> und durch *Arthur Hübscher*, den Feuilleton-Redakteur der *Süddeutschen Monatshefte* (JSG XXII, 422). Am 30. April 1935 ersetzt *C.A. Emge* den »Alten Kämpfer« Heinrich Hasse als Verbindungsmann zum Amt Rosenberg (Leaman 1991). Hübscher übernimmt nun das der Frankfurter Universitätsbibliothek angeschlossene Schopenhauer-Archiv (JSG XXIII, 431f) und steht Anfang 1936 an der Spitze der Gesellschaft.<sup>20</sup> Mit ihm setzt sich gegen das bildungsreligiöse »Schopenhauer-Erlebnis« eine vom Amt Rosenberg angewiesene »heroische« Wendung des Schopenhauerschen Pessimismus durch, die den Interpreten einiges abverlangte. Mit dem NS inkompatible Elemente wie Mitleid und Weltverneinung waren zu neutralisieren. Das *Jahrbuch* der Gesellschaft druckt nun auch »Gedanken zu einer heroischen Ethik nach Schopenhauer« (JSG XXII/1935). Herausgestellt wird sein heute weniger betonter Antisemitismus. »Seit Kant hat kein anderer Philosoph der Rassenlehre in dem Maße vorgearbeitet wie Schopenhauer« (JSG XXV/1983, 71).<sup>21</sup>

Zum 150. Geburtstag am 22. Februar 1938 organisiert der NS-Staat eine Schopenhauer-Woche in den Schopenhauer-Städten Frankfurt und Danzig. Der Einsatz der Massenmedien verschafft ihnen »reichsweit« Resonanz. Den Hauptredner stellt das Amt Rosenberg, das offenbar den organisatorischen Rahmen herstellt. In ihn ordnet sich die Schopenhauer-Gesellschaft und ihr neuer Vorsitzender ein.

Der drei Tage vorhergelegte Festakt der Stadt Frankfurt (19. Februar) geht etwas unter in den 420 »närrischen« Veranstaltungen des seinem Höhepunkt zutreibenden Karnevals. Im »einfach und würdig geschmückten Bürgersaal des Rathauses« beginnt er um 11 Uhr morgens mit der »Kleinen Nachtmusik«; danach Begrüßung der »Gäste aus Partei, Wehrmacht und Behördenkreisen« und der Festvortrag von *Arthur Hübscher*

(»Schopenhauer und unsere Zeit«). Hübscher legt dar, »daß Schopenhauer gerade unserer Zeit viel zu sagen hat, die nach Überwindung des flach optimistischen Fortschrittsglaubens durch Leben und Wirklichkeit den tiefsten Gedanken Schopenhauers mehr Verständnis entgegenbringt als die vergangene Epoche, indem sie dem weichlichen Glücksverlangen der Vergangenheit Opfermut und Opfersinn entgegensetzt« (JGS XXVI/1939, 427f). Zu den Festlichkeiten gehören eine Ausstellung, eine Hörfolge »Optimismus und Pessimismus« im Frankfurter Reichssender und eine Schopenhauer-Sondernummer der *Frankfurter Wochenschau*, mit Themen wie: »Arthur Schopenhauer und Braunau am Inn«, »Der große Frankfurter Philosoph über den großen Frankfurter Dichter«, »Schopenhauer über Bücher und Bücherlesen«, »Die Verkalkung« (?), »Schopenhauer und Schopenhauer« (sic). Damit ist er endgültig aufgenommen ins neue Bildungs-Pantheon einer staatlich formierten »Volksgemeinschaft«. Auch für die Verwendung der Stiftungsgelder zur Bestückung von Volksbüchereien mit Schopenhauer-Werkausgaben »schien nunmehr die Zeit gekommen« (JSG XIV/1937, 215).

Ort der offiziellen »Reichsfeier« ist am 22. Februar des Philosophen Geburtsstadt Danzig. Ein Rundfunkvortrag des dortigen TH-Professors *Walter Ehrenstein* (»Die Überwindung des Pessimismus durch den nordischen Menschen«) markiert den Auftakt. Ehrenstein, ein »alter Kämpfer« der NSDAP (Geuter 1984, 110), hat die ausgedehnten Feierlichkeiten im *Schopenhauer-Jahrbuch* überliefert (XXV/1938, 421-426). Höhepunkt ist, nach Beethovens Coriolan-Ouvertüre und der Begrüßungsansprache des Danziger Gauleiters, die Festrede von *Alfred Rosenberg*. »Die Wirkung der Rede, die auf verschiedene deutsche Sender übertragen wurde, war außerordentlich nachhaltig und in gewisser Hinsicht überraschend: denn es mögen nicht wenige Deutsche geglaubt haben, daß die tatwillige nationalsozialistische Bewegung, als deren Vertreter Rosenberg sprach, mit dem Pessimismus Schopenhauers wenig zu tun haben könne ... Die so Denkenden konnten der Rede Rosenbergs entnehmen, daß führende Männer der Partei über das Verhältnis von Schopenhauers Philosophie zur nationalsozialistischen Weltanschauung großzügiger — und gründlicher! denken; und es ist keineswegs allein der Antisemitismus und Antiliberalismus Schopenhauers, der die Gemeinsamkeit begründet.« (JSG XXV, 425) Nachdem der Gauleiter eine Ausstellung eröffnet und eine Büste enthüllt hat (es gab auch einen Satz Schopenhauer-Briefmarken), beginnt eine Vortragsreihe, die sich über eine ganze »Schopenhauer-Woche« hinzieht. Zu den Rednern gehört *Arthur Hübscher* (»Schopenhauer und wir«). Er wird das Schopenhauer-Ideal Rosenbergs, »nicht oberflächlich optimistisch an den Problemen des Daseins vorüberzugehen, sondern sich diesen Fragen heldisch zu stellen« (zit.n. JSG XXV, 425), allenfalls bekräftigt haben. Einstimmung auf den Krieg.

Wir beobachten hier die »Verschränkung von Kulturellem und Macht« (Haug 1980, 79), die durch die »Ausdehnung der 'Politischen Gesellschaft' in die bisher nach Gesetzen des Hegemoniebildungsprozesses sich regulierende 'Kulturgesellschaft'« erzeugt wird. Der NS-Staat heftet sich Schopenhauer, den die Nazibewegung noch als Spießbürger und Bankiersphilosophen bekämpfte, in Form von Büsten oder Briefmarken als Emblem an. Umgekehrt inszeniert sich die Staatsmacht

unter Einsatz der Massenmedien in einem volksgemeinschaftlichen »Schopenhauer-Erlebnis« — in dem sich bisher bildungsbürgerliche Subkulturen wiedererkannten. Analog verläuft 1939 die Königsberger Kant-Kopernikus-Woche.

Dieser Prozeß drängt die gelehrten Gesellschaften als »Subjekte« kultureller und kommunikativer Prozesse aus der faschistischen Öffentlichkeit. Der NS-Staat sucht ihnen auch die Kompetenz zur Herstellung wissenschaftlicher Öffentlichkeit zu entziehen, da die Funktion der Kongresse offenbar den Dozentenakademien übertragen werden soll. Er zieht darüber hinaus die Rezeption der den Nazis wichtigen Denker aus den philosophischen Traditionsvereinen heraus. So betreibt das Amt Rosenberg (Baeumler, Härtle, Lutz) die Faschisierung, d.h. »Heroisierung«, Nietzsches (Lotter 1987a), während die »Nietzsche-Gesellschaft« durch Publikationen oder Veranstaltungen nicht mehr in Erscheinung tritt.<sup>22</sup> Nicht die Schopenhauer-Gesellschaft bringt die offiziöse *Gedächtnisschrift für Arthur Schopenhauer* (hrsg.v. C.A. Emge und O.v.Schweinichen, Berlin 1938) heraus, sondern die Staatsrechtler-Vereinigung IVR in ihrer Reihe »Philosophische Untersuchungen«. Arthur Hübscher setzt darin einleitend »Arthur Schopenhauer und die Gegenwart« in Beziehung: als »Rückeroberung der ganzen, harten und nackten Lebenswirklichkeit« (14), in der sich eine Haltung kundtut, »von der uns einige Untersuchungen der letzten Jahre gelehrt haben, daß sie auch die Haltung unserer germanischen Vorfahren gewesen ist, die unter der ganzen Schwere und Wucht eines heroischen Pessimismus und in der selbstverständlichen Einsicht, wie wenig diese Welt zum Paradiese eines ewigen Friedens und der Glückseligkeit geschaffen ist, ihr Leben, groß und glänzend an Taten und Werken, geführt haben.« (16) »Ihr Leben *geführt* haben« ist geradezu das Stichwort für *Arnold Gehlen*, der für das Amt Rosenberg »Die Resultate Schopenhauers« durchgeht. Sie liegen in der »neuartigen anthropologischen Grundlegung der Philosophie« (110), die »in das Zentrum der Philosophie die reale Handlung des Leibes stellt« und »den Rahmen der Bewußtseinsphilosophie gesprengt« hat (101). Abstriche macht Gehlen bei Schopenhauers Religionsphilosophie. Religion und Mitleidsethik sind als »Führungssysteme« des Lebens nicht unersetzlich.

»Es ist inzwischen durch Tatbeweis gesichert, daß eine immanente Weltanschauung imstande ist, tragende Grundsätze des Handelns aufzustellen und durchzusetzen, ja sogar weit über die von Schopenhauer angegebene Aufgabe des Staates hinaus eine feste Organisation des Wachstums und der Leistung des Volkes aufzustellen ... Zur Formierung der Handlungen des Einzelnen und des Volkes, ethisch und politisch, muß die Religion nicht in Anspruch genommen werden.« (114)



Die IVR liefert mit ihrer Zeitschrift auch das Forum für die faschistische Hobbes-Rezeption — eine Verständigung über Möglichkeiten und Grenzen des »totalen Staates« —, deren Protagonisten *Carl Schmitt*, der Gehlen-Assistent *Helmut Schelsky* und *Paul Ritterbusch* für die Kieler Juristenschule sind.<sup>23</sup> Der Vorsitzende der Hobbes-Gesellschaft, *Cay von Brockdorff*, würdigt sie bei der Feier, die zum 350. Geburtstag von Hobbes am 12.4.1938 in der Kieler Universität stattfindet, als die »neue, dritte Phase« der Rezeption. Die Ansprache erscheint als Heft IX der »Veröffentlichungen der Hobbes-Gesellschaft«,<sup>24</sup> die sonst fast nur Brockdorffsche Hobbesiana enthalten, zusammen mit zahlreichen, meist verlesenen Glückwunschwünschen (u.a. von Richard Höningwald, Leopold von Wiese, Léon Brunschvicg, Giorgio del Vecchio). Das wuchtige Grußwort von Carl Schmitt, ebenfalls nur verlesen, deutet den alten »Schreckmythos« des Leviathan als Daseinsmetapher des dem Staat ungeschützt konfrontierten Bürgers.

»Erst jetzt, im 4. Jahrhundert seiner Wirkung, ... begreifen wir die unverminderte Kraft seiner Polemik, verstehen wir die innere Geradheit seines Gedankens und lieben wir den unbeirrten Geist, der die existentielle Angst der Menschen furchtlos zu Ende dachte und als ein wahrer *prómachos* die trüben Evasionen aller 'indirekten Gewalten' zerstörte.« (15)

Die Hobbes-Gesellschaft selbst repräsentiert in der Ansprache ihres Vorsitzenden die »zweite«, »noch längst nicht in sich abgeschlossene Phase« der Hobbes-Forschung, für die Namen wie Tönnies, Höningwald, Frischeisen-Köhler stehen (9). »Es ist wohl kaum nötig, zu sagen«, hofft der Baron, »daß sich die Fortsetzung der Arbeit der zweiten Phase mit der Arbeit der allerneuesten wohl dann und wann überschneiden wird, daß aber an sich kein Konflikt zu bestehen braucht.« (10) Die Gesellschaft war 1929 in Oxford während einer Gedenkveranstaltung zu Hobbes' 300. Todestag gegründet worden, auf Initiative der Kieler Professoren *Ferdinand Tönnies* und *Cay von Brockdorff*. Während der »Kathedersozialist« Tönnies (1855-1936), der 1930 in die SPD eintrat und 1933 SA-Leute mit dem Spazierstock bedroht haben soll, in den Vorbereitungsintrigen zum 8. Soziologentag von Hans Freyer aus dem Vorsitz der DGS gedrängt wird (Klingemann 1986) und 1934 die Lehrbefugnis verliert, ist der mit ihm befreundete Brockdorff seit dem 1. Mai 1933 Mitglied der NSDAP (Leaman 1991), hält jedoch sich und seine Veröffentlichungen in bewußt »unpolitischer« Distanz. Die Gesellschaft hat in Oxford, Stettin und Braunschweig Ortsgruppen. Ihr Kieler Zentrum ist eine ehemalige »Tönniesgemeinde« (Johannesson 1955), die bis in den Krieg hinein Vorträge organisiert. 1939 wird ein Lichtbildervortrag über Schweden erwähnt, weiter gab es

Bacon und spätmittelalterlichen Nominalismus, auch einmal Hobbes. »Herr Staatsrat Dr.iur. Carl Schmitt ... sprach am 29. April v.J. vor ungefähr 300 Personen über Sinn und Bedeutung des Bildes vom Leviathan. Der Erfolg des Redners war außerordentlich groß.«

Wieder zeigt die Gedächtnisveranstaltung von 1938, wie das philosophische Vereinsleben im NS nicht ausgeschaltet wird, sondern durch ein verändertes Dispositiv neue, in veränderter Weise staatstragende Bedeutung erhält. Sie beginnt mit der »feierlichen Einholung« des Kieler Rektors durch den Vorstand der Hobbes Gesellschaft. Es ist Paul Ritterbusch, nachmaliger Initiator des »Kriegseinsatzes der Geisteswissenschaften« (3.33), der als politischer Schirmherr der Feier fungiert und sie zweifellos ermöglicht hatte. Die Hobbes-Gesellschaft ernennt ihn zum Ehrenmitglied (33). Während Brockdorff die Anwesenden begrüßt, hält Ritterbusch die »glänzende, durch rauschenden Beifall belohnte Festrede« über »Die Totalität des Staates bei Thomas Hobbes«, die Carl Schmitt in seinem Buch *Der Leviathan in der Staatslehre des Thomas Hobbes* (1938) wiederholt zitiert. Brockdorff beschreibt sie als denkwürdige, »auch in der Presse lebhaft besprochene Leistung« (11). Sie wurde in den *Veröffentlichungen der Hobbes-Gesellschaft* nicht abgedruckt, aber auch nie anderswo publiziert. Den Kompromißcharakter der Veranstaltung zeigt die Tatsache, daß *Henri Bergson*, im Nazideutschland Symbol für den »jüdischen« Ungeist der Philosophie, die Ehrenpräsidentschaft innehat — wie beim Pariser Descartes-Kongreß (4.32), den Brockdorff als »Vorbild« der Veranstaltung erwähnt. Auch Bergson »war nicht in der Lage, zu erscheinen, ... aber man verlas einen geistvollen Brief von ihm.« (3ff)

So entzieht der NS-Staat diesen Gesellschaften die Kompetenz, in eigener Verantwortung eine wissenschaftlich-politische Auseinandersetzung zu organisieren. Dafür besetzt er das kulturelle Moment, die im Vereinsleben betriebene Traditionspflege, und bringt sich darin zum Ausdruck. Die philosophischen Gesellschaften bleiben in den Prozeß ihrer partiellen Ausschaltung zugleich eingebunden. Weitere Aufschlüsse hinsichtlich der Frage, welche Funktionen ihnen bleiben, liefert die zu Anfang (2.2f) behandelte Dialektik von faschistischer »Politisierung« und sekundärer Politisierung des Kulturellen.

#### 4.15 »Freier« Staatsdienst — »stille« Opposition

1934 übernimmt *Carl August Emge* den Vorsitz der *Internationalen Vereinigung für Rechts- und Wirtschaftsphilosophie* (IVR), die ihren letzten Namensbestandteil durch *Sozialphilosophie* ersetzt. Er gelangt

zugleich auf den rechtsphilosophischen Lehrstuhl der Berliner Universität und in die Geschäftsführung von Hans Franks Akademie für deutsches Recht. Die Reorganisation durch die RKK bedeutet keine erzwungene Gleichschaltung. Emges Vorgänger Wilhelm Sauer, seit den zwanziger Jahren bemüht, die Ideen der NS-Bewegung und Grundsätze der Staatsrechtslehre ineinander zu übersetzen, hatte 1933 in seinem Beitrag »Zur Klärung der rechts- und sozialphilosophischen Grundsätze der nationalsozialistischen Bewegung« (ARS XXVII, 1ff) festgestellt: »... die Rechts- und Sozialphilosophie erkannte in dem Durchbruch nur ihre eigenen Ideen, deren Träger, Schürer, Urheber sie insgeheim war«. Daraufhin skizzierte er eine »gotische Ethik« (14), deklarierte »die deutsche Eiche ... zum Sinnbild deutschen Wesens«, den Führer zur »Zentralmonade« (15), und forderte »volkliche Beachtung« für die »geheimen, im Volk aufgespeicherten, von erbgesunden Volksgenossen erzeugten und durch den Geschlechtsakt sich vererbenden Kraftteilchen« (21). Mit Emge kommt ein anderer Ton ins *Archiv*. Er unterstellt die Vereinigung dem Schopenhauer-Motto »Vitam impendere vero!« (ARS XXIX/1934-35, 294ff), das in Anbetracht des historischen Moments (4.14) nicht als solches ausgewiesen wird.

»Es gibt für den ernsthaften Philosophen *nur eine* Haltung gegenüber der Wahrheit: Es ist die unbedingte und demutsvolle Hingabe an die Wesenheit ihrer Probleme. (...) Versagt die Philosophie in diesem Punkt, ja läßt sie hier nur die Möglichkeit zu, daß sie in ordinärem Gehorsam gewissen 'Absichten' dient, so wird sie im Nu zur 'Spaßphilosophie'. Sie hat das Horchen auf ihre innere Stimme verlernt. (...) Der Kampf der Einsicht gegen die Absicht, oder derer, die *für*, gegen diejenigen, die *von* einer Sache leben, ist eine Ehrensache der Kultur. Hier heißt es stets: 'il faut dire la vérité et simmoler'.«

Was sich hier mit Schopenhauer-Nietzsche artikuliert, ist die Forderung nach Gedankenfreiheit, aber für das Denken der Herrschaft. »Nicht, daß Könige Philosophen sein sollten! Aber daß jene wissen und fühlen, wie sehr sie dieser bedürfen, und zwar echter Philosophen und keiner Narren, ist ein selten eintretender Glücksfall der Kultur.« (Ebd.) Das ist eine bezeichnende Modifikation der Forderung, den »Staat in die Hand des Philosophen« zu legen, die Baeumler in seiner Berliner Antrittsvorlesung erhob (2.22). Emge verlangt für die philosophisch-staatliche Funktion einen Freiraum »neben dem Staat und innerhalb des Staates«, wie es der Kirchenführer Dibelius für seine Institution forderte.<sup>25</sup> In gleicher Weise umreißt auch Theodor Litt *Die Stellung der Geisteswissenschaften im nationalsozialistischen Staat*, indem er betont, »daß die Wissenschaft, wenn sie dergestalt auf ihrem Eigenrecht besteht, sich keineswegs unfähig macht, dem neuen deutschen Staat zu geben, wessen er bedarf« (Leipzig 1933, 8).

In dieser »freien« Unterstellung kann sich die IVR, die 1909 zur Verständigung der herrschenden Kreise über Probleme der Gesetzgebung gegründet wurde und eine Nummer ihrer Zeitschrift dem Justizministerium gewidmet hat (ARWP XX/1926-27, 181), dem NS-Staat souverän eingliedern. Ein rechtsstaatlich garantierter Raum der Meinungs- und Versammlungsfreiheit war für die von Emge eingeforderte »Haltung gegenüber der Wahrheit« nicht notwendig. Die Zeitschrift liefert weiter das Forum der staatsphilosophischen Diskussion. Die geforderte Autonomie für die staatlich-philosophische Funktion reproduzierte sich allerdings in dauernden Stellungskämpfen; ein Indiz mag die Tatsache sein, daß Emges 1931 pseudonym publizierte Bekenntnisschrift *Geistiger Mensch und Nationalsozialismus* 1938 auf den Index gelangt (5.1). Er führt aber die Gesellschaft bis 1945.

Wie ein zweites Beispiel reibungsloser Einordnung, der Jenaer *Eucken-Bund*, zeigt, konnten philosophische Gesellschaften dem NS-Staat im Bereich des internationalen Kulturaustausches und der Auslandsrepräsentation dienlich sein. *Rudolf Eucken* (1846-1926), 1908 als bisher einziger deutscher Philosoph mit dem Nobelpreis ausgezeichnet, war als Repräsentant eines spätwilhelminischen »Neuidealismus« mit schwindelerregenden Buchauflagen und den Erdball umspannender Vortragsaktivität »ein in der deutschen Philosophiegeschichte seltenes Publizitätsphänomen« (Lübbe 1963, 179). Lübbe begreift den Neuidealismus als »Resultat einer Neuaneignung der klassischen Philosophie« unter der Bedingung »kulturkritischer Selbstanklage bürgerlichen Bildungsbewußtseins um die Jahrhundertwende« (ebd., 182f). Euckens Umarbeitung des Deutschen Idealismus rückt anstelle bestimmter Wertvorstellungen das »Handeln« als auf höhere Ideale orientiertes ins Zentrum. Sein Neuidealismus stellt sich nicht als »Theorie« oder zum Wirklichen hinzutretende, es übergänzende »Idee« dar, sondern, die akademische Form sprengend, als Appell, Heilkraft, Weisung und, mit dem Fichte entlehnten Begriff, wirklichkeitschaffende »Tathandlung«. Die aktivistische Wendung, die Eucken der neuhumanistischen Bildung verleiht, artikuliert sich in massenwirksamen Reden und Flugschriften, die 1914 zu Tausenden an die Front gehen. In ihnen stellt sich der Krieg als die Weltbewährungsprobe eines »Deutschen Idealismus« dar.

Die Gründung des Bundes, dessen Richtlinien in Euckens Schrift *Unsere Forderung an das Leben. Mit einem Anhang: Aufruf zur Gründung eines Eucken-Bundes* (Leipzig 1920) fixiert sind, fällt in die abflauende Nachkriegs-Wirkphase des Meisters. Er ist »das spiritualistische Pendant zum materialistischen Deutschen Monistenbund, dessen Ehrenvorsitzender der Kollege Euckens und gleichfalls welt-

bekannte Ernst Haeckel war« (Lübbe, 179f). Während der Monistenbund Anfang der 30er Jahre längst nicht mehr existiert, verfügt der Euckenbund noch über eine beachtliche Infrastruktur von 25 z.T. ausländischen Ortsgruppen und hält im unregelmäßigen 2- bis 3-Jahresrhythmus »Haupttagungen« im Jenaer »Euckenhaus« ab. Die *Tatwelt*, eine Quartalsschrift mit populär gehaltenen Besinnungsaufsätzen zu Zeitfragen und Besprechungen philosophischer Neuerscheinungen, zehrt noch vom Weltruhm des Euckenschen Neidealismus. Sie erscheint auch englisch (*The Eucken-Review*) und unterhält Beziehungen zu Mitarbeitern in Japan, USA, China, Frankreich, Großbritannien, Schweden, Italien, Rumänien und Polen.

1933 gleitet der Bund ohne anzuecken über die zeithistorische Schwelle, weil der »aktive Idealismus« im nationalen »Aufbruch« und dem omnipräsenten Pathos des »Schaffens« ein vielfältiges Echo bekommt. Die Haupttagung vom 27.-28.10.1934 ist dem »Deutschen Idealismus« gewidmet, der wegen der anti-bildungsbürgerlichen Kräfte im NS (Sprachrohr: der ehemalige Neidealistent Kriek) unter Rechtfertigungsdruck steht. Der Hauptreferent *Bruno Jordan* (»Der deutsche Idealismus und die Gegenwart«, TW XI, 89-97) beruft sich auf Euckens längst vorgenommene »Erneuerung«: Der »echte Idealismus« ist nicht der bloß erkennend-kontemplative »Intellektualismus« des Stubenhockers, sondern »das Sichaufringen eines kämpfenden Tatmenschen«. Damit hebt sich der Widerspruch auf, in dem der »neue deutsche Mensch« sich »gespalten« findet: er soll »unbedingt frei sein ... in jeder Betätigung seines Kulturwillens. Und doch soll er wiederum sich gebunden fühlen an das Volkstum, an den Staat, an dessen politische und kulturpolitische Lage«. Lösung des Dilemmas ist »mit Goethe ein 'freier Entschluß, die Freiheit aufzugeben'« (TW XI, 96f). Mit dieser Formel führt auch *Arnold Gehlen* 1933 seine »handlungs«-theoretische Reinterpretation des Deutschen Idealismus durch (Klinger 1989). In der *Tatwelt* betreibt Gehlen nach 1933 mit *Helmut Schelsky*<sup>26</sup> u.a. seine Pragmatismus-Rezeption.

Der Bund fühlt sich also vom nazistischen Kampf gegen den Bildungskult überhaupt nicht getroffen. Dem NS entgegen kommt vielmehr der Vereinszweck, gegen einen von unten hochkommenden Materialismus die 'absolute' Herrschaft des Geistigen volkspädagogisch zu verbreitern und zu intensivieren. Anders als im Falle der Kant-Gesellschaft weiß der Nazismus aus dem internationalen Renommee des Eucken-Hauses auch symbolisches Kapital zu schlagen. Es wird mit der »Pflege kultureller Auslandsbeziehungen« (TW XIII/1937, 57) beauftragt. Die Aktivitäten sind in den 1936 erstmals erscheinenden

»Tätigkeitsberichten« dokumentiert, die ein Ministerialrat des REM für die *Tatwelt* verfaßt. Ein Betreuungsprogramm für ausländische Studenten reicht von Besichtigungen, »Heimat-«, »Musik-« und »Vortragsabenden« bis zu sprach- oder landeskundlichen Vorbereitungskursen, die auch staatliche Prüfungen einschließen. Ein zweiter Schwerpunkt ist die Anbahnung von Verständigungsprozessen zwischen deutschen und ausländischen Wissenschaftlern. Der Euckenbund kann auf dieser Basis nach 1933 als einzige der philosophische Vereinigungen seine Veranstaltungsaktivität intensivieren. Einige Vorträge des Jahres 1935 (TW XII, 55ff): »Lamarckismus, Darwinismus, Neodarwinismus und die Ziele der völkischen Aufartung« (*H.F.K.Günther*, Berlin); »Landschaftsbilder aus Griechenland«; »Bulgarien und der deutsche Geist« (*D.Popoff*, Sofia); »Die historischen und ethischen Grundlagen des Bushido« (Prof. *Tomoeda*, Leiter des dt.-jap. Kulturinstituts Tokio).

Der ursprüngliche »Kampf des Euckenbundes gegen Materialismus und Relativismus« verliert seine Bedeutung an den »Kampf gegen diejenigen, die Intellekt mit Wissensdünkel verwechseln« (TW XIV/1938, 174f). Auf nunmehr jährlichen »Arbeitstagen« geht es darum, die Aktivität des »schaffenden Geistes« auf höhere Ideale gerichtet zu halten, ihn aber zugleich mit den Anforderungen eines kapitalistisch hochrüstenden Herrschaftssystems zu vermitteln. Bemerkenswert ist der Austausch mit der philosophischen Physik der Kopenhagener Schule, die hier schon vor ihrer offiziellen Anerkennung 1940 (5.25) ein Forum findet. Die erste »Arbeitstagung« am 19./20.Juni 1937 gilt den Möglichkeiten einer »systematischen Einheit der Wissenschaften«. Nach dem Willen der Initiatoren sollen die fachlich zersplitterten Forschungen sich im »Ring um den schaffenden Geist« verbinden, was nach Lage der Dinge den Vierjahresplan beflügeln mußte. Es diskutieren die Physiker *Pascual Jordan*, *Carl Friedrich v.Weizsäcker*, *Bernhard Bavink*, die Leipziger Sozialwissenschaftler *Arnold Gehlen* und *Helmut Schelsky*, die italienischen Mitarbeiter des Eucken-Bundes *Antonio Banfi* und *Francesco Orestano* (Präsident der ital. Philosophenvereinigung); dazu u.a. *Bruno Bauch*, *Gotthard Günther*, *Willy Hellpach*, *Aloys Wenzl* (TW XIII, 69-92, 115-161). In den letzten Nummern der Zeitschrift erregen vor allem Weizäckers Thesen über »Das Verhältnis der Quantenmechanik zur Philosophie Kants« die Aufmerksamkeit der Leser. Auch die von Arnold Gehlen, dessen Briefwechsel mit Weizsäcker Ende 1942 veröffentlicht wird (TW XVIII, 105ff).

Im Gegensatz dazu machte eine »völkische« Aura und der Geruch von Turnverein und Liedertafel, wie ihn die DPhG vor allem unter Felix Krueger umgab, die philosophischen Traditionsvereine für den

NS-Staat nur zu Beginn attraktiv. Ein Beispiel ist die *Johannes-Rehmke-Gesellschaft*, die durch den NSDAP-Pressechef Otto Dietrich eine unverhoffte Aufwertung erfährt. In seiner Rede über *Die philosophischen Grundlagen des Nationalsozialismus* (Breslau 1935), die er am 16.11.1934 zur Vorbereitung einer Pressekampagne an der Kölner Universität hält, dienen Worte des langjährigen Greifswalder Ordinariums *Johannes Rehmke* (1848-1929) als Beleg, daß diese Grundlagen in der zeitgenössischen Philosophie »längst vorhanden« sind. Der Redner zitiert, etwas kompilierend, aber nicht sinnenstellend, aus Rehmkes Hauptwerk *Philosophie als Grundwissenschaft* (21929, VI, 528) die Polemik gegen »die Wurzel alles Übels, das Einzelwesen Mensch«, und gegen »das Träumen und Dichten in der Philosophie« (20). »Einzig und allein die Tatsachen haben auch in der Philosophie das Wort.« (Ebd.) »Eine solche nicht weiter herzuleitende Tatsache«, ergänzt Dietrich, »sind aber die Rassen, die Völker, die Nationen ...« (ebd.).

Bei Rehmke, der wie Husserl Philosophie als »Grundwissenschaft« artikuliert, ging es im Kontext um die Überwindung der Erkenntnistheorie und ihres Subjekt-Objekt-Dualismus. Mit der These, daß der Mensch kein »Einzelwesen«, sondern »Wirkenseinheit« von individualisiertem Leib und »ortlosem« Allgemeinbewußtsein ist, suchte er die gnoseologischen Aporien abzuschütteln und Platz zu schaffen für die neue Grundwissenschaft, die den logischen Aufbau der Welt aus evidenten (Bewußtseins-)Tatsachen verwalten soll. Was sich hier in der dünnen Luft der Abstraktion entwickelt, erhält in der Dietrich-Rede neue Konnotationen: In der Überwindung des gnoseologischen Individualismus reflektiert sich der nazistische Kampf gegen den individualistischen Liberalismus, im bewußtseinsphilosophischen Pathos der *tabula rasa* die Verheißung einer philosophischen Grundlegung des NS, zugleich eines »nationalsozialistischen« Neubeginns im Philosophischen.

Die kleine Johannes-Rehmke-Gesellschaft druckt die Passagen der Dietrich Rede in ihrer Zeitschrift erfreut nach (GW XIII, 197).<sup>27</sup> Sie war 1918 zu Rehmkes 70.Geburtstag gegründet worden. Rehmke, von dem uns, wenn man seinem Schüler Heyde (1947, 606) glauben darf, der Ausdruck »Grundschule« geblieben ist, artikuliert seinen Beitrag zur Überwindung der Grundlagenkrise der Philosophie als »bodenständiges« Denken und sicherte sich damit die Außenseiterstellung im akademischen Betrieb seiner (wilhelminischen) Zeit. Die *Grundwissenschaft* erschien zunächst als Schriftenreihe mit dem Untertitel »Zur Aufrichtung der Philosophie als Wissenschaft wider Erkenntnistheorie und metaphysische Weltichtung«. Bekämpft wurde mit Kantianismus

und Lebensphilosophie die Kultur der Gebildeten: das »geistreiche Umbiegen« der »Sache des Wissens ... zur 'Weltanschauung', einem Glauben also, einer Geschmackssache, einer hübschen Teetischunterhaltung« (GW I/1919, 19ff). In der Rehmke-Gesellschaft organisieren sich nicht die deutschen Mandarine. In einem bäuerlichen Wissenschaftsglauben, aber zugleich im Blick auf die Unterstützung »finanzkräftiger Wissenschaftsfreunde« artikulieren Lehrer und um akademische Anerkennung kämpfende Pädagogikprofessoren die Forderung nach allgemein zugänglicher Bildung. Die »Errichtung einer bodenständigen klaren Weltlehre« zielt gegen die »Herren vom philosophischen Gewerbe«, hat jedoch zunächst nicht den Sinn von Blut und Boden. Die Rehmkeaner beziehen zum Zeitpunkt ihrer Vereinsgründung »klar« (einer ihrer Leitbegriffe) Stellung gegen die Möglichkeit einer *Deutschen Philosophie*, zu deren Pflege sich zwei Jahre zuvor in den höheren Gesellschaftsetagen die DPhG konstituiert hatte. Es gebe sie nur »unter der Voraussetzung, daß das nicht *Wissenschaft* sei, was Philosophie genannt wird, ansonst die Wendung 'deutsche Philosophie' als *contradictio in adjecto*, mithin als Unsinn offen am Tage läge« (GW I/1919, 28).

»Eine unserem Volke eigentümliche Wissenschaft, z.B. und in diesem Sinne eine 'deutsche Philosophie', gibt es nicht. (...) Wissenschaft überhaupt diese einfache Wahrheit werden wir nicht der Propaganda opfern ist Sache menschlichen Bewußtseins schlechtweg, ist also Menschensache und entzogen allem Glaubenshader und Nationalitätenzwist.« (Ebd.)

1933 ist das universalistische Moment abgespalten. Der Rendsburger Studienrat *Hans Lüthje* kann Rehmke in drei Rundfunkvorträgen (23.12.1935, 9.4.1937, 16.4.1937) als Begründer der »bodenständigen Philosophie« vorstellen, dem nun also die Zukunft gehöre. Der Greifswalder Volksschullehrer-Cartesianismus artikuliert sich jetzt anticartesianisch und völkisch. Zwar gebe es seit Christian Wolff eine Philosophie in deutscher Sprache, aber erst Rehmke hat »eine uns wesensgemäße, bodenständige deutsche Philosophie geschaffen« (GW XIII/1937, Beilage 4). Jene blieb abhängig »von den westeuropäischen Denkern, an deren Spitze der Franzose Descartes steht« — was sich niederschlägt in »hochtönenden Fremdwörtern« wie: »'Natur', 'a priori', 'synthetisch', 'hypothetisch', 'transzendental'« (ebd.). Erst Rehmkes eigenwillige Kunstsprache vermochte »den fremden Geist zu verbannen« — durch den »Geist des nordischen Menschentums« (202). Während der Philosophiekonsum der »gebildeten Schichten« deren »Aufgeblasenheit« noch verstärkt, wird das Volk durch die »Klarheit« der Grundwissenschaft »klüger, gesünder und lebenstüchtiger« (201). Klarheit, Rehmkes Markenzeichen, kann als »Erbeil seiner schleswig-



holsteinischen Vorfahren« zu derjenigen des Descartes in Gegensatz gebracht werden. Damit konfrontiert sich der oberflächlichen Klarheit des Franzosen einmal nicht die deutsche »Tiefe«, sondern die große Klarheit des Nordens. Sie konnotiert »Härte«, verspricht Abhärtung für den »Lebenskampf«.

»Wie die Eisriesen des Hochgebirges liegt die Philosophie Rehmkes vor den Augen des Betrachters, Kälte, Strenge, Unerbittlichkeit ausstrahlend und eine wunderbare Klarheit und Schönheit, die doch auch wieder unser Herz gewinnt. Die Menschen unserer Zeit verlangen nach klarer Erkenntnis der Wirklichkeit, der 'harten Tatsachen' des Lebens, einer Erkenntnis, die nichts verwischt und nichts verschönt ...« (GW XII/1933, 94)

Johann Erich Heyde, Professor an der Rostocker Lehrerbildungsanstalt und Vorsitzender der Gesellschaft, präsentiert in seiner Broschüre *Johannes Rehmke und unsere Zeit* (Berlin 1935) Rehmkes »philosophischen Realismus« als Pendant des »politischen Realismus« von Hitler. Die »Grundwissenschaft« sei geeignet zur Fundierung der Rassenpsychologie; sie könne das »nationalsozialistische« Gedankengut kohärent und werbewirksamer machen. Der Werbefeldzug der Rehmke-Gesellschaft bleibt jedoch ein Strofeuer. Ihre Zeitschrift stellt 1937 ihr Erscheinen ein. Der Versuch, einen ins Philosophische transponierten Sprachpurismus als »bodenständige Philosophie« zu propagieren, verliert in den Medien des NS-Staats die Resonanz. Die Universitätsphilosophie scheint ihn kaum registriert zu haben.

Anders präsentiert sich zunächst die bildungsreligiöse, 1933 von Auflösung bedrohte *Schopenhauer-Gesellschaft*. In der Ausgabe 1932 ihres *Jahrbuchs* rief der zweite Vorsitzende Franz Mockrauer die Mitglieder zur Verteidigung des »Humanismus und deutschen Idealismus« gegen die zwei »Mächte der Zerstörung« auf.

»Bolschewismus und Faschismus kennen keine autonome, verantwortungsbewußte Geistigkeit, keine intellektuelle Ethik. (...) Aufgabe der Schopenhauer-Gesellschaft und ihrer Mitglieder ist es, aus dem heroisch der Wahrheit gewidmeten Leben und der entsagungsvoll bewährten Geisteshaltung ihres Meisters Kräfte zur Abwehr der ersten Kulturgefahr, die dem Abendlande droht, zu gewinnen.« (JSG XIX, 163f)

Der Jahrgang 1933, traditionsgemäß am 22. Februar, dem Geburtstag Schopenhauers, ausgegeben, enthält ausschließlich eine von Arthur Hübscher zusammengetragene Sammlung der Gespräche Schopenhauers. Ein Vorwort des Vorsitzenden Hans Zint stellt die Beziehung zum historischen Moment her.

»Angesichts der geistesgeschichtlichen Situation des Augenblicks mag eine solche Ruhepause ungewollt sinnvoll sein: wenn der Lärm des Tages allzu laut erschallt, wenn der *homo politicus* allein den Ton angibt, dann geziemt es sich für den *homo philosophicus* wohl, in der Stille zu sammeln und zu sichten.« (JSG XX, III)

Die Sprache ist als solche signifikant (vgl. 2.32): Zint gehört zu den »Abseitsstehenden«. Sein Nachfolger Hübscher sollte, wie gesehen (4.14), die Gesellschaft in den »Lärm des Tages« zurückführen, indem er der Faschisierung Schopenhauers Resonanz gab und dadurch in den Medien des NS-Staats Resonanz erhielt. Im Vorwort zur ersten Nachkriegsausgabe des Jahrbuchs schlüpft Hübscher in das bereitstehende Sprachversteck und bescheinigt sich und der Gesellschaft ein Weiterwirken »in der Stille« (JSG XXXII/1945-48, III). — Das mag eher für die *Hobbes-Gesellschaft* (4.14) zutreffen, die in ihren Veröffentlichungen, aber auch in ihrem Beitrag zur offiziellen Hobbes-Feier die sich anbietende Aktualisierung Hobbes' auffällig vermeidet und damit konservative Distanz signalisiert. Die Beschränkung auf unpolitische Hobbes-Philologie wird durch die Verhältnisse sekundär politisiert.

Betrachten wir abschließend eine philosophische Sektenbildung, bei der sich ab einem bestimmten Zeitpunkt von innerer Emigration sprechen läßt. Die *Gesellschaft für freie Philosophie* entstand 1920 als großherzogliche Stiftung zur Unterhaltung einer »Schule der Weisheit«, die der baltische Graf *Hermann Keyserling* (1880-1946) in Darmstadt betrieb. Nach der Oktoberrevolution, dem Verlust seines Rittergutes und der Ausweisung aus Estland hatte der Verleger *Otto Reichl* den Grafen für sein anfängliches Projekt einer »Philosophenkolonie« gewonnen, und den hessischen Großherzog als Finanzier. Der letzte hessische Hofmarschall *Graf Cuno von Hardenberg* ist bis zu seinem Tod 1939 Vorsitzender der Gesellschaft. »Sie hat weder Programm noch Satzungen noch Ortsgruppen, weil sie grundsätzlich nichts Neues lehren, sondern den zu ihr Gehörigen innere Einkehr, wesentliches Menschentum, Organe eines tieferen Verstehens, kurz spirituelle Erkenntnis auf dem Wege der Philosophie vermitteln will.« (RphA 1923, 124) In ihrer Blütezeit, den zwanziger Jahren, sind rund 1000 Mitglieder verzeichnet (ebd.); die Zahl halbiert sich in der NS-Zeit (*Minerva-Jahrbuch* 1937).

Die Jahrestagungen der Gesellschaft, publiziert im Jahrbuch *Der Leuchter* (1920-1930), entwickeln sich in den 20er Jahren zu einem philosophischen Bayreuth. Nach den Memoiren von Driesch (1951, 208) hat man sie »snobistisch« genannt, und sicherlich waren eine Anzahl von Leuten nur da, weil es eben zum guten Ton gehörte und weil man sich, trotz der Republik, gern im großherzoglichen Lichte sonnte (. . .). Aber ... was geboten wurde, war fast alles *hochwertig*«. Auf der letzten (Tagungsthema »Mensch und Erde«) trug *Max Scheler* seine berühmte Grundlegung der Philosophischen Anthropologie vor (*Die Stellung des Menschen im Kosmos*); weitere Referenten und Besucher waren u.a. *Nikolai Berdjajew*, *Leopold von Wiese*, *Jakob von Uexküll*, *Alfred Weber*, *Ernst Troeltsch*, *Arthur Liebert*, *Friedrich Gogarten*, *Leo Frobenius*, *Alexander v. Gleichen-Rußwurm*, *August Winnig*, *Rabindranath*

Tagore, der Rabbiner *Leo Baeck*, die Schriftsteller *Otto Flake* und *Rudolf Binding*, die Psychologen *Hans Prinzhorn* und *Ernst Kretschmer*, die Psychoanalytiker *Alfred Adler*, *Theodor Reik*, *Georg Groddeck*, *C.G.Jung*. Die Aufmerksamkeit, die Keyserling auf sich zu lenken wußte, polarisierte. Neben der Verehrung stehen die Attacken derer, die er 1933 als »meine jüdischen Widersacher« erwähnt (WzV XXII, 10): *Kurt Tucholsky* (1961, 1146ff), für den der »Armleuchter von Darmstadt« ein »gefährlichen Exportartikel« ist; *Ludwig Marcuse*, für den »Keyserlings Schule der Weisheit nicht nur eine Mode von gestern, sondern auch die Zerstörung eines ursprünglich begabten Schriftstellers« darstellt (*Frankfurter General-Anzeiger* 7.5.1927); *Fritz Heinemann*, dem sich sein Denken aus der sozialen Lage des »entwurzelten Adligen« erklärt (»Graf Keyserling und die Krise des Bürgertums«, *Neue Rundschau* 5/1931). Der Volksmund machte sich seinen eigenen Reim: »Als Gottes Atem leiser ging, schuf er den Grafen Keyserling«.

Die Weisheit der Schule reproduziert sich in Gesprächen, die Keyserling den Mitgliedern einzeln gewährt. Ende der zwanziger Jahre leitet er auch organisatorisch die Wendung ins Esoterische ein. 1928-33 hält die Gesellschaft nur interne »Lehrtagungen« ab. Die »Mitteilungen der Schule der Weisheit«, die seit 1920 unter dem Titel *Der Weg zur Vollendung* erscheinen, werden ab 1929 als Privatdruck weitergeführt, d.h. sie gelten nicht mehr als »Veröffentlichung« und dürfen der Presse oder Nichtmitgliedern nicht zugänglich gemacht werden. Anders als der 1930 eingestellte *Leuchter* ist die Mitgliederzeitschrift eine Broschüre mit Keyserlingscher Meditation, einer Bücherschau Keyserlings und organisatorischen Mitteilungen des Vorsitzenden.

Nach Hitlers Machteinsetzung nimmt Keyserling Stellung »Zum Neuaufbau des Reiches« (*Darmstädter Tagblatt/Hess. Nachrichten* 22. u. 28.2.33).

»Ich höre von nationalen Kreisen, die es begrüßen würden, wenn Albert Einstein, da er Jude ist, auf immer Deutschland verließ: wo Einstein ohne jeden Zweifel zu den zwei oder drei anerkannt bahnbrechenden Geistern dieser Zeit gehört und allgemein als deutsch gilt (niemand außerhalb Deutschlands versteht das deutsche Rasse-Vorurteil), so wäre Einsteins endgültige Abkehr von Deutschland, staatsmännisch beurteilt, eine kaum geringere Katastrophe, als dies die Marne-Schlacht war.« (Zit.n. Dyserinck 1970, 100)

Die Nazis entfachen nach den Märzahlen eine Kampagne gegen den Verfasser »antideutscher Hetzpropaganda« und »Förderer der Kriegsschuldflüge«. 1915 hatte Keyserling als russischer Staatsbürger in einer englischen Zeitschrift den deutschen Expansionsdrang als Kriegsursache identifiziert; einen Sinn des Krieges sah er allerdings darin, daß »Elend und Blutvergießen« ein Durchgangsstadium zur Hebung des geistigen Niveaus und Vorstufe neuer gemeineuropäische Solidarität sein müssen. Ohne Nacht kein Licht. »Metaphysisch rechtfertigt dies den Krieg.« (Zit.n. Dyserinck, 35) Im Juni 1934 erreicht der

Darmstädter Gauleiter die Ausbürgerung Keyserlings und seiner Söhne — seine Frau, eine Bismarck-Enkelin, bleibt ausgenommen. Im September wird die Ausbürgerung von Berlin aus zurückgenommen, da sie nach der Rechtslage nur gegen Emigranten zulässig war (Dyserinck, 100f).

Keyserlings Ablehnung des völkischen Biologismus und sein kosmopolitischer Standpunkt bedeutet nicht politische Gegnerschaft zum NS. Im November 1933 veröffentlicht die Mitgliederzeitschrift *Reflexionen* über »Gleichschaltung und Zusammenklang« (WzV XXII, 1-16) — zur »Orientierung« (1) derer, »welche die heutige Lage in irgendeinem Sinn einen Konflikt erleben läßt« (3). Der Graf ist fasziniert. In Hitler sei »der Geist der Reformation und der Religionskriege neu erstanden« (5) Der einzelne »soll sich unter allen Umständen dem Ungeheuren innerlich hingeben, das er miterlebt« (3), dabei aber zugleich »mehr denn je sich selber treu bleiben« (5).

»'Gleichschaltung' ist eine rein äußere Angelegenheit (...). Eine Gleichschaltung des Innerlichen gibt es nicht (...). Wer sich 'auf den Boden der Tatsachen' stellte, um 'den Anschluß nicht zu verpassen', der verwandelt sich keinesfalls der neuen Zeit gemäß, denn der setzt sich dem Einfluß des Neuen gar nicht wirklich aus. Gerade das tut aber der, welcher um seine Überzeugung ringt. So schreitet eine Bewegung von jeher typischerweise vermittelt solcher zum Endsiege fort, welche ursprünglich Gegner waren siehe Saulus/Paulus.« (6f)

»Zusammenklang« nennt Keyserling das innere Komplement zur »äußerlichen« Gleichschaltung. Gemeint ist nicht die Identität der Gesinnung, sondern eine Übereinstimmung der Privaten in wechselseitiger Anerkennung der »Echtheit« unterschiedlicher Überzeugung. »Der (heute leider weitverbreitete) Glaube ist völlig irrig und abwegig, als arbeiteten nur Gleichdenkende zusammen. Alles lebendige Leben ist Gegensatzführung, und jeder Nicht-Nationalsozialist, welcher ... seiner Überzeugung treu bleibt und damit seine Umgebung zwingt, sich ernstlich mit ihm auseinanderzusetzen, ist für Deutschlands Zukunft wertvoller als Millionen 'Umgestellter'« (6). »Keinesfalls soll man 'zeitgemäß' lügen, wie dieses heute so entsetzlich viele tun.« (7)

»Auch das Schweigen ist ein positives; in Zeiten allgemeiner Lautheit verkörpert es sogar sehr große Macht. Und wem das Schweigen schwer fällt, — nun, der wächst desto mehr innerlich, je schwerer er es hat. In jedem Fall aber zwingt das Dasein echter anderer Überzeugung diejenigen, die als Nationalsozialisten überzeugt sind, *allen* lebendigen Kräften Deutschlands Rechnung zu tragen. Denn Deutschlands endgültiger neuer Zustand wird ... dem Gleichgewicht *aller* Kräfte entsprechen und nicht irgendeine vorausgesetzte Theorie verwirklichen.« (7)

Das »Schweigen« hat hier offenbar keinen oppositionellen Sinn. Keyserling schaltet sich als Sinnvermittler in den ideologischen Prozeß ein, der

die ihrer politischen Austragungsform beraubten Konflikte ins Innere der Individuen wirft und sie zu aktiven »Subjekten« der von den Nazis geschaffenen Verhältnisse macht. Rückblickend überzeugt er sich, »daß ich (zumal angesichts des Einflusses, den ich damals in Deutschland hatte) mit zu den Begründern des Neuen Deutschland zähle und daß die Schule der Weisheit lange Jahre der Hauptbrennpunkt der nationalen Erneuerung war« (15).

Der Nazismus honoriert dies nicht. Die Gesellschaft hält sich als »klein gewordener Kreis« (WzV XXVIII/1939, 55) mit ihrer Zeitschrift bis Kriegsende, darf aber in Darmstadt keine Tagungen mehr abhalten. Am 8.11.34 »strömte eine überraschend große Anzahl Mitglieder« noch einmal zu einer ordentlichen Mitgliederversammlung nach Heidelberg, wo »Graf Keyserling von hoher Warte aus einen langen Vortrag über die Wandlung der Zeit und die neuen Aufgaben« hielt (WzV XXIV/1935, 30). Am 22.11.34 lädt ihn die C.G.Jung-Gesellschaft zu einem Vortrag ins Berliner Harnack-Haus ein (ebd., 31), bevor der vom Redeverbot bedrohte Philosoph zu einer Vortragsreise aufbricht, die Anhänger in Spanien organisiert haben. Im Badeort Sitges bei Barcelona (29.12.1934-6.1.1935) und auf Mallorca (25.-29.1.1935) finden die beiden letzten Tagungen der »Schule der Weisheit« noch einmal als mondänes Spektakel statt (WzV XXIV, 34-37). In Madrid hatten »die Kreise, innerhalb derer Graf Keyserling sich früher bewegt hatte, aus Gründen der leidigen Politik ihren Einfluß verloren« (ebd., 38) — von 1933-36 regiert die reaktionäre Rechte —, doch bekommt er, u.a. durch eine *Démarche* des spanischen Faschistenführers, vom 5.-13.2. Gelegenheit zu zwei Vorträgen und einer Rundfunkansprache (ebd., 38). Am 1. März spricht Keyserling im Pariser Théâtre des Ambassadeurs zum Thema »Combat entre les générations — espoir dans la jeunesse«. Wenige Tage zuvor erschien die französische Originalausgabe seines Buchs *La Révolution mondiale et la Responsabilité de l'Esprit* mit einem Vorwort von Paul Valéry. Es folgte »die erste ernste Fühlungnahme des Grafen Keyserling mit Italien seit 1925, wo ihm Mussolini bekanntlich die Sala dei Gesuiti in Rom für drei Vorträge zur Verfügung gestellt hatte« (ebd., 40). Als Ehrengast des »Maggio Musicale Fiorentino« spricht er am 10. Mai im Palazzo Vecchio vor mehr als tausend Zuhörern über die »Kultur der Schönheit«.

In Deutschland schaffen Einladungen von Anhängern zu »halb-privaten« Vorträgen »den neuen zeitgemäßen Stil für Veranstaltungen der Schule der Weisheit«. »Möglich ist es zweifellos überall«, ermuntert eine Vorstandsmitteilung 1936, »es kommt nur auf Unternehmungsgeist, Fingerspitzengefühl und Ortskenntnis an! (...) Dort,

wo öffentliche Vorträge auf Schwierigkeiten stoßen sollten, wird Graf Keyserling gelegentlich auch Einladungen annehmen, in Privathäusern zu reden ...« (WzV XXV, 22f). 1938 muß er eine USA-Tournee absagen und Einladungen nach Frankreich und Argentinien ausschlagen. Im Jahr darauf werden der Gesellschaft die Räume werden gekündigt (WzV 28, 52). Keyserling, unter die »unerwünschten Autoren« eingereiht und mit Redeverbot belegt, muß sich zurückziehen in die Welt der Feudal-aristokratie. Im Bismarckschen Stammsitz Schönhausen gibt er die letzten Mitglieder-Audienzen. Das *Reisetagebuch eines Philosophen* (1919), das ihn weltberühmt gemacht hatte, hatte den Erwerb eines kosmischen Einheitsbewußtseins im durchwandernden Nacherleben fremder Kulturwirklichkeiten gelehrt. Die letzten Schiften verarbeiten nicht mehr Reiseindrücke, sondern *Betrachtungen der Stille und Besinnlichkeit* (1941).

#### 4.2 Fachzeitschriften

Zwanzig »Philosophische Periodica« verzeichnet der *Philosophische Handkatalog* der deutschen Verleger für 1926, dazu noch einmal 21 Zeitschriften der »Einzelnen Disziplinen«: Psychologie, Pädagogik, Rechtsphilosophie, Ästhetik und Kunstwissenschaft, philosophische Theologie. Die Liste erweist sich als unvollständig, wenn man andere Verzeichnisse danebenlegt.<sup>28</sup> »Mannigfaltig wie das deutsche Leben selbst sind seine Erzeugnisse und die Formen ihrer Bekanntgabe«, hebt im Jahr darauf der Vorsitzende der Deutschen Philosophischen Gesellschaft an. »Im Zeitschriftenwesen, obwohl die Kriegsjahre Altes mit Neuem vernichtet haben, herrscht vielerorten Zersplitterung. Fast jede akademische Schule und zahlreiche andere Kreise von verwandtem Streben sammeln ihre Arbeiten jetzt in besonderen Bänden oder Heften.« (BDPh I/1927-28, 1) Den Anlaß für Kruegers Umschau gaben »gewisse Schwierigkeiten« der DPhG mit ihrem Vereinsorgan, die dessen verlegerische Reorganisation erzwangen.

Die Wirtschaftskrise scheint die Bereinigung zu bringen: bis 1932 haben zwölf der im *Handkatalog* aufgeführten Periodica ihr Erscheinen eingestellt. Darunter das ehrwürdige *Archiv für Geschichte der Philosophie* (1887-1932), Husserls *Jahrbuch für Philosophie und phänomenologische Forschung* (1913-30), Frischeisen-Köhlers *Jahrbücher der Philosophie* (1913-27), Vaihingers *Annalen der Philosophie* (1919-29), Jaspers' *Philosophische Forschungen* (1925-29), Plessners *Philosophischer Anzeiger* (1925-30), Tillichs *Kairos* (1926-29) und Reichls *philosophischer Almanach*, zuletzt von Rothacker geführt (1923-27). Auch

*Personalist und Emancipator* — *Dührings Monatsblatt für thatkräftige Geisteshaltung* (unter Eugen Dühring 1899-1921: *für actionsfähige Geisteshaltung und gegen corrupte Wissenschaft*) muß sich 1929 verabschieden.

1933 hat sich indes die Zahl der philosophischen Fachzeitschriften wieder um die zwanzig eingependelt (Tab.7). Nicht berücksichtigt ist das Umfeld der Popular- und »Weltanschauungsphilosophie« (z.B.: *Grüne Blätter. Zeitschrift für persönliche und völkische Lebensfragen*, 1898-1941) oder der politischen Publizistik (wie *Die Tat. Wege zu freiem Menschentum*, Ideenküche der Konservativen Revolution, 1909-39). Nicht gerechnet sind ferner Zeitschriften der philosophischen »Disziplinen« Psychologie, Pädagogik, Soziologie und solche, die nur zum Teil Philosophie bringen; manche davon sind allerdings die Hausorgane philosophischer Ordinarien: Horkheimers *Zeitschrift für Sozialforschung* (ab 1933 Exil), Tillichs *Neue Blätter für den Sozialismus* (z.T. Sozialphilosophie, 1930-33), Rothackers *Deutsche Vierteljahresschrift für Literaturwissenschaft und Geistesgeschichte* (1923-44), *Die Erziehung* von Spranger und Litt (1925-1943).

Mit dem *Reichskulturkammergesetz* vom 22.9.33 drängt der NS-Staat auf die administrative Vereinheitlichung, die dem DPhG-Vorsitzenden 1927 unausgesprochen vorschwebte. Die Möglichkeit, philosophische Zeitschriften zu verlegen, herauszugeben oder in ihnen zu publizieren, ist an die Zwangsmitgliedschaft in der vom Goebbels-Ministerium kontrollierten »Reichsschrifttumskammer« geknüpft, die »Nichtarier« und Oppositionelle ausschließt. Das *Schriftleitergesetz* vom 4.10.1933 bindet die Redakteurs- oder Herausgeberkompetenz an rassistische bzw. »politische« Voraussetzungen. Produktion und Verbreitung von Philosophie unterliegen so nicht mehr nur den Zwangsgesetzen des Marktes und der diskreten Zensur des ideologischen Standes. Als »philosophisches Schrifttum« erhält sie stärker staatsunmittelbare Form.

Stärkere organisatorische Eingriffe sind nur vereinzelt, aber bei den wichtigsten Organen zu verzeichnen: Die *Kant-Studien* erhalten von der Schrifttumskammer einen neuen Herausgeber, bevor sie aus wissenschaftspolitischen Erwägungen eingestellt werden (4.12). Auch das *Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie* (4.14) und der *Logos* als Forum der Neuhegelianer werden mit neuen Herausgebern neu konzipiert. Der 1912 von Heinrich Rickert begründete *Logos*, der unter dem Herausgeber Richard Kroner die Wende *Von Kant zu Hegel* (1921/24) vollzog, wird von der RSK Hermann Glockner und Karl Larenz übergeben, zwei Hauptrepräsentanten des nazistischen Rechtshegelianismus. Nach einjähriger Pause erscheint die Zeitschrift 1935 als »Neue

Folge des Logos« unter neuem Titel. Glockners Vorwort bezieht sich auf den bisherigen Untertitel: »Aus einer 'Internationalen Zeitschrift für Philosophie der Kultur' ist eine 'Zeitschrift für Deutsche Kulturphilosophie' geworden.« (ZDK I/1935, 1). Trotzdem sei »auch eine Mitarbeit ausländischer Philosophen willkommen«, solange sie unter »Wahrung ihrer nationalen Eigentümlichkeiten« erfolgt. Weiter solle die Zeitschrift »weniger 'professoral' werden«, indem auch »deutsche Künstler« um Mitarbeit gebeten werden — weil ja »die deutsche Weltanschauung von jeher den Dichtern ebensoviel verdankt wie den Denkern« (ebd.). Die Absicht wird durch die Aufnahme von NS-Barden wie Kolbenheyer und Stehr in den Mitarbeiterkreis bekräftigt. Anschließend eröffnet *Glockner* die Neue Folge mit dem Manifest »Deutsche Philosophie« (3-39), in der er eine »Bauernseele« von einer »Soldatenseele« unterscheidet. Sein völkisches Gesicht behalten konnte das vierte der zentralen Fachorgane, die *Blätter für deutsche Philosophie*.<sup>29</sup>

Der bestehende Pluralismus wird zunächst kaum eingeschränkt. Nicht mehr erscheinen kann, was sich politisch gegen das Regime stellt. In der Fachphilosophie betrifft dies nur die von Außenseitern der Zunft herausgegebenen Zeitschriften *Philosophie und Leben* und *Philosophische Hefte* (Roch 1987, 64f), dazu, von den nur partiell der Philosophie gewidmeten, die *Zeitschrift für Sozialforschung* und Tillichs *Neue Blätter für den Sozialismus* (1930-33). Die philosophische Richtung als solche begründet jedoch noch kein Verbot. So erscheint bis Kriegsbeginn im Nazideutschland die *Erkenntnis* als Organ des Wiener Kreises, obwohl dessen philosophische Gesellschaften nicht mehr existieren und die beiden Herausgeber emigriert sind, auch ungeachtet des sich »deutsch« dünkenden Abscheus vor dem »Positivismus«. Wie gesehen (4.13), behielt hier wie im Falle von Dessoirs *Zeitschrift für Ästhetik und allgemeine Kunstwissenschaft* auch das Verlegerinteresse eine Zeitlang Gewicht gegenüber den Richtlinien der ideologischen Instanz. Der Markt und das Privateigentum blieben Faktoren, von denen das Bestehen philosophischer Zeitschriften, positiv wie negativ, weiter mit abhing.

Dagegen macht das schnelle Aus für *Philosophie und Leben* darauf aufmerksam, daß ein bestimmter Zeitschriftentyp mit faschistischen Philosophieverhältnissen nicht kompatibel war. Der Herausgeber August Messer (1867-1936) hielt, von Hegel und Heidegger unbeeindruckt, an den Vernunftprinzipien der Kantischen Ethik und einer Philosophie der Werte fest, wie sie um die Jahrhundertwende von den Lehrstühlen herabdoziert wurde. Die Zeitschrift erstrebte »im Dienst



der Volkseinheit ... eine sachliche Aussprache der verschiedenen weltanschaulichen Richtungen« (Motto). Das entspricht dem ethisch begründeten Klassenversöhnungsprojekt der »Gesellschaft für ethische Kultur«, deren Vorsitz Messer nach 1933 übernimmt.<sup>30</sup> In der Zeitschrift artikulierten sich 1928-1933 so auseinanderstrebende Geister wie Tillich, Keyserling, Lunatscharsky, Dingler, Kriek, Moeller van den Bruck, Rosenberg und Ortega y Gasset. Zugleich wurde eine Öffnung der Fachphilosophie zu Fragen des »Lebens« und zum »Philosophieren einfacher — 'ungebildeter' und darum auch unverbildeter — Menschen« versucht, die »in unserer Zeitschrift ebenfalls zu Wort kommen« (PhL VII/1931, 1). Unübersehbar ist die Aufnahme von Themen der Jugend- und Lebensreformbewegung, wobei der Herausgeber jedoch den »völkischen« Diskurs nach rational-universalistischen Prinzipien zu organisieren suchte. 1932 läßt er den Keyserling-Schüler Paul Feldkeller die frohe Botschaft »Die Philosophie wird politisch« (VIII, 129-138) verkünden; er selbst insistiert in der gleichzeitig veröffentlichten Replik auf einer »Selbständigkeit der Philosophie« (183). Sie sei nötig zur »demokratischen Kontrolle der Regierenden« (50). 1933 kritisiert er das Kriecksche Verdikt über den »Idealismus« (3.13) und verpflichtet die neuen Machthaber auf Kants Unterscheidung »zwischen der subjektiven und der objektiven Seite idealistischer Sittlichkeit«. Das »objektiv« Wertvolle einer Idee könne man bestreiten, den »subjektiv« guten Willen des von ihr Überzeugten gelte es anzuerkennen (292). »Dann ergibt sich aber, daß jemand deshalb, weil er Liberalismus oder Parlamentarismus, Pazifismus, Demokratie oder gewisse wirtschaftliche Lehren für richtig, für objektiv wertvoll hielt, allein deshalb noch kein sittlich verkommenes Subjekt, kein 'Untermensch' ist, sondern daß — bis zum Erweis des Gegenteils — vorausgesetzt werden muß, daß er aus lauterer Beweggründen für seine Überzeugung eingetreten ist. Darum kann man doch diese Überzeugung für objektiv falsch und verwerflich halten und ihr mit sachlichen Einwänden entgentreten.« (170).

Der Faschismus schaltet das demokratische Element einer nach universalistischen Prinzipien organisierten Debatte aus dem Zeitschriftenwesen aus. Die fast exotische Rolle von Messers Zeitschrift zeigt, wie wenig hier im Bereich philosophischer Fachpublikationen faktisch auszuschalten war. In der Form des »Schrifttums« wird die philosophisch-staatliche Funktion gestärkt. Es bliebe zu untersuchen, ob z.B. die Buchbesprechungen analog zur Tagespresse »berichtenden« Status erhalten — d.h., ob die ans Werk gesetzten Autoren durch die Anordnung verurteilt sind, das zur Publikation (bzw. Aburteilung) freigegebene

»Schrifttum« unter dem Kriterium »wertvoll/schädlich« zu würdigen. Funktion und Bedeutung wissenschaftlicher Auseinandersetzung mußten sich jedenfalls durch das neue Instanzenverhältnis ändern. Arnold Gehlens Rezensententätigkeit in den *Blättern für deutsche Philosophie* ist die mit gleichen Mitteln betriebene Fortsetzung seiner Arbeit als »Lektor in der Hauptstelle Schrifttumspflege« des Überwachungs-Amtes Rosenberg, wo er u.a. Kurzcharakteristiken philosophischer Neuerscheinungen fürs Amtsblatt des REM erstellt (Rügemer 1979, 92). Formell (Gehlen, Kriek, Baeumler, Schelsky, ...) oder informell verknüpft sich die wissenschaftliche Intervention mit der Tätigkeit des hauptamtlichen Zensors, die zumindest Gehlens Philosophie bis in den Stil hinein prägt. Die vorsichtig-respektvolle Rezension, die ein Nicolai Hartmann 1941 dem Gehlenschen Hauptwerk widmet (BDPh XV, 159-177; vgl. Haug 1989, 166), zeugt von der veränderten Machtkonzentration.

Die Medien der katholischen Philosophie unterstehen einer anderen, quasi-staatlichen Macht, die sich mit dem NS völkerrechtlich arrangiert hat. Die Neuscholastik hat die Form einer »Philosophia perennis« genannten offiziellen Philosophie der Kirche und verfügt über eine institutionelle Basis, die international ist. Sie hat eigene Forschungszentren an den katholischen Universitäten in Löwen, Mailand und Freiburg/Schweiz sowie in Paris, Rom und Toronto und mit den Philosophisch-theologischen Hochschulen, die von Rom den Universitäten vorgezogen werden und die Ausbildung katholischer Priester und Laien nach kirchenrechtlicher Vorschrift »ad Angelici Doctoris rationem, doctrinam et principia« exerzieren, ihr eigenes Bildungssystem. Die deutschen Vertreter sind in der »Philosophischen Sektion« der 1876 gegründeten »Görres-Gesellschaft zur Pflege der Wissenschaft im katholischen Deutschland« organisiert, die sich auf den jährlichen Generalversammlungen konstituiert. Das *Philosophische Jahrbuch* der Görres-Gesellschaft erscheint seit 1888 und wird in den 30er und 40er Jahren von *Martin Grabmann* mitherausgegeben, dem in Deutschland führenden Repräsentanten der historischen Thomas-Forschung. Zwei weitere Foren des deutschsprachigen Thomismus werden im Ausland redigiert: im schweizerischen Freiburg unter dominikanischer Federführung das *Jahrbuch für Philosophie und spekulative Theologie* (seit 1886) mit dem Obertitel *Divus Thomas* (1914-1953); im holländischen Valkenburg, herausgegeben von den Professoren des dortigen Jesuitenkollegs, die *Vierteljahresschrift für Theologie und Philosophie* mit dem Obertitel *Scholastik* (1926-1965). Diese Medien geben sich äußerlich unverändert, verfolgen mit z.T. ausführlichen Kongreßberichten und

Besprechungen den 'weltlichen' Philosophiebetrieb und demonstrieren Koexistenz (Roch 1987, 52f): z.B. Kritik an einer Überbetonung des Völkischen bei Krieck (PhJB XXXXVII/1934, 122ff) oder ausdrücklicher Verzicht auf eine Wertung bei der Festschrift für Hermann Schwarz (PhJB L/1937, 392f).

Die Stellungnahmen zum Faschismus artikulieren sich 1933 in einem nicht bloß scholastischen Disput über das Naturrecht. Dessen »Unveränderlichkeit« empfiehlt *Gallus M. Manser*, einer der führenden Thomisten, als »wahren Völkerhort« in unruhigen Zeiten (DT XI/33, 396). Den »Leugnern des Naturrechts« hält Manser die Ohnmacht eines mit äußerlichen Sanktionen durchgesetzten, nur positiv-gesetzten Rechts vor. »Seitdem die Polizeistöcke wenig mehr ausrichten für die öffentliche Ordnung«, beginne man »zu ahnen, daß das wirksame Gesetz wieder den inneren Menschen erfassen sollte und daß ohne das auch Zwangssanktionen unnütz sind« (385). Als mit der faschistischen Lösung des Problems inkompatibles Element erweist sich jedoch der christliche Personalismus. Für Manser umfaßt er »eine Summe unantastbarer ... Rechte«, die »keiner bloß irdischen Macht, wie der Staat eine ist, untergeordnet sein können«, und »deren Verletzung die Gesellschaft mit Fluch belastet« (388). Zum *Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses* (14.7.33): »Man hüte sich wohl, gewisse eugenische Allüren auf größere Massen des Volkes gesetzlich und mit Gewalt anzuwenden. Vielleicht würde man dann die Rache des Naturrechtes in furchtbarem Widerstande erleben!« (371)

An anderer Stelle wird über Revisionsmöglichkeiten nachgedacht. »Gegenüber dem alten Sozialismus war der Hinweis auf den Ewigkeitswert der Einzelpersonlichkeit notwendig; dies barg aber doch die Gefahr einer gewissen individualistischen Trübung«, die sich bemerkbar machte, sobald man »einem Spann gegenüberstand« (Schol IX/1934, 79), gibt *Richard Egenter* zu bedenken. »Auch der geniale Äquinate war ein Kind seiner Zeit« (92). Zur Aussschaltung des Sicherungselements »Person« wird der aristotelische Grundsatz vom Vorrang des Ganzen vor seinen Teilen eingesetzt. *Anton Rohner* (»Naturrecht und positives Recht«, DT XII/1934, 59-83), der die Abkehr vom Naturrecht als »Trennung der Politik und des politischen Rechts von der Sittlichkeit« beklagt — ebenso als »Trennung der Philosophie von der Theologie, Trennung der Wissenschaften von der Philosophie, Trennung des Äußeren vom Inneren ...« (67f) — konstruiert den Ordofaschismus aristotelisch als ein »Ganzes« von Zweck-Mittel-Relationen. Vollkommen, d.h. sich selbst genügend, ist erst das »politische Ganze«, in dem der Staat als »Rechtsmachtinstitut« zusammenwirkt mit »Familie« und »Volksgemeinschaft«, die als kraftlose »Liebesgemeinschaften« das allein nicht genügende »soziale Ganze« bilden (71).

Als Minimalkonsens im Streit über den — nie beim Namen genannten — NS-Staat schält sich jedoch heraus, daß er nicht als *summum bonum*, als sich selbst genügender Zweck begriffen werden darf. Ablehnung erfährt das Buch des Franziskaners Edelbert Kurz, der das Verhältnis von *Individuum und Gemeinschaft beim hl. Thomas von Aquin* (München 1933) auf die Formel brachte: »Der Mensch ist für den Staat da und nicht der Staat für den Menschen« (zit.n. Schol IX, 111). Der Jesuit *Franz Hürth* macht geltend, »daß eine solche (relative) Verabsolutierung der Gemeinschaft gegen wiederholte grundsätzliche Äußerungen der höchsten kirchl. Stelle verstößt« (ebd., 476). In der Beantwortung der Frage, welchem Zweck der Staat und die Gemeinschaft

zu dienen hat dem »Menschen«? (Hürth, Schol IX, 111) dem »Volk«? (Rohner, DT XI, 71) artikulieren sich die politischen Differenzen.<sup>31</sup>

Ein Blick auf die weitere Entwicklung. 1937 duldet die RKK keine »jüdischen« Herausgeber mehr, was vor allem die *Erkenntnis* ins Exil drängt. Da auch die Göttinger *Abhandlungen der Fries'schen Schule* in diesem Jahr eingestellt werden,<sup>32</sup> gibt es kaum noch ein Organ für Wissenschaftstheorie. Im Zeitraum 1941-1944, der kriegswirtschaftlich bedingten zweiten Phase des Zeitschriftensterbens, fallen neben der ZÄK (4.13) die spiritualistischen Hausorgane des Euckenbundes (TW), der Keyserling-Gesellschaft (WzV) und des Keplerbundes (*Unsere Welt*, bis 1941 hrsg.v.B.Bavink) aus der Papierzuteilung; dazu Sprangers *Erziehung* und der Neuerscheinungsdienst *Philosophie, Psychologie, Pädagogik* (beide 1943). Erst mit der militärischen Zerschlagung des NS versinken die publizistischen Flaggschiffe seiner philosophischen Zunft: die *Blätter für deutsche Philosophie*, die *Zeitschrift für deutsche Kulturphilosophie* und die *Neue Folge der Kant-Studien* (4.12).

Von den Neugründungen nach 1933 nur die »Zeitschrift für augustisch-franziskanische Theologie und Philosophie in der Gegenwart« mit dem Obertitel *Wissenschaft und Weisheit* (1934-44, 49-) Bestand. Als offiziöse Medien faschistischer Ideologie tauchen auf und verschwinden bei Kriegsende: Die ZDK, Haushofers *Zeitschrift für Deutsche Geisteswissenschaft* (1938) und die *Zeitschrift für die gesamte Naturwissenschaft einschl. Naturphilosophie* (1935); letztere ab 1940 hrsgg. von Hugo Dingler, dem Wissenschaftstheoretiker der »Deutschen Physik«. Als Gegenstück zur »Deutschen Naturphilosophie«, basierend auf der 1940 auch offiziell anerkannten theoretischen Physik, erscheint 1942 mit einem einzigen Heft Pascual Jordans *Physis. Beiträge zur naturwissenschaftlichen Synthese* (ein Neugründungsversuch mißlingt 1949). Auch die zweite Kriegsgründung — mit Unterstützung des Duce und gegen das Amt Rosenberg —, Grassis Jahrbuch *Geistige Überlieferung* (3.33), kann sich nicht etablieren (zwei Bde. 1940, 1942).

#### 4.3 »Deutsche Philosophie« im Ausland

Die Gründe, warum der NS-Staat zwar Mammutveranstaltungen wie Olympische Spiele, aber nicht eine internationale Philosophentagung abhielt, sind im großen und ganzen nachvollziehbar, wenn auch im einzelnen zu erforschen. Während den privaten Gesellschaften nach 1933 die Veranstalter-Kompetenz entzogen ist, steht das zuständige Amt

Wissenschaft im REM vor der Aufgabe, die Internationalität bestehender Wissenschaftsinstitutionen in Einklang zu bringen mit dem Führungsanspruch der »Deutschen Philosophie«. Das Hin und Her um die Kant-Gesellschaft (4.12) deutet auf die Schwierigkeiten. Selbst der von deutschen, holländischen und italienischen Faschisten dominierte Hegelbund geht nach 1933 ein (4.31). Die vom REM entsandten »Delegationen« zu den Internationalen Philosophie-Kongressen demonstrieren vor allem das Auseinanderklaffen von Idee und Wirklichkeit einer »weltanschaulich« geschlossenen NS-Philosophie (4.32). Ansonsten gibt es den internationalen Austausch nur im Rahmen einer Genehmigungspflicht, der private Vortragsreisen oder die Teilnahme an ausländischen Tagungen unterliegen.

Von einer »Provinzialisierung« der deutschen Philosophie (Hochkappel 1981, Schnädelbach 1990, 404) kann freilich keine Rede sein, geht es doch im Gegenteil um die Durchsetzung ihrer europäischen Vormachtstellung. Die Hauptbühne für Auslandsauftritte deutscher Philosophen sind die »Deutschen Institute«, die das Auswärtige Amt in den verbündeten oder abhängigen Staaten einrichtet. Die militärische Expansion, die diese Aktivitäten multipliziert, schafft erst die Voraussetzungen, um den »deutschen Einfluß« auch auf dem Sektor internationaler Kongresse sicherzustellen. Die Fachgruppe Philosophie im »Kriegseinsatz der Geisteswissenschaften« (3.33) organisierte zu diesem Zweck eine Arbeitstagung mit kollaborationswilligen Ausländern, die im Oktober 1942 in Nürnberg stattfand. Die knappe Notiz in der Zeitschrift *Das neue Europa* (II/22, 15.11.42, 9f) erwähnt neben dem Tagungsleiter Weinhandl lediglich zwei Professoren aus Finnland und Belgien, dazu den »Dekan der Landwirtschaftlichen Fakultät Berlins, der als Vorkämpfer einer deutschen Wirtschaftsphilosophie bekannt ist«. Die geplante Publikation *Europa und die deutsche Philosophie* wurde nicht realisiert. Aufschlußreicher ist ein Aktenvermerk des REM über die Vorbesprechung, die Weinhandl, Faust und Heyse am 16. Februar 1942 mit Vertretern des Wissenschafts-, Außen und Propagandaministeriums geführt hatten.<sup>33</sup> Er enthält einen detaillierten Lagebericht über die »bestehenden internationalen Einrichtungen« im Fachgebiet Philosophie. Die anlaufenden Planungen, die dem neuen Paradigma einer »Europäischen Philosophie« unter Dominanz des »Deutschen« die institutionelle Basis verschaffen sollten, wurden aber durch den Kriegsverlauf konterkariert. Erst 1948 kann in Groningen der 10. Internationale Philosophenkongreß stattfinden, der nach der Besetzung Hollands »sine die« verschoben wurde. Seinen ursprünglichen Präsidenten *Leonard Polak* hatte man 1941 im KZ Sachsenhausen umgebracht (ZphF II/1947, 176f).

4.31 *Der Internationale Hegelbund und seine Kongresse*

Der Bund, aus einer holländischen Vereinigung hervorgegangen, wurde 1930 mit einem Kongreß im Haag (22.-25.4.) gegründet und behielt Sitz und Geschäftsführung in den Niederlanden. Die dortigen Exponenten des Neuhegelianismus (Bolland, Telders, Wigtersma) neigen ebenso einer autoritär-nationalistischen Hegeldeutung zu wie Deutsche und Italiener, die mit ihnen die Gesellschaft dominieren (Beyer 1970, 155; 1975, 1624). Während Hegel in Deutschland von den konservativen Republikgegnern reklamiert, von Nazis wie Krieck oder Rosenberg jedoch bekämpft wird, ist er im faschistischen Italien die Autorität. Gentile hatte beim zweiten Hegelkongreß, der vom 18.-21.10.1931 in Berlin stattfand, eine »Weiterbildung der Hegelschen Staatslehre« gefordert: »die Lehre vom Kriege als eines dialektischen Mittels der Weltgeschichte« komme in ihr zu kurz, und überhaupt hänge der Staat als Form des nur 'objektiven', nicht 'absoluten Geistes' zu niedrig (zit.n. Beyer 1970, 157).

Die Internationalität des Hegelbundes war beim Berliner Kongreß durch den Ausschluß des (sowjetischen) Marxismus ins Zwielficht geraten. Überliefert sind die Vorgänge in einer von Beyer (1975) dokumentierten Artikelfolge der *Vossischen Zeitung*. Das liberale Blatt berichtet am 3.11.1931 unter der Überschrift »Hegel und die Russen«:

»Kurz vor Beginn des Kongresses veröffentlichte die Moskauer Presse ein Schreiben der russischen Philosophen Adoratski, Gorohow, Kolman, Mitin, Lunatscharski und Paschukanis, worin diese erklärten, sich an dem Kongreß nicht beteiligen zu wollen, da er ausschließlich der reaktionären Seite der Philosophie Hegels gewidmet sei. Die genannten Forscher hatten bei dem Hegel-Bund Referate angemeldet und eine ablehnende Antwort erhalten. Dazu wird jetzt von der Kongreßleitung erklärt: alle *angebotenen* Referate seien grundsätzlich abgelehnt worden, zugunsten Sowjetrußlands habe man keine Ausnahme machen können; dagegen habe die Kongreßleitung Lunatscharski eingeladen, im Rahmen einer Versammlung über Hegel in Sowjet-Rußland zu sprechen.« (Zit.n. Beyer, 1626)

Der veröffentlichten Meinung ist diese Abwesenheit 1931 noch nicht so selbstverständlich wie zwei Jahre darauf. »Das völlige Vergessen der einzigen, kontinuierlichen, höchst realen Hegel-Tradition: der marxistischen, im Kongreß-Programm ist nicht mehr und nicht weniger als eine Lächerlichkeit«, rügt die »Tante Voss« in ihrem »Unterhaltungsblatt« (254, 29.10.31; zit.n.Beyer, 1625). »Merkt man gar nicht, daß solche Vogel-Strauß-Politik nur allzu bequemen Anlaß und Gegenstand für — marxistische Analysen bietet?« Der preußische Kultusminister Grimme, ein von der Rechten vielbeschimpfter Sozialdemokrat, hatte in seiner Eröffnungsrede Flagge gezeigt und auf das verwiesen, »was nach

der vorliegenden Festsetzung des Programms leider offenbar zu kurz kommen wird: die Bedeutung der marxistischen Arbeiterbewegung für die produktive Weiterentwicklung des Hegelianismus« (VZ 19.11.31; zit.n.Beyer, ebd.).

Die antagonistische Reklamation des »genuinen« Hegel (VZ) erhält zusätzlichen Auftrieb durch das Symboldatum seines 100. Todestages am 14. November 1931. Analog den Spinoza-Jubiläen 1932 kann der Streit sich in der Weimarer Zeit nicht im Rahmen eines Kongresses artikulieren, sondern nur im Gegensatz der Zwei Kulturen zum Ausdruck kommen. Die »Marxistischen Hegelfeiern« erfahren am 16.11.31 in der *Vossischen Zeitung* als Reaktion auf »die Einseitigkeit, die dem offiziellen Internationalen Hegel-Kongreß von verschiedenen Seiten vorgeworfen war«, noch eine ausführliche Würdigung. Mit *Siegfried Marck* referiert in der Freien Sozialistischen Hochschule der einzige Linkshegelianer unter den Philosophieprofessoren zum Thema »Hegel und der wissenschaftliche Sozialismus«. In kritischer Auseinandersetzung mit Lukács überläßt er den Bürgerlichen den »Schulbegriff der Hegelschen Philosophie und sein Kernstück, eine 'spekulative Theologie'«; für die sozialistische Bewegung wird der »Sozialphilosoph« reklamiert, »der als erster den Begriff der Gesellschaft im Wissenschaftssystem verankert und in seiner Konzeption des dialektischen Prozesses das Modell einer Darstellung *wirklicher* geschichtlicher Abläufe gefunden hat« (VZ; zit.n.ebd., 1628). Auch *Karl Korsch* hatte in der »Gesellschaft für empirische Philosophie«, der Berliner Dependence des Wiener Kreises (4.13), den »ganz anderen Hegel« geehrt, »hinter dessen Dogmatik sich ein tiefes und echtes Verständnis für die wissenschaftliche Erfahrung verberge« (VZ 31.10.31; zit.n.ebd., 1626). — Knappe anderthalb Jahre später ist der »andere Hegel« auch auf Gegenkongressen nicht mehr repräsentierbar.

*Rom, 19.-23. April 1933.* — Das erste philosophische Großereignis nach der Machteinsetzung des NS findet im »Institut für germanische Studien« statt, dessen Direktor der faschistische Staatsphilosoph *Gentile* ist. Der dritte Hegel-Kongreß fällt in die heiße Phase von Gleichschaltung und Säuberung der deutschen Universität. Unmittelbar danach werden in Kiel 28 Hochschullehrer tumultartig aus dem Amt gedrängt — unter ihnen *Richard Kroner*, der Vorsitzende des Bundes (3.12). Als zweiter Vorsitzender präsidiert mit dem Rechts-Philosophen *Julius Binder* (Göttingen) ein von den Nazis umworbenes Mitglied der philosophischen Stahlhelmfraktion (2.21).

Hegel bekommt die Funktion des imaginären Fixpunktes, in dem Vertreter des deutschen und des italienischen Faschismus einander der Identität ihres »geistigen« Ursprungs versichern. Im Hegelschen Geist reflektiert sich »die italienische Idee« — Thema des Eröffnungsvortrags von *Giovanni Gentile*. *Gentile*, so das Echo in der *Tatwelt*, konnte »das Wort prägen, Hegel sei zur 'innersten Seele' des modernen Italien geworden« (TW IX/1933, 224). Auch der italienische Regierungsvertreter,

ein Unterstaatssekretär aus dem Kultusministerium (Gentile ist nicht mehr Kultusminister), deutet Risorgimento und Faschismus als die Hegelschem Geiste entsprungene »Reaktion gegen die abstrakten Ideen vom Staat, die von der französischen Revolution herrührten«. So kabela es jedenfalls der *DAZ*-Sonderberichterstatter herüber ins andere Hegelland.

»Hegels Gedanke habe im Grunde die Rückkehr zur römischen und lateinischen Staatsidee bedeutet, und diese Verdienste dürften die Italiener nicht vergessen, besonders nachdem die Italiener unter dem Fascismus diese realistische Auffassung wieder zu neuem Leben erweckt haben und sie restlos anwenden.« (*DAZ* 20.4.33)

Von deutscher Seite bescheinigt Kroners Eröffnungsrede, man habe sich nun in jenem Land vereinigt, »das als erstes den Geist der Hegelschen Philosophie aufgenommen und angeeignet hat«,<sup>34</sup> diese geistige Übereinstimmung vereinige beide Nationen aufs engste.

»Es war also durchaus in der Ordnung«, findet der Abschlußbericht der *DAZ*, »daß vor zwei Jahren in Berlin die dritte Tagung des Hegelkongresses gerade nach Rom gelegt worden ist«. In der Ordnung war auch, daß hauptsächlich Deutsche und Italiener »um die Bereicherung der Hegelkunde miteinander wetteiferten« (*DAZ* 26.4.33). Für Deutschland treten u.a. *Kroner, Binder, Glockner* und *Haering* an; das italienische Aufgebot bestand aus *Gentile, Barillari, Carabellese, Moni, Redanò, Spirito, Calogero* und *De Negri*, der Teile seiner Neuübersetzung der Phänomenologie vorträgt. Den vier Holländern, einem ebenfalls anwesenden Engländer »und je einem französischen, polnischen und tschechischen Hegelianer« konnte es aus deutscher Sicht nur noch zufallen, die »Internationalität der Bemühungen um Hegel ... erhärtet« zu haben. Von der *DAZ* übersehen wurde trotz seines Namens der einzige nicht-europäische Teilnehmer (*Antonio S. de Bustamente y Montoro*).

Trotz oder wegen des Auftriebs, den die Hegel-Rezeption in den faschistischen Hauptländern erfuhr, zerfiel die erste Internationale der Hegelianer bald nach dem Kongreß. Die deutsche Sektion scheint informell weiterbestanden zu haben. *Hermann Glockner* erinnert sich an eine »Tagung der deutschen Mitglieder des Internationalen Hegel-Bundes« im Mai 1940 (*Glockner* 1969, 240), *Hans-Georg Gadamer* an »einen kleinen Kongreß zwischen holländischen und deutschen Hegelforschern«, der »wohl um der Auslandspropaganda willen unter Mithilfe der Leipziger Universität« einberufen wurde. »Ausgerechnet für Pfingsten 1940. Natürlich konnten die Holländer nicht mehr kommen, da inzwischen die Westoffensive über sie hinweggerollt war. Als ich von Leipzig kommend zu der kleinen Versammlung stieß, die in Weimar im 'Elefanten' tagte, setzte der Vorsitzende, Hermann Glockner, gerade auseinander, daß das Nicht-Kommen der Holländer wissenschaftlich ein Gewinn sei. Wahrscheinlich hatte er recht, aber ...« (*Gadamer* 1977, 115).



#### 4.32 Die Internationalen Philosophiekongresse

Prag, 2.-7. September 1934. — Während der Pariser Weltausstellung von 1900 fand der erste dieser Kongresse statt, in Prag der achte.<sup>35</sup> Die CSR ist das liberalste Aufnahmeland für deutsche Emigranten. Der Philosoph und Staatspräsident *Tomas Masaryk* und sein Außenminister *Eduard Benes*, beide auf dem Kongreß präsent, haben zum Aufstieg der Faschismen eindeutig Stellung bezogen und ihr Land als zu verteidigende »Insel« der Demokratie in Mitteleuropa bezeichnet. *Kurt Grelling*, den die Nazis acht Jahre später im KZ ermorden (3.11), berichtet in der *Erkenntnis* (IV/1934, 310).

»Die tschechoslowakische Republik zeigte durch ihre leitenden Staatsmänner ihr lebhaftes Interesse ... Wenn man berücksichtigt, daß mehr als 600 Gelehrte an dem Kongreß teilnahmen und über 100 Vorträge gehalten wurden, so muß man sagen, daß die Organisation vorzüglich gearbeitet hat. Der größte Teil der Vorträge wurde den Teilnehmern zu Beginn des Kongresses gedruckt ausgehändigt ... Obwohl mehr als 20 Nationen vertreten waren, verständigte man sich im allgemeinen recht gut. Die Verhandlungssprachen waren Deutsch, Englisch, Französisch und Italienisch.«

»Allen deutschen Teilnehmern ist der freundschaftlichste Empfang zugesichert worden«, heißt es wortgleich in den Ankündigungen deutscher Fachzeitschriften (KS XXXIX/1934, 109; Erk IV/1934, 74). Für die deutschen Philosophen ist der Prager Kongreß, anders als der 1937 in Paris (s.u.), noch offen. Zur mehr als zwei Dutzend Teilnehmer zählenden Delegation, die von *C.A. Emge* geführt wird, gehören neben *Nicolai Hartmann*, *Willy Hellpach*, *Hans Heyse*, *Aloys Wenzl* der Jesuit *Erich Przywara*, der wegen des »Frontparagraphen« in Marburg noch geduldete *Karl Löwith*, *Arnold Metzger* von der Hochschule für die Wissenschaft des Judentums, die bereits Entlassenen *J.M. Verweyen* und *Hans Driesch*. Für den *Völkischen Beobachter* (16./17.9.34) wahrte sie — »im Gegensatz zu der italienischen Delegation, die einen 'uniformen Eindruck hinterließ« — »in ihren Vorträgen die vollste Geistesfreiheit und Mannigfaltigkeit« und bewies, »daß Deutschland gerade heute das geistesfreieste Reich ist«. Dies unter der Voraussetzung, »daß auch die echte Philosophie totalitär ist und daß eine einende Möglichkeit zwischen Wirklichkeit gestaltenden Idealisten und den immer noch nicht ausgestorbenen Positivisten, sie mögen sich Panphysikalisten oder Logisten nennen, unmöglich ist«.

Die späteren »Logischen Positivisten«, auf deren Ausschluß die deutsche Geistesfreiheit gründete, nutzen die Veranstaltung, um erstmals als Gruppe international aufzutreten: *Moritz Schlick*, *Rudolf Carnap*, *Hans Reichenbach* (als Mitglied der türkischen Delegation), *Kurt Grelling*, *Fritz Kaufmann*, *Otto Neurath* bestimmen über weite Strecken die

Diskussion in den sechs Sektionen. Wichtige Kontakte werden angebahnt, etwa zu *Charles Morris*, der 1939 zum erweiterten Herausgeberkreis der exilierten *Erkenntnis* gehören wird, Kontakte, die den später Emigrierten helfen, vor allem in den USA Fuß zu fassen. Zum selben Zeitpunkt, wo in Österreich die Zerschlagung des Wiener Kreises einsetzt (3.41), beginnt mit dem Prager Kongreß sein Aufstieg zur philosophischen Weltmacht.

Die politischen Spannungen, die das Zur-Macht-Kommen der Faschismen und die Vertreibung von Wissenschaftlern erzeugt haben, entladen sich nicht nur unterschwellig. Die »Krise der Demokratie« ist Thema der 5. Sektion.

»Dieses aktuelle Thema war schon in den Reden angeklungen, die von den Vertretern der verschiedenen Nationen bei der Eröffnung des Kongresses gehalten wurden. In der 4. Vollsitzung, die unter dem Vorsitz von Herrn Benesch stattfand, wurden die Hauptreferate von E. Bordrero (Padova) und W.P. Montague (Neuyork) erstattet. Der Italiener entwickelte in weit ausholenden geschichtlichen Betrachtungen die Staatsphilosophie des Faschismus (...). Im Gegensatz zu der durch den Faschismus vollzogenen Beseitigung der Demokratie empfahl der Amerikaner ihre Reformierung. Staatsrechtlich tritt er für eine auf freier Wahl beruhende ..., von einer freien öffentlichen Meinung kontrollierte Diktatur ein. Die sehr lebhaft diskutierte Diskussion wurde hauptsächlich zwischen den italienischen Anhängern des Faschismus und den französischen Demokraten geführt.« (Erk IV, 311f)

»So geistreich und hinreißend diese Reden auch waren,« bilanziert Greling, »so waren sie doch nur politische Bekenntnisse. Mit Philosophie hatte die Debatte so gut wie nichts zu tun« (ebd., 312). Dasselbe moniert der übellaunige Kurzbericht eines Anonymus in den *Kant-Studien*, für den der Kongreß doch »als Gesamteindruck«, »trotz der Schönheit des ehrwürdigen Prag«, »manches zu wünschen übrig« ließ. »Statt dessen kam es bei den Sitzungen, die 'Die Krisis der Demokratie' zu behandeln hatten, zu unsachlichen und ergebnislosen Kundgebungen politischer Art« (KS 39/1934, 404). Auch die *Frankfurter Zeitung* (2.10.1934) rügt den »unphilosophischen Einfall«, konstatiert ein »Fiasko«, das auch noch »das ganze öffentliche Interesse auf sich gezogen hatte«, und ansonsten »Ratlosigkeit gegenüber wirklich philosophischen Problemen«. Für den *Völkischen Beobachter* (16./17.9.1934) bewies die Diskussion von Paul Feldkellers Thesen über das »Politisch«-Werden der Philosophie, »daß gewisse Elemente, die sich Philosophen nennen, den Hörsaal mit dem 'politisierenden Bierhaus' verwechseln«. Entgegen der Legende ihrer Philosophiefeindschaft mobilisieren die Nazis, nicht anders als Konservative oder eines ihrer späteren Opfer wie Greling, allen Widerstand gegen die unzensierte bzw. 'unphilosophische' Artikulation der explosiven Situation. Die Konflikte sollten sich nur in

der verschobenen Form einer »Krise der Philosophie« äußern dürfen, unter deren Zeichen sich der Kongreß stellte. In dieser Form war es den Nazis recht. Prag enthüllte »nichts anderes als die Krise der Philosophie unserer Zeit, wie sie ja dem philosophischen Zeitgenossen längst kein Geheimnis mehr ist«, verkündet NSDAP-Pressechef Otto Dietrich am 16.11.1934 in seiner Kölner Rede über *Die philosophischen Grundlagen des Nationalsozialismus* (Breslau 1935, 11f). Die Formel wird aus *Edmund Husserls* Grußbotschaft an den Kongreß zitiert. Ausgerechnet Husserl, dessen Krisendiagnose auch die *Frankfurter Zeitung* herausstellt, wird zum Gewährsmann für die Notwendigkeit einer faschistischen Neufundierung der Philosophie, die zugleich ideelle »Grundlegung« des NS sein soll.

*Paris, 31. Juli — 6. August 1937.* — Der 9. Internationale Philosophenkongreß fällt als »Descartes-Kongreß« auf das 300jährige Jubiläum des *Discours de la méthode*, der Geburtsurkunde der neuzeitlichen Philosophie — und in eine Zeit, in der deutsche Philosophen ihre »arteigene« Philosophie als »Anti-Cartesianismus«<sup>36</sup> zu begründen suchen. *Martin Heidegger* und *Hans Heyse*, die sich um die Führung der deutschen Delegation bemühen, bauen den Kongreß in Briefen an das REM zur Entscheidungsschlacht gegen den liberalistischen Universalismus auf (Farias 1989, 330ff). Entgegen der Hoffnung der Initiatoren, daß »sich das heutige deutsche philosophische Wollen abzeichnen würde als Negation der großen europäischen Traditionen, als Ausdruck eines naturalistischen Partikularismus, als Preisgabe des Geistes«, gelte es »im scharfen Unterschied vom Prager Kongreß 1934: *das nationalsozialistische deutsche geistige Wollen zu vertreten und zu klarer Geltung zu bringen*« (Heyse an Rust, 4.8.36; zit.n.ebd.). Die »quasi-militärische Organisation« der deutschen Delegation (ebd., 333) wird Heyse übertragen, wohl als Favorit Baeumlers. Heidegger, von Minister Rust zum Mitfahren gedrängt und von Heyse auch nominiert, verweigert daraufhin die Teilnahme.<sup>37</sup> »Nichtariern« wie *Edmund Husserl*, *Max Dessoir*, *Karl Jaspers* wird sie verwehrt, ebenso politisch »Unzuverlässigen« wie *Hans Driesch*. Nach den Erfahrungen des Prager Kongresses, warnt ein ministerielles Rundschreiben vom 1.7.37, seien besonders im Falle des von den Veranstaltern nachdrücklich eingeladenen Husserl Ovationen durch Emigranten zu erwarten (ebd., 333f).

Beim Kongreß, der mit knapp 300 Vorträgen (bei 800 Teilnehmern) dreimal so groß ist wie sein Vorgänger,<sup>38</sup> tritt dann eine deutsche Auswahl an, die vornehmlich negativ durch Ausschlüsse bestimmt scheint. Nach dem Bericht von *Joachim Petzold* (ARS XXXI, 104-114)

präsentieren sich nur *Hans Heyse* und *Arnold Gehlen* als Vertreter des nazistischen Post-Cartesianismus. Delegationsführer Heyse, der sein Buch *Idee und Existenz* (Hamburg 1935) zusammenfaßt, erklärt als Vertreter des abwesenden Heidegger »die Ratio«, die »dem Ursprung der christlich bestimmten europäischen Philosophie« entspringt, zur »Flucht« vor »den eigentlichen Problemen und Kämpfen des Lebens«. Es gelte dem »flach gewordenen 'modernen Geist'« nach dem Vorbild des »griechischen Menschen« wieder Respekt beizubringen vor dem »Eigentlichsten« und »Tiefsten« (zit.n. ebd., 112). Gehlen (»Descartes im Urteil Schellings«) formuliert mit einem Schelling, der bereits »das Lebensgefühl einer kommenden Zeit formuliert und der Philosophie Nietzsches vorgegriffen« habe (zit.n. 107), das »Heraustreten aus der Sphäre der Reflexionskultur« und die »Zerstörung des christlich-idealistischen Begriffs der Person als eines selbständigen Zentrums« (Petzold, ebd.). Der Kantianer *Julius Ebbinghaus* (Rostock) findet dagegen in seiner Untersuchung über den »Gebrauch des Prinzips 'cogito ergo sum'« die cartesische Beweisführung schlüssig. Die Logistik-Gruppe um *Heinrich Scholz* (Münster) beteiligt sich gar an den »zahlreichen Versuchen«, die Philosophie »auf das Gleis undiskutierbarer, logisch-mathematischer Begriffssprache zu schieben« — für den NS-Chronisten »eine Art philosophisch mathematisches Esperanto«, das um den Preis »seelenloser, haltloser Erstarrung« das »beglückende Gefühl« vermitteln soll, »sich gegenseitig über Rassen, Völker und Erdteile hinweg zu 'verstehen'« (108). Auf dieser Ebene trifft sich die Münsteraner Gruppe mit Emigranten wie *Rudolf Carnap* (seit 1936 Chicago).

Weitere deutsche Teilnehmer sind *Wilhelm Burkamp* (Rostock), *Paul Feldkeller* (Berlin) und der »Völkerpsychologe« *Richard Thurnwald* (Berlin). Weder tritt in Paris die erste Garnitur der deutschen Philosophie vor die Weltöffentlichkeit, noch tritt sie in der weltanschaulichen Geschlossenheit »Deutscher Philosophie« auf, die etwa Heidegger vorschwebte — vielleicht auch ein Grund für dessen Boykott (weitere Berichte: TW XIV, 74-90; PhilJb LI, 128).

## 5. Kräfteverschiebungen

»Der Kritizismus und der Positivismus sind gefallen...«

*Nicolai Hartmann auf der Tagung der Deutschen Philosophischen Gesellschaft, 2.10.1933*

### 5.1 Verbrennung und Indizierung des »Schrifttums«

Für April 1933 vermeldet der NS-Chronist aus Breslau, »daß in mehreren großen Buchhandlungen eine Abteilung SA unter Führung eines Philosophiestudenten erschien und eine größere Anzahl von Büchern, darunter die Werke von Arnold und Stefan Zweig, Jakob Wassermann, Erich Kästner, Lion Feuchtwanger, Kurt Tucholsky, Thomas Mann usw. für beschlagnahmt erklärte« (zit.n. Bracher u.a. 1962, 323). Der Bonner Philosophieprofessor *Erich Rothacker* fungiert als Leiter der Abteilung »Volksbildung« im Propagandaministerium als Goebbels' Verbindungsmann zur »Deutschen Studentenschaft«, die die Bücherverbrennungen vorbereitet (vgl. Sauder 1983, 80f und Weber 1989, 127). Am 10. Mai abends trifft am Berliner Opernplatz der Fackelzug unter Führung von *Alfred Baeumler* ein, dessen Antrittsvorlesung die Veranstaltung einleitete. In Kiel (*Ferdinand Weinhandl*) und Breslau (*Karl Bornhausen*) halten Philosophen die Brandrede.

Als Vollzugsinstanz im Reinigungsritual des »deutschen Geistes« konnte die Philosophie sich darstellen, sofern sie als normative Grundlagendisziplin eine Aufsichtsfunktion über Künste und Wissenschaften beanspruchte. Diesem Selbstverständnis widersprachen nur Außenseiter wie die Gruppe um Reichenbach in Berlin. Gegen sie setzt die Bücherverbrennung (analog zu den Literaturverhältnissen: Volker 1980, 281-287) den Bruch mit Weimarer Philosophieverhältnissen in Szene. Symbolisch vernichtet wird die sozialistische oder liberal-bürgerliche Tendenz, die durch kriti(zisti)sche, universalistisch-humanistische oder empiristisch-wissenschaftliche Positionen vertreten war.

Welche Werke der an den Universitäten lehrenden Philosophen verbrannt wurden, scheint schwer rekonstruierbar. Die den Sammelaktionen zugrundeliegenden »Schwarzen Listen«, erstellt von einem spontan gebildeten »Ausschuß« nazistischer Bibliothekare (Sauder 1983, 109ff) nennen *Max Adler* (alles), *Karl Korsch* (»Marxismus und Philosophie«), *Siegfried Marck* (alles) und *Paul Tillich* (»Die sozialistische Entscheidung«). Daneben marxistische und sozialdemokratische

Autoren wie Bernstein, Mehring, Stalin, Vorländer. Unter den Schriften von Engels ist »Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie« ausgenommen. Am 16. Mai kommt Georg Lukács mit »Geschichte und Klassenbewußtsein« hinzu (ebd., 131-137).

1938 stehen auf der *Liste des schädlichen und unerwünschten Schrifttums* drei Dutzend Namen philosophischer Autoren. In erster Linie handelt es sich um die dem linken oder liberalen Spektrum zugerechneten Nicht-Vertreter des Faches: *Viktor Adler, Maximilian Beck, Ernst Bloch, Bertolt Brecht, Constantin Brunner, Kurt Hiller, Ludwig Marcuse, Otto Neurath* (sämtliche Schriften); dazu mit Einzeltiteln *Siegfried Kracauer, Joachim Schumacher* und *Georg Lukács* (ab 1939 mit sämtlichen Schriften). Indiziert ist weiter der »Anthroposoph« *Rudolf Steiner* und ab 1939, durch Verfügung des »Reichsführers SS«, der jüdische Religionsphilosoph *Martin Buber* und der Barthianer *Emil Brunner*. Verstorbene finden Erwähnung, sofern sie als philosophische Klassiker der Sozialdemokratie gelten (*Marx, Engels, Lenin, Dietzgen, Moses Hess, F.A. Lange, Karl Vorländer, Max Adler, Leonard Nelson*).

Die vom NS aus ihrer Stellung gedrängten Universitätslehrer sind durch *Dietrich von Hildebrandt, Karl Korsch, Theodor Lessing, Siegfried Marck* mit sämtlichen Schriften, durch *August Messer* (»Die freideutsche Jugendbewegung« von 1915; »Die Philosophie der Gegenwart« von 1916) und *Joh. Maria Verweyen* (»Zurück zu Christus«, Breslau 1937) mit Einzelwerken vertreten. Himmlers Sonderverfügungen nach der Reichstagsbrandverordnung, die mit dem Fortgang der Ausrottungspolitik um sich greifen, treffen einzelne Werke der Emigranten *Max Horkheimer* (»Studien über Autorität und Familie«, Paris 1936), *Karl Löwith* (»Von Hegel bis Nietzsche«, Zürich/New York 1941), *Karl Mannheim* (»Mensch und Gesellschaft im Zeitalter des Umbaus«, Leiden 1935) und *Paul Ludwig Landsberg* (»Die Erfahrung des Todes«, Luzern 1937). Die zwei letztgenannten sind 1941 mit allen Titeln erfaßt, zusammen mit den Neuzugängen *Helmuth Plessner* und *Emil Utitz*. Im Zuge seiner Dienstentlassung wird auch der katholische Philosoph *Johannes Hessen* ab 1940 mit seinen »Briefen an Suchende, Irrende, Leidende« (Regensburg 1936) indiziert. Eine SS-Verfügung richtet sich gegen seine »Wertphilosophie« (Zürich 1937).

Vereinzelt trifft das Verbot auch Schriften der an deutschen Universitäten weiterhin lehrenden oder dem NS nahestehenden Berufsphilosophen: *Bernhard Bavinks* »Organische Staatsauffassung und Eugenik« (Berlin 1933), *C.A. Emges* frühe Bekenntnisschrift »Geistiger Mensch und Nationalsozialismus« (Berlin 1931) und *Hans Pfeils* katholische Abhandlung »Der Mensch im Denken der Zeit« (1938).

## 5.2 *Auswirkung der »Säuberungen« auf Haupttendenzen und Schulen*

Karl Löwiths 1940 verfaßter Lebensbericht zitiert aus einem amtlichen Pressedienst das Klassifikationssystem zur Neuordnung der philosophischen Bibliotheken. Es enthält die Einteilung der Schulen, die vom Standpunkt eines »artgemäßen« Wissenschaftsbegriffs als zu bekämpfende

deklariert werden. Schematische Darstellung (nach Löwith 1986, 143):

1. Textausgaben
2. Geschichte der Philosophie
3. Völkische Wissenschaft
4. Die Schulen der jüdisch-liberalistischen Wissenschaft
  - 4.1 Die liberalistische Philosophie
    - 4.11 Der Positivismus
    - 4.12 Der südwestdeutsche Kantianismus
    - 4.13 Die Realistik
    - 4.14 Die geisteswissenschaftlichen Schulen
    - 4.15 Kritizisten
    - 4.16 Kulturphilosophen und Kulturkritiker
    - 4.17 Der Existenzialismus
  - 4.2 Die jüdisch beherrschten Schulen
    - 4.21 Der Marburger Neukantianismus
    - 4.22 Die Phänomenologie
    - 4.23 Die Lebensphilosophie
    - 4.24 Das jüdische Rechtsdenken
    - 4.25 Die jüdische Kulturphilosophie
    - 4.26 Die jüdische Ästhetik
    - 4.27 Die jüdische Mathematik u. Relativitätstheorie
5. Einzelgebiete

Unsere sehr vorläufige Bilanz der Schulen orientiert sich vor allem an der personellen »Säuberung« und Neubesetzung des Universitätsfachs (3.2, 3.3).

### 5.21 *Die neuidealistische Strömung*

*Der Neukantianismus.* — Die letzten Vertreter dieser in der wilhelminischen Ära vorherrschenden Formation sind 1933 massiv von den Säuberungen betroffen (*Ernst Cassirer, Richard Höningwald, Jonas Cohn, Siegfried Marck, Ernst Hoffmann, Arthur Liebert*). *Hans Vaihinger* stirbt 1934, die von ihm begründeten *Kant-Studien* werden 1936 eingestellt. Der von ihm geförderte *Bruno Bauch* wird nach seinem Rücktritt (bzw. Hinauswurf) als Herausgeber der *Kant-Studien* (1917; 4.11) zum Wortführer derer, die das kritische Element beseitigen, um der Metaphysik Platz zu machen. *Heinrich Rickert* stirbt 1937 und erlebt noch, wie der von ihm begründete *Logos* zum Organ der »Deutschen Philosophie« wird, deren Geburtsakt durch eben jenen Austritt seines Schülers *Bauch* aus der *Kant-Gesellschaft* markiert wird. Sein Tod (1936) fällt

mit der Zwangsauflösung der Gesellschaft und der vorläufigen Einstellung der *Kant-Studien* zusammen.

Anders als im Falle des Marxismus und Neopositivismus hat der NS das Ende des Neukantianismus nicht herbeigeführt, sondern eher das Begräbnis ausgerichtet. Das erkenntnistheoretische Paradigma ist durch Grundlegenderes wie »Geschichte«, »Leben« oder »Existenz« relativiert und fungiert als beliebte Zielscheibe für Abschwörungen von der lebensfernen Kathederphilosophie; viele der jüngeren Vertreter mutieren zum Neuhegelianismus (wie der Rickert-Schüler Kroner), zur »Neuen Ontologie« (wie Natorps Nachfolger Hartmann) oder zur »Existenz« (Heyse). »Im letzten *Führer der Marburger Universität* für 1939/40«, notiert Löwith, »wird unter der philosophischen Fakultät die sog. Marburger Schule (Cohen, Natorp, Cassirer) als eine jüdisch-liberale Angelegenheit nicht mehr erwähnt.« (1986, 100)

*Der Neuhegelianismus.* — In philosophiegeschichtlicher Immanenz ein Zerfallsprodukt des Neukantianismus: er treibt dessen Problematik weiter zur Dialektik (Kroner, Marck); er stillt, nach dem vielzitierten Windelband-Wort aus der Akademie-Festrede von 1910, den »Hunger nach Weltanschauung, der unsere jüngere Generation ergriffen hat« (zit.n. Beyer 1970, 81). Die »Rückkehr zu Hegel« schien dem Begründer des Heidelberger Neukantianismus nötig, weil das »Zurück zu Kant!« als Bollwerk gegen den naturwissenschaftlichen und marxistischen Materialismus versagte. In sozialgeschichtlicher Perspektive erscheint, viel früher, Bismarck als Geburtshelfer (Heller 1921; Lukács 1953, Kap.5; Topitsch 1966): In Hegel als Denker der »deutschen Staatsidee« spiegelt sich der »nationale Machtstaatsgedanke in Deutschland« (Heller); umgekehrt wird er durch Lasson oder Treitschke zu jenem Nationalphilosophen, dessen Denkart den »westlichen« Rationalismen so wesensfremd sein soll. Das machtstaatliche Hegel-Bild bleibt dominant bei den Bildungseliten der Weimarer Republik, deren Hegelspezialisten (wie Binder oder, antisemitisch gewendet, Max Wundt) die Ereignisse von 1933 als Wiederversöhnung des parlamentarisch »entzweiten« (Volks-)Geistes erscheinen lassen. Da die Hegel-Auslegung nach dem ersten Weltkrieg auch dem Bedürfnis nach »Weltanschauung« in der Arbeiterbewegung nachkommt — in ihr befestigt sich die »orthodox«-kommunistische Linie gegen den kantianischen »Revisionismus« —, wird diese Tradition vor 1933 wie kaum eine andere von antagonistischen Kräften beansprucht (vgl. 4.31).

Nach 1933 steht auf der einen Seite der Zerfall des Internationalen Hegelbundes und die Vertreibung seines Vorsitzenden *Richard Kroner*



vom Kieler Lehrstuhl. Auf der anderen die faschistische »Kieler Schule« um *Karl Larenz* und *Paul Ritterbusch*, die sich einer »Erneuerung« der Rechtsphilosophie vom Neuhegelianismus her widmet (Anderbrügge 1978, Rottleuthner 1983). Der Hegelsche Diskurs des »Allgemeinen«, in dem alles Individuelle sich aufgehoben zu wissen hat, eignet sich vorzüglich, um der Abschaffung individueller Grundrechte die Weihe der höheren Notwendigkeit zu geben. Der vom Faschismus nur endgültig besiegelte, schon seit den zwanziger Jahren betriebene Paradigmenwechsel in der Rechtslehre — Gesetzesauslegung nach Maßgabe einer verpflichtenden »Gemeinschaft« und Ausgrenzung der dem Buchstaben des Gesetzes verhafteten Lehren als »positivistisch«, »formalistisch«, »universalistisch« — artikuliert sich vorzugsweise neuhegelianisch (während liberale Rechtstheoretiker wie Cohen oder Radbruch Kantianer sind).

Die Rechtsphilosophie als Bastion des braunen Hegelianismus ist in der Regel an den juristischen Fakultäten verankert. *Julius Binder*, der Lehrer von Larenz, Philosoph des »Autoritären Staates« und zweiter Vorsitzender des Hegelbundes, gilt bis zu seinem Tod 1937 als Mentor der Rechts-Hegelianer. In der Fachphilosophie sind die wichtigsten Namen *Hermann Glockner* (der mit Larenz ab 1935 das Organ der Neuhegelianer herausgibt; 4.2), *Theodor Haering*, *Heinz Heimsoeth* (mit seinem Mitarbeiter *Joachim Ritter*), *Max Wundt*; in der Soziologie *Hans Freyer* und *Othmar Spann*. Daneben ist Hegel für die in der Pädagogik weiterhin herrschende Dilthey-Schule (*Hermann Nohl*, *Eduard Spranger*, vor allem: *Theodor Litt*) eine wichtige Bezugsgröße.

Die seltsame Vorstellung vom »Nationalsozialismus als Gegner Hegels« (Marcuse 1962, 360-368) hat ihren rationalen Kern im innerfaschistischen Konflikt des populistischen Nazismus mit den alten Eliten, die qua Hegel dem Bismarckschen Machtstaatsgedanken anhängen. Der Neuidealismus konnte nicht wie in Italien zur faschistischen Offizialphilosophie werden. Bei *Rosenberg* (der ihn nicht kannte) steht Hegel für den »Höhepunkt einer abstrakten Machtlehre«, für den Beamtenstaat und die Verachtung des Volkes (zit.n. Beyer 1970, 154). Bei *Baeumler* (der 1922/23 zwei Hegel-Ausgaben ediert hatte<sup>1</sup>) für einen Staats-Begriff, der »zur Identifikation mit der bürgerlichen Gesellschaft neigt« (zit.n.ebd.). Bei *Ernst Krieck* (einem weiteren Ex-Neuidealisten, siehe: *Die deutsche Staatsidee*, Jena 1917) für die »jenseitssüchtige und apolitische« Natur des »deutschen Idealismus« — mit Parallelen zu Heidegger (»Hölderlin hat um 1800 den Deutschen zur heldischen Tat gerufen, Hegel dagegen rief 1818 die Jungen wieder aus der Wirklichkeit weg zur Idee, zum Reich der Innerlichkeit und des

reinen Geistes ...«; ViW I/1933, 3). Das Scheitern seines radikalen Nazismus (1941: »... tragen die Deutschen allerdings noch heute die Bildungs-Schlafmütze, die ihnen ihr großer Philosoph mit Hilfe einer reaktionären Regierung in Preußen übergestülpt hat«; ViW IX, 248) läßt Kriecks Attacken wütender werden — nicht nur die gegen »Hegel als Gründer des geistigen Reiches, darin er über die deutschen Schlafmützen herrschen wird«, auch die gegen die »Hegelianer, die ihn zum National- und Reichsphilosophen emporlügen« (ebd.).<sup>2</sup>

### 5.22 Die Hyper-Idealismen:

#### *Existenzphilosophie, Lebensphilosophie, Neue Ontologie*

Unter diesem Titel versammeln wir die philosophischen Strömungen, die vor 1933 als Gegenbewegungen vor allem zum Neukantianismus enig sind in der Notwendigkeit, das erkenntnistheoretische Paradigma »metaphysisch« zu unterbauen. Existenz- und Lebensphilosophie haben für sich genommen Verluste zu verzeichnen: die erstere verliert ihr Heidelberger Zentrum durch die Ausschaltung von *Karl Jaspers* (1937), die Dilthey-Schule ihre Hochburg Göttingen mit der Entlassung von *Georg Misch* (1935) und *Hermann Nohl* (1937; Dahms 1987). An der Berliner Universität, dem zweiten Zentrum der »geisteswissenschaftlichen Philosophie«, verbleibt nach dem Weggang von *Bernhard Groethuysen* (1933) und der Zwangsemeritierung von *Max Dessoir* (1934) nur *Eduard Spranger*. Hinzu kommt die Resignation von *Theodor Litt* (1937). Auch einige wichtige Heidegger-Schüler (*Karl Löwith*, *Herbert Marcuse*, *Hans Jonas*) müssen emigrieren. — Zu untersuchen wären bestimmte Verschmelzungsprozesse nach 1933: die »Existenzialisierung« der Dilthey-Schule durch *Eduard Spranger* und *Otto Friedrich Bollnow*, umgekehrt die »Historisierung« der Heideggerschen Seinsauslegung durch *Hans-Georg Gadamer* und *Joachim Ritter*. Einiges spricht dafür, daß sich während der NS-Zeit aus diesen drei »Quellen« die Philosophie der Adenauer-Ära zusammenbraut — je nach Standpunkt »Jargon der Eigentlichkeit« (Adorno) oder »Neue Geborgenheit« (Bollnow) genannt.

### 5.23 Die Phänomenologie

Wie der Neukantianismus ist die »phänomenologische Bewegung« mit der Ausschaltung des Gründers (zum 31.12.1935 wird dem 1928 emeritierten *Edmund Husserl* die Lehrerlaubnis entzogen; Ott 1988, 100f), der Emigration seiner Göttinger Schüler *Edith Stein*, *Moritz Geiger*,

Dietrich v. Hildebrandt, seiner Freiburger Schüler *Ludwig Landgrebe*, *Günther Anders*, *Aron Gurwitsch*, *Fritz Kaufmann*, *Paul Ludwig Landsberg*, *Arnold Metzger*, *Herbert Spiegelberg* von den Säuberungen massiv betroffen. Hinzu kommt 1935 die Entpflichtung von *Alexander Pfänder* in München. Das *Jahrbuch für Philosophie und phänomenologische Forschung* war 1930 bereits eingestellt worden. Die in der deutschen Universitätsphilosophie verbliebenen Husserl-Schüler *Hans Lipps* (Mitglied des Göttinger Phänomenologenkreises) und *Oskar Becker* (1923 Husserls Assistent, ab 1928 Mitherausgeber des *Jahrbuchs*) tendieren eher zur »hermeneutischen Phänomenologie« Heideggers als zur engeren Husserl-Schule der »deskriptiven Phänomenologie« (nach der Unterscheidung von H. Conrad-Martius). Und zum Nazismus (Becker: »Dr. B.« bei Löwith 1986, 45-56; Lipps: 3.31). Wer wie Husserls letzter Privatassistent *Eugen Fink* dem Meister und seiner Auffassung von »Phänomenologie als strenger Wissenschaft« verpflichtet bleibt, kann im Nazideutschland keine akademische Karriere machen.

Die Vertreibung der Husserl-Bewegung bedeutet keineswegs ihr Ende, sondern wie im Falle der Wissenschaftstheorie (5.26) den Anstoß zu internationaler Verbreitung. Für kurze Zeit wird Prag nach 1933 ihr Zentrum. Der »Cercle philosophique de Prague«, dessen Mentoren die Husserlianer *Ludwig Landgrebe* und *Jan Patočka* sind — und der die Rettung des ab 1938 im Löwener Husserl-Archiv erschlossenen Nachlasses mitbetreibt (Mödersheim 1988) — ist die philosophische Analogiebildung zum berühmten Prager Linguistenkreis. In Prag entsteht die Verbindung von Phänomenologie und Strukturalismus, wie sie für die für die Rezeption in Frankreich (Waldenfels 1983) und heutige, sich auf Husserl berufende Tendenzen so kennzeichnend ist. — Schließlich markiert die Emigration von *Alfred Schütz* (*Der sinnhafte Aufbau der sozialen Welt*, 1932), der Wien 1938 nach dem deutschen Einmarsch verläßt, den Beginn einer Verbindung von Phänomenologie und amerikanischer Soziologie, die ebenfalls ihre Nachwirkung im westlichen Nachkriegsdeutschland bekommen sollte.

Eine andere Geschichte wäre das apokryphe Weiterleben der philosophischen Produktionsweise »Wesensschau« nicht nur in Heideggers wirkmächtiger Seinsmystik, sondern auch in der faschistischen Rechts- und Rassenlehre. *Ludwig Ferdinand Clauß*, 1917-21 Husserls Mitarbeiter in Freiburg, entwickelte die phänomenologische Methode zu einer »Rassenseelenkunde« und setzte sie der biologistischen Rassenlehre seines Haupttrivalen H. F. K. Günther entgegen. Auf einer Arbeitstagung von Rosenbergs »Hoher Schule« im Jahre 1941 wird Clauß

— »der vom Auswärtigen Amt mit einem hohen Auftrag gerade ins Ausland geschickt worden war« — vom Leiter des »Rassenpolitischen Amtes der NSDAP« verurteilt, weil er die »Rasse« in »Seele und Geist« begründet sieht, statt in der Erbmasse. »Diese Lehre hat er ursprünglich als nationalsozialistisch dargestellt. Er hat 1933/34 in vielen Parteiversammlungen mit durchschlagendem Erfolg gesprochen. Besonders stark gefragt waren seine Vorträge von Kreisen der Studenten, des BDM und des Arbeitsdienstes, also von Menschen, die eine ehrliche Überzeugung und Vertiefung suchten, und denen die Günthersche Dogmatik nicht zeitgemäß erschien.« (Zit.n. Poliakov/Wulf 1959, 414; zu Clauß, Günther und den »zwei Polen des Rassismus im NS« vgl. Haug 1986, 64). Wegen seiner »jüdischen« Frau, die seine wichtigste Mitarbeiterin war und von der er sich 1940 scheiden ließ, erhielt er erst nach 1945 eine Universitätsprofessur.

Zu notieren bleibt die antagonistische Reklamation der Husserlschen Appelle zur Überwindung der »Krisis der europäischen Wissenschaften« durch die »transzendente Phänomenologie«: Für die Emigranten im Prager Philosophenkreis das Versprechen eines »geistigen« Fundaments von universeller Gültigkeit, bornierte Vorstellungswelten von Volk, Rasse, Weltanschauungen durch eine philosophische Meditation überwindend, die, gegen spekulativen Mystizismus, die Form strenger Wissenschaft hat; für andere, wie den NSDAP-Pressesprecher Dietrich, ein »Zurück zu den Tatsachen« — von Volk und Rasse. Die beiden Internationalen Philosophenkongresse (4.32) zeigen, wie Husserl die Position einer über politischen Kräften und Nationen stehenden »geistigen« Autorität zuwächst.

### 5.24 *Die katholische Philosophie*

*Die Neuscholastik.* — Die in den 30er Jahren bestorganierte Formation philosophischer Forschung und Lehre (4.2) verfügt über einen Status, den ihr andere Strömungen auch in der NS-Zeit nicht streitig machen: sie ist Offizialphilosophie einer (supra-)staatlichen Macht, die als Wächter und Garant eines festgeschriebenen Lehrkorpus (»Philosophia perennis«) fungiert.<sup>3</sup> Im 19.Jahrhundert, als die Dominanz historischer Thomas-Forschung und die Niederwerfung des katholischen »Modernismus« ihr ein restauratives Gepräge gaben, wurde sie von bürgerlichen Philosophen meist als innerkirchliche, mit moderner Wissenschaft unvereinbare Angelegenheit abgelehnt. In der ersten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts übt sie — im Zuge des Trends »Erneuerung der Metaphysik« und mit der gelungenen Öffnung zu den (Natur-)

Wissenschaften, zur Existenzphilosophie oder Phänomenologie — beträchtlichen Einfluß auf die nichtklerikale Philosophie aus.<sup>4</sup>

Die institutionelle Basis der Philosophisch-theologischen Hochschulen und der theologischen Lehrstühle sichert das Konkordat vom 20.7.1933, das sich der Vatikan für die Preisgabe seiner politischen Partei und deren Zustimmung zum »Ermächtigungsgesetz« einhandelt. Es garantiert in Art.19 die Erhaltung der katholisch-theologischen Fakultäten (RGBl II, 1933, 684) und einiger philosophischer Lehrstühle, die nach den Universitätssatzungen für die Ausbildung der Theologiestudenten zuständig sind: in Bonn (*Siegfried Behn*), München (*Josef Geysler*), Münster (*Peter Wust*), Breslau (*Ludwig Baur*), Würzburg (*Hans Meyer*), Freiburg (*Martin Honecker*). Die NS-Kultusbehörde kann auf diesen »Konkordatslehrstühlen« keine eigenen Leute plazieren; allerdings bedarf eine Neubesetzung der positiven Stellungnahme von Ministerium und Dozentenbund (Henckmann 1987, 10). Nach der Emeritierung von Geysler und Baur rücken wieder katholische Philosophen nach: *Fritz-Joachim von Rintelen* 1934 in Bonn und 1936 in München; *Bernd Rosenmöller* 1937 in Breslau.<sup>5</sup> Z.T. erfolgreich sind aber die bei Kriegsbeginn energischer werdenden Bestrebungen, diese Lehrstühle nicht wiederzubesetzen (Bonn nach 1936, München nach 1941), sie zu marginalisieren<sup>6</sup> oder die Inhaber aus dem Amt zu drängen (»Beurlaubung« von Rintelen 1941). In Freiburg ergibt sich die Chance 1941 mit dem Tod von Honecker. »Heidegger hat im Verein mit den übrigen Kräften der Fakultät, denen die 'gebundene', also nicht voraussetzungslose, Philosophie zuwider war, aus der 'Voraussetzungslosigkeit' der nationalsozialistischen Weltanschauung dafür gesorgt, daß der völkerrechtlich gesicherte Lehrstuhl umgewidmet wurde und zum 1. September 1942 mit einem Psychologen besetzt wurde.« (Ott 1989, 265; zu den Schwierigkeiten katholischer Habilitanden vgl. 3.31)

Von den »Säuberungen« nach dem Beamtengesetz ist die Neuscholastik wenig betroffen; das Konkordat schützt aber auch einzelne ihrer Vertreter nicht vor der rassistisch/politischen Verfolgung (*Dieter v. Hildebrandt* 1933 in München und 1938 in Wien; *Balduin Schwarz* 1933 in Münster) oder Zwangspensionierung (*Alois Dempf* 1938 in Wien). Auch nicht vor dem KZ (*Edith Stein*; 2.1.2). — Die faschistische Enzyklopädie notiert 1939: »Die gesamte (kirchen-)kath. Neuscholastik ist gegenwärtig noch im Vormarsch begriffen, da sie heute eine der wichtigsten geistigen Waffen der kath. Aktion darstellt.« (*Meyers Lexikon*, 8.Aufl., 7.Bd., 283). Die offene Konfrontation bringt der »Anschluß« Österreichs (3.42).

*Der christliche Existentialismus.* — Die Gegenteilstendenz zur Neuscholastik ist charakterisiert durch die Kriegs-Verzweiflung am Idealismus, den Affekt gegen die philosophische Tradition und das »Allgemeine«, die Dis-Harmonisierung von Vernunft und Glaube zu »Wagnis« (Wust), »Gegensatz« (Guardini), »Spannung« (Przywara), die Aufnahme von Jugendbewegungs-Impulsen. Mit Marceles Weltkriegs-Tagebüchern tritt sie historisch vor dem eigentlichen Existentialismus in Erscheinung.

Der Konflikt mit dem Nazismus, offenbar auch das Widerstandspotential, ist stärker als bei anderen Strömungen. *Theodor Haecker*, Mitarbeiter der Zeitschrift *Hochland*, in der Zwischenkriegszeit einer der wirkmächtigsten katholischen Schriftsteller, zog sich mit seinem Buch *Was ist der Mensch* (1933) den besonderen Zorn Heideggers zu, der darin eine Gegenprophetie erblickte — im Kontext der damaligen Freiburger Kämpfe zwischen nazistischer und katholischer Studentenschaft (Ott 1989, 257ff). Haecker bekommt 1935 Redeverbot und 1938 ein Buch-Publikationsverbot. Er hat Verbindungen zur »Weißen Rose« und entgeht 1943 nur knapp der Verhaftung. *Alfred Delp*, 1937-41 mit *Erich Przywara* Mitarbeiter des Jesuiten-Journals *Stimmen der Zeit*, wird 1945 als Mitglied des »Kreisauer Kreises« hingerichtet. *Peter Wust* (»Prof. Munster« in Hermann Kasacks *Stadt hinter dem Strom*) wird durch seine Verteidigung katholischer Prinzipien zum »Philosophen von Münster« (Vernekohl 1967). Möglich wird dies durch den Konkordatslehrstuhl (s.o.) und die Protektion des »Löwen von Münster« (Kardinal Galen).

Der Lehrstuhl des Priesters *Romano Guardini* — ein Führer der katholischen Jugendbewegung, der seit 1923 mit Vorlesungen über Dostojewski, Hölderlin, Sokrates oder Rilke großen Zulauf hat — ist nicht kirchlich geschützt. Er geht auf die Initiativen des preußischen Kultusministers Becker zur Einrichtung von »Weltanschauungsprofessuren« zurück und wurde aufgrund des Widerstands der Berliner Universität der katholisch-theologischen Fakultät in Breslau zugeordnet. Die Nazis heben die ungewöhnliche Konstruktion des »Ständigen Gastes« erst 1939 mit der Begründung auf, daß ein Ordinariat für »katholische Weltanschauung« dem Weltanschauungs-Monopol des Staates widerspricht. Die ersatzweise angebotene Dogmatik-Professur lehnt Guardini ab (Gerl 1985, 317f). Er tritt selbst nicht als NS-Gegner hervor, wirkt aber durch seine Schriften u.a. auf die »Weiße Rose«. — In der westdeutschen Nachkriegsphilosophie wird diese Strömung einflußreich in der Gestalt des katholisierenden Heideggerianismus (Kuhn, Guardini, Rahner, Krings, Max Müller).

### 5.25 Die jüdische Philosophie

Zu unterscheiden von Philosophen jüdischer Herkunft oder jüdischen Denktraditionen in der Philosophie ist eine Religionsphilosophie, deren deutschsprachige Tradition der NS hierzulande vernichtet hat. »Sie hatte im Frankfurter 'Freien Jüdischen Lehrhaus', das 1920 von *Franz Rosenzweig*, *Martin Buber*, *Gershom Scholem* u.a. gegründet worden ist, eines ihrer Zentren. Martin Buber bekleidet nach seiner Emigration seit 1938 eine Professur für Sozialphilosophie in Jerusalem. *Isaak Heinemann*, *Julius Guttmann* u.a. emigrieren wie er in das damalige Palästina. *Alexander Altmann*, *Nahum Norbert Glatzer*, *Eugen Kullmann* bevorzugen das Gastland Nordamerika.« (Lotter 1990, 13) Der Nazismus löscht sie aus dem Gedächtnis, indem »jüdische Philosophie« nun für jede Art von Denken steht, das von Staats wegen verfolgt wird.

### 5.26 Die Schulen des Neopositivismus

*Der Wiener Kreis.* — Daß dies, neben dem Marxismus, die zweite vom NS vertriebene Schule in der Universitätsphilosophie ist, blieb lange vergessen (Köhler 1979). Inzwischen erlaubt die gute Forschungslage ein differenziertes Bild, denn der anhaltende Emigrationsprozeß 1931-38 ist mehrfach determiniert. In den Motiven, Deutschland oder Österreich zu verlassen, überlagert sich der politisch-ideologische Klimawechsel mit »berufsbedingten« Erwägungen, erklärbar im Zusammenhang der Professionalisierung von Wissenschaftstheorie als einer um institutionelle Anerkennung ringenden Disziplin (Dahms 1988). Die Auswirkungen des Faschismus sind jedoch ebenso folgenreich wie ambivalent.

Der Wiener Kreis (im weiteren, bis Berlin und Prag reichenden Sinne) ist die neben dem Marxismus einzige Denkschule, die vom NS-Staat als solche — nicht nur wegen rassistischer oder »politischer« Stigmatisierung ihrer Vertreter — verfolgt wurde. »Positivistisch« war im herrschenden Sprachgebrauch semantisch äquivalent mit »jüdisch« und »marxistisch«. Der Wiener Kreis wird restlos aus der Universität getrieben, auch (Beispiel Viktor Kraft) ihre nicht-jüdischen oder politisch angepaßten Vertreter. War diese Denkweise, anders als so viele andere, für den Faschismus offenbar unverwendbar, so schien sie ihre Vertreter umgekehrt gegen diesen resistent zu machen — mußte doch einer Schule, die zum zeitbeherrschenden Trend »Erneuerung der Metaphysik« den Gegenkurs steuerte, die ganze NS-Ideologie als Nebelgebirge unsinniger Aussagen erscheinen. Die These eines Positivismus-immanenten Antifaschismus (Hegselmann 1973, 73) läßt sich

allerdings kaum durch Äußerungen belegen (Dahms 1985, 311f) — abgesehen von den direkt politischen Artikeln Zilsels (3.41) und der Tatsache, daß Carnap in seiner Schrift *Überwindung der Metaphysik durch logische Analyse der Sprache* (Erk II/1931) Heideggers Freiburger Antrittsvorlesung (1929) als Beispielsammlung für *Scheinprobleme der Philosophie* (Buchtitel 1928) ausgeschlachtet hatte.<sup>7</sup>

Wie für die phänomenologische Bewegung ist die faschistische Vertreibung zugleich Beginn der Internationalisierung (Stichdatum: Prager Philosophenkongreß 1934) zu einer Großformation. Sie kehrt nach 1945 als die quasi philosophische Siegermacht nach Deutschland zurück, um das Fach zu »besetzen« — in einer Art Gentleman-Agreement mit der überk(n)ommenen Priesterschaft des Geistes, der Existenz, des Seins oder des Verstehens. — Auch diese Wiederkehr der Verdrängten ist zweischneidig, denn: Die vom NS angestoßene Internationalisierung des Logischen Positivismus ist, ähnlich wie bei der Frankfurter Schule, zugleich eine Phase der »Akademisierung«, d.h. eine durch Verleugnung der sozialkritischen Traditionen erkaufte Integration in die theoretische Offizialkultur der Emigrationsländer.

»Die Tatsache, daß in der angelsächsischen Welt bereits eine verwandte Philosophie existierte (in England die analytische Philosophie und in den USA der Pragmatismus), erlaubte es ihnen, sich in bereits vorhandene Diskussionszusammenhänge einzuschalten ... Nur verlor der logische Empirismus in der Emigration seinen Charakter als 'wissenschaftliche Weltauffassung', als aufklärerische, emanzipatorische, antimetaphysische Weltanschauung mit sozialreformerischen Zielen. Es blieb die hochinteressante, aber letzten Endes doch akademische Arbeit an Logik, Wissenschaftstheorie und analytischer Philosophie.« (Kamlah 1983, 41)

Die Assoziation des Wiener Kreises mit Gesellschaftstheorie und Arbeiterbildung ist im philosophiegeschichtlichen Bewußtsein zugeschüttet und erst in letzter Zeit, vor allem am Werk von Otto Neurath, wiederentdeckt worden. Ein eigenes Kapitel ist die im »Positivismusstreit« der sechziger Jahre kulminierende, aber schon nach 1933 einsetzende Querelle der beiden Emigrationsphilosophien, die neuerdings aufgearbeitet wird (Müller 1985, Heggemann 1988, Dahms 1990).<sup>8</sup>

*Die Kopenhagener Schule.* — Nicht aus Deutschland verdrängt wurde die zweite, nicht weniger einflußreiche Tendenz des Neopositivismus: die »philosophische Physik« der Anhänger von Bohrs »Kopenhagener Deutung« der Quantentheorie (in Deutschland: *Werner Heisenberg, Max Born, Erwin Schrödinger, Carl Friedrich von Weizsäcker, Pascual Jordan, Bernhard Bavink*). Sie ist in der Fachphilosophie nur marginal über *Reichenbach* und seine Berliner Gruppe repräsentiert. Während



im Wiener Kreis die Fachphilosophie selbst ihr Verhältnis zu den Wissenschaften durch Neubestimmung ihrer Kompetenz reorganisiert (Beschränkung auf die logische Klärung von Aussagen), erregt die Kopenhagener Schule in den zwanziger Jahren Aufsehen mit der (vom Wissenschaftsstandpunkt vorgebrachten) Destruktion des »Weltbildes«, das für die Philosophen — auch des Logischen Empirismus — zu den unthematisierten Evidenzen gehörte (Ausnahme: Heidegger, der philosophische Mentor des jungen Heisenberg-Schülers C.F.v. Weizsäcker).

Nach 1933 müssen Born, Schrödinger und Reichenbach wegen jüdischer Abstammung emigrieren. Die Auffassungen der Schule werden wie die des Wiener Kreises als »jüdischer Relativismus«, »Logizismus« oder »formalistischer Theoretizismus« bekämpft — wobei sich aber deutlicher zeigt, welchen Stellenwert solche Attacken innerhalb der NS-Gesellschaft tatsächlich haben. Vorgebracht werden sie von der »Deutschen Physik« und ihrem Wissenschaftstheoretiker *Hugo Dingler* (Mehrtens/Richter 1980, 118ff), dessen Denunziation von Reichenbachs »Erkenntnis« (4.13) in diesen Zusammenhang gehört. Sie kulminieren in einem Artikel gegen den Nobelpreisträger Heisenberg im SS-Organ *Das Schwarze Korps* (Beyerchen 1980, 214-223). Der Versuch, eine traditionelle Metaphysik der Natur (rassistisch reartikuliert) als offizielle Wissenschaftsphilosophie durchzusetzen, hat sich aber wegen der bornierten Ablehnung der theoretischen Physik nie durchsetzen können. Als die Physik »kriegswichtig« wird, verlieren die Gegner der Kopenhagener Schule nach Rosenbergs Protektion auch die der SS.<sup>9</sup> Ende 1940 wird in einer parteioffiziellen Diskussion, nachträglich »Münchener Religionsgespräch« genannt, die theoretische Physik als Bestandteil der Gesamtphysik anerkannt (Beyerchen, 240f) — womit de facto auf der Ebene der »spontanen Philosophie der Wissenschaftler« (Althusser 1985) Religionsfreiheit gewährt war. Jordan und Bavink betätigen sich als Herausgeber naturphilosophischer Zeitschriften (4.2).

Heisenberg ist während des Krieges der führende Theoretiker im Uranprojekt, das die Atombombe entwickeln sollte. Die Fragen nach Moral und Verantwortung des Forschers sprengten in der Folge die kognitivistische Beschränkung des Kreises auf Naturphilosophie und Wissenschaftstheorie. Ein politischer Widerstand erwuchs daraus während der NS-Zeit nicht (die Frage, ob man die Bombe bauen soll, stellte sich praktisch nicht; der Versuch, über Bohr eine internationale Verständigung herbeizuführen, scheiterte); anders als in der Nachkriegszeit (die Erklärung von Heisenberg, Weizsäcker u.a. gegen die Atombewaffnung 1956). Die Schule, die nach ihren philosophischen Anschauungen nie

eine war<sup>10</sup>, ist aber politisch keineswegs homogen. So war der spätere CDU-Bundestagsabgeordnete Pascual Jordan Parteigänger der Nazis und unterstellte seine Forschung dem »deutschen Sieg« (zit.n. Albrecht u.a. 1961, 68).

### 5.27 *Marxismus und kritische Sozialphilosophie*

Die von Dietzgen geprägte, von Lenin verbreitete Charakteristik der deutschen Universitätsphilosophie als »Schutzmittel wider die Sozialdemokratie« (LW 14, 345) gilt vor 1933 nicht mehr uneingeschränkt. Mit Horkheimer und seinem Frankfurter Institut hat der Marxismus den Fuß in der akademischen Tür. Daneben gibt es vereinzelt Hochschullehrer, die an Marx positiv anknüpfen: Tillich (*Die sozialistische Entscheidung*, 1933), Marck, von Aster (*Marx und die Gegenwart*, 1929), der linke Flügel des Wiener Kreises. Außerhalb der Universität erlebt die marxistische Philosophie eine nicht mehr erreichte Blüte: Bloch, Brecht, Benjamin, Lukács, Korsch ... — Der Kahlschlag, der dem Faschismus hier gelingt, ist bekannt; alle Genannten emigrieren. Die Aufhebung des Frankfurter Lehrstuhls kann aber nicht verdecken, daß »Sozialphilosophie« im NS eher Konjunktur bekommt, wie die Umbenennung der IVR anzeigt (4.15). Überhaupt begreift man die Vorgänge besser nicht eindimensional als Triumph des Bösen, sondern als verändertes Kräfteverhältnis, in dem die verdrängten Tendenzen nicht erst 1945 wiederkehren. So kann sich in die *IVR-Gedenkschrift für Arthur Schopenhauer* (1938; vgl. 4.15) ein Stück Kritische Theorie einschreiben (Heinz Maus: »Die Traumhölle des Justemilieu«). Wie die neuere Soziologiegeschichte zeigt, konnte die Kritische Theorie in Deutschland überwintern. Auch die unterschwellige Marx-Rezeption bei führenden (v.a. »Leipziger«) NS-Philosophen wäre ein Thema für sich. Bekannt ist andererseits die philosophische Sublimierung, die dem Marxismus der Frankfurter Schule, analog zur »Akademisierung« des Wiener Kreises, im US-Exil widerfuhr. Die deutsche Universitätsphilosophie bleibt bis Kriegsende, in der BRD bis in die 60er Jahre hinein, vom Marxismus »gesäubert« — jedenfalls an der Oberfläche.

### 5.3 Zur Frage des Einschnitts

Für einige Abschlußthesen oder -hypothesen könnte man versuchen, die totalisierende Deutung von Lukács auf die Füße zu stellen. Der NS hat »die Vernunft« als höhere Instanz keinswegs zerstört. Rationalitätsdiskurse in Medizin, Psychiatrie, Justiz oder Erziehung hatten im Gegenteil ihre Funktion für die staatskonforme Normalisierung der Subjekte (vgl. Haug 1986); Philosophieprofessoren arbeiteten daran, in den herrschenden Vorstellungen über das Vernünftige das egalitäre und universalistische Moment auszuschalten, rassistische Akzente zu setzen und die im Sinne des NS-Staats »Unvernünftigen« auszuschließen. In der universitären Philosophie zerstört wurden jedoch die wenigen Tendenzen, »die Vernunft« nicht nur zu beschwören, sondern sie ins Bestimmte zu ziehen, um die Gesellschaft vernünftiger einzurichten. Die »Säuberung« der Nazis, die als Verteidiger des »Glaubens« agierten, trifft 1933 alle institutionellen Zusammenhänge, in denen philosophische Aktivitäten ins Profane abglitten und mit den Linksparteien und der Arbeiterbewegung in Verbindung traten. Es gab sie in marginalisierter Form mit dem Frankfurter Institut für Sozialforschung, der Berliner »Gesellschaft für wissenschaftliche Philosophie« und dem Wiener »Verein Ernst Mach«.

Nach 1933 sind die Philosophen *als Philosophen* auf Staatstreue verpflichtet (3.31). Das ist etwas anderes als die Verpflichtung auf eine offizielle Philosophie, die es nicht gab. Die »weltanschauliche« Ausrichtung der Institution bedeutet, daß als »unzuverlässig« entlassen werden kann, wer in seiner Lehre mangelnde Staatsgesinnung offenbart oder Zweifel am »erzieherischen« Wert seines Denkens aufkommen läßt. Der rassistische Affekt gegen »kritizistisches«, »logizistisches« oder »jüdisches« Denken schließt eine philosophische Aktivität aus, die sich nicht auf höheren Sinn richtet. Das faschistische Philosophiedispositiv läßt auf diese Weise nur »steile« Philosophien zu. In ihnen kann sich die NS-Herrschaft legitimieren; sie können ebenso die »geistige« Distanz zum Ausdruck bringen, die heute zuweilen zum »Widerstand« verklärt wird. Da eine Sphäre geregelter Konfliktaustragung (»Politik«) fehlt, implodieren Kritik und Widersprüche »in der Stille«, d.h. sie werden unartikulierbar bzw. »zwischen den Zeilen« geäußert. Die philosophischen Öffentlichkeiten (Gesellschaften, Zeitschriften, Kongresse) erleben einen entprechenden Funktionswandel.

Die verschiedenen Schulen und Traditionen konnten sich hier durchaus einrichten, weshalb die ideengeschichtliche Betrachtung für 1933 keinen philosophiegeschichtlichen Einschnitt erkennt (vgl. Nolte

1965, 10; Schnädelbach/Martens 1985, 13). Ausgeschaltet wird jedoch die Orientierung auf »wissenschaftliche« oder »empirische Philosophie«, sofern diese sich nicht als den Einzelwissenschaften vorgelagerte Sinn-Wissenschaft versteht (4.13). Zwar war der Faschismus alles andere als wissenschaftsfeindlich. Mit der Professionalisierung von Psychologie, Soziologie und Pädagogik werden aber die erfahrungswissenschaftlichen und die berufspraktisch relevanten Aspekte aus dem Fach herausgezogen. Bis auf weiteres ausgeschlossen bleibt zumindest in der Fachphilosophie eine (Selbst-)Kritik vom erfahrungswissenschaftlichen Standpunkt; die auf diesem Weg begonnene Professionalisierung der Wissenschaftstheorie wird vorläufig beendet. Hier richtet sich der Mythos ein. »Was nach 1945 geschah, war ein relativ ungebrochenes Anknüpfen an das akademische 'Leben' der professionellen Philosophie, das schon seit langem hauptsächlich in historischen und hermeneutisch-philosophischen Forschungen bestanden hatte.« (Ebd., 1985, 13) »Der Einbruch in die philosophische Tradition in Deutschland ist nicht von den Nazis gekommen, sondern aus dem angelsächsischen Bereich.« (Krings 1987, 34)

Da der Nazismus die Philosophie als arbeitsteilig spezialisierte Denktätigkeit nicht abschaffte, sondern benötigte, kann sich auch dieser enger gewordene Handlungsspielraum dem »Geist« als seine absolute Freiheit darstellen. Hans-Georg Gadammers Erinnerungen an die Leipziger Zeit sehen den NS nur sporadisch, in den manifesten Formen von Bespitzelung, Denunziation oder gelegentlichem »Mißbrauch« seines Denkens für Zwecke der »Auslandspropaganda« (1977, 118), eindringen in den Raum des Interpretierens und Verstehens. Der normale Betrieb fühlte sich selten gestört. »Ich habe unbehelligt im philosophischen Seminar Übungen über Husserls 'Logische Untersuchungen' abhalten können, und etwa die bestehende Vorschrift, bei Dissertationen jüdische Autoren durch ein Sternchen zu kennzeichnen, wurde in Leipzig nicht beachtet. Nur Nazi-Professoren erkannte man daran, daß es bei ihnen so etwas gab.« (Ebd., 117). Die eigentliche Philosophie schien sich an solchen Zeichen souveräner Nichtbeachtung erkannt zu haben. Sie reproduzierte sich im Bewußtsein, daß man in der philosophischen Sphäre tun durfte, was man wollte. Man wollte aber vor allem, was man durfte.

# Anmerkungen

## Anmerkungen zum Vorwort

- 1 Zu Geschichte, Zusammensetzung und Forschungsansatz siehe Haug 1989, 10ff.
- 2 Die der »Frankfurter« zusammengefaßt in den Monographien von Jay (1976) und Wiggershaus (1988); die des Wiener Kreises — der erst durch einen Zeitungsartikel von Wolfgang Köhler (1979) als die »andere« deutschsprachige Emigrationsphilosophie in Erinnerung gebracht wurde — durch eine Reihe von Aufsätzen (Hegselmann 1983, Kamlah 1983, Thiel 1984) und Symposien (Dahms 1985, Stadler 1988).
- 3 1985 wurde bei einem bundesweiten Fachschaftstreffen der Philosophiestudenten erstmals »ein Projekt 'Philosophie im Faschismus' in Form einer empirischen Bestandsaufnahme an den einzelnen Universitäten vorgeschlagen« (FAZ 8.6.85).
- 4 Jürgen Habermas, dessen Vorwort zu Farias (1989) geradezu sprachregelnd wirkte, verlangte gegenüber einem »weltanschaulich infizierten Denken« einen »philosophisch« genannten Umgang mit Texten, der die Argumentation aus ihrem »weltanschaulichen Kontext heraushebt« (34). Zur Kritik vgl. Haug 1989, 18ff
- 5 Schon Werner Rügemer, der in seiner Pionierarbeit über Arnold Gehlen auf eine engmaschige Einbindung der philosophischen Aktivität in Staats- und Parteifunktionen stieß, ging davon aus, daß »Gehlen philosophisch kein Nationalsozialist« ist — »er ist nach eigenem Verständnis vor allem Philosoph« (1979, 89). Claudia Schorcht kommt in der bisher umfassendsten Studie zur Institutionsgeschichte zu dem Ergebnis, »daß die an den bayrischen Universitäten betriebene Philosophie zum großen Teil tatsächlich nicht national-sozialistische Philosophie war« (1990, 26) Zwei Lehrstuhlinhaber werden zur »nationalsozialistischen Philosophie« gerechnet. Vier weitere Professoren stehen »zwischen nationalsozialistischer Weltanschauungslehre und Wissenschaftlichkeit«, zwei »im weltanschaulichen Widerspruch« zum NS. Zehn sind als Vertreter einer »wissenschaftlichen Philosophie« aufgeführt, wobei sich die Frage stellt, ob diese als »weltanschaulich neutral« einzustufen ist (354).
- 6 Bourdieu (1975) wendet sich gegen die falsche Alternative von Textverstehen und Kontextarbeit, indem er Heideggers Philosophie als symbolische Form analysiert, in der sich politische »Ausdrucksinteressen« (hier: der »konservativen Revolution«) sublimiert/verschoben artikulieren. Die Analyse diskursiver »Produktionsfelder«, ihrer Handlungslogiken und der darin artikulierten Machtverhältnisse vermeidet eine essentialistische Betrachtung, die das Faschistische an Ideen oder Einstellungen festmacht. Vgl. zur Kritik, im Blick auf die Marxsche Auffassung von Philosophie als ideologische Form, meinen Rezeptionsversuch der Bourdieuschen Diskurstheorie (1984).
- 7 *Dialektik* 7/1983. Titel: »Antifaschismus oder Niederlagen beweisen nichts, als daß wir wenige sind«.
- 8 Besonders in der Psychologie ist das Bewußtsein fachwissenschaftlicher Autonomie ausgeprägt, es gibt den Gegensatz zwischen einzelwissenschaftlich orientierten Fachvertretern und denen, die weiterhin unter dem Dach der Philosophie arbeiten wollen, es gibt Auseinandersetzungen um die Frage, ob psychologische Lehrstühle mit Philosophen oder Psychologen besetzt werden sollen (vgl. Geuter 1984, 83 99). In der Pädagogik ist die Orientierung auf Philosophie vergleichsweise ungebrochen: die großen »Volkserzieher« wie Spranger oder Litt arbeiten als Theoretiker eines Bildungsbegriffs, der mittels Platon-, Kant- oder Hegelinterpretation gewonnen wird. Die Weimarer Wissenschaftspolitik verhalf aber gerade dieser Disziplin, wie auch der Soziologie, institutionell zum Durchbruch.
- 9 Gerwin Klinger erstellte ein Verzeichnis der Universitätslehrstühle, Thomas Weber ein Kalendarium philosophischer Kongresse für den Zeitraum 1920 1939, Wolfgang Neuhaus ein Verzeichnis der philosophischen Gesellschaften (nach RphA und Domay 1977), Wolfgang Koch ein Verzeichnis der Emigranten.

### Anmerkungen zu 1. *Besichtigung einer Unsichtbarkeit*

- 1 1972 spricht Schischkoff im Rückblick auf die »zahlreichen äußeren Schwierigkeiten der Nachkriegsjahre« die »Zurückhaltung einzelner Ordinarien« an, »die sich nicht zuletzt von den damaligen 'Entnazifizierungsverfahren' behindert fühlten« (ZphF XXVI, 295).
- 2 Vgl. aus dem Band *Deutsche Philosophen 1933* v.a.: Spranger (Laugstien 1989, 56ff), Heidegger (Alisch 1989, 80), Litt (Friederich 1989, 113f), Rothacker (Weber 1989, 131ff), Hartmann (Haug 1989b, 183ff).
- 3 »... aber leider sind alle die schönen Pläne, die der Minister selbst in Aussicht genommen hatte: Reichsuniversitäten, Führerschulen, Kaiser Wilhelm-Gesellschaft usw. zerronnen, indem diese Dinge anderen Ministerien blieben« (Rothacker an J.A.Schumpeter, 22.Juni 1933; zit.n. Klingemann, 253).
- 4 BA Koblenz, Bestand R, Sign.1069 (vgl. Weber 1989, 152, 158).
- 5 Dokumentiert bei Klingemann (1990, 242 253). Wilhelm Jerusalem, der 1933 seine Gemeinschaftslehre als Fundierung der »Volksgemeinschaft« anpries, wurde von der Spruchkammer »entlastet«, weil Rothacker auf dessen Bitte einen Rousseau Vortrag dahingehend charakterisierte, »daß er keine Ausführungen im Sinne des Nationalsozialismus enthielt« (1947; zit.n. ebd., 247).
- 6 Schischkoffs *Philosophisches Wörterbuch* (Stuttgart 191974) behandelt unter dem Stichwort »Deutsche Philosophische Gesellschaft« die AGPD.
- 7 Durch einen Artikel gegen die, wie es schien (vgl.dagegen 3.12), unzensierte Publikation der 1935 gehaltenen Vorlesungen zur *Einführung in die Metaphysik* (FAZ 25.7.53; in: Habermas 1971, 65 71). Die Kontroverse endete mit einem Spruch Heideggers, der für die »Hörenden unter den Hörern« die richtige Deutung autorisierte (*Die Zeit*, 24.9.53).
- 8 Das Buch von Farias ist »nicht nur ein unphilosophisches Buch, sondern auch ein unhistorisches und unpolitisches Buch« (1988, 271). Die Verteidigung Heideggers hat hier eine neue Qualität erreicht, die das NS Engagement nicht mehr bemäntelt. Pöggeler hatte aufgrund seines Zugangs zum unzugänglichen Nachlaß schon unabhängig von Farias und Ott den Nachweis geführt, daß die faschistische Option von 1933 »in die Mitte von Heideggers damaligem Denken gehört« (ebd., 243). Nur darf dabei ausschließlich mitreden, wer *Mit Heidegger gegen Heidegger denken* kann. Die Formel des jungen Habermas (1953), die als Auslöser der ersten Nachkriegskontroverse eine kritische Funktion hatte, wird in der zweiten zur Auffangstellung der Apologetik.
- 9 Naumann (1975, 25) definiert »Literaturverhältnisse« als »die literarischen Produktions-, Vermittlungs- und Rezeptionsbedingungen, durch die bestimmt wird, welche Werke produziert, vermittelt und welche Werke wie gelesen werden«. Der Begriff orientiert darauf, Literatur nicht ahistorisch, sondern im »ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse« zu untersuchen (ebd.). Die Orientierung an Marx steht bei Naumann aber unter der Herrschaft eines der DDR Philosophie geschuldeten Dualismus von »materiellen« und »ideologischen Verhältnissen«. Zur Kritik vgl. Volker 1980, 346
- 10 Was als »Anpassung« negiert und als »Selbstbehauptung« normierend festgehalten werden soll, ist keineswegs unumstritten. Für Ernst Nolte ist z.B. »Heideggers Engagement von 1933 und die Einsicht von 1934 philosophischer ... als die Richtigkeit der unverändert distanzierten und überaus achtenswerten Haltung Nicolai Hartmanns« (1988, 355).

## Anmerkungen

Anmerkungen zu 2. *Dialektik des Un/Politischen*

- 1 Vor allem reproduziert diese Vorstellung von Politik die Idiosynkrasien einer »unpolitischen« Professorenschaft, die sich in dieser Form politisch engagierte. Zur Analyse der damit zusammenhängenden Topologie von »Blindheit«, »Irrtum« etc. Haug 1987, 68ff.
- 2 Ringer (1983) prägte diesen Begriff für einen bestimmten Typus des Staats-Intellektuellen, der seinen soziohistorischen Ort »zwischen der primär agrarischen Stufe der ökonomischen Organisation und der vollständigen Industrialisierung« hat (16). Die Mandariner sehen sich als einen besonderen Adel des »Geistes«; die kapitalistische Industrialisierung bedroht ihre durch Bildungstitel garantierte Stellung. Das wird in kulturkritischen Phobien verarbeitet, die Ringer untersucht. Bourdieu (1975) analysiert mit Bezug auf Ringer am Beispiel Heidegger die philosophieförmige Verarbeitung dieser Kulturkritik. Der Begriff der »Mandariner« ist von der Kritischen Theorie aufgegriffen worden (Habermas 1971) und droht seinen sozioanalytisch präzisen Sinn zu verlieren. Brunkhorst (1987) mythologisiert die Auseinandersetzung mit dem Neokonservatismus als ewigen Konflikt der Komplementärfiguren »des Intellektuellen« und »des Mandariners«.
- 3 Das unpolitische Selbstverständnis liefert für Schnädelbach (1990, 404) auch die Erklärung für das Ausbleiben »von nennenswerten Protesten deutscher Philosophen – etwa gegen die 'Säuberungsmaßnahmen' der Nazis« und für die Außenseiterrolle der wenigen Philosophen, die »politisch wurden«. »Daß die Wissenschaft in Deutschland so unpolitisch war, ist daraus zu erklären, daß in einem Land mit starken obrigkeitlichen und schwachen demokratischen Traditionen die Freiheit von Forschung und Lehre nur um den Preis der Politikstetigkeit zu haben war.« (Ebd.)
- 4 »Statt eines konkreten, an Herrschaftsstruktur und spezifischer Interessenlage festgemachten Begriffs von falschem Bewußtsein mit breitem Raum für bewußten Kampf um politisch relevante Ideen fungiert wie ein Zitat aus antiken Heldensagen die Figur der mit Blindheit Geschlagenen. Blindheit und tragischer Irrtum supponieren ein Modell gesellschaftlich neutraler Erkenntnis und Ideenproduktion, von welchem die als blind beschriebenen Individuen und Gruppen abgewichen sein sollen. In diesem Modell, das mit der Idee 'Reiner Wissenschaft' korrespondiert, verlängert sich die alte Ideologie des Unpolitischen.« (Haug 1987, 76).
- 5 Vgl. Gerhard Lehmann, *Die deutsche Philosophie der Gegenwart*, Stuttgart 1943, 473. Weiter zu Schwarz: »Aufwuchsende Wertmächte«, *Der Spiegel* 34/1987; Wieschebrink/Turtur 1987; Nolte 1988, 348ff; Poliakov/Wulf 1959, 241f.
- 6 Zu Rothacker: Weber 1989. Der rassistische Psychologe Jaensch (*Der Gegentypus*, 1938) agierte hinter den wissenschaftspolitischen Kulissen als notorischer Denunziant von Fachkollegen bzw. Parteigenossen (Heidegger: Ott 1989, 241-244; Kroh: Palubeck 1989b, 23).
- 7 Anlaß für die drei anderen sind die Zusammenlegung der Ämter von Reichskanzler und Reichspräsident (1934), die Wiederbesetzung des Rheinlands (1936) und die »Wiedervereinigung« mit Österreich (1938).
- 8 Personalakte REM im Berlin Document Center, zit.n. Leaman 1991.
- 9 Siehe Buchumschlag.
- 10 Die Ansprache, hier nach dem Originaldokument zitiert, ist abgedruckt bei Schneeberger 1962, 148ff. Auszüge aus den Ansprachen von Fischer, Golf, Heidegger, Hirsch, Pinder, Schumann bei Poliakov/Wulf 1959, 104-108. Vgl. Farias 1989, 219-225.
- 11 Zum »soldatischen Umfeld« der Rektorats-Reden: Ott 1988, 146-166.
- 12 Zur philosophischen Formgebung: Sprangers Aufsatz »Ehre«, in *Die Erziehung* IX/1934.
- 13 Die Erklärung ist faksimiliert in: Frontabschnitt Hochschule 1982, 21. Vgl. Spranger 1955, 459; Farias 1989, 211.

- 14 »Der autoritäre Staat«, *Logos* XXII/1933, 126-160. Zur Entstehung äußert sich Binder in *Der deutsche Volksstaat*, Tübingen 1934, 7. Die in der *DAZ* sich niederschlagende Wirkung der (mehrmals gehaltenen) Rede im Mai 1933 hat aber eigenen Materialwert
- 15 »Ich würde es im Interesse der Bewegung und der deutschen Hochschulen aufs Lebhafteste begrüßen, wenn es sich ermöglichen ließe, den national verdienten, in seiner wissenschaftlichen Lehre vollkommen auf nationalsozialistischem Boden stehenden Professor Binder für die Bewegung zu gewinnen.« Staatssekretär Stuckart, Preuß. Min.f.Wiss., Kunst u.Volksbildung, an NSDAP Reichsschatzmeister Schwartz, Braunes Haus München, 8.Sept.1933 (BDC; zit.n. Leaman 1991). Wilhelm Stuckart, später als Innenstaatssekretär an der Formulierung der Rassengesetze beteiligt und zusammen mit Adenauers Staatssekretär Globke Verfasser des berühmten »Kommentars«, teilt mit gleichem Datum der Göttinger Gauleitung mit, daß Binder »wegen seiner stramm nationalen Haltung mit der Preußischen Systemregierung in Konflikt geraten ist« (zit.n. ebd.). Anfang 1933 hatte das DNVP Mitglied Binder ein NSDAP Aufnahmegesuch gestellt, das von der Parteibürokratie in die Phase des Aufnahme stops hineinverschleppt wurde. Als »Vertrauensmann der Göttinger Studentenschaft« (Stuckart, ebd.), »alter Stahlhelmer« (NSDAP Kreispersonalleitung Göttingen an Gauleitung Hannover, 23.10.33; BDC, zit.n.ebd.) und mit weiteren Hinweisen auf eine schwarze, innen aber makellos braune Weste wird er zum Sammeldatum 1.5.33 rückwirkend aufgenommen.
- 16 Labica ging es dabei um den Nachweis, daß der im »Marxismus Leninismus« offiziell kritisierte Hegelianismus hier nachträglich triumphiert über die Marxsche Orientierung auf »Kritik der Philosophie«, »Kritik des Staates« (1986, 73).
- 17 *Der Kampf gegen den Liberalismus in der totalitären Staatsauffassung*, ZfS III/1934.
- 18 Im Blick auf die zur Macht drängende NS Bewegung erklärt Spranger Ende 1932 eine Durchformung der Gesamtgesellschaft mittels uniformer Parteidisziplin und homogener Weltanschauung für illusorisch. »In Sowjetrußland konnte nur deshalb ein absolutistischer Staatssozialismus errichtet werden, weil dort dieser neue Menschentypus (der aus traditionellen Ordnungen emanzipierte Privatmann, der allein seinem Gewissen verantwortlich ist; TL) noch nicht durchgedrungen war.« (»Gegenwart«, in *Volk, Staat, Erziehung*, Leipzig 1932, 180f)
- 19 »Litt, der 1931/32 Rektor der Universität Leipzig war, erinnert sich deutlich an die NS Aktivitäten Schelskys, die ausgesprochen aggressiv, gewaltsam gewesen seien. Er sei führend hervorgetreten, auch bei den gewaltsamen Aktionen im Frühjahr und Sommer 1933«. So Litts damaliger Assistent Borinski in einem Schreiben an Gerhard Schäfer (zit.n. ders. 1990). Schelsky kommt vom Strasser Flügel, der sogenannten NSDAP »Linken«. Sein Schulungstext über *Sozialistische Lebenshaltung* (Leipzig 1934) macht die hier vorgenommene Faschisierung des Sozialismusbegriffs überaus deutlich. »Wahrer Sozialismus ist es, Leute, die für das Volk ihre Leistung nicht erfüllen oder es gar schädigen, auszuschalten oder sie zu vernichten.«
- 20 Brunkhorsts Skizze ist als ideengeschichtliche so angelegt, daß die interpretierten Vorstellungen ständig fürs Reale stehen und umgekehrt. Spiegelsaal der Ideologie. Wenn allerdings behauptet wird: »Heidegger ist 1933 mainstream, der empfiehlt die instrumentelle Indienstnahme der Wissenschaft durch das Regime« (1987, 82), wird es einfach philologisch falsch. Selbst die allergrößten Nazis unter den Wissenschaftlern verwahrten sich gegen Instrumentalismus. Gestritten wurde um eine modifizierte Autonomie, die zu effektiverem »Dienst« am Staat befähigen sollte. B. verwechselt die Instanz des Staatlichen mit dem Verwaltungsapparat, wo man sich in der Illusion zu bewegen hatte, die wissenschaftlichen Aktivitäten für bestimmte Vorgaben zu benutzen. Greifen konnten die administrativen Maßnahmen nur wegen der in den verschiedenen Bereichen praktizierten Formen einer selbsttätiger Unterstellung unter die ideologische Instanz »der nationalsozialistische Staat«; ein Dauergerangel der Kräfte und Instanzen war die Durchsetzungsform.



## Anmerkungen

- 21 Es lohnt, unter diesem Aspekt auch Heidegger zu studieren, der die ideologische Macht des »Seyns« nicht jenseitsförmig, sondern als dem Kampf und der »Aus-einander-Setzung« immanent konzipiert.
- 22 Zit.n. Ges.Schriften VII, hrsg.v.H.W.Bähr, Tübingen 1978, 196f
- 23 Zit.n. *Texte für die Mittwochs-gesellschaft*, hrsg.v. U.Hennig u.a., München 1988, 60f.
- 24 Zit.n. der Wiederveröffentlichung (»Die Zeit des Weltbildes«) in der Sammlung *Holzwege*, Frankfurt/M. 1950. Die Originalausgabe (Freiburg 1938) war nicht verfügbar.
- 25 In der Erinnerung an »jenes Dokument, worin eine Körperschaft, genannt 'Innere Emigration', sich mit vieler Anmaßung etablierte: die Gemeinde der Intellektuellen, die 'Deutschland die Treue gehalten', es 'nicht im Unglück im Stich gelassen', seinem Schicksal nicht aus den bequemen Logen des Auslands zugesehen', sondern es redlich geteilt hatten. Sie hätten es redlich geteilt, auch wenn Hitler gesiegt hätte.« (Thomas Mann, *Zeit und Werk — Tagebücher, Reden und Schriften zum Zeitgeschehen*, Berlin und Weimar 1965, 271; zit.n. Wroblewski 1983, 82)
- 26 Gadamer hat in einem umfassenderen Sinne recht, als ihm recht sein kann, weil dann auch *Ernst Krieck* — für die Zunft die leibhaftige Inkarnation des »Nationalsozialismus« — zur »inneren Emigration« zählt. Sein Biograph Müller (1976, 139ff) verwendet die Kategorie apologetisch für die Zeit nach 1938, als der mit allen Parteien aneinandergeratene Philosoph der Partei alle Parteiämter niederlegt und die Ideale der »Bewegung« gegen den realen NS-Staat reklamiert. Der Ausdruck »innere Emigration«, der auf Identifikation basiert, verdeckt den Wirkungszusammenhang und verwischt entscheidende Unterschiede.

## Anmerkungen zu

## 3. »Säuberung« und Rekonstruktion der Universitätsphilosophie

- 1 Das Organ der Deutschen Studentenschaft hatte im Mai 1933 allein der Rede Heideggers und den Beiträgen von Adolf Rein und Hans Heyse Bedeutung beigemessen; im September nur noch Heidegger und Baeumler (Farias 1989, 164).
- 2 *Die Idee der politischen Universität*, Hamburg 1933, 10
- 3 *Die Begründung des neuzeitlichen Weltbildes*, zit.n. *Holzwege*, Frankfurt/M. 1950, 92
- 4 Das ist offenbar der Originalton jener Passage aus der Vorlesung von 1935, die den Anstoß zur ersten Heidegger-Kontroverse erregt hatte (1.2): »Was heute vollends als Philosophie des Nationalsozialismus herumgeboten wird, aber mit der inneren Wahrheit und Größe des Nationalsozialismus nicht das geringste zu tun hat, das macht seine Fischzüge in diesen trüben Gewässern der 'Werte' und der 'Ganzheiten'.« (Zit.n. Ott 1988, 277, der sich auf die Rekonstruktion von Pöggeler bezieht: 1983, 340ff). Die Stelle, die Habermas (1953) in der Erstveröffentlichung skandalös fand, lautete: »... mit der inneren Wahrheit und Größe dieser Bewegung (nämlich mit der Begegnung der planetarisch bestimmten Technik und des neuzeitlichen Menschen ...«. Wo Habermas (»Auf Seite 152 hat es Heidegger mit dem Nationalsozialismus zu tun«) die unzensurierte Wiedergabe anprangerte, da hatte Heidegger schon zensiert.
- 5 In der Durchführungspraxis können diese Entlassungen auch die Form der Emeritierung haben, wenn der Betroffene vor die Wahl gestellt wird, sich »auf eigenen Antrag« vorzeitig, aber mit vollem Gehalt emeritieren zu lassen, oder nach dem BBG mit gekürzten Bezügen in den Ruhestand versetzt zu werden. Vgl. den Bericht von Driesch (1951, 272f), der sich dadurch »anständig behandelt« fühlte.
- 6 Philosophieprofessoren wie Rothacker oder Krieck haben diesen Funktionsaspekt der Rassenideologie herausgestellt gegen die biologistische Illusion (Haug 1986, 62ff)

- 7 Eine »Zahlenmäßige Zusammenstellung der Entscheidungen auf Grund des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums« aus dem preußischen Kultusministerium enthält 614 Namen für den Zeitraum 7.4.33 bis 31.3.34 (Dt. Zentralarchiv Merseburg; zit.b. Köhler 1966, 696).
- 8 313 Ordinarien, 468 außerordentliche oder Honoraprofessoren, 322 Privatdozenten, 42 Lektoren u.ä., 232 Assistenten, 307 Außeruniversitäre (Institute, Schulen, Bibliotheken, Museen u. »recent graduates«).
- 9 Es fehlen z.B.: Günther Stern (= Anders), Walter Benjamin, August Gallinger, Karl Korsch, Siegfried Marck, Dietrich v. Hildebrandt, Karl Korsch, Paul Ludwig Landsberg, Alfred Sohn Rethel, Ulrich Sonnemann, Paul Tillich.
- 10 Da Mannheim mit seiner Soziologie Professur die Philosophie formal nicht »vertritt«, ist er in unserer Statistik nicht berücksichtigt.
- 11 Tillich verwahrt sich am 20. Januar 1934 in einem Brief an das Ministerium gegen den Vorwurf der »nationalen Unzuverlässigkeit«. Er »habe als Theoretiker des religiösen Sozialismus von Anfang an den Kampf gegen den dogmatischen Marxismus der deutschen Arbeiterbewegung geführt und habe auf diese Weise den nationalsozialistischen Theoretikern einen Teil ihrer Begriffe geliefert. Auch mein letztes Buch ist von den Vertretern des dogmatischen Marxismus als ein Kampfbuch gegen sie empfunden worden, sofern es mit allem Nachdruck auf die naturgebundenen Kräfte im menschlichen Sein hinweist« (zit.n. Pauck 1978, 157). Tillich verleugnet allerdings die antifaschistische Quintessenz seiner *Sozialistischen Entscheidung*, die Wendung gegen Ursprungsmythisches Denken.
- 12 Driesch hatte den ersten Weltkrieg »als größtes Unheil der Menschheit« bezeichnet, »geradezu als Wahnsinn« (zit.n. Wenzl 1959, 126).
- 13 Im Organ der österreichischen Sozialdemokratie findet das Wiener Kreis Mitglied Edgar Zilsel die Entlassung von Driesch »besonders merkwürdig«, da auf ihn »im Grunde die ganze Ganzheitsphraseologie des Dritten Reichs zurückgeht« (»Das Dritte Reich und die Wissenschaft«, *Der Kampf* 12/1933, zit.n. Dahms 1985, 315). Dagegen bescheinigt ihm Adorno in der Besprechung seines Buchs *Philosophische Gegenwartsfragen* (1933): »Ein Denker, dem es die Zeitstimmung sehr bequem machen könnte, distanziert sich von den Folgerungen, die sie aus seiner Arbeit zieht, um der Sache willen; auf die Gefahr hin, von ihr als überholt beiseitegeschoben zu werden.« (ZfS II/1933, 107).
- 14 Die Haltung Kriecks sieht Weckbecker in der »Sorge um das wissenschaftliche Niveau der Heidelberger Universität« begründet (ebd.). Auszug aus dem Gutachten über einen Chemiker, 1936: »es ist ... für uns eine Notwendigkeit, solche Leute nicht nur zu halten, sondern auch zu fördern, weil sie für den Aufbau der deutschen Wehr und der deutschen Wirtschaft dringend notwendig sind (...), sonst droht Abwanderung nach Amerika« (zit.n. Weckbecker, ebd.). Kriek, Gegner eines naturalistischen Rassismus (vgl. Haug 1986, 63), soll Jaspers »wegen seines humanistischen Engagements und der Kritik am hierarchischen Feudalismus und Geisteszustand der Hochschulen in der Weimarer Republik geschätzt« haben (so ohne Beleg Müller 1977, 115).
- 15 1918 gegründete Volksbildungsorganisation mit völkisch nationalistischer Ausrichtung. Die Leipziger »Fichte-Hochschule« steht nach dem Krieg in Konkurrenz zur »roten« Volkshochschule (Müller 1987, 76ff).
- 16 Siehe den Wahlauf Ruf von 1932 (1.1).
- 17 Müller zitiert nach der mündlichen Mitteilung eines ehemaligen Leipziger Studenten: »Noble, Jewish heart« (1987, 283). Hier rückübersetzt. — »... er hatte Spinoza und andere jüdische Philosophen öffentlich verteidigt«, erinnert sich Gadamer (1977, 112).
- 18 »Nicolai Hartmann fuhr viermal in der Woche von Babelsberg mit der S-Bahn durch Wannsee zur Universität und zurück, ohne auch nur ein einzigesmal bei ihm vorzusprechen. Nur Spranger soll manchmal mit ihm telefoniert haben.« (Asmus 1990, 103)

## Anmerkungen

- 19 Für Blochs Erinnerung (in *Tagträume vom aufrechten Gang*, Frankfurt/M. 1977, 70) gibt es freilich keine dokumentarischen Belege, weder Steckbriefe noch Haftbefehle (Zudeick, 347).
- 20 Der Hobbes-Forscher Leo Strauss war im Herbst 1932 mit einem Stipendium der Rockefeller-Foundation nach Paris gegangen; Carl Schmitt hatte den Antrag befürwortet (Meier 1988).
- 21 Jahreslagebericht 1938 des SS-Sicherheitsdienstes (Boberach 1984, II 85).
- 22 »Gehlens Entscheidung, von Leipzig dorthin zu gehen, hing sicher mit den großen Aussichten zusammen, die ihm das Berliner Kultusministerium für den weitwteren Ausbau der Universität eröffnet hatte. Aber auch das politische Motiv, den deutschen Osten zu stärken, lag ihm durchaus nahe.« (Zit.n.Rügemer 1979, 94)
- 23 Harmjanz sichert im REM die Publikationsmöglichkeiten von Werner Jaeger (BDC: Dr. K/Kn an SS-OSTF Wüst, 29.3.1940; Leaman 1991), den die Ministerien von Rust und Goebbels trotz jüdischer Frau und US-Professur hofierten und mit dem Gadamer, um die Beziehungs-Netze weiterzuverfolgen, »schon länger einen guten Faden spann« (1977, 48).
- 24 Auf Mattiat, 1934 kurz Mitvorsitzender der Kant-Gesellschaft im Zuge ihrer »Gleichschaltung« (4.3) hat Erich Rothacker das Scheitern seiner hochschulpolitischen Ambitionen projiziert. Vgl. die »Heitere Erinnerung« an den »Pfarrer« im Ministerium (1963, 141).
- 25 NSDAP-Kreispersonalamtsleiter Göttingen an die Gauleitung der NSDAP, Abt. Personalamt, Hannover v. 23.4.36 (BDC/zit.n.Leaman 1991). Vgl. Dahms 1987, 178f.
- 26 »Politische Beurteilung«, Ortsgruppe Göttingen »Auf dem Bühl«, 20.5.38 (BDC/zit.n.Leaman 1991).
- 27 »Die Psychologie wandelte sich im hier behandelten Zeitraum (1933-45; TL) zunehmend zu einem eigenen, durch eigene Lehrstühle repräsentierten berufsvorbereitenden Fach. Günstig dafür war auch die Schwächung der akademischen Haupttrivalin Philosophie, gegenüber der sich die Psychologie nun behaupten konnte, und der Wandel in der nationalsozialistischen Hochschulpolitik hin zu einer Förderung der auf praktische Effektivität orientierten kriegswichtigen Wissenschaft.« (Geuter 1984, 142; vgl. Ringer 1983, 389: »Theoretische Fächer wie z.B. die Philosophie verloren stärker an Boden als die berufsvorbereitenden.«)
- 28 Auch C.Schorcht meint, »die Nationalsozialisten hätten der Philosophie, obwohl sie wahrscheinlich wie keine andere Disziplin geeignet und gefährdet war, im Dritten Reich zu einer nationalsozialistischen Weltanschauungslehre umfunktioniert zu werden, keine allzu große Bedeutung beigemessen« (1990, 26).
- 29 »Bericht über die Tagung der Präsidenten der Kulturinstitute des AA vom 28. und 29. Sept. 1942«, BA Koblenz R51, Bd.62; zit.b. Muller 1987, 310.
- 30 Der Kompromiß bestand in einem Besprechungsverbot für »Platos Lehre von der Wahrheit« (Ott 1988, 272) — für Heidegger später Gelegenheit, die Legende seiner NS-Passionszeit mit einer weiteren Leidensstation zu schmücken (Heidegger 1976, 202).
- 31 Daß Spranger als deutscher Leiter des Kulturinstituts, also als offizieller NS-Repräsentant nach Japan geht, geht aus Verwaltungsakten im BDC hervor. Vgl. Mitt. REM an AA v. 13.5.36; REM (Rust) an Spranger, 26.4.38 (zit.b. Leaman 1991). Die neuere Spranger-Literatur erwähnt nur eine Tätigkeit als »Austauschprofessor« (vgl. Anm.d.Hrsg. in GS VII, 435; Biographie in Eisermann u.a. 1983, 327).
- 32 Nach Sprangers eigenem Bericht waren es siebzig (GS X, 352).
- 33 REM an Spranger, 26.4.1938. BDC (zit.n. Leaman 1991)
- 34 Schreiben d. Ausw. Amtes a.d. REM v. 23.12.1937, Anlage. BDC (zit.n. Leaman 1991).
- 35 REM an den Rektor der Univ. Berlin, 2.4.1941. BDC (zit.n. Leaman 1991).
- 36 Herrn Regierungsrat Scurla (REM) durch den Herrn Amtschef W., 5.11.1937. BDC (zit.n. Leaman 1991).

- 37 Während bei Faust mit *Kurt Schilling* (Schiller) und *Kurt Hildebrandt* (Goethe, Hölderlin und Nietzsche) nur zwei Fachphilosophen beteiligt sind, versammelt Haering: sich selbst (»Albert der Deutsche«, Fichte Schelling Hegel), *Wilhelm Grebe* (Meister Eckehart), *Joachim Ritter* (Nikolaus von Kues), *Ferdinand Weinhandl* (Paracelsus, Goethe), *August Faust* (Böhme), *Max Caspar* (Kepler), *Gerhard Krüger* (Leibniz), *Max Wundt* (Wolff), *Hinrich Knittermeyer* (Kant), *Benno von Wiese* (Herder), *Hermann Glockner* (Schiller), *Cay von Brockdorff* (Schopenhauer), *Günther Lutz* (Nietzsche).
- 38 In Glockners Spitzen gegen das Haering Sammelwerk gibt sich die dreizehnte Fee des Unternehmens zu erkennen. Er hatte dem Herausgeber vergeblich seine Programmschrift »Deutsche Philosophie« (aus ZDK I/1935, 3 39; 4.2) als Einleitung »empfehlend in Erinnerung gebracht« (Glockner 1968, 710), konnte sie aber mit dessen Unterstützung als Feldpostausgabe (*Vom Wesen der deutschen Philosophie*) doch wieder in Umlauf bringen. Der Rezensent vermißt einige »Philosophen von Rang und Wert« (folgt Liste). »Auch Ludwig Feuerbach hätte wohl als kerndeutscher Denker seinen Platz und seine Reinigung von der zeitgeschichtlich bedingten Atmosphäre seines letzten Lebensjahrzehnts verdient. Größen ersten Ranges hinwiederum wie Leibniz, Fichte, Schelling, Hegel« die drei letzten hatte sich Haering selbst reserviert »wurden doch gar zu kurz behandelt!« (ZDK IX, 76)
- 39 »Vom Kern des Logischen Empirismus verließen seit 1930 aus politischen, »rassischen« und weltanschaulichen Gründen vierzehn Mitglieder Österreich: Gustav Bergmann, Rudolf Carnap (aus Prag), Herbert Feigl, Philipp Frank (aus Prag), Kurt Gödel, Felix Kaufmann, Karl Menger, Richard von Mises (aus der Türkei), Marcel Natkin, Otto Neurath, Rose Rand, Josef Schächter, Friedrich Waismann und Edgar Zilsel. In Österreich selbst blieben Bela Juhos, Heinrich Neider und der mit Berufsverbot belegte Viktor Kraft, von denen nach 1945 nur Juhos und Kraft kurzfristig in universitäre Positionen gelangen konnten.« (Stadler 1989, 37)
- 40 Die akademische Karriere blieb Zilsel nach einem gescheiterten Habilitationsversuch von 1923 verschlossen. Die (von Cassirer befürwortete) Arbeit »Zur Geschichte des Geniebegriffs« galt der Fakultätsmehrheit als »wenig philosophisch« (Hegselmann 1988, 200).
- 41 Warum Gomperz emigrierte, ist aus Sekundärliteratur nicht zu entnehmen (vgl. Hartmann 1989).
- 42 Graz: 45 Prof. insgesamt, davon 8 an der Phil.Fak. (Smekal 1967, 133ff); Innsbruck: 11 Prof. neben der aufgehobenen Kath. Theol.Fak. (Weinzierl 1988, 58).
- 43 Die für 1989 angekündigten Materialien der Wiener Arbeitstagung »Die Philosophie an der Universität Wien in den dreißiger Jahren, nach dem Anschluß' an das Dritte Reich und in der Zweiten Republik bis in die sechziger Jahre« vom 30. April 1988 (hrsg.v. K.Fischer u.F.Wimmer) standen mir nicht zur Verfügung. Vgl. Stadler 1988, 123.
- 44 Indiz mag der Vermerk auf Nicolai Hartmanns Personalakte sein, derzufolge der Berliner Ordinarius schon am Tag nach dem Einmarsch (14.3.38) wg. »Besetzung von Lehrstühlen Graz u.Wien« konsultiert wurde« (zit.n.Leaman 1991).
- 45 Universitätsarchiv Wien, Personalakte Gehlen (zit.n. Hartmann 1989, 21). »In den ersten Tagen des Anschlusses war die Universität am Schottentor, nebenbei bemerkt, der organisatorische Hauptstützpunkt der Nationalsozialisten.« (Hartmann, ebd.).
- 46 Gegen die ebenfalls auf der Berufsliste plazierten Glockner und Heimsoeth (Hartmann, ebd.). Gehlen wurde der Fakultät nicht aufoktroiert, sondern aus einer von ihr erbetenen Vorschlagsliste ausgewählt (Rügemer 1979, 94). Es scheint, als habe das Gutachten des aus dem Amt gedrängten Reininger den Ausschlag gegeben (Rügemer, ebd.; Hartmann 1989, 25).

## Anmerkungen zu

## 4. Zum Strukturwandel philosophischer Öffentlichkeiten

- 1 Diese Anzahl ist seit den zwanziger Jahren konstant geblieben; vgl. die drei Ausgaben von RphA.
- 2 Die Kant-, Schopenhauer- und Nietzsche-Gesellschaft, die Internationale Vereinigung für Rechts- und Sozialphilosophie (IVR) und die Keyserling-Gesellschaft (Domay 1977).
- 3 An den Dekan der Phil.Fak.Breslau, 30.4.38 (ZStA Potsdam, Bestand 49.01 REM, Sign.2608; zit.n. Leaman 1991).
- 4 Der Sohn eines schlesischen Gutsbesitzers hatte sich 1903 bei Vaihinger habilitiert, war vom Gründer der Kant-Gesellschaft in die Redaktion der Zeitschrift geholt worden (Ollig 1979, 74f). und übernahm 1905 von Max Scheler die Funktion des zweiten Herausgebers. 1917 veröffentlicht er seinen Durchhalte-Vortrag »Vom Begriff der Nation« (KS XXI, 139ff) noch einmal in der Zeitschrift, obwohl er als Sonderdruck schon in Umlauf war. Die Botschaft, ein »Verstehen« zwischen »Deutschen« und »Ausländern« — es wimmelt schon auf der ersten Seite von »lästigen Ausländern« und »wirklich lästigen Fremdlingen« —, sei doch letztlich unmöglich, wird mit einem Ferienerlebnis illustriert: Begegnung des deutschen Professorenehepaars mit dem »italienischen Bauern«, der »hurtig einen Strauß Feldblumen pflückt, um ihn einer deutschen Frau zum Abschiede mit einer graziösen Verbeugung zu überreichen«, und wenig später »unter den furchtbarsten Flüchen seinen armen Gaul mit umgekehrtem Peitschenstiel und Messer« traktiert (143). »Hört dann nicht alles Verstehen auch bei uns Deutschen ... auf?« Die Form der Fundamentalbetrachtung bleibt an dieser Stelle mühsam gewahrt (»Dabei ist das Wort »Verstehen« in seiner tiefsten und umfassendsten Bedeutung zu nehmen ...«), danach wird auf transzendentalphilosophisches Beiwerk verzichtet. »Ja, wenn nach Generationen einstens mein Totenschädel einem Anthropologen vor die Füße rollen sollte, so würde er diesen wohl höhnend als einen Pfuscher in seinem Fache angrinsen, wenn er ihn ihm nicht gleich den Germanenschädel erkennen sollte« (141). Das Ausscheiden des Herausgebers wird ohne die übliche Zurückhaltung bekanntgegeben: »Da in der Presse die Notiz verbreitet wurde, der Rücktritt des Herrn Professor Bauch sei 'aus Gesundheitsrücksichten' erfolgt, so bemerken wir hiermit ausdrücklich, daß diese Mitteilung absolut unzutreffend ist.« (KS XXI/1917, 492)
- 5 »In dem Buch *Deutsche Weltanschauung* von Max Wundt (1926; T.L.) erhält ein geradezu furioser Antisemitismus seine metaphysische Weihe durch die idealistische Dialektik. Als lichte und dunkle Macht stehen einander in der Gigantomachie der Geistesgeschichte die völkische und die jüdische Weltanschauung gegenüber, wobei die letztere gewissermaßen die höchste Potenz des Verstandesdenkens der westlichen Aufklärung bildet.« (Topitsch 1966, 40) Der Diskurs der »Deutschen Philosophie«, der nach 1933 Offizialdiskurs wird, ist hier bereits kodiert. Als »Mitherausgeber der rechtsradikalen Zeitschrift *Deutschlands Erneuerung*« veröffentlichte Wundt »bereits 1924 (8.Jg., 1924ff) ein Porträt und einen Aufsatz Adolf Hitlers: 'Warum mußte es zum 8. November kommen?'« (ebd., 39; Wundts Jenaer Kollege Gottlob Frege exzeptierte ihn für sein politisches Tagebuch: Menzler 1989, 78). 1926 ist Hitler eingeschrieben in seine Geschichtsphilosophie: »Einen Führer, in dessen Persönlichkeit das Dasein des Volkes zum klaren Bewußtsein hindurchbricht, will das Volk an seiner Spitze sehen.« (Zit.n. ebd., 42) — Wundt fungiert in Topitschs Streitschrift *Hegel im Dritten Reich* zusammen mit Binder als Kronzeuge für die »totalitäre« Potenz der dialektischen »Leerformeln«. Topitsch benutzt die beiden freilich, um die Kritische Theorie zu treffen (es ist die Zeit des Positivismusstreits), und um die Spuren der viel einflußreicheren NS-Hegelianer Glockner, Heimsoeth und Freyer zu verwischen. »Als

- noch lebende 'Kollegen' muß er sie schonen und braucht sie als Verbündete: gegen den Marxismus.« (Beyer 1970, 166)
- 6 1936 hat die DPhG 448 Mitglieder, 1942 450 (Rügemer 1979, 187).
  - 7 Ein Schüler Sprangers, nicht zu verwechseln mit dem Rasseforscher H.F.K.Günther.
  - 8 *Luther und Kant* (Titel von Bruno Bauchs Habilitationsschrift: Berlin 1904) sind die Säulenheiligen der DPhG. Gilt Kant in der wilhelminischen Nationalideologie als der schlechthinnige Philosoph, so steht Luther für den Ursprung der »deutschen Denk art«, die über Stein und Hegel in Bismarck und den »Ideen von 1871« gipfelt und dem »westlich«-französischen Denken feindlich ist.
  - 9 Zum ideologischen Dispositiv des Kongresses und zum Hauptvortrag von *Nicolai Hartmann* vgl. Haug, ebd.
  - 10 Das »vielseitig verwendungsfähige Parteimitglied Eugen Mattiat« (Brednich 1987, 314), zuvor Landpfarrer im Niedersächsischen, wird 1933 Landeskirchenrat und nach seinem Kirchnaustritt 1934 Hauptreferent für die Geisteswissenschaften im REM. Zugleich erhält er (ohne Promotion oder Habilitation) eine Berliner Theologieprofessur, die 1938 gegen einen volkskundlichen Lehrstuhl in Göttingen umgetauscht wird (Brednich, 314 318). Im REM ist Mattiat für Personalangelegenheiten der Professoren und für Berufungen zuständig, fungiert also als Leitstelle der nun zentral gelenkten Berufungspolitik (3.31) 1953 verwendet ihn die Kirche weiter als Landpfarrer im Harz.
  - 11 »Besprechung über die Neugestaltung der Kantgesellschaft am 20.5.1935« im REM (Emge, Baeumler, Mattiat, Engel); ZStA Potsdam, Best.49.01, Sign.2608 (zit.n. Leaman 1991).
  - 12 Arnold Gehlen kümmert sich um den »Neuaufbau« der Wiener Ortsgruppe der DPhG (Rügemer 1979, 94). »Bisher führte diesen Verein, der eine Zweigstelle des Berliner Vereins ist, der klerikale Professor Dr. Sauter. Ich teile Ihnen ferner mit, daß ich die Auflösung der Philosophischen Gesellschaft an der Universität Wien, die Professor Reinger geführt hat und die völlig verjudet war, beantragt habe.« So am 18.8.1938 die Wiener Dienststelle des Amtes Rosenberg an die NSDAP Reichsleitung, Abt. Wiss., z.Hd. Alfred Baeumler (zit.n. ebd.).
  - 13 Die Ablehnung seitens der »eigentlichen« Philosophie ist komplex determiniert. Zum einen suchen die Staatsintellektuellen ihre durch (natur)wissenschaftlichen »Positivismus« und Arbeiterbewegungs-»Materialismus« prekär werdende Stellung zu festigen durch zunehmend aggressive Selbstbehauptung des »Geistigen« (Ringer 1983). Zum anderen bleiben die antisemitischen und antisozialistischen Konnotationen des Kampfbegriffs »Positivismus« an den Wissenschaftstheoretikern um so leichter haften, als »fast alle von ihnen vor 1914 und im Ersten Weltkrieg der Bewegung der linksliberal bis sozialdemokratisch orientierten Freistudentenschaft angehört hatten. Das trifft etwa auf Rudolf Carnap, Kurt Grelling, Karl Korsch, Kurt Lewin und Hans Reichenbach zu. Die meisten von ihnen waren sogar Funktionäre dieser Organisation gewesen, und Reichenbach trat nach der Revolution von 1918 obendrein als Gründer einer Sozialistischen Studentenpartei hervor, die den Versuch unternahm, die Spaltung der Linken wenigstens an den Hochschulen durch eine intersozialistische Organisation zu überwinden. Aus diesen Gründen ist es nicht verwunderlich, daß auch den später berühmtesten unter ihnen, Carnap und Reichenbach, politische Schwierigkeiten bei ihren ersten akademischen Anstellungen gemacht wurden.« (Dahms 1988, 158f)
  - 14 Nach Stadlers Auflistung für die Jahre 1929 32 (1982, 181f).
  - 15 »Sie haben, hochverehrter Herr Bundeskanzler, richtig erkannt, daß der Geist, der in Deutschland als Folge der Nachkriegsleiden gegenwärtig zur Herrschaft gelangt ist, nicht der wahre deutsche Geist ist ...« (zit.n. Stadler 1982, 201). Stadler konzediert eine »durch den Dualismus »nazistisch antinazistisch« mitbedingte verkürzte Sicht der politischen Situation (...). Trotzdem hätte Schlick das, was bis dahin in Österreich

## Anmerkungen

- geschehen war (Ausschaltung des Parlaments, Parteien- und Vereinsverbot, Pressezensur, politische Nivellierung, Standrecht mit Todesstrafe), aufgrund seines demokratischen Horizonts und seiner humanistischen Weltanschauung radikal in Frage stellen müssen. Diese Inkonsequenz scheint ... eine Folge der akademischen Trennung von Wissenschaft und Weltanschauung, Philosophie und Politik zu sein, da von den Bedingungen der autonom gesetzten geistigen Arbeit abstrahiert und somit einem individualistischen Dezisionismus vorgearbeitet wird, der nur durch spontane Wertentscheidungen überwunden werden kann — womit historisches und gesellschaftliches Bewußtsein ausgeschaltet wird.« (Ebd., 202)
- 16 So finden sich 1934 im neuen, dreiköpfigen Präsidium der Kant-Gesellschaft zwei Beamte des REM (4.12). Im Vorstand der Schopenhauer-Gesellschaft hält zunächst Heinrich Hasse, dann C.A. Emge Verbindung zum Amt Rosenberg (Leaman 1991).
  - 17 Aktennotiz über die Besprechung mit Pg. Metzner, Reichschrifttumskammer v. 14.6.39 (Inst. f. Zeitgesch. MA-141/16; zit. n. Leaman 1991).
  - 18 Aktennotiz Erxleben, 14.6.39 ... (s.o).
  - 19 Oehler liquidierte die umfangreiche Bibliothek des emigrierten Instituts für Sozialforschung (Schivelbusch 1982, 102-108). Dessen Leiter Horkheimer gehörte der Schopenhauer-Gesellschaft bis 1934 an.
  - 20 Die Gründe, die Hans Zint Anfang 1936 zur Niederlegung sämtlicher Ämter bewogen haben, und die eine nebulöse Vorstandsmitteilung als »persönliche, insbesondere gesundheitliche, als auch ... sachliche« bezeichnet (JSG XXIV, 207), werden von seinem Nachfolger auf Resignation zurückgeführt. »Der Aufschwung der Gesellschaft in den Jahren 1927-1932 hatte nicht angehalten, die zunehmende Verdüsterung der Zeitlage schien Bestand und Leistungsfähigkeit der Gesellschaft selbst mehr und mehr in Frage zu stellen, und er glaubte sich, nach seinen persönlichen Erfahrungen, außerstande, die heraufziehenden Gefahren abzuwenden.« (Hübscher 1954, 12). Arthur Hübscher, der die Gesellschaft über ein halbes Jahrhundert »mit seltenem Geschick und Umsicht« (Klamp 1960, 442) leiten sollte, hat seinen Namen nicht nur mit ihr so verschmelzen können, daß die Stadt Frankfurt 1987 seine Beisetzung im Grabe Schopenhauers zuließ.
  - 21 Das Vorstandsmitglied *Walter Rauschenberger*, Direktor der Frankfurter Senckenberg-Bibliothek und stellvertretender Archivar der Gesellschaft, bereichert die »Biographisch-historische Abteilung« um eine Ahnentafel. Die »Genieentstehung«, die im Falle Schopenhauers vorliegt, sei erklärbar aus dem Zusammentreffen von »Gesundheit und Kraft« mütterlicherseits und »leichterer Psychopathie« väterlicherseits. Rauschenberger schien auf ziemlich dünnem Eis zu bohren. »Schopenhauer hat deutsche, holländische und polnische Ahnen. An berühmten Namen taucht unter den Vorfahren der Name *Lessig (Lessing)* auf.« (JSG XXI/1934, 141) Der berühmte Name »Lessing«, der für aufgeklärte Toleranz stand, wurde häufig von assimilierten Juden angenommen. Der Autor mustert aber die entfernte Verwandtschaft nicht weiter durch. Eine Untersuchung über »Rassenmerkmale Schopenhauers und seiner näheren Verwandten« veröffentlicht er in der Zeitschrift *Volk und Rasse* (7/1933) und übergibt dem Schopenhauer-Archiv einen Separatdruck, den Archivar Gebhardt als »wertvolle Ergänzung« den Beständen einreicht (JSG XXI, 296).
  - 22 Die Nietzsche Gesellschaft wurde 1919 »gegen den unerhörten Mißbrauch eines erlauchten Philosophennamens zu politischen Zwecken« und »zur Pflege eines durch und durch unpolitischen, wahrhaft europäischen Geistes« gegründet (RphA 1923, 125). Als »unpolitisch« betrachtete sie sich im Sinne von *Thomas Mann*, der wie *Hugo von Hofmannsthal* oder *Heinrich Wölfflin* zum Vorstand gehörte. Der »Verlag der Nietzsche Gesellschaft« edierte in den 20er Jahren einige Schriften. Ein *Jahrbuch* erschien unter dem Titel *Ariadne* nur für 1925. Gründer-Präsident, mit dem Vorstand auf Lebenszeit gewählt, war *Friedrich Würzbach*, der Herausgeber der *Musarion*-Werkausgabe (München 1920-29). Das Jahr 1933 bringt offenbar nicht das Verbot

- (Domay 1964, 559), sondern die Übersiedlung nach München, wo die Gesellschaft 1940 von der Gestapo aufgelöst worden sein soll (Hohmann 1984, 121). Würzbach ist aber in der Neuauflage seiner Nachlaßedition *Das Vermächtnis Friedrich Nietzsches* (Graz 1943) weiter als »Präsident der Nietzsche Gesellschaft« ausgewiesen.
- 23 Vgl. *Carl Schmitt* (»Der Staat als Mechanismus bei Hobbes und Descartes«, ARS 30/1936 37, 622ff), *Helmut Schelsky* (»Die Totalität des Staates bei Hobbes«, ARS 31/1937 38, 176ff). Schmitt identifiziert 1938 in Spinoza den »Todeskeim, der den mächtigen Leviathan von innen her zerstört und den sterblichen Gott zur Strecke gebracht hat«, und zwar an dessen Achillesferse der »inneren, privaten Gedanken und Glaubensfreiheit«. Hobbes machte Gewaltenteilung, Parteien, Parlamentarismus etc. möglich durch die Unterscheidung von *fides* und *confessio* (innerem Glauben und äußerem Bekenntnis). »Schon wenige Jahre nach dem Erscheinen des 'Leviathan' fiel der Blick des ersten liberalen Juden auf die kaum sichtbare Bruchstelle. Er erkannte in ihr sofort die große Einbruchsstelle des modernen Liberalismus.« (*Der Leviathan in der Staatslehre des Thomas Hobbes*, Neuausgabe Köln 1982, 85f). Die von Freyer angeregte Habilitationsschrift des Gehlen Assistenten Schelsky, entstanden 1938 1940 sie wird wegen der kriegsbedingten Papierrationierung nicht publiziert und sollte erst 1981 erscheinen kritisiert Schmitts ordofaschistische Deutung vom Standpunkt des radikalen Flügels der »Bewegung«: der Staatsrat könne die »politische Tat« von 1933 nicht denken. »Wie Carl Schmitt das konkrete Ordnungsdenken gezeichnet hat, wäre es nie imstande, eine Revolution, die Neuschöpfung einer Ordnung, zu begründen; das war aber gerade das politische Anliegen Hobbes'« (*Thomas Hobbes. Eine politische Lehre*, Berlin 1981, 402)
- 24 *Zum Gedächtnis des 350. Geburtstages von Hobbes*, Kiel 1938. Daraus auch die folgenden Zitate.
- 25 *Das Jahrhundert der Kirche*, Berlin 1927, 236 (zit.n. Rehmann 1986, 58).
- 26 Schelsky spricht 1938 im Eucken Haus über 'sein' Thema »Die Struktur der modernen Revolutionen«. Der »demokratischen Revolution« (1789) »fehlte die Fähigkeit, den Volkswillen mit dem politischen Führungswillen zu identifizieren«; die »proletarische Revolution« (1917) »setzte an die Stelle des politischen Führerwillens die rohe, brutale und geistlose Masse«; die »politische Revolution« (1933) »brachte nicht nur eine neue, frühere Revolutionen etwa bloß ablösende *Idee*, sondern zugleich eine neue politische *Haltung*«, deren »eigentlicher Träger« der SA Mann ist. Sie habe »eine neue Revolution für alle Zeiten unmöglich gemacht«, denn der Führerstaat hat sich, im Wortsinne, verkörpert als »Ethos (Schweigemärsche)« und »bewußte Aktivität (Versammlungsschutz, Säuberung der Straße von der Kommune usw.)« (TW XV, 53). In der Tat waren diese als »Haltung« inkorporierten Verhältnisse nur noch von außen zu zerschlagen.
- 27 Mit der Bemerkung, sie seien durch ihren ehemaligen Vorsitzenden *Bernhard Hecke* angeregt (GW XIII, 197). Reichsbankrat Dr.jur. Hecke publizierte 1934 die Broschüre *Die Aufgaben der Philosophie in unserem Zeitalter. Johannes Rehmke Adolf Hitler — Franklin D. Roosevelt* (Greifswald 1934). Dem NSDAP Pressechef, einem ehemaligen Öffentlichkeitsarbeiter der rheinisch westfälischen Schwerindustrie und Kirddorf Vertrauten, dürfte er seine Ideen auf dem Parkett der Hochfinanz nahegebracht haben.
- 28 RphA 1925/26: 32 Titel in undurchsichtiger Zusammenstellung, ohne Abgrenzungskriterien zwischen Philosophie, Disziplinen wie Psychologie etc. und populärphilosophischen Blättern.
- 29 Die Übernahme durch Heimsoeth (1934) erfolgte, weil der bisherige Herausgeber Ipsen von seiner Partei neue Aufgaben erhielt (4.11).
- 30 Von Lübke (1965, 44 49) sehr unfreundlich als die »Vereinsbasis des weltanschaulich engagierten deutschen Positivismus« porträtiert. Nach einem US-Vorbild 1892 gegründet, kämpfte die DGEK mit antikerikaler Stoßrichtung vor allem auf schul-



politischem Terrain für eine »weltliche Moral«, die zur Lösung der sozialen Gegensätze und der »sozialen Frage« beitragen sollte. Politisch ist sie nicht der Arbeiterbewegung, sondern (etwa durch ihr Mitglied Tönnies) eher dem »Kathedersozialismus« verbunden. Während der neopositivistische Wiener Kreis und seine Organisationen in der österreichischen Spätaufklärung wurzeln, hat die DGEK, in den Anfängen personell verflochten mit Büchners »Deutschem Freidenkerbund« und Ostwald/Haeckels »Monistenbund«, ihren ideologischen Humus in der materialistischen Populärphilosophie des 19. Jahrhunderts. Trotz der liberal-pazifistischen Orientierung (der ins Exil getriebene F.W.Foerster war Herausgeber ihres Organs *Ethischen Kultur* gewesen), scheint die Gesellschaft das Jahr 1933 zunächst überstanden zu haben. Im *Minerva-Jahrbuch* ist sie 1937 mit einer von 1200 auf 200 geschrumpften Mitgliederzahl weiter verzeichnet.

- 31 Auch ein zweiter Minimalkonsens, die ethisch-naturrechtliche Ablehnung eugenischer Maßnahmen, verliert bei genauer Lektüre seine Eindeutigkeit. Der Jesuit *Franz Hürth*, ein Mitherausgeber der *Scholastik*, artikuliert das ethische Verbot als eine Option innerhalb des Rasse-Diskurses (zu den zwei Polen des Rassismus im NS, dem biologisch-deterministischen und dem ethisch-erzieherischen, vgl. Haug 1986, 62-66): »Schaffung und Sicherung eines erbgesunden starken Nachwuchses ist ein Ziel, das die katholische Sittenlehre bejaht und zu dessen Verwirklichung sie durch ihre sittlichen Forderungen hervorragend beiträgt, indem sie die Quellen absperrt, aus denen eine immer neue Vergiftung des Keimgutes stammt. — Das negative Mittel der eug. Sterilisation lehnt sie ab, nicht aus Verkennung oder Unterschätzung der Belastung, die der Gemeinschaft aus erbkrankem Nachwuchs kommt, sondern weil dies Mittel in sich naturwidrig und sittenwidrig ist ...« (Schol IX, 314). Der Aufweis der (funktionalen) Widersprüche in den NS-Ideologien stützt die katholische Auffassung von Eugenik: Vom »biologischen Gesichtspunkt« müsse auch verurteilt werden, daß bei der »Verteidigung von Volk und Vaterland« »gerade die Blüte und Auslese der Jugend und Manneskraft« hingeopfert wird. Hier wie anderswo werde er praktisch dem »vaterländischen« untergeordnet (312).
- 32 Die »Neue Folge« der ins Jahr 1847 zurückgehenden Zeitschrift hatte Leonhard Nelson 1904 als Organ seiner »neufriesianischen« Erkenntnistheorie begründet. Nach Nelsons Tod (1927) wird sie von seinen Schülerinnen Grete Hermann und Minna Specht weitergeführt, zusammen mit dem Nobelpreisträger Otto Meyerhof, der 1933 wegen der Abstammung seine Heidelberger Professur verliert. Hermann und Specht fliehen 1937 nach England, weil der antifaschistische Widerstand von Nelsons »Internationalem Sozialistischen Kampfbund« (ISK) von der Gestapo zerschlagen wird (vgl. Miller 1983, 63); der Biochemiker Meyerhof emigriert im Jahr darauf nach Paris.
- 33 ZSTA Potsdam, Sign.2940, Best.49.01 (zit.n.Leaman 1991).
- 34 Verhandlungen des dritten Hegelkongresses vom 19. bis 23. April 1933 in Rom (Veröffentlichungen des Internationalen Hegelbundes III). Im Auftrag des Internationalen Hegelbundes hrsgg. von B. Wigtersma. Tübingen und Haarlem 1934, S.7 (vgl. *DAZ*, ebd.)
- 35 Vgl. zum folgenden: Actes du 8e Congrès International de Philosophie à Prague, 2-7 Septembre 1934. Prag 1936 (Reprint: Vaduz 1968)
- 36 Titel einer Schrift des Kriek-Schülers *Franz Böhm* (Leipzig 1938; vgl. Lotter 1987).
- 37 Selbstdarstellung: »Beim Internationalen Philosophenkongreß in Prag 1934 wurde ich von deutscher Seite nicht delegiert. In der gleichen Weise sollte ich beim internationalen Descartes-Kongreß in Paris ausgeschaltet bleiben« (Heidegger 1976, 202). Tatsächlich wurde nach Prag offensichtlich niemand »delegiert«, Heidegger hätte wie sein jüdischer Schüler Löwith nur die Bahnfahrkarte benötigt. Farias, dem die Teilnahme von Heyse und Emge entgangen ist, zieht den absurden Umkehrschluß, »daß sich die nicht-nationalsozialistischen deutschen Philosophen den Freiraum, den ihnen die ministerielle Gleichgültigkeit gewährte, zunutze machten, um die dem Regime

nahestehenden Kollegen auszuschließen« (1989, 329) Plausibel wäre allenfalls, daß sich Teile der NS Philosophenprominenz (Baeumler, Krieck, Rosenberg, Rothacker, Heidegger) auf ein Fernbleiben verständigten, um nicht mit einer Schar von Emigranten, Entpflichteten und »Unzuverlässigen« gesehen zu werden. Die Bildung einer handverlesenen Delegation für Paris — die er in der Erinnerung auf Prag rückprojiziert — betrieb Heidegger dann mit so energischem Führungsanspruch, daß er sich selbst »ausgeschaltet« hat.

- 38 Vgl. zum folgenden: *Travaux du IXe Congrès international de Philosophie. Publiés par les soins de Raymond Bayer. Etudes cartésiennes. 3 Bde., Paris 1937*

### Anmerkungen zu 5. Kräfteverschiebungen

- 1 Die Auswahlgabe der *Ästhetik* (München 1922) »mit großem Einfühlungsvermögen in Hegels Gedankenwelt« (Beyer 1970, 155); die *Geschichte der Philosophie* (München 1923) mit »einer gar nicht so unklugen Einleitung«, die »im Vergleich zu den heute üblichen Geist Gesäusel Vorreden ... sogar wissenschaftlich« wirkt (355). »Später aber verfiel dieser Interpret Hegels so sehr dem Nationalsozialismus, daß er diesem zuliebe Hegel verriet.« (155)
- 2 Eine Untersuchung wert wären die Modifikationen, die der Rechtshegelianismus im NS unzweifelhaft erfuhr. Zu denken ist weniger an die unumgängliche Reduktion des »Weltgeistes« auf den »Volksgeist«, mehr an die von Nietzsche informierte Neulektüre Hegels bei Heimsoeth (BDPh VIII/1934 35, 127 148) oder an Sprangers Bruch mit dem Rechtshegelianismus in der Frage der individuellen »Verantwortung« (*Logos* XXII/1933, 171 202; Laugstien 1989). Dies vor allem im Blick auf seine neokonservativen »Revisionen« (Habermas 1985, 89f) nach 1945: Freyer, Ritter und seine Schule.
- 3 Die zweite weltweit verbreitete Officialphilosophie, der »Marxismus Leninismus«, formiert sich erst Anfang der 30er Jahre (vgl. Labica 1986).
- 4 Erwähnt sei das intime Verhältnis mit der Phänomenologie (z.B. 1932 bei den ersten *Journées d'études de la Société thomiste* in Juvisy; Schol IX/1933, 453f). Deren Begründer sind einerseits von der Neuscholastik geprägt (Husserl durch seinen Lehrer Brentano, dessen Schrift *Von der mannigfachen Bedeutung des Seienden nach Aristoteles*, überreicht vom späteren Freiburger Erzbischof, auch dem Theologiestudenten Heidegger Impulse gab; zu notieren auch Schelers katholische Phase in Köln); zum anderen ermöglicht die Phänomenologie den Thomisten eine Neufundierung ihrer Seinslehre, die dem damals akzeptierten Stand philosophischer Forschung entspricht (»Die Wesensschau unseres Geistes ist eine Wirklichkeitsschau, keine Konstruktion; unsere Ideen sind, wenn der Ausdruck gestattet ist, aus der Wirklichkeit geboren, aus der realen Verklammerung herausgelöst, nicht willkürlich gesetzt«, DT XI, 189). Wichtige jüngere Mitglieder der phänomenologischen Bewegung stehen dem Thomismus nahe (*Dietrich von Hildebrandt, Hedwig Conrad Martius*) oder gehen zu ihm über (*Edith Stein*). Kein Zufall, daß das thomistische Schulzentrum, das *Institut supérieur de Philosophie* der katholischen Universität Löwen, nach Husserls Tod 1938 seinen umfangreichen Nachlaß aus Deutschland herausschaffte und mit dem »Husserl Archiv« die zweite, philologisch-exegetische Phase phänomenologischer Forschung institutionalisierte (Mödersheim 1988).
- 5 Rosenberg verhinderte in Bonn 1934 und in Breslau die Berufung von *Alois Dempf*, der ihn mit einem Buch über Meister Eckhart aufgebracht hatte (Selbstdarstellung, in Pongratz 1975, 52).

- 6 München: »Vom SS 1939 an sind die beiden konkordatsgebundenen Lehrstühle für Philosophie und Geschichte aus ihrer disziplinären Zuordnung herausgenommen und unter der Rubrik 'Vorlesungen der Inhaber der katholisch-weltanschaulichen Lehrstühle' zwischen das Lehrangebot zur finno-ugristischen Philologie und zur Sprecherziehung versetzt worden — ein deutlicher Schritt zu ihrer Beseitigung.« (Henckmann 1987, 10)
- 7 Pöggeler berichtet die »von Heidegger geschmackvollerweise nicht vorgetragene« (Habermas 1989, 24) Retourkutsche aus der *Einleitung zur Metaphysik*: »es sei kein Zufall, daß diese Art Philosophie 'im äußeren und inneren Zusammenhang' stehe mit dem 'russischen Kommunismus' und in Amerika ihre 'Triumphe' feiere« (zit. n.ebd.).
- 8 In seinem Aufsatz »Der neueste Angriff auf die Metaphysik« (ZfS VI/1937) attackiert Max Horkheimer die »neopositivistische Denkart« (10) wegen ihrer Ablehnung eines wissenschaftlicher Erfahrung vorgelagerten Eigenrechts der reinen Vernunft. »In der Oberflächlichkeit und Anmassung, mit der hier über geistige Leistungen geurteilt wird, kündigt sich ein Verhältnis zum kulturellen Erbe an, das sich praktisch zuweilen bei nationalen Erhebungen und ihren Freudenfeuern zu betätigen pflegt, mögen diese jenen Autoren persönlich noch so zuwider sein.« (41)
- 9 Hitler strich 1940 die Worte »wissenschaftliche Forschung und Lehre« aus einer Vollmacht, in der sich Rosenberg die ideologische Kontrollbefugnis über die Partei garantieren ließ (Beyerchen 1980, 253).
- 10 In der »philosophischen Ausbeutung« (Althusser 1985) der Quantenphysik tendieren *Pascual Jordan* und *Bernhard Bavink*, die Popularisatoren des Kreises, zu einem christlichen Spiritualismus (die Undeterminiertheit der Teilchenbewegung beweist den unerforschlichen Schöpferwillen Gottes). Der Heidegger-Schüler Weizsäcker als philosophischer Exponent der Heisenberg-Gruppe — er wechselt 1957-1969 auf einen Hamburger Philosophie-Lehrstuhl — ging den Weg eines neuen »Verstehens« besonders von Kant und Platon; er öffnete sich (wie Schrödinger) auch der indischen Mystik.

## Anhang

### *Tab.1 Unterzeichner von Aufrufen für die NSDAP*

*Wahl des Reichspräsidenten 13. März / 10. April 1932:* »Die deutsche Geisteswelt wählt Adolf Hitler« (VB 6.4.32 / 6 Namen): C.A.Emge (aoP Jena). »Der Kandidat der deutschen Geisteswelt« (VB 10./11.4. / 40 Namen): C.A.Emge (aoP Jena)

*Aufruf des »Kampfbundes für deutsche Kultur«:* »An die deutschen Universitäten und Hochschulen!« (VB 30.4.32 / 42 Namen): C.A.Emge (aoP Jena), F.Krueger (oP Leipzig), H.Schwarz (oP Greifswald)

*Reichstagswahl 31. Juli 1932:* »Erklärung deutscher Universitäts- und Hochschul lehrer« (VB 29.7.32 / 51 Namen): C.A.Emge (aoP Jena), E.Krieck (Päd.-Prof. Frank furt/M.), E.Rothacker (oP Bonn), E.Jaensch (oP Marburg), A.Baeumler (oP Dresden)

*Reichstagswahl 6. November 1932:* »Deutsche Hochschullehrer für Adolf Hitler!« (VB 6.11.32 / 56 Namen): K.Bornhausen (oP Breslau), C.A.Emge (aoP Jena), E.Krieck (Päd.-Prof. Frankfurt/M.)

*Reichstagswahl 5. März 1933:* »Die deutsche Geisteswelt für Liste 1. Erklärung von 300 deutschen Universitäts- und Hochschullehrern« (VB 3.3.33 / 301 Namen): H.Bäcker (PD Köln), B.Bauch (oP Jena), C.A.Emge (aoP Jena), J.Hielscher (nbaop Münster), E. Jaensch (oP Marburg), K.Bornhausen (oP Breslau), E.Rothacker (oP Bonn), W.Schingnitz (PD Leipzig), H.Schwarz (oP Greifswald)

*Volksabstimmung (»Reichstagswahl«) 12.11.1933:* »Bekanntnis der Professoren an den deutschen Universitäten und Hochschulen zu Adolf Hitler und dem national sozialistischen Staat«. Übrerr.v. NSLB Deutschland/Sachsen. Dok. der Kundgebung vom 11.11.1933 (9 Ansprachen, ca.1000 Namen). Ansprache: M.Heidegger (oP Frei burg). Unterzeichner: N.Ach (oP Göttingen), O.F.Bollnow (PD Göttingen), O.Ditt rich (aoP Leipzig), K.Graf Dürckheim (PD Kiel), H.Freyer (oP Leipzig), H.-G.Gadamer (PD Marburg), A.Gehlen (PD Leipzig), J.E.Heyde (Päd. Prof.Rostock), E.Jaensch (oP Marburg), G.Krüger (PD Marburg), F.Krueger (oP Leipzig), K.Leese (PD Hamburg), P.Lersch (PD Dresden), H.Lipps (aoP Göt tingen), F.Lipsius (aoP Leipzig), Th.Litt (oP Leipzig), D.Mahnke (oP Marburg), H.Noack (nbaop Hamburg), K.J.Obenauer (nbaop Leipzig), J.Ritter (PD Hamburg), H.Sauer (nbaop Hamburg), W.Schingnitz (PD Leipzig), H.Schneider (aoP Leipzig), H.Schwarz (oP Greifswald), W.Wirth (aoP Leipzig)

Tab. 2: NSDAP-Mitglieder

- bis 1933: 1923 H.Schwarz (oP Greifswald); ? H.Hasse (nbaop Frankfurt); 1.1.30 H.A.Grunsky (37 oP München); 1.7.30 E.Bergmann (nbaop Leipzig); 1.4.31 G.Lutz (38 PD Greifswald; 42 Mithrsg. »Kant-Studien«); 1.12.31 C.A.Emge (aoP Jena); 1.1.32 E.Krieck (33 oP Frankfurt); 1.2.32 F.Lip-sius (aoP Leipzig); 1.5.32 W.Schultz (34 oP München); 1.7.32 H.Bäcker (PD Köln), W.Cramer (35 PD Breslau); 4.3.33 J.B.Rieffert (nbaop Berlin; 21.11.38 ausgeschlossen); 1.4.33 W.Schmied-Kowarzik (PD Giessen)
- 1.5.1933 A.Baeumler (oP Berlin), C.v.Brockdorff (nbaop Kiel), A.Gehlen (PD Leipzig), W. Grebe (PD Frankfurt), M.Heidegger (oP Freiburg), H.Heimsoeth (oP Köln), H.Heyse (oP Königsberg), J.Hielscher (nbaop Münster), K.Hildebrandt (PD Berlin), F.Kröner (40 PD München), O.Kutzner (nbaop Bonn), R.Mense (34 PD Bonn), H.Noack (nbaop Hamburg), R.Odebrecht (PD Berlin), E.Rothacker (oP Bonn), K.Schil-ling (PD München), W.Schingnitz (PD Leipzig), K.Schlechta (39 PD Frankfurt), H.Schneider (aoP Leipzig), W.Schulze-Soelde (nbaop Greifswald), G.Stammler (PD Halle), G.Stieler (nbaop Freiburg), J.Wittmann (nbaop Kiel)
- 1.5.1937 E.Baumgarten (PD Göttingen), F.Böhm (PD Heidelberg), F.J.Brecht (PD Heidelberg), A.Faust (oP Breslau), E.Feldmann (PD Bonn), H.Folwart (PD Breslau), Th.Haering (oP Tübingen), E.Herrigel (oP Erlangen), G.Ipsen (oP Königsberg), C.Jesinghaus (oP Würzburg), E.Metzke (PD Köln), G.Ralfs (PD Hamburg), H.Reiner (PD Halle), H.Sauer (nbaop Hamburg), H.Schelsky (38 PD Königsberg), H.Springmeyer (PD Berlin), B.v.Waltershausen (PD Köln), F.Weinhandl (nbaop Kiel), P.Wilpert (PD München)
- 1.1.1940 W.Bröcker (PD Freiburg), W.Kunz (PD Heidelberg), M.Müller (36 habil. Freiburg), W.Wirth (aoP Leipzig); 1.4.40 H.Dingler (LB Mün-chen), K.Huber (nbaop München); 1.6.40 O.F.Bollnow (oP Gießen); 1.10.40 R.Heiss (nbaop Köln); 1.7.41 F.J.v.Rintelen (oP München); 1942 O.Most (PD Breslau)

Quelle: Leaman 1991

## Tab. 3 Emigranten

- BERLIN** Universität: D.Baumgardt (35 GB 39 USA), B.Groethuysen (33 F), W.Köhler (35 USA), H.Kuhn (37 USA 48 D), K.Lewin (33 USA), A.Liebert (33 Jugoslawien 39 GB 46 D), S.Rawidowicz (33 GB), H.Reichenbach (33 Türkei 38 USA). Techn.Hochschule: W.Dubislav (36 CSR). Dt.Hochschule f.Politik: W.Falk (33 GB). Hochschule f.d.Wiss.d.Judentums: L.Strauss (34 GB 38 USA), A.Metzger (38 F 40 GB 46 USA 50 BRD). Sonstige: H.Arendt (33 F 41 USA), E.Bloch (33 CH 36 CSR 38 USA 49 DDR), H.Blücher (33 CSR 34 F 41 USA), H.Graupe (33 Palästina, 64 BRD 72 Israel), A.Gurwitsch (33 F 40 USA), S.Kracauer (33 F 41 USA), G.Lukács (33 UdSSR 44 Ungarn), L.Marcuse (33 F 39 USA 63 BRD), A.Ruest (33 F), P.Schrecker (33 F 40 USA), C.Hempel (34 B 37 USA), M.Moritz (34 Schweden), R.König (36 CH 49 BRD), A.Altmann (38 GB), F.Bamberger (39 USA)
- BONN** Universität: P.L.Landsberg (33 F † 44 KZ Oranienburg). Sonstige: W.Cerf (33 Italien, 36 USA), W.Marx (33 NL GB 34 Palästina 38 USA 64 BRD)
- BRESLAU** Universität: I.Heinemann (39 Palästina), S.Marck (34 F ? GB)
- FRANKFURT** Universität: M.Buber (38 Palästina), N.Glatzer (33 Palästina 38 USA), F.Heinemann (33 NL 34 F 39 GB), M.Horkheimer (33 CH 34 USA 49 D), J.Kraft (33 NL 39 USA 57 BRD), P.Oppenheim (33 B 39 USA), K.Riezler (38 USA), P.Tillich (33 USA), M.Wertheimer (33 USA), Th.Wiesengrund (34 GB 38 USA 49 BRD). Inst.f.Sozialforschung: F.Borkenau (35 Panama 36 GB), H.Marcuse (33 CH, 34 USA). Sonstige: W.Benjamin (33 F)
- FREIBURG** Universität: J.Cohn (33 GB), F.Kaufmann (33 GB 38 USA). Sonstige: H.Jonas (33 Palästina 49 Kanada 55 USA), P.O.Kristeller (34 Italien 39 USA), L.Landgrebe (33 CSR 39 B 40 D)
- HANNOVER** Technische Hochschule: Th.Lessing (33 CSR)
- GIESSEN** Universität: E.v.Aster (33 Schweden 36 Türkei), E.Stern (33 F)
- GÖTTINGEN** Universität: M.Geiger (34 USA), G.Misch (39 GB 46 D)
- HALLE** Universität: E.Utitz (33 CSR)
- HAMBURG** Universität: E.Cassirer (33 GB 35 S 41 USA), H.Liebeschütz (39 GB), W.Stern (33 NL 34 USA) E.Wind (33 GB 42 USA 55 GB). Sonstige: C.Brunner (33 NL), W.Solmitz (39 GB 40 USA)
- HEIDELBERG** Universität: H.Ehrenberg (39 GB 47 D), R.Klibansky (33 GB 46 Kanada)
- JENA** Universität: K.Korsch (33 GB DK 36 USA)
- KIEL** Universität: R.Kroner (38 GB 41 USA)
- KÖLN** Universität: P.Honigsheim (33 F 36 Panama 38 USA), H.Plessner (34 NL 51 BRD)
- MARBURG** Universität: E.Frank (39 USA), K.Löwith (34 Italien 36 Japan 41 USA 52 BRD)
- MÜNCHEN** Universität: A.Gallinger (39 Schweden 47 D), D.v.Hildebrandt (34 Österreich 38 Spanien 39 USA), R.Hönigswald (39 USA), H.Spiegelberg (33 CH 34 D 37 GB 38 USA)
- MÜNSTER** Universität: R.H.Goldschmidt (33 NL 39 GB 49 BRD), B.Schwarz (33 CH 34 Österreich 35 CH 38 F 41 USA 64 Österreich)

## Tabellen

## Fortsetzung Tab. 3 Emigranten

PRAG Deutsche Universität: R.Carnap (35 USA), O.Kraus (38? GB). Karlsuniversität: F.Weltsch (39 Palästina), S.Körner (39 Polen GB)

WIEN Universität: C.Bühler (38 Norw. 40 USA 71 BRD), K.Bühler (39 Norw. 40 USA), H.Gomperz (35 USA), D.v.Hildebrandt (38 Spanien 39 USA), F.Kaufmann (38 USA), F.Waismann (37 GB). Sonstige: O.Ewald (=Friedländer) (39 CH GB), O.Neurath (34 NL 40 GB), A.Stern (33 F 42 Mexiko 44 USA), K.Popper (37 Neuseeland 46 GB), L.Kofler (38 CH 47 DDR 52 BRD), A.Schütz (38 F 49 USA)

Quellen: Röder/Strauss 1983, Kröner 1983

## Tab.4 Universitätslehrer 1933-45

R: Entlassen, beurlaubt oder in den Ruhestand versetzt aufgrund der Rassengesetze (i.d.R. § 3 BBG)

P: aus »politischen« Gründen (i.d.R. § 4 oder 6 BBG)

Rü: Rücktritt oder Entpflichtung auf eigenen Antrag

ZV: Zwangsversetzt (§ 5 BBG)

BERLIN em.oP: C.Stumpf (†36); oP: M.Dessoir (34 R) N.Hartmann W.Köhler (35 Rü) E.Spranger A.Vierkandt (35 em.) R.Guardini (oP Breslau 'Ständiger Gast' 39 P); aoP: H.Reichenbach (33 R) H.Rupp K.Lewin (33 R) A.Liebert (33 R); nbaop: D.Baumgardt (35 R) B.Groethuysen (33 Rü) E.Hochstetter (39 aplP) P.Hofmann J.B.Rieffert (34 oP 37 P) O.Wichmann (39 aoP Wien); PD: H.Friedländer (35 R) H.R.G.Günther (40 aplP 43 oP Prag) H.Kuhn (37 P) R.Odebrecht (39 aplP) H.Springmeyer (39 aoP Halle); LB: K.Hildebrandt (34 oP Kiel) — 1933 A.Baeumler (oP) 1934 W.M.Schering (PD 38 nbaop 43 oP) 1938 E.Grassi (LB) 1940 G.Lehmann (PD)

BONN em.oP: A.Dyroff († 43) G.Störing M.Wentscher († 42); oP: O.Becker S.Behn E.Rothacker; nbaop: A.Dempff (37 oP Wien) O.Kutzner (39 aoP) W.Schmidt-Japing (35 oP) A.Müller (39 P) J.Thyssen (39 aplP) J.M.Verweyen (34 P † 45 KZ); PD: E.Feldmann (40 aplP) P.L.Landsberg (33 R † 44 KZ) — 1933 J.Barion (PD 38 oP Braunschweig) 1934 F.-J.v.Rintelen (oP 36 München) R.Mense (LB bis 38) 1935 K.J.Obenauer (oP)

BRESLAU em.oP: M.Baumgartner († 33); oP: L.Baur (36 em. † 43) E.Kühnemann (35 em.); aoP: S.Marck (33 P); nbaop: R.Kynast G.Schulemann — 1934 H.Folwart (PD 42 aplP) 1935 W.Cramer (PD) 1936 A.Faust (oP) 1937 B.Rosenmöller (oP NF Baur) 1939 O.Most (PD)

ERLANGEN oP: E.Herrigel H.Leser († 37); Pd: R.Zocher (34 nbaop 39 aplP) — 1939 H.Wenke (PD 40 aoP 43 oP NF Leser)

*Fortsetzung Tab.4: Universitätslehrer 1933 45*

- FRANKFURT em.oP: H.Cornelius; oP: *M.Horkheimer (33 R) P.Tillich (33 P) M.Wertheimer (33 R)*; aoP: *F.Heinemann (33 R)*; nbaoP: G.Burckhardt H.Hasse († 35); HonP: *K.Riezler (34 P)*; PD: W.Grebe (35 nbaoP 39 aplP Tübingen) *J.Kraft (33 R) Th.Wiesengrund (33 R)* — 1933 E.Kriek (oP NF Tillich) 1934 *R.Kroner (35 R)* 1935 H.Schwarz (LB em.oP Greifswald) 1936 H.Lipps (oP NF Kriek † 41) 1939 K.Schlechta (PD) 1942 F.Weinhandl (oP NF Lipps 44 Graz)
- FREIBURG em.oP: E.Husserl († 38); oP: M.Heidegger M.Honecker († 42); aoP: *J.Cohn (33 R) G.Stieler (34 oP)*; PD: *F.Kaufmann (35 R)* 1937 W.Bröcker (PD 41 oP Rostock) E.Grassi (LB 38 Berlin) 1942 R.Heiss (aplP 43 oP NF Honecker)
- GIESSEN oP: *E.v.Aster (33 P) A.Messer (33 P † 37)*; aoP *E.Horneffer (35 P) Th.Steinbüchel (41 Tübingen) E.Stern (33 R) O.Weidenbach (39 aplP)*; HonP: *W.Kinkel (34 ?)*; PD: W.Schmied Kowarzik (39 Wien) 1933 H.Glockner (oP NF v.Aster) G.Pfahler (oP NF Messer) 1939 O.F.Bollnow (oP NF Pfahler)
- GÖTTINGEN oP: N.Ach (37 em.) *M.Geiger (33 R) G.Misch (35 R) H.Nohl (37 R)*; nbaoP: H.Lipps (36 oP Frankfurt); PD: O.F.Bollnow (39 oP Gießen) 1935 J.König (41 aplP) 1936 H.Heyse (oP NF Misch) 1937 E.Baumgarten (PD) 1942 B.v.Waltershausen (aoP)
- GREIFSWALD em.oP: A.Schmekel (†34) oP: *G.Jacoby (37 R) H.Pichler H.Schwarz (33 em. 35 LB Ffm)*; nbaoP: W.Schulze Soelde (39 oP Innsbruck) 1938 G.Lutz (PD 42 Amt Rosenberg) 1942 J.E.Heyde (LB)
- HALLE em.oP: Th.Ziehen; oP: *A.Gelb (33 R) P.Menzer (38 em.) E.Utitz (33 R)*; PD: H.Reiner (39 aplP) G.Stammler (38 nbaoP 39 aplP) 1933: J.Stenzel (oP NF Utitz † 36) 1939 H.Springmeyer (aoP 42 oP)
- HAMBURG oP: *E.Cassirer (33 R) W.Stern (33 R)*; aoP: *H.Görland (35 P)*; nbaoP: H.Noack (37 aoP) H.Sauer (39 aplP); PD: *K.Leese (35 aoP 40 P) H.Liebeschütz (34 R) J.Ritter (41 aplP 43 oP Kiel) E.Wind (33 R) 1936 G.Ralfs (PD 41 aoP)*
- HEIDELBERG oP: H.Rickert (33 em. † 36) *E.Hoffmann (35 R) K.Jaspers (37 R)*; aoP: N.v.Bubnoff *H.Ehrenberg (33 R) H.Glockner (33 oP Gießen)*; PD: F.Böhm (38 aoP 41 Straßburg) F.J.Brecht (41 aplP) A.Faust (33 nbaoP 35 Tübingen) *R.Klibansky (33 R)* 1934 E.Kriek (oP NF Rickert) 1940 W.Kunz (PD) 1944 E.Metzke (aoP NF Böhm)
- JENA oP: B.Bauch († 42) *H.Leisegang (34 P)*; aoP: C.A.Emge (33 oP 34 Berlin) P.Linke; nbaoP: H.Johansen (39 aplP) 1938 K.Schlechta (PD 39 Frankfurt) 1940 H.Groos (PD)
- KIEL oP: *R.Kroner (34 ZV Frankfurt) J.Stenzel (33 ZV Halle)*; nbaoP: C.v.Brockdorff F.Weinhandl (35 oP NF Kroner 42 Frankfurt) J.Wittmann (35 aoP); PD: K.Graf Dürckheim — 1934 K.Hildebrandt (oP NF Stenzel) 1943 J.Ritter (oP NF Weinhandl)



## Fortsetzung Tab.4: Universitätslehrer 1933-45

- KÖLN oP: A.Schneider (42 em.) H.Heimsoeth; aoP: *P.Honigsheim* (34 P) *H.Plessner* (33 R); nbaop: *J.Hessen* (40 P); PD: H.Bäcker *E.Barthel* (40 P) R.Heiss (36 aoP 39 aplP 42 Freiburg) B.v.Waltershausen (38 nbaop 42 aoP Göttingen) — 1934 E.Metzke (PD 40 aplP 44 aoP Heidelberg)
- KÖNIGSBERG oP: A.Goedeckemeyer (38 em.) H.Heyse (36 Göttingen) O.Schultze (35 em.); nbaop: A.Kowalewski — 1933 G.Ipsen (oP) 1938 A.Gehlen (oP 40 Wien) H.Schelsky (PD 43 aoP Straßburg) 1939 W.Burkamp (aoP 39 † 39)
- LEIPZIG oP: *H.Driesch* (33 P) H.Freyer *F.Krueger* (37 R) *Th.Litt* (37 Rü); aoP: O.Dittrich (33 em.) F.Lipsius († 34) H.Schneider (39 em.) W.Wirth (44 em.); nbaop: G.Ipsen (33 oP Königsberg) K.J.Obenauer (35 oP Bonn); PD: A.Gehlen (34 oP NF Driesch) H.Fischer (38 nbaop 39 aplP) W.Schingnitz — 1939 H.G.Gadamer (oP NF Gehlen) Ph.Lersch (oP NF Krueger)
- MARBURG oP: *E.Frank* (35 R) E.Jaensch († 40) D.Mahnke († 39); nbaop: G.Krüger (40 oP Münster); PD: H.-G.Gadamer (39 oP Leipzig) *K.Löwith* (35 R) — 1940 J.Ebbinghaus (oP)
- MÜNCHEN oP: *A.Fischer* (37 R) J.Geyser (35 em.) *R.Hönigswald* (33 R) A.Pfänder (35 em.); aoP: *D.v.Hildebrandt* (33 R); nbaop: *A.Gallinger* (35 R) K.Huber (40 aplP 43 hingerichtet) *A.Wenzl* (38 P); PD: F.-J.v.Rintelen (34 oP Bonn) K.Schilling (37 nbaop 39 aplP) — 1934 W.Schultz (oP NF Hönigswald † 36) 1935 H.Dingler (LB oP TH Darmstadt 1934 P) 1936 *F.J.v.Rintelen* (oP NF Geyser 1941 P) 1937 H.A.Grunsky (oP NF Pfänder) P.Wilpert (PD 37 aoP Passau)
- MÜNSTER oP: H.Scholz W.Kabitz (41 em. † 42) P.Wust († 40); nbaop: *R.H.Goldschmidt* (33 R) J.Hielscher (34 oP 36 em.) B.Rosenmöller (34 oP Braunsberg); PD: *B.Schwarz* (33 P) — 1940 G.Krueger (oP)
- ROSTOCK oP: J.Ebbinghaus (40 Marburg); aoP: W.Burkamp (39 Königsberg) — 1941 W.Bröcker (oP)
- TÜBINGEN em.oP: K.Groos; oP: M.Wundt Th.Haering; aoP: *T.K.Oesterreich* (33 P) C.Ritter († 36) — 1935 A.Faust (aoP 37 oP Breslau) 1939 W.Grebe (aplP) 1941 Th.Steinbüchel (aoP)
- WÜRZBURG oP: K.Marbe (35 em.) H.Meyer; PD: H.Pfeil (39 aplP V.Rüfner (37 aoP Bamberg) — 1935 C.Jesinghaus (oP NF Marbe)

*Quellen:* Minerva Jg.1934, 36, 38; Kürschner Jg. 35, 40/41; List of Displaced German Scholars, Röder/Strauss 1983; Dahms 1987, Henckmann 1987, Leaman 1991, Meran 1990

Tab.5: Philosophische Gesellschaften

	S=Sitz	V=Vorsitz	M=Mitgliederzahl	P=Publikation			
	1933	1934	1935	1936	1937	1938	1939
<b>Kant-Gesellschaft (1904)</b>							
S: Halle; 53 (4 ausl.) Ortsgrp.							
V: Prof.Pallat, Geschf. A.Liebert							
M: 5000 — P: Kant-Studien	→	→	→	→	→		
<b>Deutsche Philosophische Gesellschaft (1917)</b>							
S: Weimar, Berlin — V: F.Krueger — M: 700							
P: Blätter für deutsche Philosophie	→	→	→	→	→	→	→
<b>Phil. Sektion der Görres-Gesellschaft (1876)</b>							
S: Köln — V: H.Finke, Gen.-Sekt. A.Allgeier							
M: Görres-Ges.: 4500 — P: Phil. Jahrbuch	→	→	→	→	→	→	→
<b>Internat.Vrgg.f.Rechts- u.Sozialphil. (1907)</b>							
S: Berlin — V: W.Sauer — M: 1000							
P: Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie	→	→	→	→	→	→	→
<b>Ges f. Ästh.u.allg. Kunstwissenschaft (1924)</b>							
S: Berlin — V: M.Dessoir — M: 200							
P: Zeitschr.f.Ästh. u.älg. Kunstwissenschaft	→	→	→	→	→	→	→
<b>Internationaler Hegelbund (1930)</b>							
S: Den Haag — V: 1. R.Kroner 2. J.Binder	→	→	→	→	→	→	→
<b>Euckenbund (1920)</b>							
S: Jena, 25 (z.T. ausl.) Ortsgruppen							
V: OstDir Dr.v.Hagen — P: Die Tatwelt	→	→	→	→	→	→	→
<b>Nietzsche-Gesellschaft (1919)</b>							
S: Berlin — V: F.Würzbach — M: 400							
P: Ariadne (Jahrbuch)	→	→	→	→	→	→	→
<b>Schopenhauer-Gesellschaft (1911)</b>							
S: Frankfurt — V: H.Zint — M: 550							
P: Jahrb.d.Schopenhauer-Gesellschaft	→	→	→	→	→	→	→
<b>Societas Spinozana (1921)</b>							
S: Den Haag; dt.Geschäftsstelle							
Frankfurt, Leiter: C.Gebhardt	→	→	→	→	→	→	→
<b>Societas Hobbesiana (1929)</b>							
S: Kiel — V: F.Tönnies	→	→	→	→	→	→	→
<b>Johannes-Rehmke-Gesellschaft (1918)</b>							
S: Rostock — V: Reichsbankrat Dr.B.Hecke,							
Sekt.J.E.Heyde — M: 500 — P: Grundwiss.	→	→	→	→	→	→	→
<b>Verein Ernst Mach (1928)</b>							
S: Wien — V: I.M.Schlick 2.O.Neurath							
P: Erkenntnis	→	→	→	→	→	→	→
<b>Gesellschaft f.wiss. Philosophie (1927)</b>							
S: Berlin — V: Fr.Kraus — M: 100							
P: Erkenntnis	→	→	→	→	→	→	→
<b>Dt. Gesellschaft f. ethische Kultur (1892)</b>							
S: Berlin — V: Stadtrat a.D. Dr.R.Penzig							
M: 1200 — P: Ethische Kultur	→	→	→	→	→	→	→
<b>Gesellschaft für freie Philosophie (1920)</b>							
S: Darmstadt — V: Graf v.Hardenberg,							
wiss.Leiter Graf H.Keyserling — M: 1000							
P: Der Weg zur Vollendung; Der Leuchter	→	→	→	→	→	→	→
<b>Constantin- Brunner-Gemeinschaft (1924)</b>							
S: Berlin — V: Dr.Blankenfeld — M: 100							
P: Schriften d.Const.-Brunner-Gemeinschaft	→	→	→	→	→	→	→

Quellen: Minerva 1930, 1933, 1937; RphA 1923, 1925/26; Domay 1964, 1977

*Tab.6 Kongreßkalender 1933/34*

T=Tema V=Vorträge (u.a.) Tn=Teilnehmer A=Ankündigung B=Kongreßbericht P=Publikation

*III. Internationaler Hegelkongreß, Rom, 19. 23. April 1933*

V: G.Gentile: Discorso inaugurale; M.Barillari: Il problema politico nella filosofia di Hegel; J.Binder: Der obligat. Vertrag im System der Hegelschen Rechtsphil.; P.Carabellese: Lo Hegelismo e alcuni problemi fondamentali della spiritualità contemporanea; M.B.Foster: The opposition between Hegel and the phil. of empiricism; C.Fries: Hegel und der Neo-Vitalismus; H.Glockner: Das Problem eines Lexikons der H.schen Phil. und seine Lösung; Th.Haering: Die Entstehungsgesch. der Phän. des Geistes; R.Kroner: Bemerkungen zur Dialektik der Zeit; W.Moog: Der Bildungsbegriff Hegels; U.Spirito: Economia ed etica nel pensiero di Hegel; B.M.Telders: Die Geschichte als Gottes Gericht; J.Wahl: H. et Kierkegaard — P: Verh.d.dritten Hegelkongresses, hrsgg.v.B. Wigersma, Tübingen, Harlem 1934 — B: DAZ 21., 26.4.33

*XII. Tagung der Deutschen Philosophischen Gesellschaft, Magdeburg, 2.-5. Oktober 1933*

T: Zweckmäßigkeit, Sinn und Wert — V: N.Hartmann: Sinngebung und Sinnerfüllung; K.Graf Dürckheim: Zweck und Wert im Sinngefüge des Handelns: B.Bauch, Wert und Zweck; F.Alverdes, Bedeutung, Sinn und Zweck im biolog. Geschehen; M.Schröter: Sinngebung der Technik; W.Vershofen: Sinn des Wirtschaftens — Tn: A.Baeumler, J.Binder, H.Freyer, H.Heimsoeth, J.E.Heyde, E.Krieck, F.Krueger, H.Leisegang, M.Wundt — P: BDP 8/1934-35 — B: BDP 8/1934, 65-70 (N.N.); KS 39/1934, 98-102 (J.E.Heyde); TW 9/1933-34, 207-215 (G.Lehmann); PJB 47/1934, 144; PS 5/1933-34, 173f. (C.Gumprich)

*V. Kongreß für Ästhetik und allgemeine Kunstwissenschaft, Wien, 9. 12. Oktober 1933*

T: Stand der Ästh. u. allg. Kunstwiss.; 'Stil' und 'Entwicklung'; Kunst der Gegenwart — Geplante V u.a.: M.Dessoir: Der ggw.Stand der Forschung; C.Bühler: Künstlerlebensläufe und Werktypen; W.Kris: Psychoanalytische Psychologie und Kunstforschung; H.Noack: Die Stilforschung der Gegenwart; H.Kuhn: Stil als Entwicklungsphänomen; K.Korsch: Wirtschafts- und Gesellschaftsformen in der Kunstentwicklung; J.Nadler: Rasse und Stamm in der Kunstentwicklung; E.Utitz: Die Kunstkrise der Gegenwart — A: ZÄK 27/1933, 207f., 304; 28/1934, 11 *abgesagt*

*Mitgliederversammlung und Feier des 30jährigen Bestehens der Kant-Gesellschaft, Halle, 22. 24. Mai (Pfingsten) 1934*

V: P.Menzer: Deutsche Philosophie als Ausdruck deutscher Seele; O.Becker: Die Grenze der idealistischen Philosophie; E.Spranger: Der objektive Geist; O.Koellreutter: Volk und Staat in der Weltanschauung des NS; H.Leisegang: Kants Gemeinschaftsideal und die dt. Volksgemeinschaft der Gegenwart; G.Krüger: Kants Lehre von der Zeit; J.Ebbinghaus: Kants Religionsphilosophie und die Krisis des Kirchenglaubens; A.Meyer: Kant und das biologische Denken; H.Sauer: Das Kausalproblem bei Kant und in der Gegenwart — Tn: H.Driesch, E.Foerster Nietzsche — A: Erk 4/1934, 73 — P: KS 39/1934, 156ff., 271ff. — B: KS 39/1934, 406f. (N.N.); TW 10/1934, 99 105 (G.Lehmann)

*VIII. Internationaler Philosophen Kongreß, Prag, 2.-8. September 1934*

T: Grenzen der Naturwiss.; Bedeutung der log. Analyse für die Erkenntnis; Deskriptive und normative Sozialwiss.; Religion und Phil.; Krise der Demokratie; Probleme der Psych. und Päd.; Aufgaben der Phil. in unserem Zeitalter — V dt.Tn: H.Driesch: Naturwissenschaft und Philosophie; W.Hellpach: Zentraler Gegenstand der Soziologie: Volk als Naturtatsache, geistige Gestalt und Willensschöpfung; N.Hartmann: Das Wertproblem in der Gegenwartsphilosophie; M.Schlick: Über den Begriff der Ganzheit; O.Neurath: Einheitswissenschaft; R.Carnap: Die Methode der logischen Analyse; H.Reichenbach: Die Bedeutung des Wahrscheinlichkeitsbegriffs für die Erkenntnis; F.Kaufmann: Die Bedeutung der logischen Analyse für die Sozialwissenschaften — Tn: 600 — A: KS 39/1934, 109; Erk 4/1934, 74 — P: Actes du 8e Congrès International de Philosophie à Prague, Prag 1936 — B: KS 39/1934, 404 (N.N.); Erk 4/1934, 310 314 (K.Grelling)

## Tab.7: Fachzeitschriften

T: Träger H: Hrsg. M: Mitarbeiter R: Rez.-Teil V: Verlag A: Auflage

	1933	1934	1935	1936	1937	1938	1939
<b>Kant-Studien</b> (1896; neubegr. 1953) T: Kant-Gesellschaft - H: A.Liebert, P.Menzer R - V: Pan-Verlag, Berlin				H: Menzer Spranger	H: Heyse Mann		
	→	→	→	Löpelmann	Löpelmann	H: Heyse →	→
<b>Blätter für deutsche Philosophie</b> (1927) T: Dt.Phil.Ges. - H: H.Fischer, G.Ipsen - M: u.a. B.Bauch, J.Binder, H.Freyer, N.Hartmann, H. Heim- soeth, L.Klages, F.Krueger, Th.Litt, H.Pichler, H. Rickert, H.Schwarz, O.Spann, H.Wölfflin, M.Wundt. R - V: Junker und Dünnhaupt - A: 1000				H: Heimsoeth M neu: Glockner Göbler			
	→	→	→	Rothacker	→	→	→ bis 1944 →
<b>Philosophisches Jahrbuch</b> (1888) T: Görres-Ges. - H: M.Grabmann, E.Hartmann R - V: Fuldaer Aktiendr.- A: 700							→ A: 500 → →
<b>Archiv f. Rechts- u. Sozialphilosophie</b> (1907, neubegr. 1949) T: IVR H: L.Wenger, W.Sauer, G.Briefs R - V: W.Rothschild, Berlin - A: 1600				H: Enge V: Verlf. Staatswiss. u. Geschichte, Berlin			→ A: 900 → → → bis 1944 → →
<b>Zs.f. Ästhetik u. allg. Kunstwiss.</b> (1905) T: Ges.f. Ästhetik u. allg. Kunstwiss. H: M.Dessoir - R - V: Enke, Stuttgart							→ H: Möller-Freienfels → bis 1943 →
<b>Die Tierwelt</b> (1925) T: Euckenbund - H: E.Erdsiek - R - V: Junker und Dünnhaupt, Berlin - A: 1000					H: Jordan, Eucken		→ → → → → bis 1943 →
<b>Jahrbuch der Schopenhauer-Gesellschaft</b> (1912, neubegr. 1948) T: Schopenh.-Ges. H.: H.Zint - V: C.Winter, Heidelberg							→ H: Hübner → bis 1944
<b>Der Weg zur Vollendung</b> (1920) T: Schule der Weisheit (Ges.f. freie Phil.) - H: Graf H.Keyserling V: Otto Reichl, Darmstadt A: 3000							→ → → → → → → → → bis 1941 → →
<b>Logos</b> (1910) H: R.Kroner - M: B.Bauch, J.Binder, E.Cassirer, F.Meinecke, R.Otto, E.Spranger, K.Vossler R - V: Mohr - A: 1250							→ → →
<b>Zs.f. Deutsche Kulturphil. NF d. Logos</b> H: H.Glockner, K.Larenz - M: B.Bauch, J.Binder, H.Freyer, T.Haering, N.Hartmann, H.Heimsoeth, E. G. Kolbenheyer, H.Rickert, E.Rothacker, E.Spranger, K.Vöbler, H.Wölfflin, M.Wundt - R - V: Mohr							→ → → → → → → → → bis 1944 → →
<b>Erkenntnis</b> (1930) T: Ges.f.wiss.Philosophie und Verein Ernst Mach - H: R.Carnap, H.Reichenbach - R - V: Meiner - A: 800							→ → → → → → → → → H: Carnap → → Exil
<b>Abhandlungen der Fries'schen Schule</b> (NF 1904) H: O.Meyerhof, G.Hermann, M.Specht R - V: Öff.Leben - A: 500							→ → → → → → → → → → →
<b>Grundwissenschaft</b> (1919) T: Johannes-Rehmke-Gesellschaft H: J.E.Heyde - R - V: Meiner - A: 500							→ → → → → → → → → → →
<b>Philosophie und Schule</b> (1929) H: H.Leisegang - M: u.a. B.Bauch, N.Hartmann, Jesinghaus, Spranger R-V: Junker/Dünnhaupt							→ → → → → → → →
<b>Zs.f. Rechtsphil. in Lehre u. Praxis</b> (1914) H: E.Jung, H.Reichel - R V: Meiner, Leipzig A: 400							→ → → → → → → →
<b>Der philosophische Unterricht</b> (1930) T: Ges.f.phil.Unterr. - H: A.Liebert, H: Löpelmann K.Krippendorf - V: Pan-Verlagsges. Krippendorf							H: Löpelmann Krippendorf →
<b>Philosophie und Leben</b> (1925) H: A.Messer - R-A: 1800 - V: Meiner, Leipzig							→ →
<b>Philosophische Hefte</b> (1928) H: M.Beck - R - A: 400 V: M.Beck, Berlin							→ → → 1933-36 Prag

Quellen: Spertling's 1931, 1933, 1935, 1937, 1939; Minerva 1930, 1933, 1937; Kürschner 1935; König/Hogrebe/Karup 1972

## Abkürzungen und Siglen

oP	ordentlicher Professor
aoP	(beamteter) außerordentlicher Professor
aplP	außerplanmäßiger Professor
HonP	Honorarprofessor
nbaop	nichtbeamteter außerordentlicher Professor
PD	Privatdozent
LB	Lehrbeauftragter
NF	(Lehrstuhl )Nachfolger
BBG	Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums (7.4.33)
RBG	Reichsbürgergesetz (15.9.33)
DSt	Deutsche Studentenschaft
NSDDB	Nationalsozialistischer Deutscher Dozentenbund
NSDStB	Nationalsozialistischer Deutscher Studentenbund
NSLB	Nationalsozialistischer Lehrerbund
REM	Reichsministerium für Erziehung, Wissenschaft und Volksbildung
RKK	Reichskulturkammer
RSK	Reichsschrifttumskammer
RSHA	Reichssicherheitshauptamt
BDC	Berlin Document Center
AGPD	Allgemeine Gesellschaft für Philosophie in Deutschland e.V.
DGEK	Deutsche Gesellschaft für ethische Kultur
DPhG	Deutsche Philosophische Gesellschaft
DGP	Deutsche Gesellschaft für Psychologie
DGS	Deutsche Gesellschaft für Soziologie
IVR	Internationale Vereinigung für Rechts und Sozialphilosophie
DAZ	Deutsche Allgemeine Zeitung
FZ	Frankfurter Zeitung
VB	Völkischer Beobachter
VZ	Vossische Zeitung
VW	Volk im Werden
NSMH	Nationalsozialistische Monatshefte
ARS	Archiv für Rechts und Sozialphilosophie. 1907 1944, 1949
BDP	Blätter für deutsche Philosophie. 1927-44
DT	Divus Thomas. Jb f. Philosophie und spekulative Theologie, III. Serie. 1914-53
Erk	Erkenntnis. 1930 1940, 1975
GW	Grundwissenschaft. Phil. Zeitschrift der Johannes Rehmke Gesellschaft. 1919 1937
JSG	Jahrbuch der Schopenhauer Gesellschaft. 1912 (ab Bd.XXXII/1945 48: Schopenhauer-Jahrbuch)
KS	Kant Studien. 1896 1936, N.F. 1942 44, 1953
PhJ	Philosophisches Jahrbuch (der Görres Gesellschaft). 1888 1942, 1946
PhL	Philosophie und Leben. 1925 33
PU	Philosophie und Schule. 1929 1934
RphA	Reichs Philosophischer Almanach. Internat. Jahrbuch der Philosophie der Gegenwart. 3 Bde. 1923, 1925/26, 1927
Schol	Scholastik. Vierteljahresschrift für Theologie und Philosophie. 1926-1965
TW	Die Tatwelt. 1925 43
WzV	Der Weg zur Vollendung. Mitteilungen der Schule der Weisheit. 1920 1942
ZÄK	Zeitschrift für Ästhetik und allgemeine Kunstwissenschaft. 1905-43
ZDK	Zeitschrift für Deutsche Kulturphilosophie. Neue Folge des Logos (1910 33). 1935 44
Zfs	Zeitschrift für Sozialforschung. 1932 41
ZphF	Zeitschrift für philosophische Forschung. 1946

## Literaturverzeichnis

### 1. Quellen- und Nachschlagewerke

- Boberach, H. (Hrsg.), 1984: *Meldungen aus dem Reich. Die geheimen Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS 1938 1945*. 17 Bde. Herrsching
- Deutsches Führerlexikon 1934/35. Berlin
- Domay, F. (Hrsg.), 1964, 1977: *Handbuch der deutschen wissenschaftlichen Gesellschaften*. Wiesbaden
- Geldsetzer, L., 1971: *Allgemeine Bücher und Institutionenkunde für das Philosophiestudium*. Freiburg, München
- Hogrebe, W., R.Kamp und G.König, 1972: *Periodica philosophica. Eine internationale Bibliographie philosophischer Zeitschriften von den Anfängen bis zur Gegenwart*. Düsseldorf
- Kürschners Deutscher Gelehrten Kalender. Hrsgg. v. G. Lüdtkke. 5.Ausg. 1935, 6.Ausg. 1940/41. Berlin, Leipzig
- Kröner, P., 1983: *Vor fünfzig Jahren. Die Emigration deutsch sprachiger Wissenschaftler 1933 1939*. Münster
- List of Displaced German Scholars (erstellt von der Notgemeinschaft Deutscher Wissenschaftler im Ausland mit Unterstützung der Rockefeller Foundation). 1936 und 1937 (Supplementary List). London
- Liste des schädlichen und unerwünschten Schrifttums. Stand vom 31. 1938 und Jahreslisten 1939-41. Vaduz 1979 (unveränd. Nachdruck der Ausgaben Leipzig 1939 1941)
- Minerva. Jahrbuch der gelehrten Welt. Ausgaben 1930, 1934, 1936, 1938. Berlin, Leipzig
- Overesch/Saal, 1982: *Das Dritte Reich 1933 1939. Chronik deutscher Zeitgeschichte Bd. 2/I*. Düsseldorf
- Philosophischer Handkatalog. Hrsg. im Auftrag der deutschen Verleger phil. Schrifttums von Felix Meiner Verlag in Leipzig. Bearb.v. W.Schingnitz und R.Schmidt. Leipzig 1926, Erster «und letzter» Nachtrag 1927/28
- Poliakov, Léon, und Joseph Wulf (Hrsg.), 1959: *Das Dritte Reich und seine Denker*. West Berlin
- Röder, W., und H.A. Strauss (Hrsg.), 1983: *Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933, Bd. 2*. München, New York, London, Paris
- Schneeberger, G., 1962: *Nachlese zu Heidegger*. Bern
- Schottländer, R., 1988: *Verfolgte Berliner Wissenschaftler*. West Berlin
- Sperlings Zeitschriften und Zeitungs Adreßbuch. Ausgaben 1930, 1931, 1933, 1935, 1937, 1939. Leipzig
- 300 Notable Emigrés. In: Fleming/Bailyn (s.5)
- Wer ist's? Bd. X/1935
- Ziegenfuß, W., 1949: *Philosophen Lexikon. Handbuch der Philosophie nach Personen*, 2 Bde. Berlin

### 2. Erinnerungen und Selbstdarstellungen

- Arendt, Hannah, 1969: *Martin Heidegger zum 80.Geburtstag*. In: Merkur 23
- Baumgardt, D., 1965: *Looking Back on a German University Career*. In: Yearbook X, Leo Baeck Institute of Jews from Germany «auch Sonderdruck». London
- Bollnow, O.F., 1983: *Otto Friedrich Bollnow im Gespräch*. Hrsg.v. H. P.Göbbeler u. H.Lessing. Freiburg
- Cassirer, T., 1981: *Mein Leben mit Ernst Cassirer*. Hildesheim
- Dessoir, M., 1946: *Buch der Erinnerung*. Stuttgart
- Driesch, H., 1951: *Lebenserinnerungen. Aufzeichnungen eines Forschers und Denkers in entscheidender Zeit*. München, Basel

- Gadamer, H.G., 1977: Philosophische Lehrjahre. Frankfurt/M.
- Gadamer, H.G., 1990: »... die wirklichen Nazis hatten doch überhaupt kein Interesse an uns«. Hans-Georg Gadamer im Gespräch mit Dörte von Westernhagen. In: *Das Argument* 182
- Glockner, H., 1968: Mein Beitrag zur Philosophie. In: *Ges.Schriften IV*. Bonn
- Glockner, H., 1969: Heidelberg Bilderbogen. Erinnerungen. Bonn
- Grassi, E., 1979: [Autobiographische Einleitung] in: ders., *Die Macht der Phantasie. Zur Geschichte abendländischen Denkens*. Königstein/Ts.
- Grassi, E., 1990: »Reisen ohne anzukommen«. Ein Gespräch mit Prof. Ernesto Grassi. In: *Widerspruch — Münchner Zeitschr.f.Philosophie* 18
- Heidegger, M., 1976: »Nur noch ein Gott kann uns retten«. Spiegel-Gespräch mit Martin Heidegger am 23. Sept. 1966. In: *Der Spiegel* 23
- Heidegger, M., 1983: Das Rektorat 1933/34 (Erstveröff.e.Niederschrift a.d.J.1945). In: ders., *Die Selbstbehauptung der deutschen Universität / Das Rektorat 1983*, hrsgg.v.H.Heidegger. Frankfurt/M.
- Hübscher, A., 1954: Wer war Hans Zint? In: Hans Zint: Schopenhauer als Erlebnis. München, Basel
- Hübscher, A., 1966: *Leben mit Schopenhauer*. Frankfurt/M.
- Jaspers, K., 1956: Nachwort zur zweiten Auflage. In: *Existenzphilosophie. Drei Vorlesungen, gehalten am Freien deutschen Hochstift in Frankfurt a.M., September 1937*. Berlin, New York
- Jaspers, K., 1977: *Philosophische Autobiographie*. Erw. Neuausgabe, München
- Klemperer, K.von, o.J.: *Konservative Begegnungen zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus*. München, Wien
- Klemperer, V., 1946: *LTI. Notizbuch eines Philologen*. Halle (zit. Ausgabe: Frankfurt/M. 1975)
- König, R., 1980: *Leben im Widerspruch*. Frankfurt/M., Berlin, Wien
- Krings, H., 1987: *Die Philosophie zwischen Anpassung und Selbstbehauptung «Gespräch mit W. Henckmann, A.v.Pechmann u. E.Treptow über die Phil. an der Univ. München 1933-45»*. In: *Widerspruch — Münchner Zeitschr.f.Philosophie* 13
- Löwith, K., 1986: *Mein Leben in Deutschland vor und nach 1933. Ein Bericht*. Stuttgart
- Paulhan, J., 1970: *Groethuysens Tod in Luxemburg*. In: *Neue Rundschau* H.1
- Pongratz, L.J. (Hrsg.): *Philosophie in Selbstdarstellungen*. Bd. I m. Beitr. v. E.Bloch, I.M.Bochenski, A.Dempff, H.Glockner, H.-E.Hengstenberg, P.Jordan, W.Marx, J.Pieper, H.Plessner. Bd. II m.Beitr.v. G.Günther, D.v.Hildebrandt, L.Landgrebe, B.Liebrucks, F.Mayer-Hillebrand, W.Schulz, WWeisedel, C.F.v.Weizsäcker. Bd. III m.Beitr.v. J.Ebbinghaus, H.-G.Gadamer, H.Heimsoeth, E.Heintel, F.Kaulbach, H.Kuhn. Hamburg 1975
- Popper, K.R., 1979: *Ausgangspunkte. Meine intellektuelle Entwicklung*. Hamburg
- Reinhardt, K., 1955: *Akademisches aus zwei Epochen*. In: *Die neue Rundschau* LXVI/1955, H.1
- Rothacker, E., 1963: *Heitere Erinnerungen*. Bonn
- Schottlaender, R., 1986: *Trotz allem ein Deutscher. Mein Lebensweg seit Jahrhundertbeginn*. Freiburg i.B.
- Spranger, E., 1955: *Mein Konflikt mit der nationalsozialistischen Regierung*. In: *Universitas* X, 457-473

### 3. Sekundärliteratur

- Abendroth, W., 1966: *Das Unpolitische als Wesensmerkmal der deutschen Universität*. In: *Nationalsozialismus und die deutsche Universität*
- Adam, U.D., 1977: *Hochschule und Nationalsozialismus. Die Universität Tübingen im Dritten Reich*

- Albrecht, E., u.a., 1961: Die deutsche Philosophie von 1917/1945. Berlin/DDR
- Alisch, R., 1989: Heideggers Rektoratsrede im Kontext. In: Haug (Hrsg.)
- Althusser, L., 1972: Lenin und die Philosophie. Reinbek
- Althusser, L., 1985: Philosophie und spontane Philosophie der Wissenschaftler. West-Berlin
- Anderbrügge, K., 1978: Völkisches Rechtsdenken. Zur Rechtslehre in der Zeit des Nationalsozialismus. West Berlin
- Apel, K. O. (Hrsg.): Zurück zur Normalität? Oder könnten wir aus der nationalen Katastrophe etwas Besonderes gelernt haben? Das Problem des Übergangs zur postkonventionellen Moral in spezifisch deutscher Sicht. In: Forum (Hrsg.)
- Asmus, W., 1990: Richard Kroner (1884-1974). Ein Philosoph und Pädagoge unter dem Schatten Hitlers. Frankfurt/M., Bern, New York, Paris
- Autorenkollektiv (Ltg. H.Laitko), 1987: Wissenschaft in Berlin. Von den Anfängen bis zum Neubeginn nach 1945. Berlin/DDR
- Baumgartner, H.M., und H.M.Sass, 1978: Philosophie in Deutschland 1945/1975. Meisenheim
- Becker, H., 1987: Aufstellung der Professoren, Privatdozenten, Lehrbeauftragten und Nachwuchswissenschaftler, die infolge der nationalsozialistischen Maßnahmen die Universität Göttingen verlassen mußten. In: Becker u.a.
- Becker, H., H. J.Dahms und C.Wegeler (Hrsg.), 1987: Die Universität Göttingen unter dem Nationalsozialismus. Das verdrängte Kapitel ihrer 250jährigen Geschichte. München, London, New York, Oxford, Paris
- Beyer, W.R., 1970: Hegel Bilder. Kritik der Hegel Deutungen. 3., überarb.u.erg.Aufl., Berlin/DDR
- Beyer, W.R., 1975: »Hegel und die Russen«. In: DZfPh, H.12
- Beyerchen, A.D., 1980: Wissenschaftler unter Hitler. Physiker im Dritten Reich. Köln
- Bleuel, H.P., 1968: Deutschlands Bekenner. Professoren zwischen Kaiserreich und Diktatur. Bern, München, Wien
- Böhler, D., 1988: Die deutsche Zerstörung des politisch ethischen Universalismus. Über die Gefahr des heute (post)modernen Relativismus und Dezisionismus. In: Forum (Hrsg.)
- Bollmus, R., 1970: Das Amt Rosenberg und seine Gegner. Studien zum Machtkampf im nationalsozialistischen Herrschaftssystem. Stuttgart
- Bourdieu, P., 1975: Die politische Ontologie Martin Heideggers. Frankfurt/M.
- Bourdieu, P., 1988: »... ich glaube, ich wäre sein bester Verteidiger.« Ein Gespräch mit Pierre Bourdieu über die Heidegger Kontroverse. In: Das Argument 171
- Bracher, K.D., W.Sauer und G.Schulz, 1962: Die nationalsozialistische Machtergreifung. Studien zur Errichtung des totalitären Herrschaftssystems in Deutschland 1933/34. Köln, Opladen
- Brednich, R.W., 1987: Volkskunde die völkische Wissenschaft von Blut und Boden. In: Becker u.a. (Hrsg)
- Brunkhorst, H., 1987: Der Intellektuelle im Land der Mandarine. Frankfurt/M.
- Buselmeier, K., D.Harth und C.Jansen (Hrsg.) 1985: Auch eine Geschichte der Universität Heidelberg. Mannheim
- Dahms, H. J. (Hrsg.), 1985: Philosophie, Wissenschaft, Aufklärung. Beiträge zur Geschichte und Wirkung des Wiener Kreises. Berlin, New York
- Dahms, H. J., 1985a: Vertreibung und Emigration des Wiener Kreises zwischen 1931 und 1940. In: Dahms (Hrsg.)
- Dahms, H. J., 1987: Aufstieg und Ende der Lebensphilosophie. Das Philosophische Seminar der Universität Göttingen zwischen 1917 und 1950. In: Becker u.a.
- Dahms, H. J., 1988: Die Emigration des Wiener Kreises. In: Stadler (Hrsg.)
- Dahms, H. J., 1988a: Die Bedeutung der Emigration des Wiener Kreises für die Entwicklung der Wissenschaftstheorie. In: Stadler (Hrsg.), Bd.2



*Literaturverzeichnis*

- Dahms, H.-J., 1990: Die Vorgeschichte des Positivismus-Streits: von der Kooperation zur Konfrontation. Die Beziehungen zwischen Frankfurter Schule und Wiener Kreis 1936-43. In: Jb.f.Sozilogiegeschichte 1990. Opladen
- Demirovic, A., 1990: Symphilosophie oder die organisierte Philosophie. Die allgemeine Gesellschaft für Philosophie in Deutschland und ihre Veranstaltungen (1947-1951). In: Widerspruch — Münchner Zeitschr.f.Philosophie 18
- Die deutsche Universität im Dritten Reich. Eine Vortragsreihe der Universität München. München 1966
- Dilly, H., 1987: Ästhetik und allgemeine Kunstwissenschaft. In: T.Buddensieg, K.Düwell u. K.-J.Sembach (Hrsg.): Wissenschaften in Berlin. Bd.: »Gedanken«. West-Berlin
- Dymnicki, G., u.a., 1989: Rückblicke. Augenblicke. Ausblicke. Zur Geschichte des Psychologischen Instituts München. München
- Dyserinck, H., 1970: Graf Hermann Keyserling und Frankreich. Ein Kapitel deutsch-französischen Geisteslebens im 20. Jahrhundert. Bonn
- Ebneth, R., 1976: Die österreichische Wochenschrift »Der christliche Ständestaat«. Deutsche Emigration in Österreich 1933 bis 1938. Mainz
- Eisermann, W., 1983: Zur Wirkungsgeschichte Eduard Sprangers — Dargestellt an Reaktionen auf sein Rücktrittsgesuch im April 1933. In: Eisermann u.a.
- Eisermann, W., H.J.Meyer und H.Röhrs (Hrsg.), 1983: Maßstäbe. Perspektiven des Denkens von Eduard Spranger. Düsseldorf
- Erdmann, K.D., 1972: Kurt Riezler. Ein politisches Profil. In: ders. (Hrsg.): Kurt Riezler: Tagebücher, Aufsätze, Dokumente. Göttingen
- Erdmann, K.D., 1976: Deutschland unter der Herrschaft des Nationalsozialismus. Gebhardt: Handbuch der deutschen Geschichte, Band 20 (9., neu bearb.Aufl.). Stuttgart
- Farias, V., 1989: Heidegger und der Nationalsozialismus. Frankfurt/M.
- Faust, A., 1980: Professoren für die NSDAP. Zum politischen Verhalten der Hochschullehrer 1932/33. In: Heinemann 1980
- Ferber, C. von, 1956: Die Entwicklung des Lehrkörpers der deutschen Universitäten und Hochschulen 1864-1954. Göttingen
- Forum 1988: Zerstörung des moralischen Selbstbewußtseins: Chance oder Gefährdung? Praktische Philosophie in Deutschland nach dem Nationalsozialismus. Hgg.v.Forum für Philosophie Bad Homburg. Frankfurt/M.
- Friederich, Th., 1989: Theodor Litts Warnung vor »allzu direkten Methoden«. In: Haug (Hrsg.)
- Flitner, A. (Hrsg.): Deutsches Geistesleben und Nationalsozialismus. Eine Vortragsreihe der Universität Tübingen. Tübingen
- Frontabschnitt Hochschule. Die Gießener Universität im Nationalsozialismus. Mit Beiträgen von Hans-Jürgen Böhles u.a. Gießen 1982
- Gerl, H.-B., 1985: Romano Guardini 1885-1968. Leben und Werk. Mainz
- Geuter, U., 1984: Die Professionalisierung der deutschen Psychologie im Nationalsozialismus. Frankfurt/M.
- Giles, G.J., 1980: Die Idee der politischen Universität. Hochschulreform nach der Machtergreifung. In: Heinemann (Hrsg.)
- Golczewski, F., 1988: Kölner Universitätslehrer und der Nationalsozialismus. Personengeschichtliche Ansätze. Köln, Wien
- Grossner, K., 1971: Verfall der Philosophie. Politik deutscher Philosophen. Hamburg
- Habermas, J., 1953: Mit Heidegger gegen Heidegger denken. Zur Veröffentlichung von Vorlesungen aus dem Jahre 1935. FAZ, 25.7. (in: ders., 1971)
- Habermas, J., 1971: Philosophisch-politische Profile (Erw. Ausg. 1981). Frankfurt/M.
- Haller, R., 1988: Die philosophische Entwicklung in Österreich am Beginn der Zweiten Republik. In: F.Stadler (Hrsg.): Kontinuität und Bruch 1938 — 1945 — 1955. Beiträge zur österreichischen Kultur- und Wissenschaftsgeschichte. Wien, München
- Hartmann, F., 1989: Geistiger Anschluß. Die Wiener Philosophie und der Nationalsozialismus. In: Information Philosophie H.3, Juli

- Hartshorne, E.Y., 1937: *The German Universities and Nation I Socialism*. London (Reprint New York 1982)
- Haug, W.F., 1980: *Annäherung an die faschistische Modalität des Ideologischen*. In: PIT 1980
- Haug, W.F., 1987: *Vom hilflosen Antifaschismus zur »Gnade der späten Geburt*. Hamburg, West Berlin
- Haug, W.F. (Hrsg.), 1989: *Deutsche Philosophen 1933*. Hamburg
- Haug, W.F., 1989a: *Philosophie im Deutschen Faschismus*. In: ders. (Hrsg.)
- Haug, W.F., 1989b: *Nicolai Hartmanns Neuordnung von Wert und Sinn*. In: ders. (Hrsg.)
- Heer, F., 1988: *Der Glaube des Adolf Hitler. Anatomie einer politischen Religiosität*. München, Esslingen
- Hegselmann, R., 1983: *Empiristischer Antifaschismus Das Beispiel Otto Neurath*. In: *Dialektik 7*
- Hegselmann, R., 1985: *Die Korrespondenz zwischen Otto Neurath und Rudolf Carnap aus den Jahren 1934 bis 1945 ein vorläufiger Bericht*. In: Dahms (Hrsg.)
- Hegselmann, R., 1988: *Alles nur Mißverständnisse? Zur Vertreibung des Logischen Empirismus aus Österreich und Deutschland*. In: Stadler (Hrsg.), Bd.2
- Heinemann, M. (Hrsg.), 1980: *Erziehung und Schulung im Dritten Reich. Teil 2: Hochschule, Erwachsenenbildung*. Stuttgart
- Heller, H., 1921: *Hegel und der nationale Machtstaatsgedanke in Deutschland*. Leipzig 1921
- Henckmann, W., 1987: *Philosophie an der Universität München 1933 1945*. In: *Widerspruch Münchner Zeitschr.f.Philosophie 13*
- Henle, M., 1979: *Einer kuschte nicht. Wolfgang Köhlers Kampf gegen die Nazis*. In: *Psychologie heute 6, H.3*
- Hessen, J., 1946: *Der geistige Wiederaufbau Deutschlands*. Stuttgart
- Hochkeppel, W.: *Art. »Philosophie«*. In: M: Greiffenhagen u.a.: *Handwörterbuch zur politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland*. Opladen
- Hohmann, W.L., 1984: (Biographische Notiz) in: Friedrich Würzbach: *Zwei unveröffentlichte Manuskripte aus dem Nachlaß*. Essen
- Holz, H. H., 1986: *Philosophie als bürgerliche Weltanschauung. Umerziehung und Restauration westdeutsche Philosophie im ersten Nachkriegsjahrzehnt*. In: *Dialektik 11*
- Hülsmann, Heinz, 1987: *Philosophie studieren*. In: *Widerspruch Münchner Zeitschr.f.Philosophie 13*
- Jaspers, Karl, 1946: *Die Schuldfrage*. Heidelberg, Zürich. Neuausgabe München 1987
- Jay, M., 1976: *Dialektische Phantasie. Die Geschichte der Frankfurter Schule und des Instituts für Sozialforschung 1923 1950*. Frankfurt/M.
- Johannesson, J., 1955: *Ferdinand Tönnies' Verhältnis zur Hobbes Gesellschaft*. In: *Kölner Zeitschr.f.Sociologie u.,Sozialpsych. VII*
- Kamlah, A., 1983: *Die philosophiegeschichtliche Bedeutung des Exils (nicht marxistischer) Philosophen zur Zeit des Dritten Reiches*. In: *Dialektik 7*
- Kater, M.H., 1981: *Die nationalsozialistische Machtergreifung an den deutschen Hochschulen. Zum politischen Verhalten akademischer Lehrer bis 1939*. Hans J. Vogel (Hrsg.): *Die Freiheit des Anderen. Festschrift für Martin Hirsch*. Baden Baden
- Klapp, G., 1946: *August Messer — Leben und Werk. Ein Nachruf post festum und erste Würdigung*. In: *ZphF I*
- Klapp, G., 1960: *Schopenhauertradition und forschung im zwanzigsten Jahrhundert*. In: *ZphF XIV*
- Kleinberger, A.F., 1980: *Gab es eine nationalsozialistische Hochschulpolitik?* In: *Heinemann*
- Klingemann, C., 1986: *Soziologen vor dem Nationalsozialismus. Szenen aus der Selbstgleichschaltung der Deutschen Gesellschaft für Soziologie*. In: J. Hülsmann und R. Schellhase: *Soziologiegeschichte. Identität und Krisen einer »engagierten« Disziplin*. West Berlin

- Klingemann, C., 1990: Entnazifizierung und Soziologiegeschichte. In: Jb.f.Sociologiegeschichte 1990. Opladen
- Klinger, G., 1989: Freiheit als »freiwillige Aufgabe der Freiheit«. Arnold Gehlens Umbau des deutschen Idealismus. In: Haug (Hrsg.)
- Köhler, F., 1966: Zur Vertreibung humanistischer Gelehrter 1933-34. In: Blätter für dt. und internat. Politik, Bd. XI
- Köhler, W., 1979: Der Wiener Kreis. Zur Geschichte der anderen deutschen Exilphilosophie. In: Frankfurter Rundschau 20.1.
- Kowall, M., 1983: Die 1938 von der Universität verwiesenen Mitglieder des akademischen Lehrkörpers der Philosophischen Fakultät Wien. Ungedr.geisteswiss.Diss., Wien (zit.n. Weinzierl 1988, 58)
- Kropp, G., 1948: Arthur Liebert in memoriam. In: ZphF III/1948
- Labica, G., 1986: Der Marxismus-Leninismus. Elemente einer Kritik. West-Berlin
- Laugstien, Th., 1984: Bourdieus Theorie ideologischer Diskurse. In: Das Argument 148
- Laugstien, Th., 1989: Die protestantische Ethik und der »Geist von Potsdam«. Sprangers Rekonstruktion des Führerstaats aus dem Prinzip persönlicher Verantwortung. In: Haug (Hrsg.)
- Leaman, G., 1991: German Philosophy and the »Amt Rosenberg«. Unveröff.Ms., Amherst/Mass. (i.Vorb.)
- Leske, M., 1983: Zur Stellung und Demagogie der Naziphilosophie im »Dritten Reich«. In: Dt.Zeitschr.f.Philosophie XXXI, H.11
- Leske, M., 1990: Philosophen im »Dritten Reich«. Studie zu Hochschul- und Philosophiebetrieb im faschistischen Deutschland. Berlin/DDR
- Lieber, H.J., o.J. «1950»: Hans Leisegang zum 60. Geburtstag (Mit e.Bibl.v.J.Müller). O.O. (West-Berlin)
- Liebermann, P., 1988: Die Selbstgleichschaltung der Universität. In: W.Blaschke u.a. (Hrsg.): Nachhilfe zur Erinnerung. 600 Jahre Universität zu Köln. Köln
- Losemann, V., 1977: Nationalsozialismus und Antike. Hamburg
- Losemann, V., 1980: Zur Konzeption der NS-Dozentenlager. In: Heinemann (Hrsg.)
- Lotter, K., 1987: Zum Begriff der Deutschen Philosophie. In: Widerspruch — Münchner Zeitschrift für Philosophie 13
- Lotter, K., 1987a: Nietzsche Aneignung im deutschen Faschismus. In: Widerspruch 13
- Lotter, K., 1990: Exil und Rückkehr. Deutsche Philosophie vor und nach 1945. In: Widerspruch 18
- Lübbe, H., 1963: Politische Philosophie in Deutschland. Basel, Stuttgart
- Lübbe, H., 1965: Säkularisierung. Geschichte eines ideenpolitischen Begriffs. Freiburg, München
- Lübbe, H., 1988a: Verdrängung? Über eine Kategorie zur Kritik des deutschen Verhältnisses. In: Forum (Hrsg.)
- Lübbe, H., 1988b: Zusammenfassende Diskussionsbemerkung. In: Forum (Hrsg.)
- Lukács, G., 1953: Die Zerstörung der Vernunft. Neuausg., 3 Bde., Neuwied, West-Berlin 1973f
- Lundgreen, P., 1985 Hochschulpolitik und Wissenschaft im Dritten Reich. In: ders. (Hrsg.): Wissenschaft im Dritten Reich. Frankfurt/M.
- LW = Lenin Werke. Berlin/DDR
- Maier, H., 1966: Nationalsozialistische Hochschulpolitik. In: Die deutsche Universität im Dritten Reich
- Marcuse, H., 1962: Vernunft und Revolution. Hegel und die Entstehung der Gesellschaftstheorie. Neuwied, West-Berlin
- Marwedel, R., 1987: Theodor Lessing 1872 1933. Ein Biographie. Darmstadt, Neuwied
- Matzat, H.L., 1949: Rückschau und Vorblick der Kant Gesellschaft. In: ZphF IV
- Mehrtens, H., und S.Richter (Hrsg.), 1980: Naturwissenschaft, Technik und NS-Ideologie. Frankfurt/M.

- Meier, H., 1988: Carl Schmitt, Leo Strauss und der Begriff des Politischen. Stuttgart
- Menzler, E., 1989: »Ich wünsche die Wahrheit und nichts als die Wahrheit ...«. Das politische Testament des deutschen Mathematikers und Logikers Gottlob Frege. Eine Lektüre seines Tagebuchs vom 10.3. bis 9.5.1924. In: Forum 432
- Meran, J., 1990: Die Lehrer am Philosophischen Seminar der Universität Hamburg während der Zeit des Nationalsozialismus. In: E.Krause, L.Huber, H.Fischer (Hrsg.): Die Hamburger Universität 1933 bis 1945. Hochschulalltag im Dritten Reich. West Berlin
- Miller, S., 1983: Kritische Philosophie als Herausforderung zum Widerstand gegen den Nationalsozialismus. In: Dialektik 7
- Mödersheim, S., 1988: Husserls Nachlaß und seine Erschließung. In: Sepp (Hrsg.)
- Mohn, E., 1985: Die politische Praxis Otto Neuraths während der Räterepublik in Bayern. In: Dahms (Hrsg.)
- Müller, G., 1978: Ernst Kriek und die nationalsozialistische Wissenschaftsreform. Motive und Tendenzen einer Wissenschaftslehre und Hochschulreform im Dritten Reich. Weinheim, Basel
- Müller, K., 1985: Die verspätete Aufklärung. Wiener Kreis und kritische Theorie in der Epoche des Faschismus. In: Dahms (Hrsg.)
- Muller, J.Z., 1987: The Other God That Failed. Hans Freyer and the Deradicalization of German Conservatism. Princeton, N.J. 1987
- Mußnug, D., 1988: Die vertriebenen Heidelberger Dozenten. Zur Geschichte der Ruprecht Karls Universität nach 1933. Heidelberg
- Nationalsozialismus und die deutsche Universität. Universitätstage 1966. Veröff. der Freien Universität Berlin. West Berlin 1966
- Naumann, N., 1975: Probleme geschichtlichen Funktionswandels der Literatur. In: D.Schlenstedt (Hg.): Funktion der Literatur. Berlin/DDR
- Nicolin, F., 1981: Theodor Litt und der Nationalsozialismus. In: P.Gutjahr Löser u.a. (Hrsg.): Theodor Litt und die Politische Bildung der Gegenwart. München
- Niekisch, E., 1953: Das Reich der niederen Dämonen. Hamburg
- Nolte, E., 1965: Zur Typologie des Verhaltens der Hochschullehrer im Dritten Reich. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beil.B 46/65 z. Wochenzeitg. Das Parlament, 17.11.
- Nolte, E., 1988: Philosophie und Nationalsozialismus. In: Pöggeler/Gethmann Siefert (Hrsg.)
- Ollig, H. L., 1979: Der Neukantianismus. Stuttgart
- Orozco, T., 1990: Das philosophische »Bild der Antike« und der deutsche Faschismus. In: Das Argument 182
- Orozco, T., 1991: Hans Georg Gadamer und der deutsche Faschismus (i.Vorb.)
- Ott, H., 1988: Martin Heidegger. Unterwegs zu seiner Biographie. Frankfurt/M.
- Palußek, J.U., 1989a: Paula und Aloys Fischer. Leben und Sterben in Deutschland. In: Dymnicki u.a.
- Palußek, J.U., 1989b: Oswald Kroh. Aspekte einer Psychologenkariere. In: Dymnicki u.a.
- Pauck, W. und M., 1978: Paul Tillich. Sein Leben und Denken. Bd. 1: Leben. Frankfurt/M.
- Pechmann, A.v., 1988: Beitrag zur »Philosophie im Faschismus«. In: G.Kempken (Hrsg.): Wissenschaft: Geschichte und Verantwortung (Reihe: Forum Wissenschaft Studienheft 5). Marburg
- Pechmann, A.v., 1987: Alfred Rosenberg: Der Mythos des 20.Jahrhunderts. In: Widerspruch 13
- PIT 1980: Projekt Ideologie Theorie: Faschismus und Ideologie. 2 Bde, West Berlin
- Pöggeler, O., 1983: Der Denkweg Martin Heideggers (1963). Erw.Ausgabe, Pfullingen
- Pöggeler, O., 1988: Besinnung oder Ausflucht? Heideggers ursprünglicheres Denken. In: Forum
- Pöggeler, O., und A.Gethmann Siefert (Hrsg.), 1988: Heidegger und die praktische Philosophie. Frankfurt/M.

*Literaturverzeichnis*

- Poulantzas, N., 1973: Faschismus und Diktatur. München
- Pross, H., 1955: Die deutsche akademische Emigration nach den Vereinigten Staaten: 1933-1941. Berlin
- Ratzke, E., 1987: Das Pädagogische Institut der Universität Göttingen. Ein Überblick über seine Entwicklung in den Jahren 1923-1949. In: Dahms (Hrsg.)
- Rehmann, J., 1986: Die Kirchen im NS-Staat. Untersuchung zur Interaktion ideologischer Mächte. West-Berlin
- Reimann, B.W., 1982: Deutsche Universität und Nationalsozialismus. »Selbst-Gleichschaltung«, Selbstpolitisierung — Probleme der Vergangenheitsbewältigung. In: Frontabschnitt Hochschule
- Ringer, F.K., 1983: Die Gelehrten. Der Niedergang der deutschen Mandarine 1890-1933. Stuttgart
- Roch, K., 1987: Von Logos, Geisteskampf und germanischem Weistum. Ein Streifzug durch die phil. Zeitschriften im deutschen Faschismus. In: Widerspruch — Münchner Zeitschr.f.Philosophie 13
- Rode, H., und E.Klug, 1981: Ferdinand Tönnies' Verhältnis zum Nationalsozialismus und Faschismus. In: L.Clausen u. F.V.Pappi (Hrsg.): Ankunft bei Tönnies. Soziologische Beiträge zum 125. Geburtstag von Ferdinand Tönnies. Kiel
- Rottleuthner, H. (Hrsg.), 1983: Recht, Rechtsphilosophie und Nationalsozialismus. Vorträge aus der Tagung der Deutschen Sektion der Int.Vrgg.f.Rechts- u.Sozialphilosophie (IVR) v.11.u.12.Okt. in Berlin (West). Wiesbaden
- Rügemer, W., 1979: Philosophische Anthropologie und Epochenkrise. Studie über den Zusammenhang von allgemeiner Krise des Kapitalismus und anthropologischer Grundlegung der Philosophie am Beispiel Arnold Gehlens. Köln
- Sauder, G. (Hrsg.), 1983: Die Bücherverbrennung. 10.Mai 1933. München, Wien
- Schäfer, G., 1990: Zur wissenschaftlichen und politischen Rolle Helmut Schelskys im deutschen Faschismus. unveröff.Ms. (i.Vorb.)
- Scherzer, O., 1965: Physik im totalitären Staat. In: Flitner (Hrsg.)
- Schivelbusch, W., 1982: Intellektuellendämmerung. Zur Lage der Frankfurter Intelligenz in den zwanziger Jahren. Frankfurt/M.
- Schmitt, E., 1971: Nachwort. In: B.Groethuysen: Philosophie der Französischen Revolution. Neuwied, Berlin
- Schnädelbach, H., 1983: Philosophie in Deutschland 1831-1933. Frankfurt/M.
- Schnädelbach, H., und E.Martens, 1985: Zur gegenwärtigen Lage der Philosophie. In: Dies. (Hrsg.): Philosophie. Ein Grundkurs. Reinbek
- Schnädelbach, H., 1990: Deutsche Philosophie seit 1945. In: W.Prinz, P.Weingart: Die sog. Geisteswissenschaften. Innenansichten. Frankfurt/M.
- Schönwälder, K., 1985: »Kriegseinsatz der Geisteswissenschaften«. In: Forum Wissenschaft, H.2
- Schorcht, C., 1990: Philosophie an den bayerischen Universitäten 1933-1945. Erlangen
- Schroeder, P., 1980: Art. »Kurt Grelling«. In: J.Mittelstraß (Hrsg.): Enzyklopädie Philosophie und Wissenschaftstheorie, Bd.1 Mannheim, Wien, Zürich
- Schweicher, R., 1983: Zur Liquidation des Frankfurter Instituts für Sozialforschung. In: Dialektik 7
- Sepp, H.R. (Hrsg. i.A.d. Husserl-Archiv Freiburg/B.): Edmund Husserl und die phänomenologische Bewegung. Zeugnisse in Text und Bild. Freiburg, München
- Siegert, M., 1981a: Der Mord an Professor Moritz Schlick. In: Leopold Spira (Hrsg.): Attentate, die Österreich erschütterten. Wien
- Sieß, J., 1981 (Hrsg.): Vermittler. H.Mann, Benjamin, Groethuysen, Kojève, Szondi, Heidegger in Frankreich, Goldmann, Sieburg. Deutsch-französisches Jahrbuch 1. Frankfurt/M.
- Simon, G., u.a., 1990: Der Krieg als Krönung der Wissenschaft. Deutsche Forschungspolitik im 2.Weltkrieg (in Vorb.).

- Sunderland, K.: 1982: Antikonservatisches Denken in der Wiener Republik. Die politische Ideen des deutschen Nationalismus zwischen 1918 und 1933. München/Syngenta, E., 1946: Die Frage der deutschen Schuld (deutsch. Ausw. zweiter Vortrag-Bd. v. 153.46 n. 256.66). In: Ges. Schriften Bd. 8, hrsgg. v. H. J. Mayer, Tübingen 1980
- Sunderland, E.: 1982: Vom Nationalismus zur antisemitischen Weltanschauung. Aus dem Umfeld der Wirkungsgeographie von Ernst Mach in Österreich von 1895 bis 1934. Wien, 1986, 1988
- Sunderland, E.: 1985: Populärwissenschaftliche Lehren im Wiener Kreis und Maximas Ernst Machs. In: Debus (Hrsg.)
- Sunderland, E. (Hrsg.): 1988: Verschiedene Verweise, Ergänzungen und Ergänzungen der Wissenschaft 2. Bd. (M 2 = Internat. Symposium 19./20. Okt. 1987 in Wien) Wien, 1988, 1989
- Sunderland, E.: 1988: Populärwissenschaftliche Wissenschaftstheorie, Methodenlehre, Logik, Poetik zu Ernst Machs Wissenschaften. In: Sunder (Hrsg.), Bd. 2
- Sunderland, H.: 1971: Vom Feuer der Wahrheit. Der Populärwissenschaftliche Prozess. Heidelberg 1968
- Sunderland, G.: 1984: Gedanke im Bewusstsein. Universität Frankfurt 1933-1945. Frankfurt/AM, Thiel, Chr.: 1984: Folgen der Ereignisse Österreich und österreichischer Wissenschaftler, Konzepte und Logiken zwischen 1933 und 1945. In: Berichte zur Wissenschaftsgeschichte 7, 221-256
- Tegeler, E.: 1966: Begriff und das Dritte Reich. In: Der Mensch 2/3
- Tschelchowsky, K.: 1961: Ges. Werke Bd. 13. Bielefeld
- Verstehel, W.: 1967: Peter Weiss. Biographische Skizzen. In: Peter Weiss. Ges. Werke, hrsgg. v. Verstehelel, Bd. VIII, München
- Wehrer, E.: 1988: Ideologische Subjektivität in den Lebenswissenschaften. In: PTI 1988
- Wehrer, G.: 1983: Psychoanalyse in Frankfurt. Frankfurt/AM
- Wehrer, K.: 1989: Karl Robert Eger. Skizze. In: Dynamis o.s.
- Wehrer, Th.: 1989a: Arbeit am Logos des Deutschen. Ernst Reuberschen Ideen für eine NS-Kulturpolitik. In: Hing (Hrsg.)
- Wehrer, Th.: 1989b: Funktion, Form und die -ästhetische- Wendung. In: Hing (Hrsg.)
- Wehrer, Th.: 1989c: Arbeit am Logos der Wissenschaft. Semantisch-ästhetische Verflechtung. Biographische Betrachtungen am Beispiel von sprachlicher Gestaltung. In: Hing (Hrsg.)
- Wehrer, Th.: 1989d: Arbeit am Logos der Wissenschaft. Ernst Reuberschen Ideen für eine NS-Kulturpolitik. In: Hing (Hrsg.)
- Wehrer, Th.: 1989e: Arbeit am Logos der Wissenschaft. Ernst Reuberschen Ideen für eine NS-Kulturpolitik. In: Hing (Hrsg.)
- Wehrer, Th.: 1989f: Arbeit am Logos der Wissenschaft. Ernst Reuberschen Ideen für eine NS-Kulturpolitik. In: Hing (Hrsg.)
- Wehrer, Th.: 1989g: Arbeit am Logos der Wissenschaft. Ernst Reuberschen Ideen für eine NS-Kulturpolitik. In: Hing (Hrsg.)
- Wehrer, Th.: 1989h: Arbeit am Logos der Wissenschaft. Ernst Reuberschen Ideen für eine NS-Kulturpolitik. In: Hing (Hrsg.)
- Wehrer, Th.: 1989i: Arbeit am Logos der Wissenschaft. Ernst Reuberschen Ideen für eine NS-Kulturpolitik. In: Hing (Hrsg.)
- Wehrer, Th.: 1989j: Arbeit am Logos der Wissenschaft. Ernst Reuberschen Ideen für eine NS-Kulturpolitik. In: Hing (Hrsg.)
- Wehrer, Th.: 1989k: Arbeit am Logos der Wissenschaft. Ernst Reuberschen Ideen für eine NS-Kulturpolitik. In: Hing (Hrsg.)
- Wehrer, Th.: 1989l: Arbeit am Logos der Wissenschaft. Ernst Reuberschen Ideen für eine NS-Kulturpolitik. In: Hing (Hrsg.)
- Wehrer, Th.: 1989m: Arbeit am Logos der Wissenschaft. Ernst Reuberschen Ideen für eine NS-Kulturpolitik. In: Hing (Hrsg.)
- Wehrer, Th.: 1989n: Arbeit am Logos der Wissenschaft. Ernst Reuberschen Ideen für eine NS-Kulturpolitik. In: Hing (Hrsg.)
- Wehrer, Th.: 1989o: Arbeit am Logos der Wissenschaft. Ernst Reuberschen Ideen für eine NS-Kulturpolitik. In: Hing (Hrsg.)
- Wehrer, Th.: 1989p: Arbeit am Logos der Wissenschaft. Ernst Reuberschen Ideen für eine NS-Kulturpolitik. In: Hing (Hrsg.)
- Wehrer, Th.: 1989q: Arbeit am Logos der Wissenschaft. Ernst Reuberschen Ideen für eine NS-Kulturpolitik. In: Hing (Hrsg.)
- Wehrer, Th.: 1989r: Arbeit am Logos der Wissenschaft. Ernst Reuberschen Ideen für eine NS-Kulturpolitik. In: Hing (Hrsg.)
- Wehrer, Th.: 1989s: Arbeit am Logos der Wissenschaft. Ernst Reuberschen Ideen für eine NS-Kulturpolitik. In: Hing (Hrsg.)
- Wehrer, Th.: 1989t: Arbeit am Logos der Wissenschaft. Ernst Reuberschen Ideen für eine NS-Kulturpolitik. In: Hing (Hrsg.)
- Wehrer, Th.: 1989u: Arbeit am Logos der Wissenschaft. Ernst Reuberschen Ideen für eine NS-Kulturpolitik. In: Hing (Hrsg.)
- Wehrer, Th.: 1989v: Arbeit am Logos der Wissenschaft. Ernst Reuberschen Ideen für eine NS-Kulturpolitik. In: Hing (Hrsg.)
- Wehrer, Th.: 1989w: Arbeit am Logos der Wissenschaft. Ernst Reuberschen Ideen für eine NS-Kulturpolitik. In: Hing (Hrsg.)
- Wehrer, Th.: 1989x: Arbeit am Logos der Wissenschaft. Ernst Reuberschen Ideen für eine NS-Kulturpolitik. In: Hing (Hrsg.)
- Wehrer, Th.: 1989y: Arbeit am Logos der Wissenschaft. Ernst Reuberschen Ideen für eine NS-Kulturpolitik. In: Hing (Hrsg.)
- Wehrer, Th.: 1989z: Arbeit am Logos der Wissenschaft. Ernst Reuberschen Ideen für eine NS-Kulturpolitik. In: Hing (Hrsg.)

## Personenregister

- Abendroth 17, 24  
 Adler, A 153, 134f  
 Adler, M. 99, 119, 171f  
 Adler, V. 172  
 Adoratski 164  
 Adorno (Wiesengrund) 17, 90, 176, 192  
 Albertus Magnus 194  
 Altmann 181  
 Anders (Stern) 95, 177, 192  
 Apel 12, 18  
 Arendt, 17, 37, 79, 95  
 Aristoteles 14, 161, 200  
 Arndt 127  
 von Aster 85, 184  
 Baeck 153  
 Baumler 13, 23, 26-28, 30, 38-42, 44-49, 51, 68f, 74, 76-79, 86, 92, 97, 108f, 125, 127, 130f, 138, 142, 145, 160, 169, 171, 175, 191, 196, 200  
 Barillari 166  
 Bartels 25  
 Bauch 28, 30, 126-128, 131, 148, 173, 195  
 Bauer 133, 136  
 Baumgardt 86, 91  
 Baumgarten 103f  
 Baur 179  
 Bavink 148, 162, 172, 182ff, 201  
 Böcher 64  
 Beck 55, 172  
 Becker 126, 129, 177, 180  
 Beethoven 141  
 Behn 113, 179  
 Benes 167f  
 Benjamin 17, 94, 184, 192  
 Berdjajew 152  
 Berger 25  
 Bergmann 194  
 Bergson 144  
 Bernfeld 134  
 Bernstein 172  
 Bertalanffy 134  
 Berve 116  
 Binder 42f, 126f, 165f, 174f, 190, 195  
 Binding 153  
 Bismarck 154, 174f, 196  
 Bloch 14, 17, 94, 172, 184, 193  
 Böhler 18, 79  
 Böhm 199  
 Böhme 194  
 Bohr 182f  
 Bolland 164  
 Bollnow 14, 30, 68, 101, 176  
 Bordrero 168  
 Borinski 190  
 Bormann 78  
 Born 182f  
 Bornhausen 27, 171  
 Bottai 111  
 Brecht 14, 94, 172, 184  
 Brentano 118, 200  
 von Brockdorff 143f, 194  
 Brunner, C. 137, 172  
 Brunner, E. 172  
 Brunschvicg 143  
 Buber 90, 172, 181  
 Büchner 199  
 Bühler, K. 9, 119, 121f, 137  
 Bühler, Ch. 121  
 Bustamente y Montoro 166  
 Calogero 166  
 Carabellese 166  
 Carnap 133, 135f, 167, 170, 182, 194, 196  
 Caspar 194  
 Cassirer 15, 30, 90, 105, 109, 173f, 194  
 Clauß 125, 177f  
 Cohen 86, 174f  
 Cohn 26, 90, 127, 173  
 Conrad-Martius 177, 200  
 Delp 180  
 Del Vecchio 140, 143  
 Dempf 120, 122f, 179, 200  
 Descartes 144, 150, 169f, 198f  
 Dessoir 137, 158, 169, 176  
 Deussen 139  
 Dewey 103  
 Diels 69  
 Dietrich 76, 78, 149, 178, 169, 198  
 Dietzgen 172, 184  
 Dilthey 31, 86, 93, 175f  
 Dingler 97, 109, 135, 159, 162, 183  
 Dollfuß 57, 111, 118, 136, 196  
 Driesch 85, 100, 130, 134, 152, 167, 169, 192  
 Dubislav 134  
 Dunin-Borkowsky 137  
 Dühring 157  
 Ebbinghaus 113, 129, 170  
 Eckhart 76, 127, 194, 200  
 Egenter 161  
 Ehrenstein 141  
 Eibl 122f  
 Einstein 135, 153  
 Emge 13, 15, 25, 27, 30, 99, 110, 140, 142, 144ff, 167, 172, 196f, 199  
 Engels 38, 172  
 Enke 137  
 Erxleben 138, 197  
 Eucken 146  
 Ewald 121  
 Faust 113f, 124, 131f, 161, 194  
 Feigl 194  
 Feldkeller 159, 168, 170f  
 Feuchtwanger 171  
 Feuerbach 194  
 Fichte 44, 92, 109, 123, 127, 192, 194  
 Fink 177  
 Fischer, A 92  
 Fischer, E. 32, 55, 189  
 Fischer, H. 87, 93, 126  
 Flake 153  
 Foerster 199  
 Förster-Nietzsche 87, 130  
 Forsthoff 45  
 Franck 53

- Frank, H. 99, 145  
 Frank, Ph. 134, 194  
 Fränkel 103  
 Frege 195  
 Freyer 6, 9, 13, 16, 38, 68,  
 93, 99f, 110, 112, 122,  
 126ff, 130, 143, 175, 195,  
 200  
 Frick 87  
 Friedrich der Große 127  
 Frischeisen Köhler 143, 156  
 Frobenius 152  
 Gabriel 123  
 Gadamer 6, 17, 19, 30, 65,  
 100, 102, 107, 109, 113,  
 115f, 126, er 166, 176,  
 186, 191, 193  
 Galen 180  
 Gallinger 91  
 Gebhardt 137, 140, 197  
 Gehlen 6, 13, 15ff, 23, 30,  
 38, 46, 49, 63, 74, 76f,  
 79, 85, 93, 100, 103,  
 108f, 113, 115, 122f, 132,  
 142f, 147f, 160, 170, 187,  
 193f, 196, 198  
 Geiger 90, 105, 176  
 Gentile 91, 110, 164ff  
 Geyser 89, 179  
 Glatzer 181  
 Gleichen Rußwurm 152  
 Graf Gleispach 116  
 Globke 190  
 Glockner 16, 68, 98, 114,  
 140, 157f, 166, 175, 194f  
 Gödel 194  
 Goebbels 12, 39, 111, 138,  
 157, 171, 193  
 Goerdeler 55  
 Goethe 25, 76, 141, 147,  
 194f  
 Gogarten 152  
 Golf 32, 189  
 Gomperz 120, 122, 134,  
 194  
 Göpfert 29, 30, 32  
 Görland 29, 86  
 Gorohow 164  
 Gotthelf 127  
 Grabmann 160  
 Gramsci 55, 60, 138  
 Grassi 110f, 162  
 Grebe 194  
 Grelling 94, 134, 167f,  
 196  
 Grimme 12, 26, 164  
 Grisebach 125  
 Groddeck 153  
 Groethuysen 86, 176  
 Gross 79, 88  
 Grünberg 119  
 Grunsky 13, 97, 102, 108,  
 114  
 Guardini 10, 59, 180  
 Gumbel 85  
 Günther, G. 148  
 Günther, H.F.K. 25, 87,  
 148, 177f  
 Günther H.R.G. 113, 126,  
 128  
 Gurwitsch 177  
 Guttmann 181  
 Gwinner 139  
 Haarmann 80  
 Habermas 12, 16, 17f,  
 33, 50, 78, 103, 187ff,  
 191  
 Haeckel 147, 199  
 Haecker 59, 180  
 Haering 100, 114, 166, 175,  
 194  
 Hahn 134  
 Hardenberg 152  
 Harmjanz 100, 193  
 Härtle 74, 77, 109, 142  
 Hartmann, M. 134  
 Hartmann, N. 42, 117,  
 126ff, 160, 167, 171,  
 174, 188, 192, 194,  
 196  
 Hartnacke 75  
 Hasse 140, 197  
 von Hassell 55  
 Haushofer 162  
 Hebbel 127  
 Hecke 198  
 Hegel 44f, 47, 91, 98,  
 157f, 164-166, 172,  
 174-176, 187, 190, 194ff,  
 200  
 Heidegger 6f, 13, 15ff, 20,  
 23f, 29, 31-37, 41, 46,  
 49ff, 62, 74, 79f, 85, 97f,  
 101, 103, 106, 111, 114f,  
 117, 125, 129, 158, 169f,  
 175f, 179f, 182f, 188, 191,  
 193, 199ff  
 Heimsoeth 14, 16, 98, 127f,  
 175, 194f, 198, 200  
 Heinemann 153, 181  
 Heintel 123  
 Heisenberg 182f  
 Heiss 113  
 Hellpach 126, 148, 167  
 Herder 113, 127, 194  
 Herrmann 199  
 Herzberg 134  
 Heß, R. 54, 78  
 Hess, M. 172  
 Hessen 14, 89f, 172  
 Heyde 149, 151  
 Heydrich 75  
 Heyse 13, 49, 49, 68, 98,  
 105, 109f, 125, 130ff,  
 163, 167, 169f, 174, 191,  
 199  
 Hildebrandt 101, 194  
 von Hildebrandt 56, 90,  
 120ff, 172, 177, 179, 192,  
 200  
 Hiller 172  
 Hilter 25  
 Hiltner 122  
 Himmler 75, 172  
 Hindenburg 80  
 Hirsch 32f, 189  
 Hitler 23, 28f, 31, 33ff, 37,  
 39, 41, 48, 51, 56, 61,  
 64, 67, 69, 73, 77f, 95,  
 111f, 119, 138f, 153f, 195,  
 201  
 Hobbes 143f, 152, 193,  
 198  
 Hoffmann 82, 91, 105, 173,  
 Hofmannsthal 197  
 Hölderlin 76, 175, 194  
 Honecker 179  
 Honigsheim 82  
 Hönigswald 90, 93, 97, 102,  
 114, 143, 173



*Personenregister*

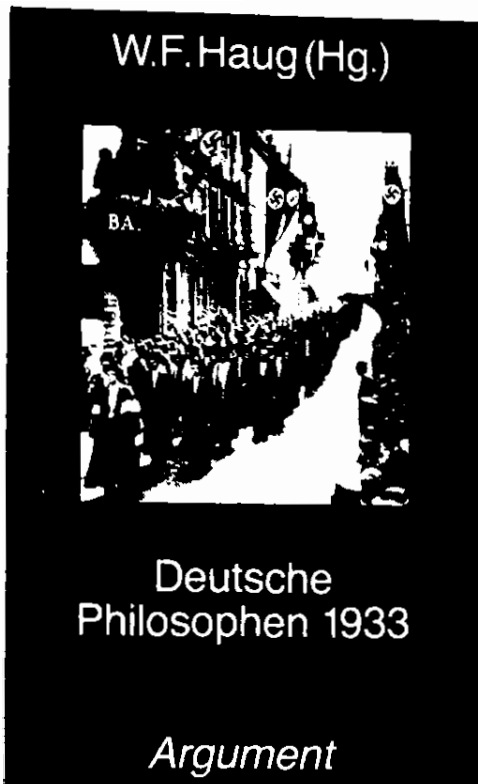
- Horkheimer 17, 84f, 90,  
 105, 126, 157, 172, 184,  
 197, 201  
 Huber 58f, 90  
 Hübscher 140ff, 151f, 197  
 Hugenberg 80  
 Hülsmann 59, 65, 103, 117  
 Humboldt 44  
 Hürth 161f, 199  
 Husserl 79, 90f, 94, 149,  
 156, 169, 176ff, 186, 200  
 Ilting 12  
 Ipsen 13, 87, 93, 100, 122f,  
 126, 128, 198  
 Jaeger 193  
 Jaensch 9, 27, 68, 79f, 189  
 Jaspers 10, 15ff, 50, 64f,  
 89, 92, 107, 156, 169,  
 176, 192  
 Jerusalem 188  
 Jesinghaus 113  
 Jessen 55  
 Jonas 95, 176  
 Jordan, B. 147  
 Jordan, P. 148, 162, 182ff,  
 201  
 Juhos 194  
 Jung 126, 153, 155  
 Jünger 23, 35, 69, 87, 101  
 Kant 98, 115, 123, 125, 127,  
 129, 132, 140, 142, 148,  
 157ff, 170, 173f, 187,  
 194-197, 201  
 Kasack 180  
 Kästner 171  
 Kaufmann 121, 167, 177,  
 194  
 Keller 127  
 Kelsen 119, 122  
 Kepler 194  
 Keyserling 152-156, 159,  
 195  
 Klemmt 74  
 Klemperer 74  
 Klibansky 82  
 Knittermeyer 194  
 Koellreutter 129f  
 Kofler 14, 122  
 Köhler 9, 40, 52ff, 60, 134,  
 139, 187  
 Kolbenheyer 158  
 Kolman 164  
 König 13, 111  
 Kopernikus 142  
 Korsch 95, 134, 165, 171f,  
 184, 192, 196  
 Kracauer 95, 172  
 Kraft 118, 121, 181, 194  
 Kraus 134  
 Krauss 30  
 Kretschmer 153  
 Kriek 13, 16, 23, 26, 28,  
 30, 38, 44, 46, 48f, 52,  
 63, 68ff, 72-80, 85, 92,  
 97, 104-109, 125ff, 130f,  
 159ff, 164, 175f, 191f,  
 199f  
 Krings 20, 59, 180, 186  
 Kroh 113, 189  
 Kroner 91, 93, 99f, 165f,  
 174, 192  
 Krueger 9, 27, 89, 92, 99,  
 126, 127, 131f, 137, 148,  
 156  
 Krüger 30, 126, 194  
 Kuhn 86, 128, 180  
 Künkel 134  
 Kurz 161  
 Lammers 78  
 Landauer 137  
 Landgrebe 177  
 Landsberg 94, 172, 177,  
 192  
 Lange 172  
 Larenz 42, 99, 157, 175  
 Lasson 174  
 Leese 30, 89  
 Lehmann 109, 129, 189  
 Leibniz 194  
 Leisegang 86f, 127, 129  
 Lenard 25  
 Lenin 51, 172, 184  
 Lersch 30  
 Leser 106  
 Lessing, Th. 53, 80, 85, 95,  
 172  
 Lessing, G.E. 87, 197  
 Lewin 90, 134, 196  
 Liebert 90, 124, 128, 137,  
 152, 173  
 Lipps 100f, 126, 177  
 Lipsius 140  
 Litt 9f, 12, 16, 20, 26, 31,  
 47, 54f, 57, 64f, 71, 79,  
 89, 100, 127, 145, 157,  
 175f, 187f, 190  
 Löpelmann 128, 130  
 Lorenz 122  
 Löwith 17, 20, 69, 91, 110,  
 126, 167, 172, 177, 199  
 Lübbe 18, 61, 115, 146f, 198  
 Lukàcs 7, 78, 94, 16f, 165,  
 172, 184f  
 Lunatscharsky 159, 164  
 Luther 127, 196  
 Lüthje 150  
 Lutz 109, 132, 142, 194  
 Mach 118-120, 185  
 Mannhardt 68  
 Mann 64, 171, 191, 197  
 Mannheim 85, 172, 192  
 Manser 161  
 Marck 85, 165, 171-174,  
 184, 192  
 Marcuse, H. 17, 23, 45f,  
 85, 95, 175f  
 Marcuse, L. 153, 172  
 Marx, K. 20, 38, 99, 172,  
 184, 187, 190  
 Marx, W., 95  
 Masaryk 167  
 Mattiat 100, 130f, 193, 196  
 Maus 184  
 Mehring 172  
 Meiner 135  
 Meitner 134  
 Menger 194  
 Mennicken 125  
 Menzer 128f  
 Messer 85, 101, 158f, 172  
 Metzger 95, 167, 177  
 Meyer 179  
 Meyerhof 199  
 Misch 91ff, 176  
 von Mises 194  
 Mitin 164  
 Mockrauer 139, 151  
 Moeller van den Bruck 159  
 Moni 166  
 Montague 168

- Morris 168  
 Müller 102f, 103, 117, 180  
 Müller Braunschweig 134  
 Mussolini 111, 155, 162  
 Natkin 194  
 Natorp 174  
 de Negri 166  
 Nelson 101, 134, 172, 199  
 Neurath 119, 133 136, 167,  
 172, 182, 194  
 Niekisch 78, 87  
 Nietzsche 40, 50, 68, 78,  
 87, 123, 132, 142, 145,  
 170, 172, 194f, 197f  
 Nikolaus von Kues 125, 194  
 Noack 15, 109f  
 Nohl 9, 88f, 92, 101, 175f,  
 188  
 Nolte 27, 38  
 Oehler 140, 197  
 Orestano 148  
 Ortega y Gasset 159  
 Ostwald 134, 199  
 von Papen 26, 42  
 Paracelsus 76, 194  
 von Parseval 134  
 Paschukanis 164  
 Patocka 177  
 Paulsen 25  
 Pestalozzi 127  
 Petzold, Joachim 169  
 Petzold, Josef 134  
 Pfahler 101  
 Pfänder 177  
 Pfeil 172  
 Pinder 32, 189  
 Platon 9, 13, 61, 98, 101,  
 111, 115f, 187, 201  
 Plenge 13  
 Plessner 15, 17, 85, 90, 156,  
 172  
 Pöggeler 17f, 188, 191, 201  
 Polak 163  
 Polanyi 134  
 Popitz 55  
 Popoff 148  
 Popper 120  
 Pringhorn 153  
 Przywara 167, 180  
 Radbruch 175  
 Rahner 180  
 Rand 194  
 Ranke 61  
 Rathenau 137  
 Rauschenberger 197  
 Redanò 166  
 Rehmke 78, 149ff, 198  
 Reich 134  
 Reichenbach 90, 94, 133ff,  
 167, 171, 182f, 196  
 Reichl 152, 156  
 Reik 153  
 Rein 68, 70f, 191  
 Reinhardt 101  
 Reininger 119, 122f, 194,  
 196  
 Reiter 25  
 Rickert 126f, 157, 173  
 Riezler 84f  
 Rintelen 179  
 Ritter 14, 30, 82, 98, 104,  
 109f, 175f, 194, 200  
 Ritterbusch 42, 113, 143f,  
 175  
 Röhm 76  
 Rohner 161f  
 Rosenberg 7, 16, 27, 40, 46f,  
 51f, 61, 63, 72, 75f, 78f,  
 89, 98, 101, 104, 109ff,  
 124f, 130, 132, 138,  
 140ff, 159, 162, 164, 175,  
 177, 183, 196, 200f  
 Rosenmüller 179  
 Rosenzweig 181  
 Rothacker 12f, 15f, 27, 30,  
 48f, 54, 68, 79, 100,  
 113ff, 125, 128, 156f,  
 171, 188f, 191, 193, 200  
 Rust 39ff, 80, 100, 109, 112,  
 117, 127, 130, 169, 193  
 Sauerbruch 32, 55  
 Saur 145  
 Sauter 122, 196  
 Schächter 194  
 Schadewaldt 55  
 Scheler 85, 97, 152, 195  
 Schelling 105, 114, 170, 194  
 Schelsky 6, 13, 16, 19, 54,  
 103, 112, 143, 147f, 160,  
 198  
 Schemm 80, 97  
 Schingnitz 28, 30  
 Schiller 127, 194  
 Schilling 109, 194  
 Schischkoff 10, 188  
 Schleiermacher 44  
 Schlick 119, 120, 133f, 136,  
 167, 196  
 Schmied Kowarzik 123  
 Schmitt 42, 110, 129, 143f,  
 193, 198  
 Schneider, R. 59  
 Scholem 181  
 Scholl 59  
 Scholz 170  
 Schopenhauer 139 142, 145,  
 151f, 184, 194f, 197  
 Schrödinger 182f, 201  
 Schröter 26  
 Schultz 97, 105, 114  
 Schumacher 172  
 Schumann 189  
 Schütz 17, 122, 177  
 Schwarz 27, 68, 121, 126,  
 161, 179, 189  
 Schweinichen 142  
 Siewerth 102  
 Smend 42  
 Sohn Rethel 192  
 Sonnemann 192  
 Sontheimer 16  
 Spann 121f, 175  
 Specht 199  
 Spiegelberg 177  
 Spinoza 53, 93f, 137, 165,  
 192, 198  
 Spirito 166  
 Spranger 9f, 16, 19, 20, 26,  
 31, 36ff, 40 44, 47ff,  
 54 58, 61f, 65, 70, 79,  
 97, 104, 106, 110 113, 117,  
 126, 128 130, 157, 162,  
 175f, 187 190, 192f, 200  
 Stahl 42f  
 Stalin 51, 61, 172  
 Staudinger 107  
 Stehr 158  
 Stein 94, 176, 179, 200  
 Steiner 172  
 Stenzel 85, 101

- Stern, G. = Anders  
Stern, W. 30, 90, 105  
Strasser 190  
Strauss 95  
Stuckart 190  
Tagore 153  
Telders 164  
Thieß 64  
Thomas von Aquin 94,  
160f, 178f  
Thurnwald 170  
Tillich 15, 85, 97, 100f,  
126f, 156-159, 171, 184,  
192  
Tomoeda 148  
Tönnies 99, 137, 143, 199  
Topitsch 195f  
Treitschke 174  
Troeltsch 152  
Tucci 110  
Tucholsky 153, 171  
von Uexküll 152  
Utitz 137, 172  
Vaihinger 129, 140, 156, 195  
Valéry 155  
Verweyen 94, 137, 167, 172  
Vierkandt 9  
Vorländer 172  
Waismann 119, 134, 194  
Wassermann 171  
Weber, A. 152  
Weber, M. 103  
Weinhandl 13, 101, 109, 114,  
118, 125, 132, 163, 171,  
194  
Weizsäcker 148, 182f, 201  
Wenke 86, 104, 106, 113,  
148, 167  
Wertheimer 9, 85, 90, 105  
Wessel 48  
von Wiese, B. 194  
von Wiese, L. 143, 152  
Wiesengrund  
= Adorno  
Wigersma 164  
Windelband 174  
Winnich 152  
Wolff 150, 194  
Wölfflin 197  
Wundt, M. 87, 93, 126f,  
174f, 194f  
Wundt, W. 93  
Würzbach 197f  
Wust 179f, 193  
Zilsel 118f, 121, 182, 192,  
194  
Zimmerl 116  
Zint 139, 151f, 197  
Zocher 89  
Zweig 171

---

# Ideologische Mächte im deutschen Faschismus



## Deutsche Philosophen 1933

Hg. von Wolfgang Fritz Haug  
*Ideologische Mächte im deutschen  
Faschismus 3*

AS 165, 261 S., DM 18,50

Die Beiträge dieses Bandes widmen sich dem Problem, auf welche Weise auch eher unverdächtige Denker mittels ihrer besonderen Kompetenzen zur ideologischen Konsolidierung des NS-Staates beitragen konnten.

»Wer sich mit den ... feuilletonistischen High-lights zu Heidegger nicht zufrieden geben mag, findet hier, handwerklich solide, stringente Argumentationen.«

(links)

»... setzt einen Standard, an dem die zukünftige Forschung gemessen wird.« (Widerspruch)

Wolfgang Fritz Haug

## Die Faschisierung des bürgerlichen Subjekts

*Ideologische Mächte im deutschen  
Faschismus 3*

AS 80, 220 S., br., DM 18,50

»Zu den Problemen und Möglichkeiten des Aufbaus gesellschaftlicher Handlungsfähigkeit von unten liefert dies Buch nutzbare Denkanstöße. Es ist ein wichtiger Beitrag für emanzipatorische Politik.«

(SPW)

»Ich wünsche mir, daß jeder in der Psychiatrie Beschäftigte Haugs meiner Meinung nach bahnbrechendes Werk liest.« (Sozialpsychiatrische Informationen)

Jan Rehmann

## Die Kirche im NS-Staat

*Ideologische Mächte im deutschen  
Faschismus 2*

AS 160, 160 S., br., DM 18,50

»... ein ungewöhnlich faktenreiches und, trotz des hohen theoretischen Anspruches, spannend zu lesendes Buch ...« (Diakon)

»Der ideologie-theoretische Blick des Autors auf kirchliche Institutionen und deren Praktiken und funktionellen Bezüge könnte helfen, falsche Fronten und falsche Bündnisse gleichermaßen aufzulösen ...«

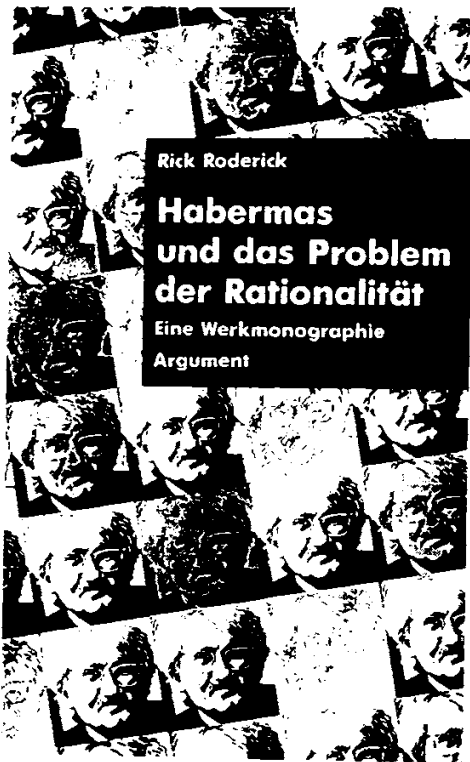
(DEAE Nachrichtendienst)

# Argument

Rentzelstraße 1 2000 Hamburg 13

---

# Marxismus und kritische Theorie



Rick Roderick

## *Habermas und das Problem der Rationalität*

*Eine Werkmonographie  
Aus dem Amerikanischen von  
Michael Haupt  
ca. 250 S., br., DM 28,-*

Jürgen Habermas, der im Juni 1989 60 Jahre alt geworden ist, wird auch in der angloamerikanischen Philosophie und Soziologie, der Habermas nach eigenem Bekunden viele Anregungen verdankt, in zunehmendem Maße als Vertreter einer Gesellschaftstheorie wahrgenommen, deren Wurzeln sowohl in der Philosophie des deutschen Idealismus als auch im Marxismus und der Frankfurter Schule zu finden sind. Kaum ein anderer Theoretiker hat so viele verschiedene, ja einander widersprechende Ansätze aufgenommen, um sie zu einer einheitlichen Theorie der Moderne und des ge-

ellschaftlichen Wandels zu verarbeiten.

Gerade diese Einheitlichkeit will der Marxist Roderick hinterfragen. Am Leitbegriff der Rationalität diskutiert er das sozialphilosophische Werk von Habermas von den frühen Schriften bis zur »*Theorie des kommunikativen Handelns*«. Indem er die verschiedenen Traditionsstränge im Habermas'schen Werk analysiert, verdeutlicht er zugleich die Brüche und Inkonsistenzen, welche die Entwicklung einer radikal-kritischen Gesellschaftstheorie behindern. Dabei wird auch Habermas' Hinwendung zum »linguistic turn« der kritischen Reflexion ausgesetzt: Inwieweit tragen sprachphilosophische und evolutionstheoretische Rekonstruktionen des Historischen Materialismus tatsächlich zu einer Erneuerung marxistisch fundierter Gesellschaftstheorie bei? Radikale Theorie muß, so Roderick, über Habermas hinausgehen, um anhand neuer Untersuchungen zu Staat, Klasse, Ökonomie und Kulturapparaten eine fundamentale Kritik des entwickelten Kapitalismus leisten zu können.

Zusammen mit der Einleitung, die der Autor für die deutsche Ausgabe geschrieben hat, ist der Band nicht nur ein Dokument kritischer Rezeption im angelsächsischen Bereich, sondern, aufgrund der umfassenden Darlegung des historisch-theoretischen Hintergrundes von Habermas' Werk, auch eine gelungene Einführung in die Probleme und Wandlungen kritischer Gesellschaftstheorie.

## *Argument*

Rentzelstraße 1 2000 Hamburg 13

---

# Perspektiven des Anti/Ideologischen

**Stuart Hall**

**Ausgewählte  
Schriften**



**Ideologie, Kultur,  
Medien, Neue Rechte,  
Rassismus**

**Argument**

*Stuart Hall*

**Ausgewählte Schriften**

*Herausgegeben von Nora Räthzel  
Mit einem Vorwort von  
Gustav Klaus*

Stuart Hall ist einer der bedeutendsten marxistischen Theoretiker im angelsächsischen Raum und zugleich ein gefragter Autor aktueller politischer Analysen.

Im Zentrum seiner Arbeiten steht das »Ideologieproblem«, die Frage nach der »Zustimmung« der Mehrzahl der Bevölkerung zum Kapitalismus in Europa. Daraus ergeben sich Untersuchungen über die Wirkungsweise der Massenmedien, das Eingreifen des Staates in die Massenkultur sowie, im Anschluß an Gramsci, die Entwicklung einer Theorie des Rassismus und einer kritischen Analyse des Thatcherismus.

Hall arbeitete mit an Filmen über die Konstitution von »Rasse« in den Medien, die im britischen Fernsehen zu heftigen Diskussionen führten.

Diese erste Auswahl seiner Werke enthält einen Querschnitt durch die verschiedenen Bereiche seines Schaffens. Es finden sich Studien zur Marxschen Theorie, zur Medien- und Massenkultur, zur Neuen Rechten und zum Rassismus sowie kritische Analysen linker Politik.

»Stuart Hall ... ist einer der klügsten Köpfe der englischen neuen Linken. ... Seine Analysen sind oft von bestechender Klarheit.«

*Frankfurter Allgemeine Zeitung*

»Die Linke muß nach Halls Auffassung von der Gewohnheit Abstand nehmen, ihre Politik in erster Linie abstrakt vom Ziel her zu bestimmen.« *Deutsche Volkszeitung*  
240 S., br., DM 28,—

Weitere Titel zum Thema:  
*Noam Chomsky*

**Die Fünfte Freiheit**  
*Über Macht und Ideologie  
Vorlesungen in Managua.*  
176 S., br., DM 24,—

**Theorien über  
Rassismus**  
*Hrsg. von Otger Atrata,  
Gerrit Kaschuba, Rudolf Leiprecht  
und Cornelia Wolf*  
AS 164, ca. 170 S., DM 18,50  
(DM 15,50 für Stud.)

**Argument**

Rentzelstraße 1 2000 Hamburg 13

## Argument-Sor Die Taschenb

- AS 131 Pflege, ambulan  
 AS 132 Subjektentwickl  
 AS 133 Frauen - Erfahru  
 AS 134 Frauen — Weibl  
 AS 135 Sozialismus pas  
 AS 136 Sozialismus im ;  
 AS 137 M.Jäger: Metho  
 AS 138 Lutz Winckler: A  
 AS 139 Arbeitslosigkeit,  
 AS 140 Kanada, hrsg. v  
 AS 141 Medizin und Ter  
 AS 143 Forum Kritische  
 AS 144 Stephan/Weigel  
 AS 145 Anglistik heute:  
 AS 146 Medizin, Moral  
 AS 148 Schulperspektiv  
 AS 149 Frühe DDR-Lite  
 AS 150 Internationale n  
 AS 151 Brosius/Haug (I  
 AS 152 Fremde Nähe. I  
 AS 153 I.Stephan: Weit  
 AS 154 Forum Kritische  
 AS 155 Praxis der Ges  
 AS 156 Amerik(k)a. Gu  
 AS 157 Jüdische Intelli  
 AS 158 Frauen im 18. .  
 AS 159 Gramsci-Luxerr  
 AS 160 J. Rehmann, D  
 AS 161 Forum Kritische  
 AS 162 Gesundheit —  
 AS 163 »Einwanderer« in die USA; Gulliver 22  
 AS 164 Rassismus  
 AS 165 Deutsche Philosophen 1933  
 AS 166 Bourgeoisieforschung; hrsg. von Hund/Rilling  
 AS 167 Arbeitspolitik; PAQ 8  
 AS 168 Georg Büchner; LHP 20  
 AS 169 Philosophen 1933  
 AS 170 Frauenbewegungen in der Welt, Band 2: Australien, Japan, USA  
 AS 171 Gramsci — Mariátegui  
 AS 172/173 Frauen — Literatur — Politik, Band 1 (LHP 21/22)  
 AS 176 Frauenbewegungen in der Welt, Band 3: »Dritte Welt«  
 AS 177 Die Fremdheit der Sprache (LHP 23)  
 AS 178 Grenzen der Prävention (Kritische Medizin)  
 AS 180 Frauen und Politik  
 AS 181 Frauenbewegungen in der Welt, Band 4: Sozialistische Länder

AWP = Alternative Wirtschaftspolitik; FKP = Forum Kritische Psychologie, hrsg. v. Klaus Holzkamp; ISD = Internationale Sozialismus-Diskussion; JKM = Jahrbuch für kritische Medizin; LHP = Literatur im historischen Prozeß, Neue Folge, hrsg. v. K.-H. Götzke, J. Hermand, G. Mattenklott, K.R. Scherpe, J. Schutte, I. Stephan, S. Weigel und L. Winckler; PAQ = Projektgruppe Automation und Qualifikation; PIT = Projekt Ideologie-Theorie

Preise: 18,50 DM/15,50 DM f. Stud. pro Band (zzgl. Versandkosten)  
 AS-Auswahlabo: mind. 3 Bände aus der Jahresproduktion. Preis pro Band 16,50 DM/Stud. 13,50 DM (zzgl. Versandkosten). Gesondert abonniert werden können: Literatur im historischen Prozeß (LHP) mit 3 Bänden pro Jahr, Kritische Medizin, Forum Kritische Psychologie und Gulliver mit je 2 Bänden pro Jahr. Abonnenten dieser Fachreihen erhalten alle anderen AS-Bände auf Wunsch zum Abo-Preis.

Argument-Verlagsbüro · Rentzelstr. 1 · 2000 Hamburg 13 · Tel.: 040/456018  
 Argument-Redaktion · Onkel-Tom-Str.64a · 1000 Berlin 37 · Tel. 030/8135024

AK-Hinweis

18.50

Fach

Bio K 2

Sonder-Aufstellung

Ausl.-Verm.

02

Veränderungsversuch zu einem Abschnitt der Philosophiegeschichte, der durch die Beschwörung »irrationaler« Mächte verdunkelt ist. Mit chronologischen Abrissen und tabellarischen Übersichten informiert der Band über

- das NS-Engagement deutscher Philosophieprofessoren
- die »Säuberung« des Fachs und die Zwangsemigration
- den institutionellen Alltag nach 1933
- Gesellschaften, Zeitschriften und Kongresse
- das Schicksal der Hauptrichtungen und Schulen
- Widerstand und innere Emigration
- Restauration und Vergangenheitsbewältigung nach 1945

Die ideologische Form, Bedingung für Ent-Täuschung und »Irrtum«, macht die Philosophie zu einem eigenständigen Terrain der Kämpfe, in denen die Faschisierung vollzogen wurde. Doch schillert der Diskurs selbst bei Parteigängern des Nazismus zwischen »weltanschaulicher« Legitimation und der »Selbstbehauptung« als Institution. Die Beseitigung einer politischen Öffentlichkeit, die veränderte Stellung zu Staat und Ideologie und der Umbau ihrer Institutionen modifiziert die Produktionsweise von Philosophie. An der Extremsituation des NS, die sich auch in diesem Bereich in Stellungskämpfen, Spaltungen und wechselnden Allianzen äußert, lassen sich Einsichten gewinnen in die Normalität der Institution und ihres Wirkens im staatlichen Gefüge.

Universitätsbibliothek  
J...